

RheinlandPfalz



Dokumentation

Forum Ländlicher Raum

Regionalkonferenzen für die Entwicklung
Ländlicher Räume in Rheinland-Pfalz

NACHRICHTENBLATT
Sonderheft 18 / 2007

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Dokumentation

Forum Ländlicher Raum

**Regionalkonferenzen
für die Entwicklung Ländlicher Räume in Rheinland-Pfalz**



Im Jahre 2007 wurden 5 Regionalkonferenzen mit dem Ziel abgehalten, die Bürgerinnen und Bürger für eine aktive Mitgestaltung der Politik für die ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz zu gewinnen. Dieses Ziel ist erreicht worden. Bei den Regionalkonferenzen, die von insgesamt etwa 1300 Akteuren des ländlichen Raumes besucht wurden, sind viele Chancen, kreative Ideen, aber auch Herausforderungen und konkrete Probleme angesprochen worden.

Diese Dokumentation enthält die Wortprotokolle der fünf Regionalkonferenzen. Sie bilden eine gute Basis für ein Strategiepapier zur Entwicklung der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz und werden in unveränderter Form veröffentlicht. Damit kann jeder Interessierte die Originalaussagen von über 50 Akteuren nachlesen und sich einen unverfälschten Eindruck von der Stimmung in den ländlichen Räumen verschaffen.

Ich bin davon überzeugt, dass es auch in Zukunft für die Politik sehr wichtig sein wird, den Bürgerinnen und Bürgern zuzuhören. Deshalb ist es mir ein wichtiges Anliegen, dass Sie sich auch weiterhin aktiv an der Gestaltung der Politik für die ländlichen Räume beteiligen.

Die Regionalkonferenzen mit dem daraus entwickelten Strategiepapier können nur Anstoß zu einem Entwicklungsprozess sein, denn die Chancen und Herausforderungen in den ländlichen Räumen ändern sich ständig und die Strategien müssen dementsprechend angepasst und weiterentwickelt werden.

Da auch in verschiedenen anderen Bundesländern eine wirksame Politik für die ländlichen Räume eingeleitet ist, wurden parallel zu den Regionalkonferenzen im Jahre 2007 erfolgreiche Ansätze in den ländlichen Regionen dieser Bundesländer untersucht. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen werden mit in das Strategiepapier für die Entwicklung der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz einfließen.

Besonders interessante Projekte und Methoden aus der bundesweiten Untersuchung wurden in diese Dokumentation als abschließender Teil übernommen.

Ich bedanke mich bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die bei den Regionalkonferenzen zur Entwicklung der ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz im Jahre 2007 zu Gast waren und vor allem bei denen, die aktive Beiträge zur Weiterentwicklung der ländlichen Räume leisten oder in Zukunft erbringen wollen.

Hendrik Hering

Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Inhaltsverzeichnis	4
Ziele eines Strategiepapiers für die Entwicklung ländlicher Räume	6
Leitthemen der Regionalkonferenzen.....	7
Eckpunkte für die Diskussion	8
Dokumentation zur Regionaltagung in Grafschaft-Ringen am 21.03.2007	12
Programm	13
Eröffnungsrede Minister Hendrik Hering.....	14
Einführung in das Programm.....	17
Inputreferate	18
Gesprächsrunden	26
Diskussion	37
Abschlussrede Minister Hendrik Hering.....	44
Dokumentation zur Regionaltagung in Zweibrücken am 02.05.2007	48
Programm	49
Einführung in das Programm.....	50
Eröffnungsrede Minister Hendrik Hering.....	50
Inputreferate	53
Gesprächsrunden	60
Diskussion	71
Abschlussrede Minister Hendrik Hering.....	74
Dokumentation zur Regionaltagung in Boppard am 22.05.2007	78
Programm	79
Eröffnungsrede Minister Hendrik Hering.....	80
Inputreferate	83
Gesprächsrunden	91
Diskussion	102
Abschlussrede Minister Hendrik Hering.....	112

Dokumentation zur Regionaltagung in Saarburg am 25.06.2007.....	116
Programm	117
Eröffnungsrede Minister Hendrik Hering.....	118
Einführung in das Programm.....	124
Inputreferate	124
Gesprächsrunden	127
Diskussion	141
Abschlussrede Minister Hendrik Hering.....	148
Dokumentation zur Regionaltagung in Bad Bergzabern am 09.07.2007	152
Programm	153
Einführung in das Programm.....	154
Inputreferate	156
Gesprächsrunden	164
Diskussion	177
Abschlussrede Minister Hendrik Hering.....	184
Die Vorgehensweise in anderen Bundesländern	
Ausgewählte Handlungsansätze der ländlichen Entwicklung	
Einleitung	190
1. Standortfaktor Schnelles Internet;.....	
„Neue Medien im ländlichen Raum“ in Baden-Württemberg.....	190
2. Innenentwicklung vor Außenentwicklung;	
Das Modellprojekt MELAP in Baden-Württemberg	191
3. Offensive Nahversorgung;.....	
KOMM-IN Dienstleistungszentren in Baden-Württemberg.....	192
4. Die Vernetzung der Akteure in der Region Hesselberg;.....	
Beispiel einer gelungenen Netzwerkbildung aus Bayern	192
5. Die Schule für Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten;.....	
Schulung von Akteuren des ländlichen Raumes in Bayern.....	193
6. Flexible Bedienformen des ÖPNV: MobiKult;	
Mobilität in ländlichen Regionen Brandenburgs	194
7. Die Moderne Gemeindeschwester;	
Modellprojekt zur Entlastung der Hausärzte in Brandenburg.....	195
8. Das Bioenergiedorf Jühnde;.....	
Erfolgreiches Leader-Projekt in Niedersachsen	196
9. Das Zentrum für Ländliche Entwicklung (ZeLE);.....	
„Wandernde Akademie“ in Nordrhein-Westfalen	197
10. Die Brachflächenrevitalisierung;	
Intelligentes Flächenmanagement in Thüringen und Sachsen ...	198
11. Kooperationsmodell im Bereich Nahversorgung;.....	
MarktTreff in Schleswig-Holstein	199
Impressum	200

Ziele eines Strategiepapiers für die Entwicklung ländlicher Räume

Angesichts der zunehmenden Konzentrations- und Rationalisierungsprozesse der Wirtschaft, der weiteren Liberalisierung der Märkte, dem fortlaufenden Strukturwandel in der Landwirtschaft, der demographischen Entwicklung und der begrenzten finanziellen Ressourcen der öffentlichen Haushalte stehen gerade die ländlichen Räume vor neuen Herausforderungen.

Die Städte und Gemeinden in den ländlichen Räumen durchlaufen einen Prozess der stetigen Veränderung. Diese Entwicklung umfasst die Land- und Forstwirtschaft, den örtlichen Einzelhandel, das Handwerk und das örtliche Gewerbe. Aber nahezu alle Lebensbereiche, wie das Arbeiten, das Wohnen, die öffentliche und private Versorgung, das Gesundheitswesen, der kulturelle Bereich, das kirchliche und soziale Leben, das Vereinswesen und weitere Bereiche sind davon erfasst.

Mit den erfolgreichen Instrumentarien des Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzepts (ILEK), dem Regionalmanagement und dem LEADER-Ansatz sollen Planungs- und Entwicklungsprozesse auf die genannten Themenbereiche ausgedehnt werden. Somit sollen die Funktionen der ländlichen Räume erhalten sowie nachhaltig und möglichst ganzheitlich fort entwickelt werden. Dies ist ein Ansatz, den lokalen Akteuren die Möglichkeit an die Hand zu geben, positive Prozesse in Gang zu bringen und gestalterisch mit zu prägen.

Die Ergebnisse der Veranstaltungen werden in ein Strategiepapier einfließen, mit dem zusammen mit den Akteuren vor Ort entscheidende Impulse zur Entwicklung und Umsetzung für die ländlichen Räume gegeben werden sollen.

Zur Vorbereitung des Strategiepapiers wurden die nachfolgenden Leitthemen erörtert und in den Regionen jeweils so vertieft, wie sie dort eine herausgehobene Rolle spielen.

Leitthemen der Regionalkonferenzen

- Weinbau
- Handel
- Ländliche Bodenordnung
- Tourismus
- Regionalmanagement
- Eingriffsmanagement
- Kulturlandschaft
- Frauen im ländlichen Raum
- Stadt/Land Beziehungen
- Wellness, Fitness
- Konversion
- Integrierte Ländliche Entwicklung
- Naturschutz in der Landwirtschaft
- Leader
- Technologie
- Demografische Entwicklung
- Verkehr
- Landwirtschaft
- Gemeindeentwicklung
- Gründungsprozesse
- Nachwachsende Rohstoffe

Eckpunkte für die Diskussion

Die Zukunft des Landes Rheinland-Pfalz entscheidet sich in den ländlichen Räumen.

Angesichts der demographischen Entwicklung, dem Strukturwandel in der Landwirtschaft und der Konzentrationsprozesse in der Wirtschaft stehen die ländlichen Räume vor vielfältigen Herausforderungen.

Ziel der Veranstaltungsreihe des Forums Ländlicher Raum ist es, diese Herausforderungen gemeinsam mit Ihnen zu diskutieren, um Strategien für die Entwicklung der ländlichen Räume in Rheinland Pfalz zu erarbeiten.

Nachfolgende Fragen umreißen, geordnet nach Themenfeldern, einige Herausforderungen.

Sie sollen Eckpunkte der Diskussion darstellen und einen schnellen Einstieg in den Dialog ermöglichen. Die Fragensammlung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, im Gegenteil, alle weiteren Ideen sind willkommen.

Weinbau

- Warum und unter welchen Rahmenbedingungen soll die Weinkulturlandschaft erhalten werden?
- Mit welchen Instrumenten kann die Weinkulturlandschaft erhalten werden?

Handel

- Wie können mögliche Standortvorteile der ländlichen Räume für den Handel transparent gemacht, entwickelt und vermarktet werden?
- Wie können die Voraussetzungen für eine moderne Grundversorgung in ländlichen Räumen geschaffen werden? (Bedarfsanalyse, Versorgungsnetzwerke)
- Wie kann man das Qualitätsmanagement (Produktpalette, Innovationsbörse) für die Dienstleistungen in ländlichen Räumen organisieren bzw. verbessern?

Ländliche Bodenordnung

- Ist die Flächen bezogene Umsetzung von ILE-Projekten nur über Bodenordnung möglich?
- Soll die ländliche Bodenordnung prioritär in ILE-Gebieten stattfinden?
- Ist das finanzielle Anreizsystem bezogen auf ILEK und Bodenordnung zeitgemäß?

Tourismus

- Wie kann die Wertschöpfung durch den Tourismus in ländlichen Räumen weiter verbessert werden?
- Können ILE-Prozesse die Umsetzung des Tourismuskonzeptes Rheinland-Pfalz unterstützen?
- Wie können wir durch touristische Netzwerke die Zusammenarbeit optimieren?

❑ **Regionalmanagement**

- Ist ILE Hilfe zur Selbsthilfe in ländlichen Räumen?
- Ist Regionalmanagement ohne ILEK sinnvoll?
- Soll ein ILEK-Gebiet gleich dem Gebiet eines späteren Regionalmanagement sein?
- Sollen Projekte des ILE-Prozesses prioritär gefördert werden?

❑ **Kulturlandschaft und Eingriffsmanagement**

- Wie kann ILE zur Erhaltung der Kulturlandschaft auch als Naturerholungsraum beitragen?
- Wie kann ILE zur Verbesserung der regionalen Identität einer Kulturlandschaft beitragen?
- Wie wird Eingriffsmanagement am wirkungsvollsten in die Planungen zu den Kulturlandschaften integriert?
- Wie können Planungs- und Umsetzungsprozesse beschleunigt werden?

❑ **Frauen im ländlichen Raum**

- Wie kann man Frauen stärker motivieren, sich in Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubringen, um in ländlichen Räumen geschlechtsspezifische Lösungen zu finden?
- Wie schafft man attraktive Arbeitsplätze für Frauen in ländlichen Räumen, um der Abwanderung entgegen zu wirken?
- Welche Beiträge kann ILE leisten, um das ehrenamtliche Engagement der Frauen weiter zu entwickeln und Frauen in ländlichen Räumen mehr Anerkennung zu geben?

❑ **Stadt- / Land-Beziehungen**

- Ist eine räumlich-funktionale Arbeitsteilung zwischen städtischen und ländlichen Regionen noch zeitgemäß?
- Welches sind die Stärken und Schwächen ländlicher Räume?
- Welche Entwicklungskonzepte sind für ländliche Räume festzulegen?

❑ **Wellness / Fitness**

- Wie kann man alle die Gesundheit betreffenden Akteure im Rahmen eines ILE-Prozesses vernetzen?
- Wie kann man die Wellnessbranche im Rahmen eines ILE-Prozesses unterstützen? (Synergieeffekte zur medizinischen Grundversorgung)
- Wie können sich vorhandene regionsspezifische Potentiale in gesundheitsbezogene Dienstleistungen besser einbringen? (Netzwerke, Schulung)
- Wie können ILE-Prozesse Initiativen im Pflege- und Versorgungsbereich unterstützen?

❑ **Konversion**

- Lassen sich Konversionsprojekte überhaupt durch ILE und LEADER begleiten und unterstützen?
- Wie können Konversionsprojekte zu Leuchtturmprojekten in ländlichen Räumen werden?

Integrierte ländliche Entwicklung

- Nach welchen Kriterien sollen ILE-Gebiete optimal abgegrenzt werden?
- Wie müssen wir es anstellen, dass sich die Menschen der Region mit ihren Ideen Ziel orientiert einbringen?
- Kann Integrierte ländliche Entwicklung (ILE) erfolgreich sein, ohne breite Unterstützung auf Landesebene?
- Vereinen ILEK / Regionalmanagement ILE-Regionen? (Aufhebung des Kirchturmdenkens)

Naturschutz und Wasserwirtschaft in der Landwirtschaft

- Wie können ländliche Räume zum Erhalt von Artenvielfalt / biologischer Vielfalt beitragen?
- Wie kann Naturschutzgerechte Landnutzung durch ILE-Prozesse unterstützt werden?
- Wie kann ILE das Umweltbewusstsein fördern? Was bringt "Natur zum Anfassen"?
- Wie können ländliche Räume zur Erhaltung der Wasserqualität beitragen?
- Warum ist Gewässerrenaturierung wichtig? Wie kann Gewässerrenaturierung mit anderen Entwicklungsansätzen verknüpft werden?

Leader

- ILE oder Leader – Welches Instrument passt zu welchem ländlichen Raum?
- Können ILE- und Leader-Ansätze von einander lernen?
- Ist die ständige Reflexion auf das Leader-Konzept entbehrlich?

Technologie

- Welche Perspektiven bieten die neuen Technologien den ländlichen Räumen?
- Welche strukturellen Bedingungen müssen vorliegen, um in ländlichen Räumen Arbeitsplätze insbesondere im Technologiebereich anzusiedeln?
- Welche Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, um in ländlichen Räumen Cluster zu entwickeln? Kann ILE dies unterstützen?

Demographische Entwicklung

- Wie können die Potentiale von Jung und Alt genutzt werden, um ländliche Räume lebenswert zu erhalten?
- Wie kann die ILE die Erhaltung und Optimierung der ländlichen Infrastruktur unterstützen?
- Wie kann ILE Beiträge zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in ländlichen Räumen schaffen?

Verkehr

- Muss man Verkehrsinfrastruktur als grundlegenden Standortfaktor für ländliche Räume ausbauen?
- Sollen im Rahmen der ILE auch regionale Modelle für ÖPNV in ländlichen Räumen entwickelt werden?
- Kann verkehrsgebundene Versorgung durch andere mobile Versorgung und IT-Technik abgelöst werden? (zum Beispiel e-learning)

☐ **Landwirtschaft**

- Wie können ILEK und Regionalmanagement der Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz neue Ansätze liefern?
- Welche Vorteile bringen ILEK und Regionalmanagement landwirtschaftlichen Betrieben?

☐ **Gemeindeentwicklung**

- Wie sollen gemeindebezogene Instrumente der ländlichen Entwicklung in Zukunft genutzt werden?
- Muss die Förderung für die Gemeindeentwicklung in ILE-Gebieten erhöht werden?
- Welchen Beitrag kann die Dorfflurbereinigung zur Vitalisierung von Dorfkernen leisten? (Dorfumbau, Weiternutzung erschlossener Flächen anstelle von „Dorfbrachen“)
- Wie können über die allgemeine Schulbildung hinausgehende Weiterbildungsangebote in ländliche Räume transferiert werden? (Fortbildung der ländlichen Bevölkerung)
- Wie können die Vorteile / Potentiale der ländlichen Gemeinden als Bildungsort für die städtische Bevölkerung aktiviert werden?

☐ **Gründungsprozesse**

- Wie kann man durch ILE-Prozesse die Gründungsbereitschaft auf dem Land wecken?
- Wie kann die ländliche Bevölkerung durch politische und private Eigeninitiativen Gründungsprozesse in der Region positiv beeinflussen?
- Welche Vorteile bieten der Erlebniswert „Landschaft“ und die ländlichen Produkte für potentielle Gründer in ländlichen Räumen?

☐ **Nachwachsende Rohstoffe**

- Wie könnte der Beitrag des ländlichen Raumes für die Energieversorgung der Zukunft aussehen?
- Wie können ländliche Räume von den Nachwachsenden Rohstoffen profitieren?
- Wie können in den ländlichen Räumen die Konflikte mit Nachwachsenden Rohstoffen gelöst werden?

**Dokumentation
zur Regionaltagung in Grafschaft-Ringen
am 21.03.2007**

Forum Ländlicher Raum

1. Regionaltagung

am Mittwoch, 21. März 2007 in Grafschaft-Ringen

Programm

16:30 Uhr bis 16:45 Uhr	<p>Begrüßung Herr Hering, Minister für Wirtschaft, Landwirtschaft und Weinbau</p>
16:45 Uhr bis 17:00 Uhr	<p>Referat Gründungsprozesse Herr Dr. Greulich, Geschäftsführer IHK Außenstelle Bad Neuenahr-Ahrweiler</p>
17:00 Uhr bis 17:15 Uhr	<p>Referat Regionalmanagement Herr Prof. Dr. Schlagheck, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz</p>
17:15 Uhr bis 18:15 Uhr	<p>Landrat Dr. Pföhler</p> <p><u>Gesprächsrunde</u></p> <p>Stadt/Landbeziehungen Herr Dr. Tappe, Bürgermeister der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler</p> <p>Landwirtschaft Herr Riedel, Gartenbau, DLR Rheinlandpfalz</p> <p>Erneuerbare Energie Herr Pinn, Forstamt Hillesheim</p> <p>Tourismus Herr Schäfer, Geschäftsführer Eifeltourismus, Gesundheit Frau Diagayété, Fachschule für Altenpflege bei der BBS Mayen</p> <p>Verkehr Herr Enders, Landesbetrieb Mobilität, Gerolstein</p> <p>Moderation: Herr Dr. Abresch, IfR Institut für Regionalmanagement</p>
18:15 Uhr bis 18:45Uhr	<p>Gemeinsame Diskussion mit den Gesprächsrunden und Tagungsteilnehmern</p>
18:45 Uhr bis 19:00 Uhr	<p>Zusammenfassung der Ergebnisse Herr Minister Hering</p>
19:00 Uhr	<p>Schlussimbiss</p>

Wortprotokoll

Regionalkonferenz am 21.03.2007 in Grafschaft-Ringen

Dr. Abresch:

Herzlich willkommen zum Forum Ländlicher Raum, willkommen zur ersten Regionalkonferenz in Grafschaft-Ringen. Ich habe heute Abend die Aufgabe übernommen, sie durch den Abend zu begleiten. Dass wir bis Punkt 19:00 Uhr zum Ende kommen, ist der Wunsch von Prof. Lorig.

Meine Damen und Herren,

Gastgeber und Initiator für das Forum Ländlicher Raum, für die Regionalkonferenz hier heute Nachmittag und Abend und für die folgenden vier Regionalkonferenzen ist der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland Pfalz.

Bitte begrüßen sie mit mir Herrn Hendrik Hering.

Eröffnungsrede - Minister Hendrik Hering

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich darf sie zu dieser Regionalkonferenz begrüßen, ich darf insbesondere Sie begrüßen, Herrn Juchem und danken, dass wir in dieser Halle tagen dürfen.

Ich darf auch die Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag und Herrn Landrat Dr. Pföhler begrüßen.

Es ist die erste von fünf Regionalkonferenzen, die wir zur Perspektiventwicklung im Ländlichen Raum in Rheinland Pfalz organisieren.

Wir wollen mit Ihnen, mit Verantwortlichen aus den Bereichen Wirtschaft, Kommunalpolitik, Landwirtschaft und allen, die sich für die Weiterentwicklung des Ländlichen Raumes verantwortlich fühlen, über Perspektiven des Ländlichen Raumes diskutieren. Wir tun dies, weil das für die Verantwortlichen in der Landesregierung eine zentrale Aufgabe ist.



Rheinland Pfalz ist ein ländlich strukturiertes Bundesland. 70 Prozent der Fläche von Rheinland Pfalz sind ländlich strukturiert. 80 Prozent sind geprägt von Landwirtschaft und Forstwirtschaft, 90 Prozent der Gemeinden in Rheinland Pfalz haben weniger als 2000 Einwohner und in 10 von 24 Landkreisen haben wir eine Einwohnerdichte von weniger als 150 Einwohnern je Quadratkilometer. Das ist auch die Stärke von Rheinland Pfalz. Das wir eine etwas bessere wirtschaftliche Entwicklung hatten, als andere Länder ist auch gerade der Entwicklung im ländlichen Raum zu verdanken. Es ist notwendig und wichtig, dass sich der ländliche Raum positioniert.

Es existiert natürlich die Meinung, dass man sich bei der Verteilung von Fördermitteln auf Metropolregionen konzentrieren soll, um größere Renditen zu erzielen. Ich halte diese einseitige Sichtweise für falsch.

Die Metropolregionen brauchen ländliche Räume und ländliche Räume brauchen Metropolregionen. Das eine bedingt das andere. Die Konzentration auf Wachstumskerne ist von der Strategie her falsch.

Deshalb ist es wichtig, bei einem solchen Prozess als Ländlicher Raum nicht einfach zuzuschauen, sondern sich selbst zu positionieren und eine klare Strategie zu entwerfen. Dazu wollen wir im Land Rheinland Pfalz einen Beitrag leisten, auch zu einem Diskussionsprozess auf der Bundesebene.

Wir wollen das aber nicht in Mainz in kleinen Zirkeln diskutieren, sondern wir nutzen diese Regionalkonferenzen, um dies mit Ihnen zu diskutieren. Hier sind 250 Menschen mit einem besonderen Engagement, mit einem besonderen Bewusstsein für den Ländlichen Raum, versammelt, die aus verschiedenen Sichtweisen dieses Thema betrachten. Ihre vielfältigen Anregungen und Ideen wollen wir entgegennehmen.

Wir wollen diese Konferenzen aber auch so gestalten, dass sie zielorientiert geführt werden. Deshalb wollen wir auf jeder Konferenz zwei Schwerpunktthemen wählen. Diesmal ist es das Regionalmanagement und das Gründerverhalten im Ländlichen Raum. Das heißt aber nicht, dass wir die anderen elementaren Themen wie Landwirtschaft, Weinbau, Tourismus, Erneuerbare Energien und Verkehrsinfrastruktur ausklammern wollen.

Wir haben das Schwerpunktthema Regionalmanagement gewählt, weil wir im Bereich Regionalmanagement der Verbandsgemeinden Adenau und Altenahr und der Gemeinde Grafschaft zu der Erkenntnis gelangt sind, dass wir als Region über die Grenzen der Verbandsgemeinden hinweg die Potentiale des Ländlichen Raumes gemeinsam nutzen und zur Entfaltung bringen können. In diesem Sinne gehen wir beispielhaft voran, wissend, dass auch Adenau mit der Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung vor 10 Jahren mit diesem Ansatz begonnen hat.

Sehr schnell ist man zu der Erkenntnis gekommen, dass man nicht nur die eine Seite der Entwicklung, die Landwirtschaft betrachten darf. Ländliche Entwicklung funktioniert nur dann, wenn wir vom Kirchturmsdenken Abstand nehmen, und auch davon Abstand nehmen, nur in Fachstrecken zu denken.

Wenn die Landwirtschaftspolitiker, die für Forst zuständigen Politiker und die Umweltpolitiker nur isoliert ihre Interessen sehen, dann führt das letztendlich dazu, dass kein sinnvolles Ganzes entsteht. Die Potentiale der Ländlichen Entwicklung können so nicht zur Entfaltung gebracht werden. Deshalb ist das, was jetzt in den drei Verbandsgemeinden beispielhaft geschieht, der richtige Ansatz.

Jeder muss im Diskussionsprozess seinen Beitrag bringen, wissend, dass wir eine Aufgabe und eine Verpflichtung haben, das Ganze voranzubringen. Man muss sich als Region begreifen, da dürfen zufällige politische Grenzen keine Rolle spielen. Nur so können wir uns den Herausforderungen stellen, die der ländliche Raum vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des Strukturwandels in der Landwirtschaft fordert.

Wir wollen uns nicht nur diesen Herausforderungen stellen, sondern es gilt, die Zukunft positiv zu gestalten. Ich glaube, dass die heutige Zeit für solche Prozesse hervorragende geeignet ist. Wir leben im Zeitalter der Globalisierung. Wir müssen wettbewerbsfähiger werden und die Wirtschaftsprozesse zunehmend arbeitsteiliger gestalten.

Und wir müssen mehr in Bildung und Forschung investieren.

Es gibt auch eine Sehnsucht im Menschen nach Regionalität und nach Verwurzelung. Es ist eine kluge Erkenntnis der Menschen zu sagen, wenn ich irgendwo fest verwurzelt bin, Land und Leute kenne, ein Basis habe, dann bin ich besser gerüstet, mich den Herausforderungen der Globalisierung zu stellen. Es gibt ein großes Bedürfnis des Menschen nach Verwurzelung. Aber er muss in einer Region Bedingungen vorfinden, für die es sich lohnt, sich für das Vorankommen dieser Region zu engagieren,

Genau das wollen wir auch aufgreifen. Wir wollen die Menschen der Regionen zu den Gestaltern machen. Es wäre vollkommen verkehrt, wenn wir nur von Mainz aus Konzepte und Projekte entwickeln würden. Die Aufgabe von Politik ist nichts anderes, als einen solchen Prozess zu begleiten. - Mehr nicht.

Da wird auch deutlich, was hier im Regionalmanagement geschieht, Das sind dann Projekte, die die Menschen der Region selbst entwickelt haben, Es sind dann ihre Projekte. Die Bereitschaft, seinen Beitrag an einem Projekt zu leisten, dass man selbst konzipiert und entwickelt hat, ist dann auch viel größer.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Kraft, die Dynamik, die der ländliche Raum hat – ich selbst komme auch aus einem ländlichen Raum – den Metropolregionen im hohen Maße überlegen ist. Die Menschen bringen ein hohes Maß an Bereitschaft mit, sich auch ehrenamtlich in der Regionalentwicklung zu engagieren. Dieser Prozess muss über politische Grenzen und die Grenzen der Gebietskörperschaften hinweg, über die Grenzen der Fachverwaltungen hinaus, gestaltet werden. An solchen zielführenden Projekten, die die Menschen selbst konzipiert haben, sind sie bereit, in hohem Maße selbst Verantwortung zu übernehmen. Sie zeigen Bereitschaft, sich für solche Prozesse ehrenamtlich zu engagieren.

Die Konzeption dieser fünf Regionalkonferenzen ist es – und deswegen werde ich auch gleich zum Schluss kommen – dass Politik nicht lange Eingangsstatements, vielfältige Grußworten, zielführende oder weniger zielführende lange Ausführungen macht. Sondern die wichtigste Funktion, die ich heute habe, ist es, zuzuhören. Zuzuhören, was sie an Leitthemen formulieren, was sie an Statements - die Dr. Abresch moderieren wird – formulieren.

Wir werden das aufgreifen. Wir werden das mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen sehr sorgfältig notieren und werden sie und auch die Teilnehmer der folgenden vier Regionalkonferenzen im September, wenn wir eine Grüne Woche in Rheinland Pfalz organisieren, zu einer Folgeveranstaltung einladen. Nachdem wir fünfmal zugehört haben, werden wir ein Positionspapier des Ländlichen Raumes gemeinsam mit Ihnen formulieren. Ich halte es für wichtig, uns zu positionieren.

Es geht auch darum, wie künftig Fördermittel der EU, des Bundes und des Landes verteilt werden. Ich bin der festen Überzeugung, entgegen der Auffassung manch anderer, dass Fördermittel im Ländlichen Raum höhere Renditen bringen, als viele Mittel, die in Metropolen fließen. Durch ehrenamtliches Engagement, durch ein Bewusstsein für den Ländlichen Raum kann aus den Fördermitteln im Ländlichen Raum häufig ein Vielfaches gemacht werden als in den Metropolregionen.

Das wollen wir aufgreifen und in diesem Positionspapier auch deutlich machen, wissend, wir brauchen für die weitere Umsetzung die passgenauen Konzepte für die jeweilige Region. Auch darin wollen wir sie begleiten. Das ist die Zielsetzung dieser und der vier folgenden Regionalkonferenzen.

Vielen Dank!

Einführung in das Programm: Dr. Abresch

Herzlichen Dank Herr Minister Hering,

Sie haben den Rahmen für uns aufgespannt, Sie haben schon mal ein paar Kernpunkte genannt.

Ich habe mit Vergnügen gehört, dass Sie den ländlichen Raum im Vorteil gegenüber den Metropolregionen sehen. Als Mensch, der in der Millionenstadt Frankfurt arbeitet und in einem 800 Seelendorf lebt, kann ich das persönlich bestätigen. Ich kann das nur unterschreiben, genauso ist es. Außerdem finde ich es sehr sympathisch, dass Sie als Spitzenpolitiker jetzt über zwei Stunden zuhören wollen. Das sind wir als Wahlvolk nicht gewohnt. Und auch nicht, dass Sie den Mut aufbringen, uns am Schluss eine pointierte Zusammenfassung zu liefern.

Meine Damen und Herren,

damit möchte ich mit Ihnen zusammen noch mal einen Blick auf das Programm werfen. Herr Hering hat gesagt, wir haben zwei Schwerpunktthemen, zwei Leitthemen, Gründungsprozesse und Regionalmanagement.

Dafür haben wir zwei hochkarätige Referenten für Sie gewinnen können. Wir werden gleich im Anschluss zwei so genannte Impulsreferate hören. Das heißt, beide Referenten haben 15 min Zeit, um uns mit dem letzten Stand der Debatte zu versorgen.

Wir haben dann hier vorne eine, nennen wir es Gesprächsrunde. Da geht's darum, dass wir mit einer beeindruckenden Phalanx von Regionalenexperten, regionalen Schlüsselfiguren in der Entwicklung ländlicher Räume ins Gespräch kommen und ein paar zentrale Aspekte von der Entwicklung ländlicher Räume hier sozusagen im Zwiegespräch erörtern.

Wenn alles gut geht, sind wir um viertel nach 6 damit durch.

Dann geht es darum, dass wir die Richtung mal umdrehen, dass Sie nicht mehr von vorne beschallt, besprochen werden, sondern dann sind Ihre Nachfragen, ihre Eindrücke und Erfahrungen zum Thema in etwa einer halben Stunde gemeinsamer Diskussion gefragt.

Im Anschluss wird Herr Hering noch mal zu Ihnen sprechen.

Ich frage Sie jetzt nicht, ob sie mit dem Programm einverstanden sind. Denn wenn Sie nein sagen, wird es schwierig. Also steigen wir gleich ein.

Ich darf Ihnen zu dem Thema Gründungsprozesse den Geschäftsführer der Außenstelle der IHK Koblenz in Bad Neuenahr – Ahrweiler, Herrn Bernd Greulich, vorstellen. Herr Greulich wird uns sozusagen aus erster Hand und vorderster Front mit einigen Erfahrungswerten versorgen, wie es um den vielfach erörterten Punkt der Gründungsprozesse bestellt ist.



Inputreferate -

Es spricht Herr Dr. Greulich:

Vielen Dank Herr Abresch.

Sehr geehrter Herr Minister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich, Ihnen ein kurzes Referat zum Thema Gründungsprozesse vortragen zu dürfen.

Lassen Sie mich mit der Frage beginnen, welche Personen überhaupt ein eigenes Unternehmen und damit eine selbstständige Existenz gründen? Dazu möchte ich Ihnen exemplarisch einige Gründer aus dem Kreis Ahrweiler vorstellen:

- Da ist zum Beispiel xy aus Ahrweiler. Er war bereits in seiner Schulzeit unternehmerisch aktiv und machte sich dann selbständig im Veranstaltungsmanagement, später mit seiner eigenen Marketingagentur.
- Herr Josef T., der ebenfalls schon zu Schulzeiten ein Unternehmen gründete und heute in Sinzig den deutschlandweit größten online-shop für Kerzen betreibt.
- Einen anderen Start hatte Walter H. Er war lange Jahre in einem Angestelltenverhältnis tätig, bevor er sich mit einer Produktidee selbstständig machte und in Remagen ein Werk zur Herstellung von Klebefolien errichtete.
- Diesen Weg nahm auch Michael H. aus Grafschaft-Gelsdorf. Zunächst gründete er als Angestellter eine eigene Produktionsstätte für Wagen- und Gießapparate. Er wurde für seine innovativen Produkte auch mehrfach ausgezeichnet.
- Für Mark L. aus Bad N war die Übernahme des elterlichen Betriebes der Weg in die Selbstständigkeit, den er nun in der vierten Generation führt.
- Ebenfalls den elterlichen Betrieb übernahm Rita I. Sie leitet ein Entsorgungsunternehmen in Niederrzessen
- Der drohende Verlust des Arbeitsplatzes bewog Gisela B. dazu, in Bad XYZ ein Einzelhandelsgeschäft für Lebensmittel zu gründen. Damit trägt sie in wesentlichem Maße dazu bei, die Nahversorgung in diesem Ort zu sichern.

Meine Damen und Herren,

diese wenigen Beispiele mögen Ihnen verdeutlichen, wie vielfältig und unterschiedlich Gründungen erfolgen können. Lassen Sie mich nun aber zu einigen grundsätzlichen Aussagen kommen. Von allen Personen, die ein eigenes Unternehmen gründen, sind zwei Drittel Männer und ein Drittel Frauen.

Hierzu unabhängig ist die Tatsache, dass zwei Drittel aller Gründer zuvor in einer abhängigen Beschäftigung waren und das ein Drittel aus der Arbeitslosigkeit heraus gründen.

Wichtig ist auch zu erwähnen, dass ein sehr hoher Anteil, nämlich 80 Prozent aller Gründer über Branchenerfahrung verfügen

Kommen wir zu der Frage, welche Form von Unternehmen gegründet wird?



- Da ist zum einen der klassische Produktionsbetrieb, der bezogen auf die Gesamtzahl aller Gründer einen weit geringeren Prozentsatz aufweist.
- Gerade technologieorientierte Existenzgründungen finden in ländlichen Regionen weniger statt, wie in Ballungszentren.
- Weit günstiger sind die Bedingungen für Gründungen im Dienstleistungsbereich, in der Gastronomie, im Tourismussektor und auch im Bereich der haushalts- und personenabhängigen Dienstleistungen.
- Eine weitere vom Standort relativ unabhängige Dienstleistung bietet der Bereich der online Dienste, sofern die technische Infrastruktur vorgegeben ist. Dieses Segment gewinnt auch für den Bereich des Handels immer größere Bedeutung.

Diese Beispiele lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- die Mehrzahl der Existenzgründungen im städtischen Bereich, wie auch auf dem Land erfolgt im Bereich Dienstleistungen.
- Eine wichtige Rolle spielt auch der Handel, wenngleich es der Einzelhandel schwerer hat. Die Zahl der potentiellen Kunden ist in unmittelbarer Nähe kleiner, als in den Städten.
- Erst danach folgt das produzierende Gewerbe. Der Grund dafür ist der meist höhere Investitionsbedarf.
- Technologieorientierte Gründungen, wie schon erwähnt, sind in ihrer Gesamtzahl selten und finden eher in Ballungsräumen statt. Im ländlichen Raum finden sie oft nicht die richtigen Voraussetzungen. Hier fehlt oft die Nähe zu Forschungsinstituten.
- Gestartet wird in der Regel mit kleinen Größen, sofern es sich um eine Neugründung und nicht um eine Unternehmensnachfolge handelt.
- Meistens sind die Existenzgründer zunächst alleine tätig, bevor sie weitere Mitarbeiter einstellen.

Ich möchte Ihnen nun einige Zahlen präsentieren, die die eben getroffenen Aussagen belegen. Sie beziehen sich auf Gründungen in den Landkreisen MYK, AW und CZ. Lassen sie mich zunächst die im HR eingetragenen Unternehmen betrachten.

Im Jahr 2006 waren es hier 199 Gründungen, davon 105 im Dienstleistungsgewerbe. Im Groß und Einzelhandel gibt es 45 im industriellen Bereich immerhin noch 25. Die anderen Bereiche spielen hier eher eine untergeordnete Rolle bezogen auf die Gesamtzahl der Gründungen.

Wie ist die Situation bei den Kleingewerbetreibenden, bei den GbR?

Die Gesamtzahl der Gründungen ist hier naturgemäß viel größer, sie liegt bei über 2500 Gründungen im Jahr 2006. Der Großteil umfasst wieder das Dienstleistungsgewerbe mit über 1000 Gründungen gefolgt vom Handel mit knapp 700 und dann der Industrie mit 264. Interessant ist hier die relativ hohe Zahl von 265 Gründern im Bereich Handel und Handelsvermittlungen. Auch im Gastgewerbe ist die Zahl mit 184 relativ groß, ebenso im Verkehrsgewerbe.

Ich möchte nun einen Blick auf die Motivation der Gründer werfen. Warum wird eine selbständige Existenz gegründet?

- Dahinter steckt häufig der Antrieb, eine eigene Idee zu verwirklichen, sein eigener Chef zu sein, unabhängig zu sein, die eigenen Geschicke selbst zu bestimmen. Dies sind die Faktoren, die einen den Weg in die Selbstständigkeit gehen lassen.

- Groß ist jedoch auch die Zahl derer, die aus der Arbeitslosigkeit heraus versuchen, sich eine eigene Existenz aufzubauen oder die eine Alternative zur drohenden Arbeitslosigkeit suchen. Ihr Anteil liegt im ländlichen Raum bei insgesamt 53 Prozent, wie eine Befragung im Rahmen der inmit - Studie ergeben hat.
- Die Wahl des Unternehmensstandortes ist eine wichtige Entscheidung des Gründers. Wo befinden sich meine potentiellen Kunden, wo kann ich meine Dienstleistungen und mein Waren am besten verkaufen?
- Eine Existenzgründung orientiert sich am Absatzmarkt. Hier liegt ein wesentlicher Nachteil der Gründungen im ländlichen Raum. Denn der Absatzmarkt ist hier deutlich eingeschränkter, als in städtischen Ballungsräumen. Aus diesem Grund erscheint vielen Gründern die Chance in den Ballungsräumen besser, und sie wählen dort ihren Standort. Dieser Trend wird durch die demografische Entwicklung weiter verstärkt.

Vom Warum nun zum Wann. Wann vollzieht ein Existenzgründer den Weg in die Selbständigkeit?

Zwei Faktoren sind hier maßgeblich. Zum einen das Lebensalter zum anderen der Erfahrungshorizont. Teilweise sind Existenzgründer sehr jung. Dann haben sie sich aber schon als Schüler oder als Student mit dem Unternehmensgegenstand befasst und so ihre Erfahrungen gesammelt. Gründer, die aus einem Angestelltenbereich heraus starten sind tendenziell älter und haben in ihrer Angestelltentätigkeit das nötige Know-how gesammelt.

Insgesamt lässt sich die Aussage treffen, dass erfolgreiche Gründungen auf ausreichender Lebens- und auch Berufserfahrungen basieren.

Wer unterstützt die Existenzgründer bei Ihrem Vorhaben? Anfangs ergeben sich eine Vielzahl von Fragen, die die Gründer nicht alleine beantworten können.

- Erste Anlaufstelle für die Gründer in RP sind die Starterzentren. Sie sind an den Standorten der HWKs und der IHKs flächendeckend eingerichtet und bieten den Gründungswilligen eine Vielzahl von Informationen. Neben schriftlichen Informationen gibt es die Existenzgründerseminare und die interne Beratung. Damit haben die Starterzentren eine wichtige Funktion im Gründungsprozess. Sie helfen Gründern bei ihrem Weg in die Selbständigkeit, indem sie Ihnen wichtige Infos in die Hand geben und beratend tätig sind.
- Vor Ort finden die Existenzgründer eine Vielzahl von Ansprechpartnern, die unterstützen. Das sind zum einen die regionalen Geschäftsstellen der IHK, der HWK und der Kreishandwerkerschaften, sowie die eben genannten Starterzentren.
- Darüber hinaus sind auch die regionalen Banken und Sparkassen Anlaufstellen, wenn es um die Frage der Finanzierung des Vorhabens geht.
- Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft gibt Hinweise zu geeigneten Standorten, beispielsweise zu Gewerbegebieten und zur Infrastruktur.
- Die Steuerberaterkammer bietet in Kooperation mit den Starterzentren Steuerberatersprechtag für Existenzgründer.
- Schließlich hilft die KfW, die ISB des Landes Rheinland Pfalz durch zinsverbilligte Darlehen und durch Bürgschaften.

Was macht nun den Erfolg einer Gründung aus?

- Als ersten Erfolgsfaktor lässt sich eindeutig die Ausbildung identifizieren. Sie ist eine wichtige und grundlegende Basis für einen erfolgreichen Start in die Selbstständigkeit.
- Ausreichende Branchenkenntnisse sind genauso wichtig wie kaufmännische Kenntnisse.

- Der Existenzgründer muss aber auch ein Unternehmertyp sein. Er muss betriebliche Entscheidungen alleine treffen können, er muss schnell auf veränderte Bedingungen reagieren, er muss zu hohem persönlichen Einsatz bereit sein und auch mutig und entschlossen sein.
- Idealerweise ist er dann in einer Marktlücke tätig und hat mit seinen Dienstleistungen oder mit seinem Produkt ein Alleinstellungsmerkmal.

Sind diese Faktoren gegeben, dann ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass der Gründer sein Unternehmen erfolgreich führen kann.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht sind natürlich diejenigen Gründungen wünschenswert, die nicht nur kurzfristig erfolgen, sondern die auch Bestand haben. Ich habe es in dem Begriff der nachhaltigen Gründungen umschrieben. Eine Existenzgründung kann eine Anschubfinanzierung erfahren, sie darf jedoch nicht auf Dauer von einer finanziellen Förderung abhängig sein. Gesamtwirtschaftliche gesehen sind qualitativ hochwertige Gründungen von Bedeutung, also insbesondere Gründungen, die mit Innovation verbunden sind. Schließlich ist auch die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen wünschens- und erstrebenswert.

An einigen Stellen habe ich bereits Besonderheiten von Gründungen im ländlichen Raum erwähnt. Lassen sie mich die Besonderheiten an dieser Stelle noch einmal zusammenfassen:

- Das DSL-Netz weist noch viele weiße Flecken auf. Damit ist die Kommunikationsmöglichkeit via Internet und E-Mail für Gründer auf dem Land nur sehr eingeschränkt gegeben.
- Die Bevölkerungsdichte ist geringer, wodurch, wie bereits erwähnt, der Absatzmarkt eingeschränkt ist. Es sind weitere Strecken zurückzulegen, sowohl vom Unternehmer zum Kunden, als auch vom Kunden zum Unternehmer.
- Fachkräfte sind im ländlichen Raum tendenziell weniger verfügbar.
- Demgegenüber steht aber doch, dass die Kosten im ländlichen Raum teilweise geringer sind. So sind beispielsweise die Gewerbeflächen günstiger zu haben als in Ballungsräumen.

Damit komme ich zu folgendem Fazit:

- Beim eigentlichen Gründungsprozess gibt es aus meiner Sicht keine signifikanten Unterschiede zwischen einer Existenzgründung im ländlichen Raum oder in einem städtischen Ballungsraum. Diese Aussage gilt in Bezug auf die Person des Gründers, seine Motivation, seine Fähigkeiten, die Branche und die Erfolgsfaktoren,
- Unterschiede gibt es aber sowohl in Bezug auf die räumlichen Bedingungen, die die Standortwahl des Existenzgründers beeinflussen, die sich negativ auf die Zahl der Gründungen im ländlichen Raum auswirken können.

Die Steigerung der Attraktivität des ländlichen Raumes, Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur sind deshalb aus meiner Sicht wichtige Ansatzpunkte, um die Perspektiven für Existenzgründer in ländlichen Räumen zu verbessern.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Es spricht Dr. Abresch:

Meine Damen und Herren,

lassen Sie uns jetzt gleich das zweite Schwerpunktthema des heutigen Abends anleuchten.

Zu uns gekommen ist Herr Prof. Dr. Hermann Schlagheck, er ist jemand der in den letzten Jahren und Jahrzehnten aus dem einschlägigen Bundesministerium heraus ganz wesentlich die konzeptionellen Fragen für die Entwicklung des ländlichen Raums mitgeprägt hat und man kann sagen sein Herz schlägt für den ländlichen Raum. Herr Schlagheck, danke dass Sie zu uns gekommen sind. 15 Minuten Zeit für Sie uns zu dem Thema Regionalmanagement auf den letzten Stand zu bringen.

Es spricht Prof. Dr. Hermann Schlagheck:

Zunächst einmal herzlichen Dank das ich heute Abend hier sein darf. Herr Minister Hering, Sie haben schon einige Stichworte genannt, die werde ich aufgreifen.

Zunächst einmal möchte ich Ihnen widersprechen, Herr Dr. Abresch, weil Sie vorhin, vermutlich aus Ihrer Gefühlslage heraus, den ländlichen Raum als im Vorteil gegenüber den Metropolregionen dargestellt haben. Das ist nicht so, dass ist der Grund warum ich auch heute hier stehe.

Ich habe in der Tat viele Jahre im Bundesministerium an der Verwirklichung von Konzepten für die ländliche Entwicklung mitgewirkt. Ich habe mir erlaubt, vor Ort die verschiedenen Projekte zu überprüfen, die wir von oben angedacht haben. Dabei ist klar geworden, dass wir vor allem und insbesondere mit der Auseinandersetzung zu rechnen haben - mit den Metropolregionen. Und es gilt immer noch der schöne Spruch Stadt und Land - Hand in Hand. Nur wenn das Land nicht weiß was es will, wird es schnell überfordert von den Metropolregionen und Ballungsgebieten. Und damit bin ich schon mittendrin im Thema - eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Verbandsgemeinden in den Regionen.



Nun, meine Damen und Herren, das darf jedoch kein blinder Aktionismus sein, wir benötigen ein Konzept das die Bürger überzeugt. Oft sind sie mit Vorstellungen konfrontiert worden, die dann aber genauso schnell wieder eingesammelt wurden. Daraus resultierte viel Frust und Resignation. Deswegen will ich die Messlatte gleich am Anfang nennen, wir brauchen die Berücksichtigung von drei Stichworten:

Das eine ist die Dimension der Regionalität. Es ist zwar schön wenn wir über die Konflikte zwischen Regionalisierung und Globalisierung diskutieren, jeder erinnert sich daran wie schön es ist dort zu wohnen, und die vielen Leute zu kennen, mit denen man vielleicht auch gemeinsam etwas unternimmt. Nur die Region ist nicht so einfach abzugrenzen. Zu dieser Region gehört eine gewisse Identität. Eine Identifikation mit dem, was das Spezielle der Region ist.

Zweiter Punkt: Die Partizipation

Das ist etwas, dass uns ja heute auch hier zusammengeführt hat. Die Beteiligung der interessierten Bürger - aber nicht nur an den Ergebnissen, sondern auch an der Analyse und Entscheidungsfindung. Das dritte zentrale Stichwort, Herr Dr. Greulich, da komme ich jetzt darauf zurück, ist die Integration. Es hat keinen Zweck sich auf einen Weg zu machen in der Vorstellung alleine schaffen wir es. Die Vernetzung ist ungemein wichtig, und gerade darauf sind die Gründer angewiesen. Viele ILEK's sind in Deutschland inzwischen entwickelt. Da habe ich ein Stichwort genannt: ILEK.

Ein Konzept der integrierten ländlichen Entwicklung. Und alle die sich jetzt auf den Weg gemacht haben diese drei Begriffe der Regionalität der Partizipation und der Integration zusammenzuführen, zu einem Konzept der integrierten ländlichen Entwicklung, erwarten dafür natürlich auch Geld. Und das Geld ist knapp. Herr Minister Hering, ich denke das ist in Rheinland-Pfalz anders als in Nordrhein-Westfalen, wo ich her komme.

Insofern haben wir es mit einem harten Konkurrenzkampf zu tun, wer denn nun das bessere Konzept hat und ob derjenige, der kein Konzept hat, hinten runter fällt. Ich glaube, so wird es sein. Dieser Wettbewerb um öffentliche Mittel wird am Ende auch Gewinner und Verlierer haben. Da stellt sich die Frage: Wo setzen wir denn an, um am Ende zu den Gewinnern zu zählen? Nun dürfen Sie gerne vergleichen.

Ich habe einige Baustellen genannt. Da ist zunächst einmal die Stärkung des regionalen Profils, um gemeinsam nach außen aufzutreten und nach innen identitätsstiftend zu wirken. Um das Wir-Gefühl einmal anzusprechen - zunächst einmal die Frage: Wer sind wir? Aber damit dürfen Sie sich nicht zu viel abgeben, am Ende muss der Satz stehen: Wir sind Wer. Der zweite Punkt ist die Vertiefung der interkommunalen Zusammenarbeit, das ist schon angesprochen worden von mir. Die verstärkte Zusammenarbeit der Gemeinden und Verbandsgemeinden. Ich denke, es ist bereits ein großartiger Erfolg, wenn Sie sich auf den Weg gemacht haben solch ein ILEK zu entwickeln. Ein Konzept der integrierten ländlichen Entwicklung, aber das reicht nicht, wir sind noch nicht durchs Ziel, denn wir müssen uns auch die Probleme klarmachen, die mir vor Ort immer wieder widerfahren. Noch orientiert sich so eine Gemeinde die an einem ILEK - einem Konzept der integrierten ländlichen Entwicklung - teilnimmt, an ihren eigenen Interessen. Meiner Ansicht nach ist das auch verständlich, denn Bürgermeister und Gemeinderat fühlen sich noch mehr ihren Wählern verpflichtet.

Als unbedingt dem Profil der größeren Region. Dadurch passiert oftmals viel parallele Arbeit, denn trotz ILEK, trotz dieses verbandsgemeindeübergreifenden Konzeptes, denkt ja zunächst einmal jeder, was fällt dabei für meine Gemeinde ab. Ist es nicht besser, ich mache parallel zu dieser Regionalentwicklung noch ein schönes Gemeindemarketing. Dann kann ich das besser verkaufen. Nun, was resultiert daraus? Eine gewisse Überforderung derjenigen, die sozusagen auf zwei Ebenen arbeiten müssen. Einmal an dem integrierten Konzept für die Region und daran was dann für die Gemeinde als Standortmarketing erdacht wurde. Ein Drittes ist wichtig, und das will ich überschreiben mit: Udenken in der Bevölkerung. Und damit meine ich nicht alle die, die hier draußen sind. Und vielleicht morgen mitbekommen, was hier gesagt worden ist. Nein, ich möchte alle einbeziehen. Wir alle sind es gewohnt, eher gegen etwas zu sein als für etwas. Ob es nun gegen ein Altenheim ist, gegen die Einrichtung für Behinderte in unmittelbarer Nähe, gegen die Erweiterung von landwirtschaftlichen Standorten, aus Angst vor Neuem werden oftmals nicht sehr überzeugende Argumente gebracht. Um dieses Denken umzukehren, bedarf es einer breiten Information.

Nun kann man mit vielen guten Broschüren die Einwohner einer Gemeinde oder Verbandsgemeinde überziehen, aber das wird nicht reichen. Es ist auch die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger erforderlich, dass was sie an Informationen verbreiten, wahrzunehmen. Das ist keine leichte Aufgabe. Auch hier zeigt die Erfahrung wieder, ich denke Ihre auch, wonach suchen wir eigentlich? Eher die Information, die das, was bisher dachten bestätigt, und nicht die Information, die das was wir bisher dachten, in Frage stellt. Das ist zunächst einmal unser zentrales Problem. Wie wir die Bevölkerung mit Informationen konfrontieren.

Ein vierter Punkt: Verabschieden wir uns von der Idee, als gäbe es Lösungen von der Stange. Es gibt sie nicht. Jede Region, ob hier in der Gegend oder ob jenseits der Grenze zu Nordrhein-Westfalen hat ihre Stärken und Schwächen. Also geht es um regionsspezifische Lösungen die wir dann gemeinsam mit den Betroffenen erarbeiten. Und dann fünftens: Sich auf Schwerpunkte bei der Umsetzung von Konzepten zu konzentrieren. Nicht alles ist gleichzeitig machbar. Da weiß ich aus Erfahrung, dass ist ein mühsames Geschäft. Jeder möchte bei den so genannten Schwerpunkten dabei sein. Weil ja jeder an seiner Gemeinde denkt. Wenn man sich auf drei Gemeinden beschränkt, könnte jemand denken: Meine Gemeinde ist nicht dabei. Davon müssen wir uns verabschieden. Wer alles, macht wird am Ende nichts erreichen.

Und der sechste Punkt: Projekte definieren, die auch tatsächlich umsetzbar sind. Z. B. zum ländlichen Tourismus oder zur Nutzung erneuerbarer Energien. Das ist noch leichter vorstellbar, aber dann noch

Koordinatoren zu finden, die über die Grenzen der eigenen Gemeinde hinaus denken. Sie müssen weiterhin interessierte Bürger finden, die zum Mitmachen bereit sind. Und wie soll sich das nun alles zusammenfügen, meine Damen und Herren? Ich führe jetzt den Begriff Regionalmanagement ein, über den ich hier keine theoretische Abwandlung halten will. Was ist das nun wieder?

Ich zitiere, damit es auch hoch wissenschaftlich klingt: Regionalmanagement sind dezentrale Handlungsansätze, die auf die Teilhabe der Bürger abgestimmt sind um die endogenen Potentiale der Region zu aktivieren. Das klingt sehr technisch, aber im Klartext heißt das nichts anderes, dass Regionalmanagement soll die Bürger, die Unternehmen die regionalen Akteure, all die, die sich auf den Weg machen um die Region zu entwickeln, mit einbeziehen. Partizipativ erarbeitetes Konzept macht es möglich, Mitverantwortung auszuprägen, und aus dieser Mitverantwortung resultiert am Ende auch die Bereitschaft, Arbeit zu tun. Das Regionalmanagement ist dann eigentlich Praxis statt Theorie. Regionalmanagement sind Angebote für die Mitarbeit der Bürger, konkrete Projektideen statt Runde Tische, und es sollen so konkrete Projekte sein, die auch in überschaubarer Zeit zu gewissen Ergebnissen führen.

Es hat keinen Zweck sich großartiges vorzunehmen, wenn nicht am Ende auch Erfolgserlebnisse vermittelt werden. Des Weiteren nenne ich die Vernetzung der regionalen Akteure. Das ganze ist mehr als die Summe der Einzelteile. Diese Liste könnte ich noch endlos erweitern, aber das will ich nicht tun. Ich will eher mit einem schwierigen Punkt zum Schluss kommen, für den ich auch noch keine Lösung habe.

Das Regionalmanagement - ist das jetzt eine Aufgabe von Experten, die man sich einkauft? Oder ist das eine Aufgabe der Kommunalverwaltung? Die Antwort lasse ich jetzt einmal offen, denn ich weiß von aus Projekten, es geht nicht ohne Motoren und Lokomotiven, nicht ohne Menschen, die sich persönlich mit ihrer ganzen Begeisterung für die Sache einbringen, sonst werden wir untergehen in dieser Auseinandersetzung mit den Metropolen. Und ich spreche diesen Punkt deshalb an, weil ich immer wieder feststelle, welches Hickhack es gibt, wenn die politisch Verantwortlichen sich nicht einigen können, für solche Prozesse.

Ich denke die Beteiligung demokratisch legitimierter Personen in der Steuerungsgruppe ist unverzichtbar. Möglich ist auch die Beteiligung in Projektgruppen wie Erneuerbare Energien oder ländlicher Tourismus, vor allem aber die Mitarbeit in der Steuerungsgruppe ist wichtig. Damit wir aus der gemeinsamen Verantwortung heraus zur Durchsetzung der Projekte kommen. Kein Gegeneinander, sondern ein Miteinander - damit appelliere ich an die Beteiligung der demokratischen legitimierten Personen.

Ausblick: Die Integrierte ländliche Entwicklung ist ein Prozess der erzählend und diskutierend an vielen Tischen von allen Beteiligten Zeit und Geduld erfordert. Lassen Sie nicht nach sich dieses bewusst zu machen: Zeit und Geduld.

Aber er ist auch ein Prozess, der nicht mit einem Augenschlag endet, sondern der ständig weiter entwickelt wird. Neue Erfolge und neue Ziele werden sich auf tun.

Meine Damen und Herren, ich erlaube mir, zum Schluss darauf hinzuweisen, es ist eine lebendige Demokratie, die die ländlichen Gemeinden dringend nötig haben, und die hat unserem Vorteil gegenüber den Metropolregionen ausmachen. Deswegen lassen Sie uns auf den Weg machen, ich wünsche uns dabei viel Erfolg. Herzlichen Dank.

Es spricht Dr. Abresch:

Herzlichen Dank Prof. Schlagheck. Wir wollen da zwischenschieben den Landrat, der ja auch ein Stückweit der Gastgeber ist. Bitte Herr Dr. Pföhler.

Es spricht Landrat Dr. Pföhler:

Sehr geehrter Herr Minister, meine sehr verehrten Damen und Herren,

erlauben Sie mir das ich Sie im Namen der kommunalen Familie, dessen Landkreis Ahrweiler und der Gemeinde Grafschaft zusammen mit dem Bürgermeister Achim Juchem, herzlich willkommen heiße.

Die heutige Konferenz hat für uns alle einen besonderen Stellenwert. Die ländlichen Räume sind im Hinblick auf den demografischen Wandel eine große Herausforderung. Dies ist für das Land Rheinland-Pfalz und für den Kreis Ahrweiler, der ja bekanntlich ein Flächenkreis ist, eine große Herausforderung. Unser Ziel muss es sein, der demografischen Entwicklung der Entvölkerung entgegenzuwirken. Wichtig ist es, man kann solchen Entwicklungen entgegenwirken, sonst bräuchten wir uns heute hier nicht über Strategien zu unterhalten.

Unser Ziel muss es sein, die Gleichwertigkeit, nicht die Gleichheit, der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum gegenüber der Stadt sicherzustellen. Deshalb müssen wir alles dafür tun, die Attraktivität unserer Dörfer, der wohn-, lebens-, arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zu stärken. Der Kreis Ahrweiler hat hier bereits gehandelt, wie haben Erfahrungen, erlauben Sie mir hier vier Stichworte unserer Offensive für ländlichen Raum zu nennen.

Das erste, und dass wurde von den Vorrednern erwähnt, sind hohe Investitionen in die Infrastruktur, dazu zähle ich auch die Bildungs-Infrastruktur, wir haben beispielsweise 30 Mio. Euro in unsere kreiseigenen Schulen investiert. Investitionen in Form von Förderprogrammen in das Vereinswesen sind sicherlich Wege um den ländlichen Raum attraktiv zu gestalten.

Das zweite sind die Eröffnung neuer Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven. Das Stichwort lautet hier „Biomasse“. Wir haben mit dem Biomasse-Masterplan große Potentiale aufgezeigt. Es werden regional wirtschaftliche Perspektiven genannt, von denen die Forstwirte profitieren können.

Drittens: Jede Region braucht zur Schaffung heimatnahe Arbeitsplätze, Leuchtturmprojekte. Mit der Erlebnisregion Nürburgring haben wir ein großes Leuchtturmprojekt. Durch eine große Kapitalerhöhung des Landes zusammen mit dem Kreis werden wir dort mit der Formel 1 Tausende von Arbeitsplätzen sichern und 500 neue schaffen. Deshalb möchte ich besonders Ihnen, Herr Minister, ausdrücklich für dieses Zukunftsprojekt danken. Denn er ist ja im Aufsichtsrat der Nürburgring GmbH hochrangig vertreten, und promotet ja quasi dieses Projekt. Das meine Damen und Herren, sind Rahmenbedingungen die der Staat, sei es auf kommunaler, oder auf Landesebene, schafft. Der entscheidende Punkt sind aber die Menschen. Die Menschen müssen sich in Zukunft in ihre Gemeinden einbringen. Der Staat kann das nicht alleine lösen, geschweige denn bezahlen. Hier setzt ein Programm ein, dass wir im Dezember im Kreis beschlossen haben.

Das ist ein Programm zur Förderung des Ehrenamtes der interkommunalen Zusammenarbeit. Ein Programm das es im Lande Rheinland-Pfalz meines Wissens noch nicht gegeben hat. Wir haben damit einen sensationellen Erfolg. Nach zwei Monaten sind die Mittel abgerufen. Dies alles sind Ansätze, dass sind Dinge mit denen wir uns hier einbringen in diesen Prozess, der mit Sicherheit heute noch weitere Perspektiven eröffnet. In diesem Sinne danke ich dem Ministerium, danke ich Ihnen Herr Minister, dass Sie diese Konferenzreihe ins Leben gerufen haben.

Ich wünsche uns allen viele gute Anregungen, aber mehr noch Erfolg, für später bei der Umsetzung.

Herzlichen Dank.



Gesprächsrunde

Es spricht Herr Dr. Abresch:

So, meine Damen und Herren, jetzt wollen wir mal einsteigen in die Gesprächsrunde. Wir haben uns eine Auswahl von Themen gewählt, von denen wir der Meinung sind, dass sie gerade in dieser Region besonders gut diskutiert werden können.

Wir haben dazu Experten dieser Region gebeten als Erfahrungsträger vor Ort ein Stückweit Rede und Antwort zu stehen. Ich darf als ersten Herrn Dr. Hans-Ulrich Tappe zu mir bitten, den Bürgermeister der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Herr Tappe, ein Ball ist ja schon in die Luft geworfen, nämlich der, mit dem Verhältnis Stadt-Land. Aus der Praxis heraus die Frage an Sie: Was sind die Attraktionen, was sind die Standortvorteile des ländlichen Raumes gegenüber den Metropolregionen?

Es spricht Herr Dr. Tappe:

Ich möchte zunächst einmal kurz das Spannungsfeld umreisen, in dem wir uns im ländlichen Raum befinden. Von Bad Neuenahr-Ahrweiler aus brauchen Sie 25 Minuten um im Parkdeck am Kölner Dom zu sein. Wir sind allerdings auch zumindest in Teilen ländlicher Raum obwohl wir in Bad Neuenahr-Ahrweiler im Mittelzentrum sind.

Aus Sicht von Mayschoss oder anderen kleinen Orten mag es sein, dass wir als Mittelzentrum ein attraktiver Einkaufsstandort sind. Der ländliche Raum ist also schwer zu umreisen. Unsere Chance liegt in der Infrastruktur, die ein Mittelzentrum naturgemäß hat. Es gibt eine Wechselwirkung zwischen ländlichen Raum und Mittelzentrum. Es gibt eine Wechselwirkung zwischen Grundzentrum und Mittelzentrum. Ich möchte es an einem typischen Beispiel erklären: Mich würde nichts mehr freuen, wenn der Innovationspark-Rheinland in der Grafschaft vermarktet wird, es ist ja auch ein guter Anfang nun geschaffen. Die Menschen, die dort arbeiten nutzen die Infrastruktur der Kreisstadt. Der Kollege Juchem aus der Grafschaft ist derselben Meinung, dass es die Gemeinden ohne die Infrastruktur im Mittelzentrum nicht schwerer hätten, ihre Baugebiete zu vermerken.

Es gibt also eine ganz klare Arbeitsteilung und ich glaube das dies in einer Region in der eine gewisse Identität ganz wichtig ist, dass man in Augenhöhe miteinander verhandelt. Es ist weiterhin wichtig, dass man seine Schwächen und Stärken kennt, und in der Region versucht gemeinsam etwas auf die Beine zu stellen.

Es spricht Dr. Abresch:

Herr Dr. Tappe, es stellt sich die Frage, wo wählen private Haushalte ihren Standort? Geben Sie mit doch mal bitte eine Empfehlung? Es handelt sich um eine durchschnittliche Familie, zwei kleine Kinder, warum sollte ich in den ländlichen Raum ziehen?

Es spricht Dr. Tappe:

Darauf gibt es eine Antwort, jeder weiß mittlerweile, dass die Mittelzentren den Ballungszentren Profiteure des Wachstums sind. Wir haben in den letzten 10 Jahren 3.500 neue Mitbürgerinnen und Mitbürger bekommen. Wir wachsen also noch. Allerdings muss ich dazu sagen, dass aufgrund der topografischen Bedingungen das Wachstum begrenzt ist, es sei denn Sie können es sich leisten, horrenden Preise zu zahlen. Ein knappes Gut in der Kreisstadt ist Bauland, insofern sind wir auf Kooperationen angewiesen.

Gerade die Flächengemeinden im ländlichen Raum müssen also mit dem Mittelzentrum kooperieren. Die Zentren sprechen mit ihrer Infrastruktur die jungen Familien an. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Ich würde Ihnen sagen, je nach Portemonnaie kommen Sie entweder direkt nach Bad Neuenahr-Ahrweiler oder suchen Sie sich im ländlichen Raum Bauland.

Es spricht Dr. Abresch:

Ich wähle das Umland. Jetzt haben Sie ja hier in dieser Region die Metropolregionen in Reichweite, böse Zungen sprechen vom Speckwürfel. Sie haben Metropolregionen in Reichweite - in Pendlerreichweite, man könnte auch sagen, in Konsumreichweite. Es gibt ja in Rheinland-Pfalz auch ganz andere Regionen.

Um von diesen aus die Metropolregionen zu erreichen, muss man sich teilweise 60 oder 90 Minuten ins Auto setzen. Wo sehen Sie die Grenzen in den Metropolregionen? Ich sagte gerade, 35 Minuten nach Köln. Schauen wir nach Berlin, da wäre das noch Innenstadtverkehr. Wenn man in Berlin 30 Minuten fährt, ist man noch nicht mal aus der Stadt heraus. Da reden wir über Distanzen, die für Großstädte ganz uninteressant sind. Hier spielen die Distanzen schon eine Rolle. Ich glaube, dass unsere Stärke gerade darin liegt, dass wir ein bisschen wegkommen von den Metropolregionen.

Es spricht Dr. Tappe:

Der Mensch sagt in diesem Falle, möchte ich gerne im ländlichen Raum leben, aber in der Stadt arbeiten. Hier zu wohnen und in einer Entfernung von 100 km zu arbeiten, ist heutzutage nicht mehr das ganz große Problem. Obwohl es nicht viel Spaß macht, über die Autobahn zu hetzen. Es ist die Frage, in welchem Lebensalter man sich befindet, und wie angenehm es ist große Distanzen zu überbrücken.

Wir als Mittelzentrum mit unserem Umland haben jedenfalls große Potentiale in der Entwicklung. Wir werden momentan mit dem Umland zusammen stark nachgefragt. Ich will Ihnen ein ganz klassisches Beispiel sagen, bei dem die Wechselbeziehung erkennbar ist.

Es nutzt uns überhaupt nichts, wenn wir in Bad Neuenahr-Ahrweiler im Jahr 800.000 Übernachtungen im Fremdenverkehr haben, das kann sich ja schon mal sehen lassen. Alleine die Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler bringt es jedoch nicht, wenn wir nicht das touristische Umland nutzen, denn deswegen kommen die Leute ja, wegen der Landschaft, wegen dem Nürburgring, wegen der ganzen touristischen Infrastruktur. Da müssen wir über die Grenzen des kommunalen Tellerrandes schauen. Da müssen wir einen viel größeren Bogen schlagen, da eröffnet sich das Thema der regionalen Identität.

Es spricht Dr. Abresch:

Nun ist das Thema Stadt-Land ja nicht ganz neu, im Moment hat man den Eindruck, es gewinnt wieder an Konjunktur. In der Region passiert ja auch schon eine Menge, aber dennoch: Für unsere Debatte ist es sehr wichtig, dass wir nicht nur ein einseitig geschöntes Bild malen, sondern auch die Finger in die Wunden legen, und fragen: Woran hapert es denn heute? Wo sind aus Ihrer Sicht Hindernisse, Schwierigkeiten und die hausgemachten Probleme, die uns noch den Weg verstellen?

Es spricht Dr. Tappe:

Ich bringe ein aktuelles Beispiel, um besonders anschaulich zu sein. Im Moment ist das aktuelle Thema: Die Premium-Wanderwege. Rheinland-Pfalz schafft Premium-Wanderwege. Regionale Infrastruktur bedeutet immer, dass kommunale Grenzen überschritten werden. Das ist in meiner Stadt nicht das Thema. Hier lässt sich das schnell regeln indem ich den Stadtrat frage. Wenn Sie aber in die Verbandsgemeinden gehen, wissend das alle touristischen Angelegenheiten, Angelegenheiten der Ortsgemeinden sind, so sind die Verbandsbürgermeister sicherlich nicht zu beneiden, wenn es um diese Frage geht.

Einen Abstimmungsprozess einzuleiten um auch im Hinterland die Akzeptanz einzuholen. Die unterschiedlichen Strukturen in den Kommunen sind dann schon gewisse Hemmsteine. Wenn es wichtig ist, sollte schon einmal eine schnelle Lösung gefunden aber es ist schwieriger als in der Stadt.

Es spricht Dr. Abresch:

Es gibt also doch mehr Kirchturmsdenken, als man so meint. Nein, eigentlich nicht. Aber es existiert ein Selbstbewusstsein der Ortsbürgermeister und ein Selbstbewusstsein der Stadtbürgermeister. Wir reden jetzt eigentlich nur über die Hemmnisse.

Man muss jedoch nicht glauben, dass überhaupt keine Kooperationen gibt. Man muss nicht glauben, dass es überhaupt keine Bereiche gibt, wo etwas gemeinsam gemacht wird. In den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserentsorgung läuft es sehr gut. Im Katastrophenschutz, - ich denke da an die Sonderfahrzeuge. Es gibt also viele Ansätze, bei denen es schon richtig gut läuft, weil auch das Portemonnaie nichts anderes mehr zulässt.

Herr Tappe, wenn Weihnachten ist, Sie dürften einen Wunschzettel machen mit drei Punkten darauf, bezogen auf das Thema Entwicklung ländlicher Räume und speziell Stadt-Land, was schreiben Sie hin? erstens, zweitens, drittens.

Es spricht Dr. Tappe:

Also der erste Punkt ist, und dieser Wunsch geht auch an den Herrn Minister Hering, in der Frage, wie stellt sich der ländliche Raum auf. Lassen Sie die Menschen vor Ort das zunächst einmal unter sich regeln und dann glaube ich, dass schon einmal 70% der Probleme gelöst sind. Lassen Sie sich die Bürgermeister für ein Wochenende einschließen, und Sie werden sehen, sie bringen am Montag eine Lösung, die sich sehen lassen kann.

Es ist schon wichtig, dass die Menschen vor Ort in diesem Prozess etwas mit zu entscheiden haben. Dann, wenn sie sich in einer Region zusammenfinden, kommt man auch zu guten Lösungen. Wenn man Projekte umsetzen will, braucht man zunächst einmal Geld. Hier ist schon wieder der Herr Minister gefordert.

Man muss die Projekte auch umsetzen. Man darf die Messlatte nicht so hoch legen. Es kommt darauf an die kleinen Projekte zügig umzusetzen. Es macht mehr Spaß ein Projekt in 1 - 2 Jahren umzusetzen, als mehr als 20 Jahre an einer Ortsumgehung zu arbeiten. Das wäre dann frustrierend. Das war der zweite Wunsch.

Einen Wunsch habe ich noch, darüber möchte ich noch nachdenken. Man muss ja sehr genau überlegen, welche Wünsche man an den Herrn Minister heran trägt.

Es spricht Dr. Abresch:

Herr Tappe, herzlichen Dank. Lassen Sie uns nun die zweite Perspektive mit hereinnehmen. Ich bitte den Herrn Werner Riedel zu mir. Herr Riedel ist beim DLR Rheinpfalz in der Abteilung Gartenbau tätig. Der Gartenbau spielt ja, wie wir alle wissen, in dieser Region eine herausragende Rolle.

Herr Riedel, gleich zur ersten Frage. Wenn wir die letzten 30, 40 Jahre vor unserem inneren Auge Revue passieren lassen, müssen wir feststellen, dass die Wertschöpfungsmöglichkeiten in der Land- und Forstwirtschaft auch im Gartenbau, obwohl das ja eher ein Spezialfall ist, insgesamt gesunken sind und das der Anteil der Landwirtschaft an der gesamten Regionalwirtschaft eher zurückgegangen ist.



Deswegen die erste Frage: Welche Bedeutung hat der Obstbau heute noch?

Es spricht Werner Riedel:

Sie haben die letzten 30 bis 40 Jahre angesprochen, wenn man hier in die Region guckt, sieht man dass der Obstbau ständig im Wachstum begriffen war. Es ist ein wichtiges Standbein in landwirtschaftlichen Betrieben und ein Grund ist dabei sicherlich, dass der Gartenbau immer auf dem freien Markt gewirtschaftet hat. Da sich der Gartenbau ständig am Markt behaupten musste, hat m. E. die Betriebe stark gemacht. Im Norden von Rheinland-Pfalz haben wir ca. 440 Betriebe mit 1.100 Hektar, etwa 1.800 Familienarbeitsplätze bzw. feste Arbeitsplätze gibt es in diesen Betrieben. Wenn man zusätzlich den vor- und nachgelagerten Bereich betrachtet, kann man die Zahl getrost verdoppeln.

Der Obstbau verzeichnet einen Umsatz von größenordnungsmäßig 10 Mio. Euro. Ich denke das ist ein wichtiger Faktor. Herr Dr. Greulich sprach die Ausbildung an, dass ist entscheidend und das sehen wir genauso. Eine gute Grundausbildung ist notwendig um einen Betrieb wirtschaftlich leiten zu können. Für die Ausbildung haben wir die Schule direkt vor der Tür.

Es spricht Dr. Abresch:

Sie haben die Zahlen genannt, dass ist ja doch ein beachtlicher wirtschaftlicher Faktor. Nun wissen wir ja dass der Sektor der Nahrungsmittelerzeugung einem dynamischen Strukturwandel unterzogen ist. Wie sind hier die Prognosen, wie schätzen Sie das ein? Wie wird das in 10 Jahren oder in 15 bis 20 Jahren aussehen?

Es spricht Werner Riedel:

Folgendes sehen wir generell bei allen Betrieben: Bis ca. 5 Hektar Betriebsgröße ist nahezu kein Wachstum mehr möglich. Die Betriebe die Flächen jenseits von 10 Hektar bewirtschaften, haben Chancen zu wachsen, nicht nur im Obstbau. Wir müssen gewisse Strukturen behalten um überhaupt wirtschaftlich produzieren zu können.

Es spricht Dr. Abresch:

Ist das vor allem ein privat wirtschaftlicher Sektor, über den wir hier reden, im Obstbau, oder würden Sie sagen, die Identität der Region hat uns hier stark beeinflusst?

Es spricht Werner Riedel:

Ich denke wir werden über die eigentlichen Betriebe hinausschauen und sagen wir gehen in die Direktvermarktung, in den Tourismus. Ich denke an die Baumbblüte, die Erdbeerernte und an die Apfelernte. Hier müssen wir dem regionalen Bezug herstellen. Ich glaube da ist einiges machbar.

Es spricht Dr. Abresch:

Wenn wir hier die Themen Obstbau und Landwirtschaft gemeinsam betrachten, wo zeigen sich die Haupthindernisse?

Es spricht Werner Riedel:

Eins habe ich schon angesprochen, dass Thema der Flächengrößen. Hier ist sicherlich unsere Flurbereinigung in der Zukunft gefragt. Neben der Fläche spielen aber auch solche Faktoren wie Wasser oder Boden oder alles was mit Schlüsselfaktoren zu tun hat eine wichtige Rolle. Wenn wir jetzt an den Klimawandel denken, vor allem daran, dass Schadensereignisse in größerem Ausmaße zunehmen werden umso wichtiger wird es dann, die Kulturen sichern zu können. Man kann sich zwar versichern, aber das macht überhaupt keinen Sinn.

Auch wegen der Erzeugung von Waren ist Naturschutz ein sehr großer Faktor.

Als drittes zu dem Thema der Arbeitskräfte. Ich hatte vorhin gesagt, die festen Arbeitskräfte sind kein Problem. Die Ernte im Obstbau lässt sich nur sehr schwer automatisieren.

Es spricht Dr. Abresch:

Den Wunsch der vorhin übrig gelassen wurde, jetzt an Sie.

Es spricht Werner Riedel:

Ich habe nur einen Wunsch. Netzwerke zu erhalten, zu entwickeln, ist für mich ein ganz wesentlicher Faktor. Für mich sind die Betriebe, die Forschung, Beratung, das Versuchswesen, die Vermarkter. Ich kann nur sagen, da wo Netzwerke funktionieren, da funktioniert auch die Wirtschaft.

Es spricht Dr. Abresch:

Bleiben wir doch noch einen Moment bei den Wertschöpfungsmöglichkeiten in der Fläche. Wir wollen noch einen Blick darauf werfen, was unter dem in den letzten Jahren viel diskutierten Stichwort der nachwachsenden Rohstoffe der letzte Stand der Dinge ist. Zu mir bitte ich Johannes Pinn vom Forstamt Hildesheim.

Was ist denn die Chance, was sind die möglichen Beiträge die wir aus nachwachsenden Rohstoffen für den ländlichen Raum erwarten können?

Es spricht Johannes Pinn:

Herr Dr. Abresch, im Grunde haben wir mit den nachwachsenden Rohstoffen die Chance Probleme ansatzweise oder sogar nachhaltig zu lösen. Bei den nachwachsenden Rohstoffen denken natürlich viele zuerst an die Energie aber auch die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen ist ein interessanter Punkt. Bei einer Ansiedelung kommt es darauf an, sich nahe an den Absatzmärkten niederzulassen, aber ein anderes Argument könnte ja das Vorhandensein von Rohstoffen sein. Da sind wir in einem Flächenland Rheinland-Pfalz vergleichsweise sehr gut aufgestellt.

Herr Minister Hering nannte uns eingangs die Strukturrahmendaten von Rheinland-Pfalz, 80% der Landesfläche sind land- und forstwirtschaftlich Nutzfläche. Da haben wir die Möglichkeit, bei ziemlicher dünner Besiedelung, mit den nachwachsenden Rohstoffen eine Versorgungssicherheit darzustellen. Eine wesentliche Wertschöpfung ist natürlich die Energie aus nachwachsenden Rohstoffen, da haben wir die Möglichkeit, den Abschluss von Devisen für den Einkauf fossiler Rohstoffe abzumindern und somit das Geld in den Regionen zu lassen.

Ein weiteres Argument im Zusammenhang mit den nachwachsenden Rohstoffen, welches wir auch im Dialog mit den Metropolregionen bringen sollten, ist Folgendes:

Wir betreiben mit dem Einsatz nachwachsender Rohstoffe als Ersatz für fossile Rohstoffe aktiven Klimaschutz. Mit diesem Argument können wir als ländliche Region selbstbewusst den Metropolen gegenüber treten. Folgendes könnten wir zu Vertretern der Metropolregionen sagen: Wir betreiben für euch aktiven Klimaschutz und wollen im Gegenzug auf Augenhöhe wahrgenommen werden. Das bezieht sich auch auf die Förderung und auf die zur Verfügung stehenden Hilfsmittel, denn wir können im Bereich Klimaschutz einen aktiven Beitrag leisten. Dazu sind Metropolen, die keine eigenen Rohstoffe haben, überhaupt nicht in der Lage.

Es spricht Dr. Abresch:

Das wäre doch in der aktuellen Diskussion um Klimaschutz und Länderfinanzausgleich ein interessantes Argument. Lassen Sie mich noch die andere Frage stellen: Kann man Geld verdienen mit nachwachsenden Rohstoffen?

Es spricht Johannes Pinn:

Natürlich kann man Geld verdienen mit nachwachsenden Rohstoffen. Vor allen Dingen können wir in der Zukunft, das wird bereits in der nahen Zukunft so sein, sehr viel Geld verdienen, weil wir einfach andere Märkte nicht mehr anzapfen müssen. Das Geld fließt nicht mehr ab für den Einkauf fossiler Rohstoffe und wir können im eigenen Land wirkliche Wertschöpfung betreiben. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft ist bereits angeklungen. Bei der Viehhaltung hatten wir in den letzten Jahren Rückgänge gehabt rd. 22%, bei der Schweinehaltung rd. 45%, das ist ein massiver Strukturwandel. Aktuell haben wir noch 27.000 landwirtschaftliche Betriebe in Rheinland-Pfalz, diese bewirtschaften ein Fläche von gut 700.000 ha.

Wenn wir dabei neue Einkommensmöglichkeiten schaffen, um diesen Strukturwandel ein bisschen abzumildern, wäre schon ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung getan. Das könnte beispielsweise bedeuten, dass die Leute in der Saison bei Herrn Riedel arbeiten, wenn da Bedarf besteht, aber dann in den Wintermonaten bei der Versorgung von Heizwerken, von Biomasseheizwerken wieder andere Standbeine haben. Auf diese Art können wir den einen oder anderen Arbeitsplatz im ländlichen Raum retten und somit Geld in der Region halten.

Es spricht Dr. Abresch:

Sie sagen so schön wir könnten, wir müssten - machen denn die Leute da mit, wie ist Ihre praktische Erfahrung?

Es spricht Johannes Pinn:

Ja, die Leute machen schon mit wenn man einen konstruktiven Dialog führt und Beispiele aufzeigt. Da kommen wir jetzt in die Diskussion von Angebot und Nachfrage. Sie zögern zunächst noch, im Endeffekt sind jedoch bereits Einige auf dem Weg.

Es spricht Dr. Abresch:

Bleiben wir doch noch bei Problemen und Hindernissen, was ist im Moment noch der Sand im Getriebe? Ich beobachte die Diskussion und führe sie zum Teil selber mit - jetzt schon seit Jahren. Gelegentlich beschleicht mich hier der Eindruck, dass wir ein konzeptionelles Schwein wieder durchs Dorf treiben. Was hindert uns daran, jetzt wirklich zuzupacken? Was hindert uns daran, dass es flächendeckend Rheinland-Pfalz eine andere Bedeutung gewinnt?

Es spricht Johannes Pinn:

Angesichts dessen, das die Zwänge noch groß genug sind, ist es meiner Meinung nach eine mangelnde Umsetzung der Erkenntnisse. Wir haben am am Umweltcampus Birkenfeld einen hervorragenden Wissenschaftsstandort. Dieser hat uns bereits einige Erkenntnisse und Vorgehensweisen aufgezeigt. Herr Dr. Pföhler hat beispielsweise den Biomasse-Masterplan angesprochen - es gibt genug Erkenntnisse, wie man es machen könnte, aber wenn es dann an die finanzielle Umsetzung geht, dann fehlen beispielsweise auch die finanziellen Mittel, vor allem hapert es aber an der konkreten Umsetzung, trotz der vorhandenen Erkenntnisse. Das ist der eine Punkt, ein weiterer Punkt sind, die mangelnden Strukturen. Zu diesem vorhandenen Manko will ich ein Beispiel bringen:

Wenn wir irgendwo eine Biotoppflege durchführen, oder eine Straßenbegleitvegetation schneiden dann fällt just in time sehr viel Rohstoff an, in diesem Fall benötigt man aufnahmefähige Strukturen. Beispielsweise ruft jemand an, der hat 5.000 Kubikmeter Holzhackschnitzel von einer Pflegeaktion und fragt sich wohin damit. Wenn ich dann niemanden nennen kann, der über eine Lagerhalle verfügt, in der das Material eingelagert, strukturiert und verbessert werden kann, dann wird darauf letztendlich wieder nur eine Entsorgungsaktion. Das Material ist dann beseitigt, aber nicht genutzt.

Wir brauchen landesweit Logistik- und Managementstrukturen, die dass anfallende Material aufnehmen können, qualifizieren, sammeln und lagern können und dann dem Endverbraucher nachhaltig in entsprechender Qualität zur Verfügung stellen können.

Wir brauchen dann vor allen Dingen die Möglichkeiten das konkret umzusetzen.

Es spricht Dr. Abresch:

Das waren jetzt sicherlich einpaar Punkte die schließlich in dem Strategiepapier, das Minister Hering auf der Grünen Woche konsolidieren will, Eingang finden werden. Gibt es noch weitere Wünsche, Vorschläge, Handlungsempfehlungen aus Ihrer Sicht?

Es spricht Johannes Pinn:

Wichtig ist vor allem das wir alle mitmachen. Wir müssen in einem konstruktiven Dialog einsteigen und alle beteiligen. Wir merken das jetzt schon bei der Biogasproblematik. Da ist die Biogasentwicklung schon sehr weit vorangeschritten und das führt lokal tatsächlich nun zu Problemen. Die einen schimpfen über gestiegene Landpachtpreise die Naturschützer beschwerten sich, dass jetzt ganze Grünlandflächen umgebrochen werden und damit der Naturschutz den Bach runter geht.

Wichtig ist, dass wir wirklich versuchen, in dem konstruktiven Dialog alle mitzunehmen. Man muss auch untersuchen, ob es wirklich Biogas alleine ist, oder ob man auch im Verbund mit dem Naturschutz von Rohstoffen entwickeln kann, bei denen auch Schutzkonzepte, also z. B. Biodiversität entwickeln werden können. Ich nenne das Stichwort Kurzumtriebsplantagen, also relativ extensive Bewirtschaftungsformen, mit relativ wenig Flächen. Diese benötigen wenig Pflanzenschutzmittel. So können flächensparend nachwachsende Rohstoffe produziert werden. Man muss zwischen Aufwand und Ertrag abwägen und versuchen alle Belange zu berücksichtigen.

Es spricht Dr. Abresch:

Soviel zum Thema nachwachsende Rohstoffe, herzlichen Dank Johannes Pinn.

Meine Damen und Herren, als nächstes wollen wir den Tourismus beleuchten. Auch ein Dauerbrennerthema in der Entwicklung ländlicher Räume. Zu uns gekommen ist Klaus Schäfer, er ist der Geschäftsführer der Eifel-Touristik. Herr Schäfer auch an Sie zunächst die erste Frage. Was ist denn nun die regionale Wertschöpfung am Tourismus, was bleibt denn hängen in der Region?

Es spricht Klaus Schäfer:

Ja, eine ganze Menge bleibt in der Region. In der Region Eifel-Ahr, zusammen mit dem nordrhein-westfälischen Teil, über 2 Mrd. Euro Umsatz in der Region. Über 15.000 Arbeitsplätze sind vom Tourismus abhängig. Um ein kleines Beispiel zu nennen, diese Region besuchen jährlich über 17.000 Tagesausflugsgäste. Wenn man jetzt weiß das in der Eifel und im Westerwald für sonstige Einkünfte die geringsten Summen ausgegeben werden, nämlich 6,30 €, statt beispielsweise an der Mosel 18,00 €, dann würde ich mir wünschen, ebenfalls auf 18,00 € zu kommen. Dann hätten wir schon wieder 1 Mrd. Euro mehr verdient. Das sind also ca. 10,00 Euro mehr pro Person pro Tag. Stichwort, regionale Produkte: Das ist an der Mosel sicherlich der Wein. Uns fehlen die regionalen Produkte. Regionale Qualitätsmarkenprodukte von der Landwirtschaft mit der Regionalmarke Eifel haben wir bereits einen Ansatz um hier mehr Wertschöpfung in den Wirtschaftskreislauf zu bringen. Hier ist auch die Landwirtschaft gefordert, regionale Produkte zu liefern.

Es spricht Dr. Abresch:

Was ist da los, Herr Schäfer, schläft die Landwirtschaft? Das ist doch ein riesiger Markt, wie er jedes Jahr an mir vorüberzieht. Woran liegt es?

Es spricht Klaus Schäfer:

Nein, ich denke die Landwirtschaft schläft nicht, es gilt vielmehr für alle Bereiche, es geht darum Netzwerke aufzubauen. Das ist bereits angesprochen worden, aber es geht auch darum die vorhandenen Konzepte aufeinander abzustimmen und voneinander zu lernen. Die Konzepte sind vorhanden, aber Herr Prof. Schlagheck hat es bereits angedeutet, jetzt geht es darum auch miteinander zu sprechen. Ich denke, für eine Region ist kein ländlicher Raum zwingend. Eine Region kann man ganz anders definieren. Die Eifel ist ja als Region definiert worden, und zwar unter dem Zeichen als Regionalmarke Eifel. Aber wenn ich mich hier im Saal umschaue, dann sehe ich, dass die Hälfte der Eifel gar nicht eingeladen ist. Die nordrhein-westfälische Eifel ist nicht eingeladen, da fangen die Probleme schon an. Regionen entwickeln kann man nur in der Art, in dem man dies ganzheitlich tut. Wir versuchen unter der Regionalmarke Eifel die Natur, die Kultur und den Lebensraum ganzheitlich zu entwickeln. Das ist auch Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Logismusbranche.

**Es spricht Dr. Abresch:**

Noch einmal zu den 10 Euro. Neben dem Miteinandersprechen, neben den Vernetzungen und dem Regionalmanagement, - was ist das Rezept? Aber wenn wir es ganz konkret machen - die Region als Unternehmen - wie komme ich an die 10 Euro mehr Wertschöpfung pro Besucher?

Es spricht Klaus Schäfer:

Im Zusammenspiel der eben genannten Punkte entsteht Emotionalität. Diese Emotionalität muss in Produkte umgesetzt werden. Wir haben landwirtschaftliche Produkte, wir haben Kunsthandwerk, wir müssen aus der Region heraus Produkte schaffen die die Besucher bereit dazu sind sie zu kaufen. Die Gäste kommen ja in großer Zahl. Es bedarf regionaler Identität und regionaler Emotionalität Produkte zu verkaufen.

Es spricht Dr. Abresch:

Was hinderte Sie denn daran, in den letzten Jahren schon stärker in diese Richtung gearbeitet zu haben?

Es spricht Klaus Schäfer:

Ich möchte dazu ein Beispiel bringen: Wenn wir eine Region definieren, so wie wir das gemacht haben, in dieser Region aber 3 ILEK's haben, 2 LEADER-Programme haben, und 3 Interreg-Programme haben, dann ist es schwierig diese Konzepte in der Region zu einem Konzept zusammenzuführen.

Es spricht Dr. Abresch:

Herr Schäfer, wenn Sie Ihre Wünsche aufschreiben sollen, was schreiben Sie dann hin?

Es spricht Klaus Schäfer:

Ich habe zwei Wünsche. Der erste ist, dass man die privaten Unternehmer im Hotelbetrieb und in der Gastronomie auch als solche wahrnimmt. Der Schreiner, der Gärtner oder allgemein der Handwerker wird als Industriebetrieb wahrgenommen, wenn aber der Hotelbetrieb oder die Gastronomie von der

öffentlichen Seite Unterstützung braucht, wird oft verkannt, dass dies auch ein Arbeitgeber in der Fläche ist, der mehrere Arbeitsplätze anbietet. Dieses Bewusstsein würde ich mir auch in der öffentlichen Wirtschaftsförderung im Tourismus wünschen. Wenn man Radwege oder Wanderwege fördert, dann fehlt mir doch auch das Bewusstsein private Betriebe zu fördern, die die Wertschöpfungskette mit aufnimmt. Wenn wir irgendwann genug Wanderwege haben, haben wir hoffentlich auch genug Hotels, die die Gäste aufnehmen können. Der zweite Punkt: Wir haben in Rheinland-Pfalz unterschiedliche Förderprogramme. Ich würde mir wünschen, dass die Eifel eine LEADER-Region wird. Dazu müssten die vielen Bürgermeister in der Lage sein, sich mit der Region zu identifizieren.

Es spricht Dr. Abresch:

Meine Damen und Herren, Klaus Schäfer für den Tourismus, danke sehr.

Jetzt nehmen wir noch ein ganz spannendes Thema hinzu. Das Thema Gesundheit-Wellness-Fitness im demografischen Wandel. Ein Thema, das in den vergangenen Jahren vielleicht etwas unterbeleuchtet war im Regionalexkurs. Ich bin deshalb sehr froh, dass Frau Angelika Diabayé von der Fachschule für Altenpflege in Mayen zu uns gekommen ist und uns an dieser Stelle ein paar Eindrücke aus der Praxis mitgeben wird. Frau Diabayé, Gesundheit - Chancen für die Entwicklung ländlicher Räume, wie passt das zusammen?

Es spricht Frau Diabayé:

Man muss ja sehen das der ländliche Raum ja eigentlich ein etwas gesünderes Gebiet ist, als das Stadtgebiet. Das ist jetzt nicht nur an der Luftqualität festgemacht, sondern die Städter kommen ja in den ländlichen Raum, um sich zu erholen. Es ist also ein Erholungsgebiet, d. h. es hat also auch besondere Qualitäten, wenn ich den Erholungswert betrachte. Aber ich denke, man sollte auch den psychosozialen Wert nicht verachten. Der ländliche Raum bedeutet außerdem dass Sicherheit, in der Stadt haben wir nachgewiesenermaßen weniger Sicherheit, wenn wir an Kinder denken oder wenn wir an alte Menschen denken. Dann denke ich auch an die sozialen Strukturen, mehrere Generationen leben zusammen - das ist in der Stadt einfach nicht so ausgeprägt. Das ist immer noch die Stärke des Landes.

Es spricht Dr. Abresch:

Das sind jetzt aber schon eine ganze Menge Standortvorteile.

Es spricht Frau Diabayé:

Das ist zwar ein Standortvorteil, aber dieser wird nicht honoriert. Heutzutage muss alles wirtschaftlich sein. Das Geld wird in diese Bereiche gesteckt, aus denen auch wieder Geld erwartet wird. Im sozialen Bereich kann man die Erfolge einfach nicht in Geld messen, und das ist auch unser großes Problem. Die sozialen Reformen, von denen jetzt aktuell auch gesprochen wird, haben das ganz große Problem der Finanzierung, weil es nicht in Geld messbar ist, was dabei raus kommt.



Es spricht Dr. Abresch:

Nun sind zum Teil eine Reihe von Standortfaktoren rd. um Familien und Betreuung von Alten korrigiert mit öffentlichen Ausgaben. Haben Sie den Eindruck, dass die Kommunalpolitik im ländlichen Raum dieses Chancenfeld erkannt hat?

Es spricht Frau Diagayété:

Das glaube ich überhaupt nicht. Ich glaube es wird einfach verkannt, welche Chancen selber der ländliche Raum bietet. Das Problem setzt eigentlich darin an, dass junge Leute vermehrt in die Städte gehen, weil die Attraktivität des ländlichen Raumes für junge Menschen einfach nachlässt. Ich denke dabei auch an die Betreuung in Familien. Es müssen auch die Bedürfnisse der Frauen und Kinder im ländlichen Raum berücksichtigt werden. Möglichkeiten der Kinderbetreuung sind eher in Städten gegeben. Im ländlichen Bereich ist das zum Teil sehr schwierig, denn man kann auch nicht mehr davon ausgehen, dass die Großeltern die Betreuung übernehmen, da inzwischen auch viele Großmütter und Großväter arbeiten, das ändert sich aber, ich glaube dieser Aspekt ist bei uns in der gesamten Gesellschaft noch nicht erkannt worden.

Es spricht Dr. Abresch:

Sagen Sie uns doch noch einpaar Beispiele, was man tun kann.

Es spricht Frau Diagayété:

Es gibt einige Wunschvorstellungen. Beispielsweise in der Betreuung müsste man völlig anders denken. Mit den Kindergärten in den Dörfern fängt es im Grunde an. Man sieht es ist auch ein Bedürfnis nach der Betreuung von jüngeren Kindern da. (Stichwort Kinderkrippe):

Es ist auch so, dass oft auseinander differiert wird - hier Kinder, da alte Leute. Die demografische Entwicklung geht ja in die Richtung, dass wir immer mehr ältere Menschen haben, aber auch immer mehr fittere ältere Menschen. Sie werden jedoch auch sehr viel mehr pflegebedürftige alte Menschen haben. Wir müssen unseren Fokus auf die Zukunft legen, denn das alles braucht ja sehr viel Zeit, bis das in die Gänge kommt. Da sollte man auch einmal versuchen, gemeinsame Betreuungskonzepte zu finden. Wichtig ist es auch, dass die verschiedenen Generationen mehr Erfahrung im Umgang miteinander bekommen, um das Verständnis für die verschiedenen Lebensalter einfach zu wecken.

Es spricht Dr. Abresch:

Wenn Sie, wie Ihre Vorgänger auch, auf Ihre persönliche Wunschliste gucken. Was steht da drauf?

Es spricht Frau Diagayété:

An erster Stelle steht der Wunsch, dass Frauen in den ländlichen Gebieten anspruchsvolle Arbeit leisten dürfen. Das scheitert sehr häufig an der Kinderbetreuung. Einen Wunsch den ich auch immer habe ist es, in Kinderbetreuungsstätten auch Altenbetreuungsstätten zu integrieren. So ist gemeinsame Betreuung möglich. Man weiß ja auch, viele ältere Menschen leben auf, wenn sie Kinder sehen. Ich denke das könnte man hier als positiven Aspekt sehen.

Es spricht Dr. Abresch:

Wenn wir die Kinderbetreuung besser im Griff hätten, dann hätte der Herr Dr. Greulich bei den Gründungsprozessen vielleicht auch einen ganz anderen Zulauf zu erwarten.

Es spricht Frau Diagayété:

Das wäre sicherlich möglich. Aber etwas anderes: Ich bin die einzige Frau die hier steht. Wenn ich mir das Publikum ansehe, dann sehe ich überwiegend Männer, und es werden hauptsächlich wirtschaftliche Standpunkte vertreten. Und der soziale Aspekt rückt ein bisschen in den Hintergrund. Ich möchte einfach nur darauf verweisen, dass in der Gesellschaft nun einmal 50% Frauen sind. In solchen Runden kommen diese Aspekte häufig zu kurz.

Es spricht Dr. Abresch:

Damit haben Sie sicher Recht. Frau Diagayété, herzlichen Dank dass Sie zu uns gekommen sind. Wenn wir jetzt gleich in die Diskussion einsteigen, dann hoffe ich, dass sich die Damen etwas mehr beteiligen, so dass wir das Ungleichgewicht ein wenig ausgleichen.

Letzter Akt in der Gesprächsrunde, jetzt gucken wir noch einmal auf das Thema Verkehr. Ein bisschen war das ja schon in dem einen oder anderen Statement enthalten. Zu uns gekommen ist Herr Enders, vom Landesbetrieb Mobilität in Gerolstein. Ich stelle jetzt gar keine Frage, sondern gebe einfach den Ring frei für alle Aspekte die Sie anbringen möchten zum Thema Verkehr.

Es spricht Herr Enders:

Ich komme aus dem ländlichen Raum. Der ländliche Raum hat viel zu bieten, man muss nur hingucken. Wir sind beim Thema Verkehr, das ist der öffentliche Verkehr, da der öffentliche Verkehr aber nicht überall hin kommt, kommt dem System Straße eine große Bedeutung zu. Da sehe ich eine Aufgabe für die nächsten Jahre. Selbst wenn es Wanderungen gibt vom ländlichen Raum hin in die Metropolregionen oder in die Mittelzentren, so bleiben doch noch unsere Dörfer. Da gibt es Obst anzubauen, da gibt es regenerative Energie. Wir brauchen Verkehrswege in jedes einzelne Dorf von ordentlicher Qualität. Ich bin froh dass wir schon heute sowohl beim Bund als auch beim Land und auch in den Kreisen ein Umdenken von Neubauerhaltung haben. Wir haben in Rheinland-Pfalz 18.000 km Straßen, und die müssen so erhalten werden, dass sie niemanden davon abhalten, eine größere Distanz zum Arbeitsplatz zurückzulegen. Und die Straße hat auch noch Möglichkeiten, an die man zunächst gar nicht denkt. In den letzten Jahren hat es sich gezeigt, beispielsweise reichen 500 km Straße aus, um eine Schule zu beheizen. Wie kann das gehen? Wir verbrennen die Straße nicht, aber entlang der Straßen gibt es Rasenbegleitgrün. Der Grünschnitt von 500 km ergibt im Mittel 1.000 Kubikmeter, mit diesen 1.000 Kubikmetern werden wir jetzt in diesem Jahr eine regionale Schule heizen. Die Straßenmeisterei bringt es dort hin, und die Schule heizt die Straßen. Die Straßenmeisterei die gleich gegenüber liegt, gleich mit.

Auch hier haben wir wieder eins der vielen Netzwerke, die heute ja auch angesprochen sind. Von uns Bürgern ist ja fast jeder auf das Auto angewiesen. Für uns Straßenbauer heißt es ja: Man muss ein Auto haben, aber man muss es nicht immer benutzen. Das ist eine Kostenfrage. Etwas anderes das mir Sorgen macht ist, der Preis der Mobilität steigt. Das kommt von allen Richtungen auf uns Autofahrer zu. Herr Tappe sagte ja es ist gar kein Problem für uns 50 oder 100 km zum Arbeitsplatz zurückzulegen, aber der Preis der Mobilität für die einzelnen steigt immer mehr.

Ich habe 70 Mitarbeiter im engeren Kreis, die sich verteilen über 30, 40 Dörfer in denen sie ihre Heimat haben. Wir haben ja gehört, es ist gut wenn die Menschen in ihrem Dorf verwurzelt sind und bei ihren Familien bleiben, so dass das soziale Netzwerk zwischen Großeltern, Eltern und Kinder erhalten bleibt. Aber da muss ich den Weg zurücklegen. Jeder Arbeitnehmer der 20 km Weg zurückzulegen hat, wird in Zukunft 800 Euro pro Jahr bei der Steuererklärung weniger zur Verfügung haben. Da wird einem auch bewusst, da der Treibstoff den wir für unsere Mobilität brauchen, ein knappes Gut ist. Da brauchen wir einfach neuere und intelligentere Ansätze zur Nutzung unseres Automobils.

Der Besetzungsgrad unseres Autos - das können Sie bei jeder Stadtrundfahrt beobachten - liegt bei 1,1 Insassen pro Auto. Das heißt, 9 fahren alleine, und einer nimmt einen mit. Für uns alle ist die Mobilität sehr wichtig, dabei braucht man eigentlich im nahen Umfeld zu schauen, und denjenigen herausuchen, der den gleichen Weg ins Mittelzentrum oder ins Grundzentrum zurückzulegen hat, denn die Arbeitsplätze sind ja an bestimmten Stellen konzentriert.

Deswegen bieten wir seit vielen Jahren, speziell an Autobahnkreuzen, Mitfahrerparkplätze an. Ich habe mir ausgerechnet, ein Mitfahrerparkplatz, auf dem ein Auto steht, spart im Jahr 10.000 km. Das ist auch ein schöner Effekt für die Umwelt, aber wir haben da so ein schönes Zeichen dran: Gemeinsam fahren, Geld sparen. Diese 10.000 km bedeuten 3.000 Euro, die sich die Mitglieder einer Fahrgemeinschaft teilen können. Am Nebentisch hat mich jemand angesprochen und gesagt, wir bräuchten doch Mitfahrerbörsen. Dadurch wüsste ich, wer aus meinem Dorf in die Kreisstadt fährt. Ich kann nur sagen, so etwas gibt es. Genau das hat sich auch das Land Rheinland-Pfalz neu auf die Fahnen geschrieben. Es gibt zwar solche Mitfahrerbörsen, aber man muss sie auch kennen. Wir sehen also, die Straße ist überall mit im

Boot. Für sämtliche Beziehungen bedarf es des Mediums, also Straße oder Schiene und des Mittels, also des Fahrzeugs, um diese Strecke zurückzulegen.

Straßenbauer haben zwei Steckenpferde: Zum einen ortsgerechter Straßenbau. In Rheinland-Pfalz haben um die 100 Dörfer pro Jahr das Glück, dass ihre Dorfstraße ausgebaut wird. Dabei arbeiten wir mit allen Disziplinen zusammen: Mit der Dorfentwicklung, mit den Schulen, mit dem Verkehr und mit den sozialen Einrichtungen.

Der zweite Punkt der mir sehr am Herzen liegt ist der Folgende: Sie sehen dort dieses Plakat hinter der Türe hängen, www.radwanderland.de. Das haben wir Straßenbauer mit dem Tourismus, mit Herrn Schäfer zusammen. Dieses Internetportal haben wir beide zusammen mit ADFC und unter Federführung des Wirtschaftsministeriums gestaltet. Die Internetseite www.eifel-radtouren.de hat heute 130.000 Zugriffe im Jahr und ich hoffe nur noch, dass auch die Betriebe damit Geld verdienen.

Es spricht Herr Dr. Abresch:

Sie haben das sehr schön erläutert und gesagt, aber einen Wunsch haben Sie trotzdem noch frei.

Es spricht Herr Enders:

Ich wünsche mir, dass der Verkehr intelligent abgewickelt wird, denn bleibt er auch finanzierbar.

Es spricht Herr Dr. Abresch:

Herr Enders, für den Landesbetrieb Mobilität, ich danke Ihnen.

Diskussion

Dr. Jens-Peter Abresch, IfR Institut für Regionalmanagement:

Meine Damen und Herren, Sie sind ja ein erstaunlich diszipliniertes Regionalkonferenzpublikum. Aber jetzt ist, glaube ich, die Zeit gekommen, das wir den Modus umdrehen. Sie haben zugehört, jetzt sind Sie dran, jetzt geht es darum, Aspekte, Erfahrungen, Punkte, die sie für wichtig halten und schon immer sagen wollten, in die Debatte mit einzubringen. Meine Bitte ist, kurze klare knackige Fragen zu stellen. Wir versuchen, kurze knackige Antworten zu geben. Ich darf noch *Prof. Schlagheck* und *Dr. Greulich* nach vorne bitten, weil das, was sie gesagt haben, auch Gegenstand der gemeinsamen Erörterung sein soll. Also bitte, wer bricht das Eis? wer macht den Anfang?



Hans-Jürgen... VG:

Ich denke, die Grundlagen eines funktionierenden ländlichen Raumes sind funktionierende Verkehrswege, so dass die Menschen einen bestimmten Arbeitsraum im Umland erreichen können. Das zweite sind funktionierende Datenautobahnen (DSL), wenn wir das nicht haben, werden wir keine funktionierende Wirtschaftsregion sein.

Weitere Wortmeldung:

Vergessen Sie bitte die Mutter nicht, die eine gewisse Einschränkung der Lebensqualität auf sich nimmt, um ihre Kinder selber zu erziehen.

(Applaus)**Angelika Diagayété, Fachschule für Altenpflege bei der BBS Mayen:**

Ich möchte Ihnen doch direkt antworten, weil Sie sagen, die Frauen sollen Ihre Kinder selber erziehen. Es sind nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer gefordert. Beide sind verantwortlich für die Erziehung, da müssen doch einige lernen, ein bisschen umzudenken.

**Dr. Hans-Ulrich Tappe, Bürgermeister der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler:**

Ich habe noch einige wichtige Anmerkungen zu dem Vorredner eben. Natürlich ist es für den ländlichen Raum wichtig, Datenautobahnen zu schaffen und moderne Kommunikationsmedien einzuführen, das ist vollkommen klar. Ich habe auch eines gelernt bei den ILE-Projekten. Da kommen die Menschen zusammen, für mich die wichtigste vertrauensbildende Maßnahme. Trotz Kommunikationsmedien bestimmen immer noch die Menschen, was passiert. ILE ist eine ganz wesentliche Sache der regionalen Zusammenarbeit, wo man vertrauen zueinander hat und sich auch abstimmt. Das kriege ich nicht mit modernen Kommunikationsmitteln hin.

Dr. Jens-Peter Abresch, Institut für Regionalmanagement:

Man kann also sagen, das ist eine notwendige Voraussetzung aber keine hinreichende.

Weitere Wortmeldung:

Ich komme aus einem kleinen Ort. Nach der Gemeinderatssitzung fragen mich die Bürger, was wir beschlossen haben. Bei uns sind alle Bürger eingebunden. Wir müssen die weichen Standortfaktoren noch mehr herausstellen. Dieses Verantwortlichfühlen herausstellen, das ist das, warum wir den ländlichen Raum erhalten sollen. Wir stellen Pläne auf, machen die Wanderwege, bereden, wie lange wir den Kindergarten offen lassen. Ja, es ist wichtig, dass diese Diskussion, diese Gutachten, Leitlinien auch dahin kommen, wo die Politik gemacht wird. Die Frauen im Saal, wo sind sie? Wir brauchen die Frauen nicht nur für soziale Diskussionen, sondern wir brauchen die Frauen auch dazu, um die Entwicklung im ländlichen Raum insgesamt fortzuführen. Ich hoffe, dass bei der Abschlussveranstaltung dann vielleicht 50 Prozent Frauen anwesend sind.



Gießmer:

Ich hätte eine Frage an den Landesbetrieb Mobilität. Ich stelle folgende Frage: Wie lange können wir es uns noch leisten, das wir mit teurer fossiler Energie die nachwachsenden Rohstoffe, diese Hackschnitzel in die Böschung blasen. Wie lange können wir uns einen solchen Unfug noch leisten?

Harald Enders, Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Gerolstein:

Da muss ich ihnen vollkommen Recht geben, das ist von uns bis vor einem Jahr in die Böschung geblasen worden und ich bin froh, dass wir jetzt ein Konzept haben.

Die Verbandsgemeinde kauft beispielsweise eine teure Hackschnitzelheizung und 1000 unserer 5000 Kubikmeter können verarbeitet werden.

Also, wenn man dieses Modell ausdehnen könnte, wäre das ein Schritt in die richtige Richtung, allerdings auch eine erhebliche Investition. Der Herr Pinn ist da noch mehr Spezialist für die Umsetzung.

Johannes Pinn, (Forstamt Hillesheim):

Ja Herr Wiersdorf, ich bin dankbar, dass Sie das Thema noch aufgegriffen haben. Wir brauchen leistungsfähige Strukturen, die dann, wenn wir Biomasse haben, auch aufnahmefähig sind. Wenn wir z.B. über Streusalz reden, dann ist Standard in RP, dass wir übers Land verteilt eine Vielzahl von Streusalzdepots haben. Ob es schneit oder nicht, ganz egal. Das ist Standard und das ist notwendig. Wenn aber Hackschnitzel oder Biomasse anfällt, dann haben wir in der Vergangenheit keine Notwendigkeit gesehen, aufnahmefähige Strukturen in der Fläche zu schaffen. Ich will es an einem anderen Beispiel aufmachen: Wir haben über 31.000 km Kanalsystem in RP. Früher ließ jeder seinen Dreck in den Bach laufen. Dann folgte eine Erschließung der Orte mit Kanalsystemen und Kläranlagen. Wir haben inzwischen in RP 98,5 % Erschließung. Wenn jetzt eine Strukturmaßnahme folgen würde, die eine zentrale Bio-Solar-Nahwärmeversorgung fordert, erschließen diese Orte solche Systeme. Dann können wir hocheffizient die eigene anfallende Biomasse, kombiniert mit Solarenergie zur eigenen Energieversorgung nutzen.

Weitere Wortmeldung:

Ich freue mich, was für Perspektiven Herr Pinn da aufzeigt. Der Biomasseplan zeigt 20 Mio. Liter Heizöläquivalent auf, die jährlich im Kreis Ahrweiler nachwachsen. Das sind etwa 4 Prozent des Primärenergiebedarfs. Wenn wir bis zum Jahre 2020 auf 20 % kommen müssen, so sind das nur wenige Jahre. Wie organisieren wir das in der Region? Das wäre doch eine Frage des Regionalmanagements. Die Potentiale für die erneuerbaren Energien liegen in der Region. Noch ein Problem: Herr BM Dr. Tappe hat es so schön gesagt, es sollte kein Problem sein, im ländlichen Raum zu wohnen und 100 km zur Arbeit zu fahren. Ich gehe davon aus, dass im nächsten Jahr der Ölpreis auf 180 Dollar pro Barrel steigen wird, vielleicht in drei bis fünf Jahren auf 200 Dollar, es wird sich zeigen, ob wir dann immer noch so denken.

Dr. Hans-Ulrich Tappe, Bürgermeister der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler:

Es hätten ja immer alle sagen können, die Diskussion mit Biomasse oder Hackschnitzeln hätten wir schon 10 Jahre früher haben können, Ich glaube, dass jeder eine persönliche Schmerzgrenze hat, was er bereit ist, für den Liter Sprit zu bezahlen. Es ist ja kein Stück Lebensqualität, jeden Tag 200 km mit dem Auto zu fahren. Jeder würde am liebsten dort wohnen, wo er arbeitet. Wir werden nach den Sommerferien eine große Hackschnitzelheizung haben im Kreis AW. Ganz nebenbei sind wir noch einer der größten kommunalen Waldbesitzer. Da machen Hackschnitzelheizungen viel Sinn. In den 70er oder 80er Jahren hat das keinen Menschen interessiert, weil der Sprit nur 30 oder 40 Pfennig gekostet hat. Jede Benzinpreiserhöhung zieht auch immer eine Beschleunigung dieses Prozesses nach sich, sich auf nachwachsende Rohstoffe zu konzentrieren. Deswegen ist es nur gut, dass wir nicht nur abwarten, bis der Spritpreis höher geht.

Prof. Dr. Hermann Schlagheck, MinDir. a.D.:

Ich wohne auf dem Dorf und das was ich ihnen jetzt vortrage, resultiert aus vielen Diskussionen mit meinen Mitbürgern. Leicht lassen sich die Argumente zusammentragen, die für das Wohnen und Arbeiten auf dem Dorf sprechen: die frische Luft, die Kinder haben Bewegungsfreiheit, wir können spazieren gehen, Fahrrad fahren, vieles andere mehr. Aber ich stelle bei meinen Nachbarn mehr und mehr ein Umdenken fest.



Das macht mir Sorgen und deswegen stehe ich heute hier: Ein Umdenken, ob man sich das zukünftig alles noch leisten kann. Wenn immer mehr Geschäfte leer stehen, macht es auch keinen Spaß, wenn die mit Zeitungspapier zugeklebt werden. Wohin geht eigentlich der Zug mit den Schulen und den sonstigen Infrastruktureinrichtungen? Meine Damen und Herren, wir sollten nicht vor lauter aktuellen Fragen über erneuerbare Energien die zentralen Herausforderungen vergessen. Der ländliche Raum ist nicht der im Kreis AW. Ich habe letzte Woche im Westerwaldkreis einen Vortrag gehalten - eine total andere Situation, auch ländlicher Raum. Und wer sich glücklich schätzen kann, hier in dieser Region zu leben und zu arbeiten, hat den ländlichen Tourismus vor der Haustüre. Wenn es aber darum geht, einen Wanderweg durch den Westerwald zu legen, dann habe ich genau hingehört: wer soll denn da hingehen und dann aber an anderer Stelle nicht wandert. Ich habe das jetzt angesprochen, um wieder zum Kern zurückzukommen. Deswegen brauchen wir sehr viel Kraft, um in den Dörfern Arbeitsplätze zu erhalten. Und wir müssen aufpassen, dass uns die Menschen nicht weglaufen. Zur Zeit sind es die älteren, die in die Ballungsgebiete zurückziehen. Ich sehe eine große Tendenz auch bei jüngeren Familien, die in Dörfern ohne Bahnanschluss leben, dass sie sich immer dahin bewegen, wo in Zukunft die größeren Schulen sind. Was machen wir mit den „richtigen“ Dörfern, darüber müssen wir uns unterhalten. Dann darf ich vielleicht noch mal ihre Bemerkung aufgreifen, Herr Schäfer, eine Eifelregion als ILEK. Vergessen Sie es. Aus der Sicht eines Marktwirtschaftlers können sie das immer sagen. Ich habe noch in Erinnerung, wie ich das Eifelholz - noch damals für den Wald zuständig - in der Eifel einer breiten Öffentlichkeit präsentiert habe. Als ich da raus gefahren bin, habe ich gedacht, der Titel ist doch eigentlich besser für einen Eifelkrimi, als unbedingt etwas Spezielles in der Eifel. Insoweit müssen wir aufpassen, dass wir nicht die Region so groß machen, dass es überhaupt keine Identität oder Identifikation gibt. Denn umso mehr Wege ich zurücklegen muss, um so mehr interessiert mich das gar nicht mehr, was da hoch gestellte Leute alles erzählen. Wir müssen also dort ansetzen, wo die Menschen mit ihren ganz persönlichen Problemen leben. Eine Gemeinde alleine wird nicht reichen, wird es auch nicht schaffen, also brauchen wir den Verbund. Der Verbund steht vor der großen Aufgabe der interkommunalen Zusammenarbeit, nicht über demographische Entwicklung nur zu reden, sondern zu wissen, dass es morgen mit der Zusammenlegung losgeht. Dann wird zu klären sein, wo in Zukunft welche Einrichtungen sich wieder finden. Und ich will noch ein Zweites sagen, wo wollen wir denn zukünftig einkaufen? Aldi und Edeka und andere große Einrichtungen nach amerikanischen Muster auf der grünen Wiese, wie verfahren wir denn alle? Fahren wir schnell noch mal bei Aldi vorbei auf der grünen Wiese? Und wer kauft auf den Dörfern noch ein? Eigentlich niemand mehr, ein Geschäft nach dem anderen macht zu. Und wir werden dafür die Kosten tragen müssen. Entweder verändern sich die Dorfbilder, oder wir werden über unser eigenes Verhalten nachdenken müssen.

Rita Hoffmann VG Altenahr:

Ich stehe an der Nahtstelle zwischen Bürgern und Behörden und den Ortsgemeinderäten. Ich soll das hier vorgetragene auch vermitteln, viele Abkürzungen und einzelne Projekte bitte so zusammenfassen, dass das auch in den Ortsgemeinderäten ankommt. Bitte eine klarere Sprache, im Moment ist das noch nicht der Fall.

Stegmann vom DLR RNH:

Ich vertrete mit vielen anderen das ILEK Soonwald-Nahe und habe Einblick in verschiedenen Entwicklungsprozesse in den Regionen Nordpfalz und Nordpfälzer Bergland. Sie sagten, man soll aufpassen, die Region nicht zu groß wählen. Wir müssen genauso aufpassen, dass wir die Region nicht zu klein wählen, so klein, dass diese Region von außen nicht mehr als solche erkennbar ist. In einem Punkt Ihres Grundsatzreferates, Herr Prof. Schlagheck, sagten Sie, dass sie nicht sicher seien, ob ein Regionalmanagement externer Experten bedarf oder nicht. Aus meiner Erfahrung möchte ich ein ganz klares Ja dazu antworten. Ich behaupte, ein ILEK, das professionell angedacht und durchgeführt wird, bedarf einer professionellen Weiterführung durch ein externes Regionalmanagement. Die externen Leute ersetzen mit Sicherheit nicht die internen Kümmerer. Aber sie werfen von außen einen Blick auf die Region und sehen, wo es klemmt.

Prof. Dr. Hermann Schlagheck, MinDir. a.D.:

Ganz kurz, zur Größe der Region: wir können nicht die ganze Eifel oder den ganzen Hunsrück zu einer Region machen. Da ist dann die Identifikation nicht da. Den anderen Ball haben sie ganz gut aufgegriffen. Ich kenne die Diskussion, die da lautet, warum geben wir eigentlich soviel Geld für Leute aus, die nichts weiter tun, uns zuzuhören. Ich will noch einmal die Methode erklären, warum man Geld dafür in die Hand nimmt, das man professionelle Begleitung hat. Manche denken, das können sie auch ohne die Profis, aber darüber offen zu reden, finde ich wichtig, damit es nicht nachher heißt: das Geld hätten wir uns sparen können, das hätten sie uns lieber gleich in die Hand auszahlen sollen. Das wollen wir vermeiden.

Waldmann, Künstlergemeinschaft:

Ich komme von der Künstlergemeinschaft Neumarktmühle. Wir befinden uns gerade in einem ILEK-Prozess und mein Anliegen ist der Tourismus. Wir machen seit einem Jahr Kunstveranstaltungen mit zum Teil überregionaler Aufmerksamkeit. Das zieht die regionalen und überregionalen Touristen an. Es ist schwer, Gelder zu bekommen, die aus der Tourismusecke und aus der Kulturecke fließen. Ich glaube, dass da ein sehr großer Kommunikationsbedarf besteht. Ich denke auch, das wichtigste bei einem RM ist ein engagierter Regionalmanager. Ein engagierter Mensch aus der Region ist besser, als ein unengagierter Mensch, der nur seinen Job macht.

Klaus Schäfer, Geschäftsführer Eifel Tourismus (ET) GmbH:

Erstens: Wir haben den Wunsch, mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in der Eifel (die Gesellschafter der Eifel-Touristik) eine gemeinsame Kulturdatenbank im Internet anzulegen, um Top-Kulturangebote in der Region besser vermarkten zu können. Aufgabe ist es, insgesamt auf das Kulturangebot in der Eifel aufmerksam zu machen, nicht nur einzelne Kulturveranstaltungen in der Eifel zu bewerben.

Zweitens: Wer die Eifel ist, bestimmt die Region selbst. Das definiert keiner von außen, das definiert die Region selbst. Drittes: Wer ist denn das Regionalmanagement?

Wir haben versucht, über die Regionalmarke Eifel antworten zu geben, Netzwerke aufzubauen und Plattformen zu schaffen, wissend, das entspricht nicht dem, was professionelles Regionalmanagement eigentlich auszeichnet.

Prof. Dr. Hermann Schlagheck, MinDir. a.D.:

Wenn ich in der Eifel wandere, bin ich noch kein Eifeler, aber ich mag die Eifel. Es gibt viele, die genauso denken wie ich. Es geht darum, die Menschen in der Region für die Region zu begeistern.

Wenn sie die Eifel vermarkten, sind sie natürlich daran interessiert, dass sich das auch ökonomisch trägt, aber wenn sie am Ende nichts mehr zu vermarkten haben, weil die Menschen weggezogen sind, dann sind sie ihren Job los. Deswegen müssen wir uns kümmern. Das hat mich betroffen gemacht, was Sie (*die Künstlerin Anm. des Protokollanten*) gesagt haben, das Künstler sich nicht mitgenommen fühlen, und ich habe vor allem in den neuen Bundesländern erlebt, dass es die Künstler die einzigen waren, die die Dörfer noch mit ihrem Engagement am Leben erhalten haben. Wunderbare „Herzlich-Willkommen-Schilder“ wurden gestaltet. Ich bin dann der Frage nachgegangen. Es waren die Künstler, die versucht haben, aus der Region was zu machen. Ich möchte an alle appellieren, versuchen sie es auch hier immer wieder. Als wenn nur Wanderwege und Fahrradwegen ländlichen Tourismus ausmachen, es sind letztlich auch Projekte, die dann die Landschaft vielgestaltig aussehen lassen. Danke.

Wolf, Architektin, Vorstandsmitglied bei der Architektenkammer RP:

Ich möchte ein Angebot machen, zunächst zum Thema Betreuung: Die Architektenschaft macht sich schon Gedanken darüber, wie wir wohnen können und es gibt mittlerweile neue Wohnformen, Seniorenwohnheime und betreutes Wohnen. Das Generationenhaus ist ein ganz großes Thema. Damit bringen wir Architekten und Stadtplaner im weiteren Sinne ganz andere Möglichkeiten in die Dörfer. Wenn ich

mehrere Generationen unter einem Dach unterbringen kann, dann habe ich das Thema Betreuung gelöst. Es können neben der Familie auch Bekannte sein, die sagen: „Ich bin jetzt schon etwas älter, ich bin bereit, Kinder zu betreuen“. Da gehört ein Umbau dazu. Damit kommt das nächste Thema: Das Land ist teuer. Umbau wäre dann ein Thema. Ich denke mal, dass die Architekten vor Ort auch mit einbezogen werden sollten und im Strukturwandel gute Ansätze bringen können.



Weitere Wortmeldung:

Vorsitzender der TG Flurbereinigung Wald: Hier wurden viele gute Ideen hervorgebracht, aber ein Schlag ins Gesicht ist die doch Streichung der Kilometerpauschale und die Streichung der Eigenheimzulage für den ländlichen Raum. Wer von unsern Kindern kann es sich denn später noch leisten, im ländlichen Raum wohnen zu bleiben, wo die meisten doch auswärts arbeiten. Der nächste Punkt ist die Bodenordnung, die den Gemeinden doch ungeahnte Möglichkeiten gibt. Deswegen die Bitte: Stellen sie die finanziellen Mittel umgehend zur Verfügung, dass es rasch weitergehen kann. Meine Frage ist, werden solche Projekte wie Waldflurbereinigung weiter gefördert, wird diese Richtung weiter eingeschlagen?

Weitere Wortmeldung:

Arbeitsgemeinschaft Verkehrsentwicklung: Ist es entwicklungsfördernd, wenn regionale Straßen zerstört werden, um überregionale zu schaffen? Kann man nicht überregionale schaffen und regionale erhalten?

Harald Enders, Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Gerolstein:

Die Straßenerhaltung liegt uns am Herzen. Wir brauchen 74 Mio. Euro im Jahr, um die Landesstraßen zu erhalten. Ich bin froh, dass wir dieses Geld jetzt haben. Erhaltungsmanagement ist eine generelle Frage, im Moment werden alle Kreisstraßen in ihrem Zustand bewertet. Die Ergebnisse werden in wenigen Monaten vorliegen und dann bin ich sicher, dass die richtigen Schlüsse für ein notwendiges Erhaltungsmanagement gezogen werden. Sie sprechen mir genau aus dem Herzen. Die Straßen, die wir haben, müssen wir erhalten.

Prof. Dr. Hermann Schlagheck, MinDir. a.D.:

Es gibt 2.600 Dörfer in RP. Sind diese 2.600 Dörfer in 10 Jahren alle noch so wie heute? Nur wenn die Bürger sich engagieren, wird es so sein. Wer argumentieren, man möge uns doch die Hilfsmittel reichen und es funktioniert, der hat schon verloren. Meine zweite Bemerkung betrifft ihren (*die Architektin Anm. des Protokollanten*) Hinweis: In diesen 2.600 Dörfern gibt es viele leerstehende Gebäude. Es muss uns gelingen, diese anders zu nutzen und umzuwidmen und damit Flächen zu sparen. Das Dorfbild dieser 2.600 Dörfer wird sich in den nächsten 10 Jahren entscheidend verändern. Es wird abgeräumt und weggeräumt statt neu errichtet. Deswegen meine Bitte an sie: tragen sie das nicht hier vor, sondern im Kollegenkreis. Ich warte schon lange auf ein Konzept zur Unterstützung des ländlichen Raumes, zur Nutzung alter Gebäude, aber nicht zur Errichtung ständig größerer und neuer Gebäude.

Dr. Jens-Peter Abresch, IfR Institut für Regionalmanagement:

Herzlichen Dank an Sie hier vorne, herzlichen Dank verehrtes Publikum für die Diskussion. Das war's erst mal bis dahin. Den Schlussakkord setzt Minister Hering, und wir sind gespannt, Herr Hering, was Sie uns als Bewertung der Ergebnisse jetzt vortragen werden.

Minister Hendrik Hering Abschlussrede

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich bei den Podiumsteilnehmern für die zielführende Diskussion bedanken. Das war ja ein Experiment, was wir gemacht haben.

Die Frage war: Macht es Sinn, solche Regionalkonferenzen zu organisieren und dies zum Schluss in einer größeren Konferenz zusammenzufassen? Ich halte das für eine gelungene Veranstaltung. Die vielen Anregungen, die sie gemacht haben, bestätigen auch, dass ländlicher Raum viele Potentiale, viele Chancen hat, aber auch Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen.

Prof. Schlagheck hat ja noch einmal sehr prägnant zusammengefasst, was notwendig ist, damit Regionalmanagement funktioniert, dass wir Regionalität und Identität stiften. Es geht nicht darum, Probleme kleinzureden.

Einige von ihnen haben zum Ausdruck gebracht, dass Regionalmanagement nur funktionieren kann, wenn man stolz auf seinen ländlichen Bereich ist, wenn man stolz darauf ist, dort zu wohnen. All das stärkt und gibt Kraft, was Identität und Heimat ist. Wenn man begeistert ist von der Aufgabe, dann wird man auch in der Lage sein, sich zu bewegen. Und dazu gehört auch, dass wir den Wert von ländlichem Raum erkennen, kommunizieren und nach außen tragen.

Und ich glaube, dass regionale Produkte noch mehr Bedeutung haben über das hinaus, was sie an Wertschöpfung bringen. Ich finde das sehr beeindruckend, was Herr Schäfer gesagt hat, da ist noch eine Milliarde an Umsatz durch regionale Produkte zu generieren. Mit jedem regionalen Produkt, das vermarktet wird, steigt auch der Stolz der Region. Das wird von stolzen Produzenten potenziert nach außen getragen.

Wenn jemand ein regionales Produkt kauft und dies wertschätzt, dann bringt er auch eine Wertschätzung der Region zum Ausdruck. Und auch das stärkt die Identität von Räumen. Da ist auch Kirchturmsdenken in diesem Punkt erlaubt.

Deswegen werden sie versuchen, mich zu überzeugen, dass die Eifel die schönste Region ist. Sie haben allenfalls Chancen auf Platz zwei. Der Westerwald ist noch schöner. Deswegen fahre ich auch jeden Abend 110 km von Mainz nach Hause, weil ich dort sein will, wo ich aufgewachsen bin, wo ich meine Identität habe. Diese Identität können wir nur erhalten, wenn es weiterhin eine flächendeckende und betriebswirtschaftlich rentierliche Land- und Forstwirtschaft gibt. Das ist die Grundvoraussetzung dafür, dass wir uns in diesen Regionen wohl fühlen.

Wenn die Kultur prägende Landwirtschaft nicht mehr vorhanden ist, werden wir keine Identität mehr haben. Dass ist das, was wir uns für die Region, in der wir uns wohl fühlen, auch vorstellen. Und deswegen wird es dort auch weiter Bodenordnung geben, deswegen investieren wir auch in Landwirtschaft und haben die Investitionsförderung deutlich gestärkt.

Denn wir müssen die zukunftsfähigen landwirtschaftlichen Betriebe unterstützen, dass sie auch weiter tätig sein können. Wir müssen junge Menschen auch motivieren, diesen Beruf zu ergreifen.

Selbstverständlich werden wir auch die Waldflurbereinigung fortsetzen.

Und ich will auch betonen, wir haben nicht die Entscheidung zu treffen, wie groß ein Regionalmanagement sein muss. Das müssen die Menschen selbst entscheiden, was sie als Region empfinden, wo sie Identität finden. Deshalb gibt es hier auch keine Vorgabe der Politik.

Das Regionalmanagement kann nur funktionieren, wenn wir kleine konkrete Projekte schnell und zügig umsetzen. Ich bin begeistert von ILEK - Prozessen mit Auftaktveranstaltungen mit teilweise mehr als 200 bis 300 Menschen, die da sagen: Ich bin bereit mich hier zu engagieren und einzubringen, und dieses Engagement über mehrere Monate durchhalten, um ganz konkrete Projekte zu erarbeiten.

Und es wäre ganz schlimm, wenn keines dieser Projekte zeitnah umgesetzt wird. Die Menschen würden die Botschaft mitnehmen: Wieder eine neue Idee geboren. Wir sollten mitwirken und was ist konkret herausgekommen? – Wenig! Das wäre das schlimmste Ergebnis solcher Projekte.

Die vorgeschlagen Projekte aus dem ländlichen Bereich sind in der Regel vernünftig. Sie lassen die Kirche im Dorf und spannen keine Träume auf. Es sind kleine überschaubare Projekte, die man umsetzen kann. Deshalb werden sie bei der Förderung des Landes eine ganz hohe Priorität genießen. Wir werden zukünftig bei der Vergabe von Fördermitteln ganz genau darauf achten, ob es sich um ein Projekt handelt, das im Rahmen eines ILEK Prozesses oder eines Regionalmanagements entstanden ist.

Hat die Region gesagt, das ist ein Projekt, das wir für wichtig halten, es muss zeitnah umgesetzt werden, dann es ist ja auch vernünftig, dieses Projekt zu fördern. Wenn wir dort 10.000, 20.000 oder 30.000 Euro reingeben, bin ich der festen Überzeugung, werden die Menschen aus diesem Geld auch durch ehrenamtliches Engagement ein Vielfaches machen, weil sie dieses Projekt als Ihr Projekt empfinden. Und wir stärken solche Projekte. Deswegen das klare Signal: Wir werden solche Projekte prioritär fördern.

Und dann komme ich noch zu der Frage: Braucht solches Engagement auch professionelle Unterstützung? Ich sage ja Wir brauchen die Moderation. Wenn ich mir diese Arbeitsgruppe betrachte, ist es sehr gut, dass wir Moderatoren haben, die die Dinge zusammenfassen. Der Schriftverkehr soll ja in der Menge überschaubar sein, es sollen ja keine dicken Aktenordner entstehen, aber das eine oder andere muss ja niedergeschrieben werden. Es muss moderiert und zusammengefasst werden. Wichtig ist es auch, dass Anstöße gegeben werden. Deswegen unterstützen wir auch als Land Rheinland-Pfalz diese Projekte und zahlen die notwendigen Moderationskosten. Auch das braucht Kraft, da wollen wir sie nicht alleine lassen und überfordern.

Manche meinen ja, der demographische Wandel bedeutet, wir könnten an der Infrastruktur des ländlichen Bereichs sparen. Das ist eine falsche Illusion, denn wir haben jetzt über vier Millionen Rheinlandpfälzerinnen und Rheinlandpfälzer. Als Ende der 60'er, Anfang der 70'er Jahre die Gebietsstruktur mit den 2.600 Ortsgemeinden konzipiert wurde, hatten wir 3,5 Mio. Einwohner in Rheinland Pfalz. Vielleicht geht die demografische Entwicklung soweit, dass aus diesen 4 Mio. 3,7 Mio. oder 3,4 Mio. werden. Das sind so viele, wie wir Ende der 60'er, Anfang der 70'er Jahre hatten.

Wir haben die klare Aussage getroffen - wir wissen nicht wie die Dörfer in 10 bis 20 Jahren aussehen - aber jedes dieser Dörfer wird dann noch seine Selbständigkeit haben. Das ist ganz wichtig für die Identität der Menschen im ländlichen Raum. Sie werden sich für ihr kleines Dorf, das selbständig ist, mehr engagieren, als wenn es Stadtteil einer größeren Gemeinde ist.

(Applaus)

Die klare Konsequenz: wir wollen auch diese kleine Identität stiftenden Gemeinden, diese Überschaubarkeit, die kleinen Gemeinden mit diesem hohen Maß an ehrenamtlichem Engagement. Das bedeutet aber auch, wir brauchen intakte Straßen. Die Menschen müssen von diesem Ort die Schulen und ihre Arbeitsplätze erreichen können. Deswegen muss die klare Priorität auch sein, verstärkt Mittel in den Erhalt der Straßen zu investieren. Es müssen nicht ständig neue Straßen gebaut werden, denn jede neue Straße führt später wieder zu Erhaltungskosten.



Deswegen setzen wir von den 500 Mio. Euro, die für den Straßenbau in den nächsten 5 Jahren bereitstehen – soviel wie nie - fast 80 Prozent für den Erhalt der Straßen ein. Es darf nicht sein, dass wir in den Ballungszentren tolle Straßen haben, im ländlichen Bereich aber Schlaglochpisten. Deshalb gilt: Klare Priorität für den Erhalt der Straßen. Das kommt im Ergebnis dem ländlichen Raum zugute.

Wir brauchen eine Vielzahl der Schulen und Kindergärten im ländlichen Raum. Deshalb von uns auch die klare Aussage als Land: Kurze Beine kurze Wege. Deswegen bekennen wir uns für Rheinland Pfalz zu den kleinen Kindergärten und zu den kleinen Grundschulen, selbst wenn sie einzülig sind.

Andere Länder gehen andere Wege. Aber das brauchen wir, wenn wir unseren ländlichen Raum entwickeln wollen.

Und dann meine Damen und Herren,

all das hat keinen Sinn, wenn im ländlichen Raum keine Arbeitsplätze geschaffen werden, die junge Menschen motivieren, im ländlichen Raum zu verbleiben.

Haben wir eine Existenzmöglichkeit im ländlichen Raum? Ja oder Nein? Das ist natürlich die Kernfrage besonders auch von jungen Familien, wenn sie ihren Wohnstandort wählen. Wie gelingt es uns, auf dem Land Arbeitsplätze zu schaffen?

Wenn der ländliche Raum Zukunft hat, dann muss er für junge Familien eine Zukunft haben. Sie müssen dort eine Lebensperspektive sehen. Deshalb ist Familienpolitik eine Kernaufgabe für den ländlichen Raum.

Es wird Frauen geben, die die Entscheidung treffen, die Kinder zu Hause zu erziehen. Aber es muss auch klar sein, dass die Frau die Wahlmöglichkeit haben muss.

Es darf kein Privileg der Metropolregionen sein, dass junge Frauen nur dort Familie und Beruf in Einklang bringen können. Im ländlichen Bereich muss das auch möglich sein.

80 % der Frauen sagen: Hätte ich die Möglichkeit, Familie und Beruf in Einklang zu bringen, dann würde ich das Angebot wahrnehmen und im Ländlichen Raum leben.

Und deswegen wird es eine weitere Kampagne von uns gemeinsam mit dem Sozialministerium geben, Konzepte zu entwickeln, um diesen Wünschen verstärkt im ländlichen Raum gerecht zu werden.

Und dann hat der ländliche Raum einen ganz großen Standortvorteil:

Es gibt eine Reihe von Unternehmen, das sind Hochwertige Unternehmensnahe Dienstleistungen, die sich „HUDL“ nennen. Denen ist es vollkommen egal, an welchem Standort sie sich niederlassen.

Es ist auch vollkommen egal, wo sie ihren Firmensitz haben. Sie müssen zu den Kunden und das sind Kunden, die sind europa- und deutschlandweit ansässig. Da gibt es viele, die sagen, wir wollen uns im ländlichen Raum ansiedeln. Auch für ihre Familien wollen sie eine sehr hohe Lebensqualität. Wichtig ist, dass sie dort auch höher qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewinnen können.

Sie sind bereit zu kommen, aber nur wenn sie auch Lebensperspektive haben und wenn sie Lebensqualität finden für den Mann oder die Frau. Und deshalb ist es ganz entscheidend, dass wir das auch als ländlicher Raum organisieren können.

Dann ist auch Tourismus ein starker Standortvorteil.

Regionen, die das bieten können, sind Regionen, in denen sich Gäste wohl fühlen. Es sind in der Regel auch Regionen mit einer hohen Lebensqualität für Einheimische. Touristisch interessante Regionen sind Regionen, die man als Wohlfühlregionen kommunizieren soll, Wohlfühlregionen nicht nur für Gäste sondern auch für Menschen, die hier ihren Lebens- und Arbeitsschwerpunkt haben.

Das muss als Standortfaktor mit verarbeitet werden. Weiterhin muss auch die Infrastruktur stimmen.

Wir haben ja auch für die Nutzung nachwachsender Rohstoffe fachlich fundierte, hervorragende Konzepte. Durch nachwachsende Rohstoffe können wir 200 Mio. Liter Heizöl ersetzen. Das heißt, bei den momentanen Heizölpreisen bleibt eine Wertschöpfung von 120 Mio. Euro pro Jahr in der Region, die nicht nach Russland oder in den nahen Osten transferiert werden.

Für die Menschen im Ländlichen Raum, die Rohstoffe aufarbeiten oder weiter veredeln, die sie dann auch anbieten, die Biogasanlagen und Holzhackschnitzelanlagen betreiben, müssen Logistik und Managementstrukturen in der Region vorhanden sein.

Da sind die Kommunen gefordert, Impulse zu geben und Strukturen aufzubauen, die dann später von privaten Unternehmern übernommen werden. Das sind in der Zukunft gewinnbringende Projekte, die dann auch über das Regionalmanagement hinaus bestehen.

Wir müssen viel stärker passgenaue Konzepte für die Region konzipieren. Es gibt nicht die Wirtschaftspolitik für das Land Rheinland Pfalz. Wir sind ja erfreulicherweise ein ganz vielfältiges Bundesland mit großen Unterschieden, Es ist schön, so vielfältig zu sein.

Das heißt aber auch, passgenaue Konzepte für die Regionen zu entwickeln. Die können wir nicht in Mainz entwickeln. Die können nur Sie mit uns im Dialog entwickeln. Wir können das unterstützen, indem wir Prozesse moderieren. Wenn sie Experten zur Moderation brauchen, dann müssen wir diese bereitstellen und bezahlen. Aber Anstöße und Entscheidungen, die müssen in der Region fallen. Dort müssen Netzwerke entstehen, damit ein Wissenstransfer von Hochschulen, von innovativen Betrieben bis in kleinere Betriebe möglich ist. Nur so können auch die kleinen Betriebe erhalten werden.

Dann haben Existenzneugründer auch Perspektiven.

Diese Netzwerke zu organisieren, ist auch für die Wirtschaft ein Prozess, der in die Regionalentwicklung hineingehört.

Meine Damen und Herren,

ich bin fest davon überzeugt, es gibt vielfältige Ideen, vielfältige Potentiale und Möglichkeiten. Sie stellen große Herausforderungen dar.

Wenn ich an die Infrastruktur denke: Das kostet viel Geld.

Deshalb ist es auch wichtig, dass sich der ländliche Raum positioniert. Wir brauchen Geld, um die kleinen Schulen im ländlichen Raum zu erhalten. Natürlich gilt es, die Verkehrsinfrastruktur aufrechtzuerhalten. Pro Einwohner gesehen haben wir das dichteste Straßennetz im ländlichen Raum, das ist teuer als in den Metropolregionen. Wir werden diese Verteilungskämpfe um Finanzmittel nur dann gewinnen, wenn wir ein klares Konzept haben, ein Positionspapier, mit dem wir die enormen Potentiale des ländlichen Raumes entwickeln können.

Es ist eine Zielsetzung der Regionalkonferenzen, dass wir in einer großen Bewegung ein klares Konzept entwickeln.

Das sind ja hier über 250 Menschen – stellen sie sich das jetzt mal 5 vor, das sind schon knapp 1.500 Multiplikatoren, Entscheidungsträger, Wortführer in den Regionen, die sagen, wir haben ein klares Konzept und Ideen und auch den Willen und das Engagement, um diese Potentiale zu nutzen. Dazu brauchen wir auch die entsprechende Unterstützung und Begleitung. Und das ist die Zielsetzung dieser Reihe.

Sie haben viele interessante Impulse gegeben. Ich bin schon ganz gespannt, wenn wir uns dann alle im September wieder treffen und die Ergebnisse in einem Positionspapier zusammenfassen.

Vielen Dank!

**Dokumentation
zur Regionaltagung in Zweibrücken
am 02.05.2007**

Forum Ländlicher Raum

2. Regionaltagung

am Mittwoch, 2. Mai 2007 in Zweibrücken

Programm

17:30 Uhr bis 17:45 Uhr	<p>Begrüßung Hendrik Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau</p>
17:45 Uhr bis 18:00 Uhr	<p>Referat Demografische Entwicklung Frau Prof. Dr. Gabi Troeger-Weiß, Technische Universität Kaiserslautern</p>
18:00 Uhr bis 18:15 Uhr	<p>Referat Landwirtschaft Herr Uwe Bißbort, Kreisvorsitzender des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd e. V.</p>
18:15 Uhr bis 19:15 Uhr	<p><u>Gesprächsrunde</u></p> <p>Bildung im ländlichen Raum Herr Thomas Bartholomé, Leiter der Schulabteilung in der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier</p> <p>Technologie Herr Dr. Ralph Wiegand, Geschäftsführer Business und Informationscenter Kaiserslautern GmbH</p> <p>Konversion Herr Werner Boßlet, Geschäftsführer Flughafen Zweibrücken GmbH</p> <p>Integrierte ländliche Entwicklung Herr Berthold Martin, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Wallhalben</p> <p>Verkehr Herr Kurt Pirmann, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Zweibrücken Land Herr Klaus Meckler, Büro Meckler und Partner, Kaiserslautern</p> <p>Landwirtschaft Frau Hannelore Steinhauer, Vorsitzende des Landfrauenverbandes Pfalz Frau Beate Schnur, Vorsitzende des Landfrauenkreisverbandes Pirmasens-Zweibrücken</p> <p>Moderation: Herr Dr. Jens-Peter Abresch, IfR Institut für Regionalmanagement</p>
19:15 Uhr bis 20:15 Uhr	<p>Gemeinsame Diskussion mit der Gesprächsrunde und Tagungsteilnehmern</p>
20:15 Uhr bis 20:30 Uhr	<p>Zusammenfassung der Ergebnisse Herr Minister Hering</p>
20:30 Uhr	<p>Einzelgespräche und Schlussimbiss</p>

Wortprotokoll

Regionalkonferenz am 02.05.2007 in Zweibrücken

Dr. Abresch:

Meine Damen und Herren, herzlich willkommen zum Forum ländlicher Raum,

herzlich willkommen zur zweiten Regionalkonferenz in Rheinland Pfalz, danke, dass sie sich alle, wie ich sehe, doch sehr zahlreich Zeit genommen haben. Mein Name ist Dr. Abresch. Ich habe hier heute die Aufgabe übernommen, sie durch den Abend zu begleiten. Mein Hauptjob wird sein, dass wir gegen 20:30 Uhr zur Landung kommen. Mein Hauptjob wird weiterhin sein, die eine oder andere Flanke zu schlagen, dass die regionalen Expertinnen und Experten zahlreiche thematische Tore schießen können.

Meine Damen und Herren, Initiator und Gastgeber für das Forum ländlicher Raum ist der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz, bitte begrüßen Sie mit einem herzlichen Applaus Hendrik Hering.



Eröffnungsrede - Minister Hendrik Hering



Meine sehr verehrten Damen und Herren, es freut mich, dass sie so zahlreich zu dieser Regionalkonferenz „Entwicklung ländlicher Raum“ gekommen sind. Es freut mich auch, dass eine Reihe von Landtagsabgeordneten anwesend sind. Es freut mich, dass so viele Kommunalpolitiker anwesend sind. Ich bin auch froh, dass wir das hier in der Abflughalle des Flughafens Zweibrücken machen können. Ob das jetzt Zufall war, oder ein Marketing-Gag von German wings, dass hier zu Beginn ein Flugzeug zu sehen war, vermag ich nicht zu sagen.

Wir konnten ja einige erfreuliche Nachrichten verkünden in den letzten Monaten. Der Flughafen Zweibrücken ist ein ganz wichtiges Konversionsprojekt.

Wir werden auch daran arbeiten, alle Möglichkeiten zu nutzen, die vier Säulen voranzubringen, neben dem Flugverkehr das factory outlet center aber auch Gewerbeansiedlung, wo wir in der letzten Zeit einige Erfolge kommunizieren konnten.

Wir organisieren die Regionalkonferenzen: „Forum ländlicher Raum“ zum einen, weil es für die Landesregierung ein ganz wichtiges Anliegen ist, für die Entwicklung ländlicher Räume zu sorgen, da das Land Rheinland-Pfalz ein ländlich strukturiertes Bundesland ist.

70 Prozent der Landesfläche sind ländlich strukturiert, 80 Prozent sind von Forst- und Landwirtschaft geprägt, 90 Prozent der Gemeinden in Rheinland Pfalz haben weniger als 2.000 Einwohner, 10 von 24 Landkreisen haben weniger als 150 Einwohner pro Quadratkilometer. Wir sind stolz darauf, ein ländlich strukturiertes Land, ein so vielfältig strukturiertes Bundesland zu sein. Das Wirtschaftsministerium, welches von seiner Zuständigkeit Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau ist das Strukturministerium für den ländlichen Raum.

Ich halte es auch für ganz wichtig und notwendig, dass wir uns als Vertreter der ländlichen Räume positionieren.

Es gibt auch Bestrebungen, z.B. ein Positionspapier ländlicher Raum der EU oder Vorstellungen von Raumministerkonferenzen, schwerpunktmäßig die Fördermittel in Metropolregionen zu investieren, weil hier höhere Renditen erzielbar sind, weil mehr Wachstum erzielt werden kann.

Ich halte das vom Grundansatz her für falsch. Wir brauchen beides, Metropolregionen und ländliche Räume, das eine bedingt das andere. Wir haben auch festgestellt, dass gerade in ländlichen Räumen enorme Wachstumspotentiale vorhanden sind. Sie können aber nur erschlossen werden, wenn wir eine sinnvolle Strategie haben. Zu einer sinnvollen Strategie gehört bei der Entwicklung ländlicher Regionen, dass wir die regionalspezifischen Besonderheiten beachten und dass wir Regionen zur Zusammenarbeit motivieren.

Zwingend muss die Entwicklungskonzeption ihren Ausgang in der ländlichen Region nehmen, dass kann keine zentrale Einheit, dass kann Mainz nicht vorgeben, dass müssen Ihre Konzepte sein. Also Beteiligte zu Akteuren zu machen ist Grundvoraussetzung für den Erfolg, und wir müssen das über alle Politikbereiche hinaus machen, sonst kann das nicht erfolgreich sein.

Meine Damen und Herren, wir führen fünf dieser Regionalkonferenzen in verschiedenen Teilen des Landes durch, die zweite findet hier heute in Zweibrücken statt. Wir führen sie in verschiedenen Teilen des Landes durch, weil die verschiedenen Regionen auch verschiedene Herausforderungen haben, und wir daraus auch lernen wollen, Erfahrungen sammeln wollen. Wir stellen diese Regionalkonferenzen unter besondere Schwerpunkte, die heutigen Schwerpunkte sind demographische Entwicklung und Landwirtschaft. Das heißt aber nicht, dass wir andere Bereiche wie Verkehr, Tourismus, Konversion, Bildung nicht ebenfalls beleuchten und dazu interessante Vorträge hören werden.

Die demographische Entwicklung ist besonders wichtig in ländlichen Räumen, weil diese besonders davon betroffen sind. Es ist Tatsache, dass wir insgesamt weniger und im Durchschnitt älter werden. Gerade in ländlichen Räumen müssen wir besonders darauf reagieren, insbesondere wie wir für jüngere Menschen ländliche Räume attraktiver machen können. Dazu gehört, Rahmenbedingungen zu schaffen, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und in den ländlichen Räumen zu sichern, aber auch die Herausforderungen und Chancen sehen, die durch neues und verändertes Freizeitverhalten, durch veränderte Nachfrage entsteht, auch darauf gilt es, klug zu reagieren,

Auch im Bereich Landwirtschaft haben wir hier wie in allen ländlichen Teilendes Landes einen ländlichen Strukturwandel hinter uns, in vielen Bereichen auch einen Strukturwandel in der Landwirtschaft vor uns.

Darauf muss reagiert werden. Wichtig ist auch, dass wollen wir auch ganz konsequent: In Zukunft wird Landwirtschaft darauf angewiesen sein, dass wir sie auf dem Weg zu mehr Wettbewerbsfähigkeit unterstützen, deswegen auch die Zentrierung der Fördermittel auf diese Zukunftsmaßnahmen, um wettbewerbsfähiger zu werden.

Und wir werden auf die Leistung der Landwirtschaft angewiesen sein, nämlich auf den Erhalt der Kulturlandschaft, die Grundvoraussetzung für Tourismus in der Region ist. Die Menschen, die ihre Region kommunizieren, müssen dafür auch Transferleistungen, insbesondere gesellschaftliche Leistungen erhalten. Dazu gehört auch die Entwicklung solcher Positionspapiere, um auf Bundesebene deutlich zu machen, es kann nicht sein, dass die landwirtschaftlichen Betriebe in Norddeutschland für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe höhere Flächenprämien erhalten, als hier im Land Rheinland-Pfalz, zumal hier höhere Aufwendungen gemacht werden müssen. Wir brauchen mehr Gerechtigkeit in dieser Mittelvertei-

lung. Dafür werden wir uns zielgerichtet einsetzen. Es wird ein Schwerpunkt der Landwirtschaftspolitik Rheinland-Pfalz auf Bundesebene sein, für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, was dazu führt, das gerade Betriebe hier in der Westpfalz von der gerechteren Verteilung profitieren werden.

Meine Damen und Herren, zu der Strategie des ländlichen Raumes gehört insbesondere, dass wir motivieren, selbst Vorschläge zu machen, hier sind 240 Akteure des ländlichen Raumes versammelt. Als Vertreter der Landwirtschaft, als Unternehmer, als Kommunalpolitiker, als Personen ist es ihnen ein Anliegen, sich an Entwicklungskonzepten zu beteiligen, ihre Region voranzubringen. Sie sind ganz wichtige Ideengeber für uns, wie eine solche Konzeption aussehen kann. Mir ist es ganz wichtig, solch ein Forum zu organisieren, um Ihre Vorschläge und Ideen entgegenzunehmen. Dass hierzu gerade in dieser Region eine ganz große Bereitschaft vorhanden ist, dass haben wir am 30.03. in Herschberg erlebt, als wir die Eröffnungsveranstaltung für ILEK auf den Weg gebracht haben. Es gab noch keine Eröffnungsveranstaltung, bei der so viele Menschen anwesend waren. Es gab noch keine Eröffnungsveranstaltung, bei der die Anwesenden so eindrucksvoll dokumentiert haben, dass sie eine hohe Bereitschaft mit sich bringen, sich für die Weiterentwicklung ihrer Region zu engagieren. Das war ein gutes Fundament für integrierte ländliche Entwicklung. Das hat mich und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die anwesend waren, wirklich begeistert. Deswegen ist es umso wichtiger, aus ihrer Region die Vorschläge entgegenzunehmen.

Wir werden aus diesen fünf Veranstaltungen die Vorschläge sammeln, werden daraus den Entwurf eines Strategiepapiers erarbeiten, diesen werden wir im September anlässlich der Grünen Woche hier im Land Rheinland-Pfalz kommunizieren und diskutieren. Um auch zu dokumentieren, wie zukünftig Fördermittel verteilt werden.

Um auch eindrucksvoll darzustellen, welche Potentiale es im ländlichen Raum gibt, dass es häufiger viel sinnvoller ist, Fördermittel in den ländlichen Raum zu investieren, weil dort die Bereitschaft viel größer ist, sich ehrenamtlich zu engagieren und ein Vielfaches aus diesen Geldern zu machen. Häufig werden gleich große Beträge in den Zentren investiert und von der Bevölkerung gar nicht wahrgenommen. Im ländlichen Raum werden sie wahrgenommen als deutliche Verbesserung der Struktur und deswegen auch als Ansporn wahrgenommen, um sich im ländlichen Raum zu engagieren. Deswegen ist das, was wir hier heute diskutieren für mich sehr wichtig. Ich bin aber heute gekommen um in erster Linie zuzuhören. Deswegen werde ich das Grußwort an dieser Stelle auch beenden, so dass die Diskussion aufgenommen werden kann. Ich werde im Anschluss die Gelegenheit haben, den einen oder anderen Gedanken aufzugreifen und überdenken, wie damit weiter verfahren werden kann. Ich darf dieser Veranstaltung gutes Gelingen wünschen. Jeder Vorschlag geht in die Diskussion ein und wird sorgfältig notiert.

Vielen Dank für ihr Kommen.

Inputreferate

Es spricht Dr. Abresch:

besten Dank Herr Minister, Sie haben uns gesagt, was die Zielsetzung für den heutigen Abend ist, Sie haben den thematischen Rahmen aufgespannt. Und ich möchte persönlich hinzufügen, ich finde es ganz bemerkenswert, dass Sie als Spitzenpolitiker zunächst einmal eineinhalb Stunden zuhören wollen, das ist etwas, was wir als geneigter Wahlbürger in diesem Land nicht immer so erleben in diesen Tagen.

Meine Damen und Herren,

bevor wir loslegen, lassen Sie uns gemeinsam einen Blick darauf werfen, wie wir vorgehen wollen. Wahrscheinlich haben Sie den Programmablauf auf Ihrem Platz vorgefunden, oder er befindet sich in Ihrer Tagungsmappe. Das Themenspektrum, das Herr Minister Hering schon angesprochen hat, wollen wir mit einem ganzen Strauß von ausgewiesenen Experten behandeln. Wir wollen den Abend in zwei Teile gliedern. Wir werden zunächst zu den beiden Schwerpunktthemen demografische Entwicklung und Landwirtschaft jeweils ein 15-minütiges Referat hören. Ich bin froh, dass Frau Prof. Tröger - Weiß von der Technischen Universität Kaiserslautern zu uns gekommen ist. Sie ist ausgewiesene Expertin im Bereich demografische Entwicklung. Sie wird einen ersten Grundstock für die heutige Debatte für uns legen.

Danach hören wir Herrn Bißbort, er ist Vorsitzender des Kreisverbandes des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd. Er wird uns in seinem 15-minütigem Referat mit den aktuellen Entwicklungen zum Thema Landwirtschaft versorgen.

Dann gehen wir in eine etwas lockerere Form über, Sie sehen es in Ihrem Programm, in dem wir Gesprächsrunden haben, in welchen wir einen ganzen Strauß von Themen abarbeiten werden. Das werden wir hier vorne in einem Interviewstil machen.

Meine Bitte an Sie wäre, halten Sie das einen Moment aus, erstmal zuhören zu müssen, den einen oder anderen Punkt, der Ihnen dringend unter den Nägeln brennt, erst einmal zu speichern oder ihn vielleicht auch aufzuschreiben. Wir haben dann spätestens Viertel nach Sieben die Gelegenheit, gemeinsam zu diskutieren. Dann sind auch alle Damen und Herren der Gesprächsrunden auf dem Podium und dann sind Sie gefragt.

Bis dahin bitte ich Sie, der Debatte so aufmerksam wie möglich zu folgen. Lassen Sie uns also einsteigen, Frau Prof. Tröger-Weiß, das Mikrofon gehört Ihnen.

Es spricht Frau Prof. Tröger-Weiß:

Sehr geehrter Herr Minister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Landtages, sehr geehrte Landräte, sehr geehrte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

der demografische Wandel und seine Folgen für die regionale und kommunale Entwicklung in Rheinland-Pfalz. Dieses Thema wurde hier gestellt und ich denke es passt auch sehr gut zum ländlichen Raum. Die demografische Entwicklung, der Minister hat es soeben angesprochen, wird vor allem die ländlichen Räume betreffen.

Die Bevölkerung in Deutschland wird eine einschneidende Änderung erfahren, wir werden eine Zunahme der älteren Bevölkerung haben, wir werden stagnierende und rückläufige Geburtenzahlen haben.



Wir sind jetzt schon bei etwa 1,4 Kindern pro Frau. Insgesamt wird die Bevölkerung in Deutschland und Rheinland-Pfalz rückläufig sein, in den ländlichen Räumen wird dies möglicherweise noch beschleunigt werden durch die Abwanderung. Die Wirkungen werden sich im Wesentlichen auf strukturschwache und periphere Räume konzentrieren, weil Metropolregionen ihre demografischen Probleme abfedern können und auch eine relativ starke Zuwanderung haben.

Folgendes ist besonders wichtig:

Die demografische Entwicklung wird Auswirkungen auf alle entwicklungsrelevanten Strukturbereiche haben, auf die Infrastruktur, auf die Siedlungsstruktur, auf die Wirtschaftsstruktur, auf dem Arbeitsmarkt, ich werde darauf noch eingehen.

Hier noch einmal komplett die Wirkungsfelder des demografischen Wandels: Wirkungen auf Wirtschaft und Arbeit, Wirkungen auf Siedlung und Bildung, auf Versorgungsinfrastruktur und technische Infrastruktur, auf die seniorengerechte Ausstattung und auf die kommunalen Finanzen.

Werfen wir ganz kurz noch einmal einen Blick auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. Wir sehen hier die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland in den Jahren von 1997 bis 2003, je stärker blau der Ton, umso stärker die Abnahme. Sie sehen eine starke Abnahme in den neuen Bundesländern. Sie sehen eine Zunahme vor allem im Norden und im Süden, der Südwesten ist teilweise ausgeglichen. Es liegen schrumpfende Gemeinden sehr eng neben wachsenden und prosperierenden Gemeinden nebeneinander.

Wie sieht nun die Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz aus? Erfreulicherweise können wir da auf eine Prognose, auf eine Untersuchung des Landesamtes für Statistik zurückgreifen. Hier möchte ich nur ganz kurz einige wenige Schlaglichter werfen. Hier sehen Sie abgetragen die Bevölkerungsentwicklung in den Kreisfreien Städten und Landkreisen ab 1950.

Die Abnahmen sind wieder in blau dargestellt, die roten Bereiche verzeichnen Zunahmen. Eine Abnahme haben wir beispielsweise in der Nachbarstadt Pirmasens, aber auch im Hunsrück. Zunahmen gibt es im Bereich Mainz.

Ich sage Ihnen damit nichts Neues. Es geht jetzt gar nicht um die absoluten oder die relativen Werte im Einzelnen. Hier sehen Sie die Situation im Bereich der Altersstruktur:

Um 1900 hatten wir eine klassische Pyramide. Damals waren sehr viele junge Menschen am leben, weniger alte Menschen. Um 1950 sehen Sie die Auswirkungen der beiden Weltkriege. Im Jahre 2000 sehen wir zunehmend die alternde Bevölkerung, im Jahre 1975 der Pillenknick, und im Jahre 2050 sehen Sie diese typische nach oben sich verbreiternde Form. Dann haben wir wenig junge und viele alte Menschen. Ich möchte jedoch dazu sagen, dass das Jahr 2050 schon sehr weit gegriffen ist. Wenn Sie einmal 50 Jahre zurückdenken würden, dann konnten sicherlich die wenigsten voraussehen, dass wir mit Email-Verkehr einen Großteil des Postverkehrs abwickeln würden, oder mit Laptops arbeiten würden, usw.

Insofern ist ein Zeitraum bis 2050 sehr schwer abzusehen, aber es geht auch nicht um absolute oder relative Zahlen, sondern es geht im Wesentlichen darum die Entwicklung zu skizzieren.

Sie sehen hier noch einmal die sich weitende Schere zwischen jung und alt. Oben sehen Sie die über 60-jährigen, unten sehen Sie die unter 20-jährigen, diese sich weitende Schere wird uns in Zukunft sehr viele Gedanken machen. Die Zahl der Hochbetagten wird ebenfalls zunehmen. Ich sagte schon, bis 2050 ist es sehr schwer vorhersagbar, aber bis 2020 können wir die Entwicklung absehen.

Wir werden bis dahin in Deutschland 4,1 Mio. Hochbetagte, also über 80-jährige haben. Der Bundespräsident von Deutschland gratulierte heute 4.000 Menschen über 100 Jahren. Also 4000 100-jährige und Ältere bekamen heute ein Glückwunschsreiben des Bundespräsidenten. Im Jahre 2020 werden das etwa 44.000 sein. Ich denke das ist eine sehr griffige Zahl. Auch für den Bundespräsidenten wird es dann nicht ganz einfach sein, im Einzelfall zu gratulieren.

Was nun die Zu- oder Abnahme der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz betrifft, die größten Zuwächse erfuhren bislang die Städte und Kreise entlang des Rheins. Also die Städte Mainz, Worms, Frankenthal, Ludwigshafen und die Kreise Rheinpfalz und Germersheim. Geringere Zunahmen haben wir in den peripheren Räumen, abseits der Städte und Ballungszentren zu verzeichnen. Das geringste Bevölkerungswachstum haben wir in der Stadt Pirmasens. Problematisch ist es, dass es bei den Wanderungsbewegungen sehr stark regionale Unterschiede gibt. Die größten Wanderungsgewinne waren in den Städten Mainz, Frankenthal und Speyer zu verzeichnen, sowie in den Kreisen Neuwied, Westerwaldkreis und Mainz-Bingen. Die höchsten Wanderungsverluste hatten die Städte Ludwigshafen, Pirmasens und Koblenz.

Wie sieht die Situation bis 2050 aus? Wie schon gesagt, wir greifen auf die Zahlen des Statistischen Landesamtes zurück. Die Situation ist die, dass das Land Rheinland-Pfalz derzeit 4 Mio. Einwohner hat und das die Einwohnerzahl bis zum Jahre 2050 auf 3 Mio. schrumpfen wird. Das ist von der Sache her zunächst einmal unproblematisch. Das Problem sind die qualitativen Aspekte und die regionalen Differenzierungen in den einzelnen Gebietseinheiten. Hier sehen Sie noch einmal die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahre 2050 in Mainz, in Birkenfeld und auch in Pirmasens wird die Bevölkerung abnehmen. Ob das nun 10, 15, 20 oder 25% sind, ist im Einzelfall schwer vorhersagbar.

Bezogen auf die Landkreise wird der Kreis Alzey-Worms die geringste Abnahme und der Bereich Pirmasens die größte Abnahme haben, das sagte ich vorhin bereits.

Das bedeutet, dass wir uns in den verschiedensten Bereichen darauf einstellen müssen. Beispielsweise wird die Zahl der Kindergartenkinder abnehmen. Durchschnittliche Abnahme, wie schon gesagt nach den Zahlen des Statistischen Landesamtes, beträgt 53%. Absolut bedeutet das fast eine Halbierung von 125.000 auf 72.000. Hier noch einmal eine Karte der Kindergartenkinder im Alter zwischen 3 und 6 Jahren. Die gleiche Problematik tritt natürlich in einer zeitlichen Verzögerung bei den Grundschulern ein. Von den derzeit noch 1.000 Grundschulen in Rheinland-Pfalz wird dann möglicherweise nur noch die Hälfte gebraucht.

Ein weiteres Problem ergibt sich vor allem für den kommunalen Bereich, die Zahlen der über 65-jährigen und über 75jährigen wird zunehmen. Das betrifft vor allem die Themen medizinische Versorgung und Pflege.

Hier noch einmal eine Karte der Veränderungen bei den über 75-jährigen. Je stärker blau, desto stärker ist die Zunahme. Fazit: Stichpunkt 1, Bevölkerungsabnahme zwischen 3 und 30%, Stichpunkt 2, Abnahme der Erwerbsfähigen zwischen 14 und 40%, Stichpunkt 3, eine erhebliche Zunahme bei den älteren Menschen, je nach Landkreis zwischen 30 und 90%.

Was sind nun die Handlungserfordernisse? Dazu sind wir heute Abend zusammengekommen, es ist eine hervorragende Initiative der Landesregierung diese Regionalkonferenzen durchzuführen. Um diesen neuen Handlungserfordernissen begegnen zu können, müssen wir jetzt schon Strategien erarbeiten. Für die Regionalwissenschaften ist es besonders wichtig das Thema Wanderungsbewegungen anzugehen. Das Thema Bevölkerungsentwicklung ist etwas, dass auf Landesebene oder Bundesebene verarbeitet werden muss. Es kann vor allem auf Bundesebene mit steuerpolitischen oder familienpolitischen Akzentsetzungen beeinflusst werden. Auf kommunaler Ebene dürfte das nicht so einfach sein. Es sind in den Kommunen der strukturschwachen Gegenden vor allem Initiativen zur Steuerung der Abwanderung und der Überalterung zu entwickeln. Lassen Sie mich kurz auf die Wirkungen eingehen. Welche Wirkungen hat die demografische Entwicklung? Die Geburtenrate wird abnehmen und damit auch der künftige Wohnungsbedarf. Der Bereich der Dienstleistungen wird abnehmen. Die Nachfrage bei den Altenheimen und vielleicht auch bei der Zahl der Krankenhausbetten könnte eine Zunahme verzeichnet werden. Darüber hinaus wird es ein Erreichbarkeitsdefizit in den ländlichen Räumen geben können, es wird auch schwieriger sein, die Grundversorgung aufrecht zu halten. Die Ausdünnung der Ortskerne ist heute teilweise schon zu erkennen, die Leerstände werden zunehmen.

Das Thema des Fachkräftemangels für die Wirtschaft habe ich schon angesprochen. Hier ganz kurz einige Wirkungen:

Stichpunkt 1: 50% weniger Schüler bedeutet 50% weniger Schulen.

Stichpunkt 2: Die nächste Einkaufsmöglichkeit in 50 km bedeutet amerikanische Verhältnisse.

Stichpunkt 3: Im Jahre 2030 (dieser Zeitraum ist abzusehen), wird es 17 Mio. Einwohner in Deutschland weniger geben.

Stichpunkt 4: Im Jahre 2030 wird jede 4. Wohnung leer stehen, denn Kinder die wir nicht haben, brauchen auch keine Wohnungen. Im Jahre 2030 werden auch 17 Mio. Menschen weniger unsere Infrastruktur nutzen.

Was können nun Handlungskonzepte sein? Es nützt ja nichts, ständig nur zu jammern, anstatt Handlungserfordernisse aufzuzeigen. Wir haben uns das einmal für den Landkreis Südwestpfalz überlegt. Handlungsansätze aus unserer Sicht heißt, auch der Minister ging darauf vorhin schon ein, Strategiekonzepte zu entwickeln. Dieses beinhaltet eine kommunale Gesamtstrategie mit einem demografischen Leitbild. Wesentlich ist, dass man in einem solchen Strategiekonzept auf den Wohnungsmarkt, auf das Siedlungswesen, auf den Arbeitsmarkt, Dienstleistungsbereiche, gewerbliche Wirtschaft und Tourismus eingeht und auch im Verbund mit einer entsprechenden Kooperation ein Standortmarketing betreibt.

Regionale Entwicklungsstrategien sind erforderlich zur Bereitstellung von Infrastruktur, und Versorgungsangeboten, um eine tragfähige kommunale Entwicklung zu gewährleisten. Hierbei ist die schrumpfende und alternde Bevölkerung zu berücksichtigen. Lassen Sie mich kurz auf das Thema Siedlungsentwicklung eingehen.

Zukünftige bauliche Maßnahmen müssen auf flexible Nutzungsmöglichkeiten, ggf. auf mehrfach Nutzungsmöglichkeiten ausgerichtet sein und Nutzungskonzepte werden sicherlich auch vermehrt erforderlich. Man muss sich überlegen: Baut man neu oder geht man verstärkt in die Umnutzung?

Ein weiteres wichtiges Thema ist auch der seniorengerechte Wohnraum. Beispielsweise denkt man in Frankfurt sogar über Mehrgenerationenviertel nach. Lassen Sie uns auch einmal über die Grenzen schauen. In der Schweiz verfügt jeder Kanton, sogar fast jede Gemeinde über Altersheimkonzepte. Sie machen sich also darüber Gedanken, wie wir mit den Senioren, wie wir mit altersgerechten Wohnen umgehen. Es scheint uns notwendig, dass man sich in Mainz und in den Landkreisen überlegt, wie werden wir familienfreundlich. Auch die TU Kaiserslautern hat ein Familienaudit zusammen mit der Hertiestiftung durchgeführt. Das kostet zwar etwas, aber es ist ein wichtiges Signal nach außen. Man könnte auch daran denken, einen Preis für die familienfreundlichste Gemeinde im Landkreis auszuloben.

Handlungsfelder gibt es sicherlich auch im Bereich der Grundversorgung. Ein wichtiges Beispiel ist die Apothekenversorgung. Wir brauchen alternative Formen der Grundversorgung, wie z. B. kleinflächige Konzepte oder Multifunktionseinrichtungen. Weitere wichtige Themen sind multifunktionale Dorfläden, Bringdienste, virtuelle Dorfläden, so etwas funktioniert beispielsweise in Österreich und in der Schweiz sehr gut. Wir müssen beispielsweise auch darüber nachdenken, den einen oder anderen Rechtsbereich zu thematisieren. Das Deutsche Apothekenrecht schreibt vor, dass eine Apotheke entweder ganztags oder gar nicht geöffnet sein kann. Warum sollte der Apotheker nicht halbtags in einer Gemeinde eine Apotheke öffnen? Das ist sicherlich besser als gar keine zu haben. Ich denke, auch in diesem Bereich bedarf es einer gewissen Flexibilisierung.

Ein weiteres Thema ist der öffentliche Personennahverkehr, teilweise werden ja schon Rufbusse oder andere flexible Systeme realisiert. Ein weiteres Thema, das auch der Minister schon angesprochen hatte, ist das bürgerschaftliche Engagement. Neben diesen konzeptionellen Mitteln ist ein weiterer wesentlicher Punkt der Konversionsstandort Zweibrücken. Ich denke auch an die Fachhochschule Zweibrücken. Alles Initiativen, die die Landesregierung bereits auf den Weg gebracht hat. Diese wissensbasierte Regionalentwicklung wird durchdrungen vom kreativen Milieu. Auch die TU Kaiserslautern ist ja letztendlich ein Projekt, bei dem es nicht nur darum gehen kann, wie viele Studierende wir haben. Es ist nicht so wichtig, ob noch einmal 100 oder 200 Studenten hinzukommen, sondern man muss den strukturpolitischen Effekt sehen.

Nicht zuletzt denke ich an den Flughafen Zweibrücken, wo wir heute Abend tagen. Der Minister hatte ja bereits darauf hingewiesen, dass das Motoren der Region sind. Ich komme zum Schluss, mein Fazit lautet:

Wichtig ist Information darüber, dass Schrumpfung eine Chance sein kann. Interkommunale Kooperation wird das Thema der Zukunft sein. Multifunktionalität von Infrastruktur wird ein weiteres wichtiges Thema sein. Vielleicht wird es eine neue Definition von Erreichbarkeitsstandards geben. Möglicherweise werden wir es nicht aufrechterhalten können, dass jedes Kind nur und so viel Minuten zum nächsten Kindergarten oder zur nächsten Schule zu fahren hat. Auch Standortverlagerungen, oder ggf. Schließungen dürfen im ländlichen Raum kein Tabuthema sein. Das ist eine Frage der Vermittlung. Letztlich nenne ich noch die Experimentierfreudigkeit mit neuen Ideen und einige notwendige Anpassungen im rechtlichen Bereich. Ohne dass ich jetzt Jurist wäre, möchte ich doch sagen, dass hier das eine oder andere anpassungsfähig ist. Fazit daher, das Alter, auf das wir uns alle einstellen müssen, ist beschwerlich. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Es spricht Dr. Abresch:

Besten Dank Frau Prof. Tröger-Weiß, auch dafür das Sie die Zeit so toll eingehalten haben. Ich denke Sie haben uns vor Augen geführt, in welchen schwierigen Rahmenbedingungen wir uns bewegen. Das ist sicherlich ein Thema, dass für die weiteren Debatten des heutigen Abends wichtig ist, Frau Prof. Tröger Weiß, Sie sind ja für den restlichen Abend bei uns. Ich denke es gibt eine Reihe von Fragen, die wir gerne vertiefen wollen, in der Diskussionsrunde können wir das dann tun. Ich bin mir sicher dass wir den einen oder anderen Punkt, den Sie für die Zukunft schon in den Raum gestellt haben, bei der einen oder anderen Gesprächsrunde wieder treffen werden.

Meine Damen und Herren,

dass war also das erste Schwerpunktthema: Die demografische Entwicklung. In dem zweiten Akt geht es um das Thema Landwirtschaft. Ich bin gespannt, was Herr Bißbort uns dazu sagen wird. Bitte Herr Bißbort.

Es spricht Uwe Bißbort:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Minister Hering,

ich will mich kurz vorstellen, für alle die mich noch nicht kennen. Mein Name ist Uwe Bißbort. Ich bin der Vorsitzende des Bauern- und Winzerverbandes Kreisverband Rheinland-Pfalz Süd. Ich bin natürlich außerdem aktiver Landwirt. Ich bewirtschafte zusammen mit meiner Ehefrau in einem Vorort der Stadt Pirmasens einen landwirtschaftlichen Betrieb mit ca. 150ha Fläche. Außerdem halten wir 150 Zuchtsauen. Ich bekräftige, was Herr Minister Hering schon gesagt hat, Landwirtschaft und ländlicher Raum hängen unabdingbar zusammen. Ohne Landwirtschaft wird es keinen ländlichen Raum geben und ohne ländlichen Raum wird es keine Landwirtschaft geben. Ich möchte nun kurz darlegen, wie ich mir die Landwirtschaft in den nächsten 10, 15 Jahren vorstelle.

Was wir brauchen, um den ländlichen Raum erhalten zu können, in dem auch Tourismus stattfinden kann, sind landwirtschaftliche Betriebe. Diese müssen ausreichend Gewinne schreiben. Bei allem Idealismus, den ich und meine Berufskollegen mit Sicherheit mitbringen, ist es wichtig, auf unseren Feldern genug zu erwirtschaften, um unsere Familien davon ernähren zu können. Denn alleine aus einer schönen Landschaft heraus können wir nicht überleben. Wichtige Voraussetzungen für das Überleben landwirtschaftlicher Betriebe sind politische Rahmenbedingen.



Ich bitte Sie, Herr Minister Hering, auch in der Zukunft mit uns Projekte voranzutreiben, die das gewährleisten. In diesem Szenario ist die ländliche Bodenordnung ein besonders wichtiger Punkt. Ich bin vor ca. zwei Wochen von Zweibrücken nach Berlin geflogen. Wenn Sie dann hier aus dem Fenster gucken, sehen Sie unsere Südwestpfalz mit den kleinen Flurstücken und den wie Handtücher erscheinenden Feldern. Wenn Sie dann in Schönefeld in Brandenburg landen, sehen Sie, was ich mit Strukturentwicklung meine. Wir werden nie Schläge von 50ha oder mehr haben, und wollen dies auch nicht. Das würde die Struktur gar nicht hergeben.

Was wir aber brauchen, sind Flächen, die sich gewinnbringend und rationell bewirtschaften lassen. Ich rede hier von einer durchschnittlichen Schlaggröße von 5 ha. Hier, Herr Minister Hering, möchte ich einen Kritikpunkt äußern. Sie haben die Förderung für ländliche Bodenordnung um 10% zurückgenommen. Als Schmäckerl gibt man den ILEK-Gemeinden wieder 10% dazu. Ich denke, das ist etwas Augenwischerei. Ich komme aus einem Vorort der Stadt Pirmasens. Dieser liegt nicht in ihrem Gebiet, somit kann ich nicht von den 10% Förderzuschüssen profitieren. ILEK ist ein Prozess den ich gerne und sehr aufgeschlossen begleite. Aber ich denke, es ist ein Fehler, Vororte der großen Städte nicht mit einzubinden. Mit der Südwestpfalz gibt es zwei kreisfreie Städte, nämlich Zweibrücken und Pirmasens, hier werden in den Vororten genauso Landwirtschaft betrieben wie in den übrigen Gemeinden.

Ich denke man sollte sich bei den ILEK-Projekten überlegen, ob man nicht auch die Städte mit einbezieht. Denn was wäre der ländliche Raum ohne die Städte und was wären die Städte ohne den ländlichen Raum ringsherum.

Ein weiterer Punkt, der mir sehr am Herzen liegt, ist der Folgende:

Landwirtschaft ist nicht immer wohlriechend, wir haben immer mehr Probleme, wenn wir unsere Düngemittel auf die Äcker aufbringen wollen. Hier appelliere ich vor allem an die Ortsbürgermeister: Wenn man Landwirtschaft erhalten will, kann man dies nicht nur mit Lippenbekenntnissen tun. Dann muss man auch zu den Mitgliedern des Rates sagen, warum ein landwirtschaftlicher Betrieb sich ausweisen will, warum er einen Stall bauen will. Er tut es nämlich, um weiter zu existieren zu können. Jeder Bürgermeister weiß, ohne die Landwirte im Ort, wäre der Ort ärmer. Gerade hier im Kreis Südwestpfalz haben wir noch eine Viehhaltung von bestimmter Größe, um die Flächen weiter pflegen zu können, brauchen wir eine entsprechende Rinderhaltung.

Ein weiterer Ansatzpunkt ist der Folgende:

Wir haben hier in Zweibrücken einen Schlachthof und wir haben in Pirmasens einen weiteren Schlachthof, nämlich die Wasgau. Diese Firma hat auch als Zerlegebetrieb und als Metzgerei sich einen Namen über die Stadtgrenzen hinaus gemacht. Es ist für mich nach wie vor unverständlich, dass dort keine Schweine aus Rheinland-Pfalz verarbeitet werden. Ich denke hier ist auch die Politik gefragt und auch der ILEK-Prozess in dem ich selbst mitarbeite. Diesen Missstand sollte man abstellen. Warum sollten wir hier Nahrungsmittel produzieren, die dann durch halb Europa gekarrt werden. Das Fleisch kommt dann zurück und wird hier in Pirmasens verarbeitet.

Wenn wir von regionaler Wertschöpfung sprechen, ist dies ein Tatbestand, der unbedingt geändert werden muss. Ein weiteres Standbein, das ich für die Landwirtschaft sehe, ist der Bereich erneuerbarer Energien. Ich selbst bin am Pilotprojekt Getreideverbrennung des Ifas in Birkenfeld beteiligt. Hier stoßen wir immer wieder auf den Widerstand der Bevölkerung. Man sagt, aus ethischen Gründen ist die Verbrennung von Getreide abzulehnen. Ich verbrenne seit Januar 2007 in meinem Betrieb schadhafte Getreide. Das ist Getreide, welches nicht mehr vermarktbare ist. Ich denke, in dieser Entwicklung müssen wir weiter gemeinsam angehen. Das Ministerium hat uns bei diesem Pilotprojekt unterstützt, aber auch die Bevölkerung sollte ihm aufgeschlossen gegenüber stehen. Ich frage mich was ethisch bedenklicher ist. Ob wir die fossilen Rohstoffe dieser Erde verbrauchen oder ob wir Rohstoffe die jährlich nachwachsen verbrennen, und dabei den CO₂-Ausstoß mindern.

Hier appelliere ich an die Einsicht der Bevölkerung im ländlichen Raum. Ethische Aspekte lassen sich immer schön beschreiben. Aber man muss auch sehen, was wir zurzeit mit den fossilen Brennstoffen veranstalten.

Ein weiteres Thema in der Energiegewinnung ist das Biogas. Hier haben wir gerade in der Südwestpfalz enorme Reserven. Ich denke, es wird darauf ankommen, nicht nur Biogas, Getreideverbrennung oder Rapsöl zu fördern. Ich denke es kommt auf den richtigen Energiemix an. Wir müssen das tun, was zum Standort passt. Biogas ist in der Südwestpfalz noch sehr unterentwickelt. Wir haben hier noch enorme Ressourcen. Die Stadt Pirmasens plant zusammen mit den Stadtwerken, mit der Wasgau AG, und mit neuen Landwirten im Umfeld von Pirmasens einen Energiepark. Dort soll der eben angesprochene Energiemix praktiziert werden. Es ist nämlich geplant, eine Biogasanlage aus nachwachsenden Rohstoffen zu betreiben, eine Biogasanlage für die Abfallvergärung zu betreiben und eine Holzvergasungsanlage zu installieren. Das gewonnene Gas soll in großen Kraftwerken verstromt und in das Netz eingespeist werden. Die Wärme die entsteht, soll an das Logistikzentrum der Wasgau abgegeben werden. Herr Minister Hering, ich bitte Sie dieses Projekt weiterhin zu begleiten, vor allen Dingen auch materiell zu begleiten. Aus Ihrem Ministerium wird wohl noch viel Geld nach Pirmasens fließen müssen, gerade was die Infrastruktur angeht.

Weiterhin möchte ich, dass Sie sich bundesweit dafür einsetzen, dass bei der Fortschreibung des EEG-Gesetzes keine Einschränkungen auf uns zukommen werden. Wenn wir von der CO₂ Belastung herunterkommen wollen, dann brauchen wir die nachwachsenden Rohstoffe. Das wir nicht alles in Deutschland mit nachwachsenden Rohstoffen machen können, dass weiß ich natürlich auch. Deutschland hat eine agrarisch nutzbare Fläche von ca. 11 Mio. ha. Wir werden nach wie vor, dass ist die Hauptaufgabe der Landwirtschaft, hochwertige Nahrungsmittel produzieren. Die nachwachsenden Rohstoffe werden nur ein Nebenprodukt sein. Jedoch werden wir zu Preisen, wie wir sie in den Jahren 2004 und 2005 auf dem Weltmarkt vorfanden, in Deutschland kein Getreide produzieren können. Deshalb war es unabdingbar, dass durch den gestiegenen Bedarf an nachwachsenden Rohstoffen die Getreidekörner etwas knapper wurden und dadurch die Preise wieder anstiegen. Ich warne jeden davor, dass zu glauben, was zurzeit in den Medien veröffentlicht wird. Dort wird behauptet, aufgrund der nachwachsenden Rohstoffe werden die Preise für die Lebensmittel steigen.

Wenn man sich das Märchen vor Augen führt, welches eine namhafte Brauerei in Rheinland-Pfalz zurzeit erzählt, dass nämlich das Bier teurer werden wird, weil die Preise für Getreide anziehen, dann kann man darüber nur lachen. Ich trinke selbst sehr gerne Bier, weiß aber, dass die Braugerste nur 2 Cent an einem Liter Bier ausmacht. Wird die Braugerste doppelt so teuer, so wird der Liter Bier 2 Cent teurer. Wenn die Brauereien also den Bierpreis erhöhen wollen, so darf ich Sie bitten an meinen Vortrag zu denken. Viele sehen dies nur als Marketinginstrument und wollen die Preise anziehen.

Weiterhin möchte ich das Thema ILEK noch einmal ansprechen. Wie der Minister Hering schon sagte, war die Auftaktveranstaltung in Herschberg sehr gut besucht. Mittlerweise sind die Themenforen beendet. Auch hier war die Resonanz bei der Bevölkerung sehr gut. Ich hoffe, dass wir zusammen mit den Verbandsgemeinden hier einiges für die Region tun können. Da ich Ihre Zeit nicht weiter strapazieren möchte, will ich nur noch eins sagen:

Ich bin Südwestpfälzer und will Südwestpfälzer bleiben. Ich hoffe das ich im Jahr 2050, dann werde ich 93 sein, noch nachvollziehen kann, was meine Vorrednerin gesagt hat.

Vielen Dank.

Gesprächsrunden

Es spricht Dr. Abresch:

Herr Bißbort, so wie Sie hier aufgetreten sind, glaube ich sofort, dass Sie die 93 locker erreichen. Meine Damen und Herren, das war ja wieder ein ganzer Strauß von Punkten aus dem zweiten Schwerpunktthema, der Landwirtschaft. Ich habe das nicht anders erwartet. Herr Bißbort, als Kreisvorsitzender der Landwirtschaft haben Sie natürlich auch ein großes Wunschkonzert an den Minister hier losgelassen. Der Minister hat fleißig mitgeschrieben und alles notiert.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns jedoch das Wunschkonzert in den Gesprächsrunden etwas zurückfahren. Um zu sagen, ich hätte gerne noch hier eine Straße und hier einen Weg, gibt es andere Orte und andere Foren, um dies zu adressieren. Hier geht es heute Abend darum, dass Sie die Erfahrungen, die Sie in Ihrer Region gemacht haben und das Sie die Erfolge die Sie gesammelt haben, aber auch die Hindernisse, mit denen Sie bisher zu tun hatten, hier heute Abend zur Sprache bringen.

Davon ausgehend wollen wir untersuchen, was für das Land Rheinland-Pfalz und was für die Politikbereiche dieses Ministeriums dabei herauskommen kann. Was kann man besser machen, was kann man anders machen.

In diesem Sinne lassen Sie uns die nächste Gesprächsrunde beginnen. Ich bitte zu mir: Herrn Thomas Bartholomé und Herrn Dr. Ralf Wiegand. Wir wollen mit diesen beiden Männern zwei Themen zu sprechen kommen: Bildung im ländlichen Raum, Herr Bartholomé das ist Ihr Thema. Mit Ihnen Herrn Wiegand werde ich mich über das Thema Technologie unterhalten.

Herr Bartholomé, in dem was die Frau Tröger-Weiß gesagt hat, waren ja schon Steilvorlagen enthalten. Nämlich 50% weniger Grundschüler, heißt das auch 50% weniger Grundschulen? Lassen Sie uns damit einmal einsteigen.

Es spricht Herr Bartholomé:

Auf so eine einfache Frage möchte ich auch mit einer einfachen Antwort des Ministerpräsidenten reagieren. Dieser vertritt ja die Auffassung: Kurze Beine, kurze Wege. Wir müssen im Bereich der Grundschulen natürlich flexible Lösungen finden. Wir wissen, dass die Schulen in den Orten eine hohe Identifikationsfunktion haben. Wir versuchen somit, im Gegensatz auch zu anderen Bundesländern, sehr maßvoll und sehr vorsichtig, die Schulstruktur aufrecht zu erhalten. Da ist schon die Anknüpfung zum Thema Demografie, wenn junge Familien in den ländlichen Regionen bleiben sollen, ist der Schulstandort von großer Bedeutung. Diese Bedeutung hat im Vergleich zu vor 20 Jahren deutlich zugenommen. Es ist für junge Leute ganz wichtig, dass ein qualitativ hohes Angebot vor Ort erhalten bleibt.

Es spricht Dr. Abresch:

Herr Bartholomé, Sie sind ja Leiter der Schulabteilung in der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier und mit dem Problem der Schulen im ländlichen Raum tagtäglich befasst. Was ist die Kernfrage, wenn wir die Themen Bildung und ländlicher Raum zusammenbringen?

Es spricht Herr Bartholomé:

Es ist ein Qualitäts- und Rückkopplungseffekt. Hier sind viele Bürgermeister anwesend, mit denen ich diskutieren muss, wenn wir die Schulstruktur im ländlichen Raum ansprechen. Wir machen immer wieder im ländlichen Raum die Erfahrung, dass die Schüler, die an guten Schulen waren, dazu tendieren, zurückzukehren. Das sind die Leute, die wir im ländlichen Raum brauchen, vor allem, wenn es denn Leute sind, die etwas vorhaben, die ein Unternehmen gründen wollen. Hier haben wir den Rückkopplungseffekt, den wir brauchen. Diesen Effekt müssen wir unterstützen.

Es spricht Dr. Abresch:

Wenn Sie sich die letzten Jahre angucken, was sind dann Punkte die gut gelaufen sind? Worauf sind Sie stolz?

Es spricht Herr Bartholomé:

Das ist ja hier ein anderes Publikum, als das, vor dem ich sonst spreche. Es gibt sehr viele Projekte in Rheinland-Pfalz, ich würde fast sagen, zu viele. Was wir im Umfeld Schule und Wirtschaft in Rheinland-Pfalz machen, dass kann sich sehen lassen. Denn wenn Schüler während ihrer Schulzeit die regionale Wirtschaft



kennen lernen, so befördert dies auch den eben angesprochenen Rückkehreffekt. Die weiteren Programme sind auch ganz wichtig. Ich denke da an den Ausbau der Ganztagschulen. Diese befördern die Berufstätigkeit der Eltern. Ich denke da auch an die Kindertagesstätten. Hier sind besonders flexible Lösungen gefragt, um auf die Entwicklung reagieren zu können. Frau Tröger-Weiß sprach von einer Halbierung der Kindergartenkinder. Das hat mich besonders erschreckt.

Es spricht Dr. Abresch:

Was sind im Moment die Hauptprobleme und die Haupthindernisse, mit denen Sie kämpfen?

Es spricht Herr Bartholomé:

Ich denke, in vielen Schulen ist immer noch die Berufsorientierung unterbelichtet. Ich denke, hier müssten sich die Schulen noch weiter öffnen. Wir sollten hier nicht eine Schulstrukturdiskussion führen, aber wenn wir unser duales System betrachten, welches als eines der besten in der Welt gilt, dann dürfen wir nicht unsere Hauptschulen vergessen, bei denen wir große Schwierigkeiten haben. Gerade im Strukturbereich müssen wir im ländlichen Raum Weiterentwicklungen finden.

Es spricht Dr. Abresch:

Herr Bartholomé, wenn wir das Thema insgesamt noch einmal anpacken wollen, stellen Sie sich vor eine gute Fee kommt vorbei und gibt Ihnen drei Wünsche frei. Welche wären das?

Es spricht Herr Bartholomé:

Ich stamme aus einer Großfamilie. Ich denke es muss sich in den Köpfen der Menschen etwas ändern. Wir dürfen nicht nur jammern. Deutschland muss wieder ein richtig kinderfreundliches Land werden.

Es spricht Dr. Abresch:

Ein schöneres Schlusswort können wir jetzt nicht mehr finden. Noch einmal Applaus für Herrn Bartholomé, meine Damen und Herren.

Das zweite Thema, dass wir angucken wollen, ist das Thema Technologie. Dazu ist Herr Dr. Ralf Wiegand zu uns gekommen. Er ist Geschäftsführer des Business and Innovations-Center Kaiserslautern. Er ist von seinem Hintergrund her ein ausgewiesener Kenner zu diesem Thema.

Die Idee dabei war, meine Damen und Herren und Herr Dr. Wiegand, dass es zu diesem Thema Technologie hier in der Region einige Anschauungsbeispiele gibt.

Deshalb meine erste Frage: Welches sind diese Erfolge hier in der Region, welches sind die Punkte, die Ihnen Mut machen?

Es spricht Herr Dr. Wiegand:

Wenn wir ein kinderfreundliches Land werden können, können wir auch ein technologiefreundliches Land werden. Im Bereich Technologie ist gerade in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren sehr viel getan worden. Es steht die Frage im Mittelpunkt, wie schaffen wir durch Innovation Arbeitsplätze? In diesem Zusammenhang spielt das Thema Innovation und Technologie gerade im ländlichen Raum eine wichtige Rolle. Hier ist in den letzten Jahren einiges passiert. Wir benötigen qualifizierte Arbeitskräfte, aber auch die nötige Infrastruktur. Hier ist in den letzten Jahren erhebliches geleistet worden. Denn vom Thema Wissenschaft geht das Thema der Technologie und der Innovation ja aus. Ich denke da an die Fachhochschulstandorte Zweibrücken und Pirmasens, an das Fraunhoferzentrum, und an andere wissenschaftliche Einrichtungen. Ich denke aber auch an die Transfereinrichtungen, die das Wissen von den Hochschulen zu den Wirtschaftsunternehmen bringen. Ein weiteres Standbein stellen die Innovations- und Gründerzentren dar, da zu gehört auch mein Haus. Hier in Zweibrücken ist das weiterhin der Multimedia und Internetpark.



In Pirmasens ist das auch das Gripsinstitut. Auch im Donnersbergkreis und sonst überall sind diese Strukturen geschaffen worden. Diese Zentren können dazu beitragen, dass neue Dinge entwickelt werden können und diese in die Unternehmen getragen werden können. Daraus entstehen dann schließlich die Arbeitsplätze in den einzelnen Verbandsgemeinden, da gibt es viele Beispiele. Das bringt dann den Beitrag zur Struktur im ländlichen Raum.

Es spricht Dr. Abresch:

Nennen Sie doch mal zwei Beispiele, was sind das denn für Unternehmen? Was hat Ihnen besonders Spaß gemacht?

Es spricht Dr. Wiegand:

Da gibt es eine ganze Reihe Firmen. In Kaiserslautern ist das beispielsweise die Firma Pro Alfa, man sagt auch scherzhaft das SAP der Westpfalz. Das ist eine prosperierende Firma, die aus der Hochschule ausgegründet wurde und in unserem Haus entstanden ist. Ein weiteres Beispiel ist die Firma Sveron, die ihren Kernbereich ebenfalls in den neuen Technologien hat, beispielsweise in der Vermessung.

Es spricht Dr. Abresch:

Herr Dr. Wiegand, wenn wir uns die Entwicklung in der Technologie betrachten, was sind Ihrer Meinung nach die Sandkörner, die sich noch im Getriebe befinden?

Es spricht Dr. Wiegand:

Die schönste Struktur nutzt nichts, wenn die Menschen fehlen, die die Dinge bewirken. Aus den Gründerzentren kann nur dann ein Gründer hervorgehen und aus der Hochschule kann nur dann ein Wissenschaftler herauskommen, der sagt ich mache daraus etwas, wenn die unternehmerische Bereitschaft vorhanden ist.

Diese Eigenschaft ist in unserer Gesellschaft nicht gerade extrem ausgeprägt. Da muss angesetzt werden. In dieser Beziehung habe ich Sorgen. Sorge macht mir weiterhin, dass es zu wenig Ingenieure gibt, die die Hochschule verlassen. Wir haben hier als zwei wesentliche Eckpfeiler die TU Kaiserslautern und die FH. Die wenigen fertigen Ingenieure, die diese Einrichtungen verlassen, werden von großen Firmen abgezogen. Somit bleiben nur noch wenige übrig, um im ländlichen Raum zu gründen. Das zweite Problem, beginnt schon in den Schulen. Aus den Schulen in die Universitäten oder Fachhochschulen kommt zu wenig unternehmerische Ausbildung. Das technische Interesse ist natürlich die Grundlage im Technologiebereich. Jedoch fehlt es den technisch Interessierten zu oft an unternehmerischem Grundwissen. Und als letzter Punkt ist die Notwendigkeit der technischen Infrastruktur, die als Grundvoraussetzung für technologisches Unternehmertum im ländlichen Raum vorhanden sein muss.

Es spricht Dr. Abresch:

Welche drei Wünsche würden Sie äußern, wenn die Fee Sie ansprechen würde?

Es spricht Dr. Wiegand:

Wir müssen das, was wir haben, viel stärker nutzen. Ich sagte eingangs, wir haben eine gute Infrastruktur, wir haben mit der einzigen technischen Universität in Rheinland-Pfalz einen Vorsprung. Es müsste mit den Einrichtungen, die ja zum Teil auch einzigartig sind in Rheinland-Pfalz eine stärkere Identifikation und eine stärkere Kooperation geben. Ein weiterer Punkt ist der, dass es hier in der Region in den nächsten Jahren ein stärkeres Wachstum bei Gründungsprozessen gibt.

Es spricht Dr. Abresch:

Meine Damen und Herren, besten Dank Herr Dr. Wiegand vom Business and Innovations-Center Kaiserslautern. Vielleicht können wir auf das eine oder andere Thema im Bereich Technologie in der Diskussion noch eingehen. Die nächsten beiden Themen sind Konversion und integrierte ländliche Entwicklung. Ich bitte zu mir Herrn Werner Boslet, den Geschäftsführer der Flughafen Zweibrücken GmbH, weiterhin bitte ich zu mir Herrn Martin, den Verbandsbürgermeister der Verbandsgemeinde Wallhalben. Herr Boslet, Konversion ist ja ein Thema, welches wir hier in dieser Region studieren können. Herr Boslet, wenn Sie darauf gucken, wo sehen Sie dann die Erfolge, so sehen Sie die Punkte, bei denen man davon lernen kann?

Es spricht Werner Boslet:

Zunächst einmal möchte ich mich recht herzlich bedanken, dass man den Flughafen Zweibrücken als Standort für diese Tagung ausgesucht hat. Es freut mich natürlich, dass Sie so zahlreich erschienen sind und das wir Ihnen zeigen können, was bei der Konversion möglich ist. Jetzt zu den Erfolgen selbst. Erfolge waren natürlich nur durch die enge Kooperation mit dem Land möglich. Somit war es nicht nur ein Erfolg direkt hier vor Ort, sondern ein Erfolg durch das Zusammenwirken aller, einschließlich dem Land.

Die Chance, die dieser Flughafen bietet, sehen Sie in der Region. Wir hatten bei der Aufgabe des militärischen Flughafens hier 350 zivile Arbeitsplätze.



Wir haben zwischenzeitlich 2.200 Arbeitsplätze unmittelbar auf dem Flughafen. In der näheren Umgebung finden sich nochmals 2.000 Arbeitsplätze. Diese Entwicklungsmöglichkeiten wären ohne Konversion gar nicht möglich gewesen. Unsere Hauptaufgabe ist darin zu sehen, dass wir hier gemeinsam mit anderen Arbeitsplätzen ansiedeln.

Zivilunternehmen sollen sich hier zu günstigen Konditionen ansiedeln können. Weiterhin haben wir durch die Ansiedlung der verschiedenen Firmen das Gewerbesteueraufkommen deutlich erhöht. Damit versetzen wir die Umlandgemeinden in die Lage, wieder eigene Ideen zu entwickeln. Das war in der letzten Zeit gar nicht möglich. Wir haben hier vor einigen Jahren mit knapp 30.000 € Gewerbesteuer begonnen. Heute ist es ein Vielfaches, welches natürlich in die Regionen zurückfließt. Diese Chancen gab es hier vor einiger Zeit noch nicht. Wir hatten im letzten Jahr hier 30.000 Fluggäste. Wir werden in diesem Jahr, wenn sich die Entwicklung so stabilisiert, zwischen 250.000 und 300.000 Fluggäste hier begrüßen dürfen.

Dies sind Chancen die wir der Region bieten können, die aber nur durch die gute Zusammenarbeit mit dem Land und mit den Gemeinden entstehen konnten.

Es spricht Dr. Abresch:

Das ist ja eine stolze Entwicklung, gerade der Faktor Arbeitsplätze ist ja der Punkt, den wir in den letzten Jahren immer wieder auf die Fahne geschrieben. Hier ist es also gelungen, tatsächlich zu neuen Arbeitsplätzen zu kommen. Das sind ja Zahlen, die sehr ermutigend sind. Haben Sie eine Zukunftsprognose? Was ist Ihre persönliche Messlatte, die Sie sich gelegt haben?

Es spricht Herr Boslet:

Die persönliche Messlatte liegt sehr hoch. Im Jahre 1994 wurde hier in der Festhalle Zweibrücken eine Vision vorgestellt. Einige sind hier, die damals dabei waren. Es ging damals um 4.000 Arbeitsplätze. Jetzt sind wir bei 2.200. Das Outlet-Center wird dieses Jahr ausgebaut, dann kommen nochmals 150 Arbeitsplätze hinzu. Ich glaube wenn wir irgendwann in 2 oder 3 Jahren mal über 3.000 Arbeitsplätze reden können, dann ist das schon ein großer Erfolg.

Es spricht Dr. Abresch:

Gucken wir neben der Erfolgsbilanz doch auch mal auf die „Schattenseiten“. Wo sind momentan die Hindernisse die sich Ihnen entgegenstellen, und wo besteht auf Landesebene derzeit Handlungsbedarf?

Es spricht Herr Boslet:

Ein großes Problem, da beziehe ich mich nicht nur auf die Region Zweibrücken, Pirmasens, ist gerade bei Existenzgründern die Finanzierung. wir haben beispielsweise durch Basel II starke Probleme, Existenzgründungen zum Laufen zu bringen. Wir können günstige Gewerbeflächen anbieten, wir können tolle Strategien kommunizieren, letztendlich benötigen Existenzgründer vor allem eine Finanzierung.

Es ist in der derzeitigen Situation sehr schwierig, von den Banken eine Finanzierung zu bekommen. Das ist sicherlich ein stark hemmendes Problem.

Es spricht Dr. Abresch:

Herr Boslet, abschließend auch an Sie die Aufforderung, drei Wünsche zu äußern.

Es spricht Herr Boslet:

Ich möchte ja nicht unverschämt sein, denn das Land hat uns bereits in einer Art und Weise unterstützt, die sehr bemerkenswert ist. Trotzdem wäre hier auf dem Flughafen für die nächsten Entwicklungsschritte eine weitere Unterstützung erforderlich.

Ein weiterer Punkt ist das Outlet-Center, welches hier auf dem Gelände 12 verkaufsoffene Sonntage im Jahr anbietet. Unsere Mitbewerber hier in der Region und in Deutschland sind derzeit dabei, diese Regelung etwas großzügiger ausulegen. Es wäre hilfreich, wenn das Land diese Entwicklung mittelfristig genau beobachtet. Ein letzter Punkt: Wenn die verkehrliche Anbindung dort wo es notwendig ist, noch weiter verbessert wird, dann sind wir hier in der Region sehr gut aufgestellt.

Es spricht Dr. Abresch:

Ich bedanke mich bei Werner Boslet, dem Geschäftsführer der Flughafen Zweibrücken GmbH. Kommen Sie hier herüber Herr Martin. Herr Bertold Martin, der Verbandsbürgermeister der Verbandsgemeinde Wallhalben. Wir machen jetzt einen thematischen Sprung. Von der Konversion zur integrierten ländlichen Entwicklung. Herr Martin, was läuft denn in der Region gut, von dem wir lernen können?

Es spricht Herr Martin:

Was ILE angeht sind wir im Moment gerade dabei gemeinsam den ländlichen Raum nach vorne bringen. Von der Verbandsgemeinde über die Landkreise und über die Landesgrenzen hinweg. Wir haben den Zuspruch der Leute in Herschberg bekommen, der Minister hatte es angedeutet. Die Leute wollen das wir was machen. Wir werden Leuchturnprojekte auswählen, die wir dann gemeinsam angehen werden.

Es spricht Dr. Abresch:

Der Minister hat Sie ja schon ausdrücklich gelobt, er hat gesagt, die Auftaktveranstaltung mit den meisten Leuten. Wie haben Sie das gemacht?

Es spricht Herr Martin:

Wir haben eine gute Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Und es ist auch so: Wir brauchen ein neues Wir-Gefühl. Wir werden die Ziele, die sich aus den Themenforen ergeben haben, auswerten und Projekte auf den Weg bringen. Ich gehe davon aus, dass auch die Bürgerschaft das mitträgt.

Es spricht Dr. Abresch:

Ein wesentlicher Punkt ist es ja, Kirchturmsdenken aufzubrechen, jetzt sind da fünf Verbandsgemeinden zusammen, Wie läuft das mit fünf Verbandsbürgermeistern?

Es spricht Herr Martin:

Es läuft hervorragend über Gemeindegrenzen hinweg.

Es spricht Dr. Abresch:

Da ist also ein vielversprechender Start, aber gucken wir noch mal drauf, was sagt Ihnen Ihr Bauch, wo wird es Schwierigkeiten geben? Was sind die Probleme, die Sie erwarten?



Es spricht Herr Martin:

Wir werden den landwirtschaftlichen Bereich weiterentwickeln, Herr Bissport hat es schon angesprochen und wir werden den touristischen Bereich weiterentwickeln. Da haben wir Potentiale. Das Wasser fehlt uns noch hier in der Region, da wollen wir etwas machen, wir wollen einen See anlegen. Das Problem ist nur: Wo kommt das Geld her? Wir gehen davon aus, dass das Land uns auch weiterhin kräftig unterstützen wird.

Es spricht Herr Dr. Abresch:

Ich kann mir auch bei Ihnen die Frage nicht verkneifen: drei Wünsche, welche sind es?

Es spricht Herr Martin:

Der erste Wunsch ist, das sich die demografische Situation nicht so darstellt, wie von Ihnen beschrieben, Frau Prof. Träger-Weiß. Wir werden alles tun, dass es nicht so kommt. Wir sind teilweise dabei, einzügige Schulen

wieder zweizügig zu machen. Wir tun in diesem Zusammenhang viel, das ist auch eine emotionale Geschichte. Vielleicht kann das ILEK dazu beitragen, dass wir es uns als Ziel setzen, eine kinderfreundliche Region zu werden. Drittens wollen wir anstreben, unseren Landkreis behalten zu können. Weiterhin es Ziel, unsere Region im wirtschaftlichen und im touristischen Bereich weiterzuentwickeln.

Es spricht Herr Dr. Abresch:

Der nächste Akt ist der Verkehr, der Straßenverkehr. Dazu haben wir gleich zwei Experten zu Gast. Ich bitte zu mir, Herrn Kurt Pirmann, den Bürgermeister der Verbandsgemeinde Zweibrücken Land und den Herrn Meckler vom Büro Meckler und Partner, Kaiserslautern.

Meine Herren, Verkehr und die Entwicklung der ländlichen Räume, worauf kommt es an? Was ist das Thema dabei?

Es spricht Kurt Pirmann:

Es kommt darauf an, dass die Menschen ein Ziel haben. wir brauchen Ziele, die die Menschen anfahren. In diesem Bereich haben wir eine ganze Menge getan in den letzten Jahren. Ich darf an den Ausbau der B10 erinnern, um mal mit dem größten Reizthema anzufangen. Das ist schon recht unterschiedlich bewertet worden in der Region. Ich bin der Landesregierung sehr dankbar, dass sie zur Entwicklung der Westpfalz gestanden hat. Die B10 wird in der jetzigen Form so gebaut werden, denn das ist die Schlagader der Westpfalz, um an die Rheinschiene zu kommen.

Dies ist von allen wichtigen Projekten das Wichtigste.

Es spricht Dr. Abresch:

Herr Pirmann, wie würden Sie die jetzige infrastrukturelle Situation einschätzen?

Es spricht Kurt Pirmann:

Wenn ich die L700 betrachte, die uns direkt an Frankreich anbindet, und die Autobahn betrachte, die hier bis zu diesem Konversionsprojekt gebaut worden ist, dann muss ich sagen: Wir haben eine tolle Erschließung.

Das ganze Umfeld hat sich besonders gut entwickelt. Bedingt durch die Maßnahmen der Landesregierung hat die Region, also die Stadt Zweibrücken und das nähere Umfeld eine Arbeitslosigkeit von unter 6% erreicht. Wenn wir dann zurückschauen und uns erinnern, dass wir mal bei 16% Arbeitslosigkeit waren, dann müssen wir sagen, wir haben Tolles erreicht. Die Infrastruktur, der Verkehr und der Flugplatz Zweibrücken sind insgesamt eine ganz tolle Entwicklung.

Hier hat die Landesregierung auf das richtige Pferd gesetzt. Um noch mal das Thema Schiene anzuschneiden, eine Schienenverbindung in das Saarland wäre für die Region auch sehr wichtig. Ich weiß, Herr Minister, dass Sie dafür nicht zuständig sind. Ich sage es trotzdem, wir brauchen eine Schienenverbindung in das Saarland. Es handelt sich hierbei um nur wenige Kilometer, die aus Kleinkariertheit nicht gebaut werden.

Es spricht Dr. Abresch:

Herr Meckler, als landesweit tätiges und bekanntes Architekturbüro, wie ist Ihre Meinung zur Verkehrsinfrastruktur in dieser Region? Was können wir lernen?

Es spricht Herr Meckler:

Ich glaube, dass hier in den letzten Jahren einiges bewegt werden konnte. In der Zukunft kommt es jedoch darauf an, dass Kirchturmdenken weiter bei Seite zu stellen. Es geht bei der weiteren Entwicklung des ländlichen Raums darum, dass bei dem Angebot an Wohnraum, an Arbeitsplätzen, an Dienstleistungen und bei der Erschließung bedarfsgerecht gehandelt werden muss.

Ich denke, dass hier mit Leuchtturmprojekten wie dem Flughafen Zweibrücken Plattformen entstanden sind, die weit über die Region hinaus strahlen.

Es spricht Dr. Abresch:

Herr Pirmann und Herr Meckler, wo drückt der Schuh? Wo müssen wir dran gehen?

Es spricht Herr Meckler:

Die Schaffung von Leuchtturmprojekten wie den Flughafen Zweibrücken bedingt auch eine Standortsicherung und ein Standortausbau. Das Factory-Outlet-Center kann sich in der Zukunft nur weiter stärken, wenn drum herum ergänzende Angebote geschaffen werden. Damit meine ich Ergänzungen im Bereich Freizeit und im Bereich sportliche Aktivitäten. Weiterhin ist das Thema Wasserfläche angesprochen worden. Das alles muss eingepasst sein in das touristische Gesamtkonzept.

Es spricht Dr. Abresch:

Damit haben Sie bereits zwei Wünsche geäußert. Herr Pirmann, von Ihnen noch den dritten Wunsch dazu.

Es spricht Kurt Pirmann:

Wir sind in unserer Region für sehr viel Fantasie bekannt. Mein Wunsch ist es, dass was sich bisher entwickelt hat zwischen der Landesregierung, zwischen den Bürgern dieser Region und der kommunalen Seite, vertrauensvoller Zusammenarbeit, das muss sich so fortsetzen.



Mein zweiter Wunsch ist der Folgende:

Wir werden im Freizeitbereich eine Situation bekommen, die standardgebunden ist. Wenn die Entwicklung die mit dem Ministerium besprochen ist, so kommen wird, so entsteht immer nur eine gewisse Patt-Situation. Deswegen komme ich zu meinem See vom ILEK zurück. Ich wünsche mir vom Minister, dass er uns bei diesem Projekt unterstützen wird.

Es spricht Dr. Abresch:

Besten Dank Herr Pirmann und Herr Meckler. Meine Damen und Herren, jetzt wollen wir die Gesprächsrunde abschließen mit dem Thema Landwirtschaft. Zu diesem Thema bitte ich jetzt zu mir die Frau Hannelore Steinhauer und die Frau Beate Schnur. Frau Steinhauer ist zu uns gekommen als Vorsitzende des Landfrauenverbandes Pfalz, Frau Beate Schnur als Vorsitzende des Landfrauenkreisverbandes Pirmasens-Zweibrücken. Der Herr Bißport hat ja sehr genau erklärt, dass er in seinem Betrieb vieles mit seiner Frau gemeinsam tut. Das ist ja schon einmal eine sehr fortschrittliche Haltung oder?

Es spricht Frau Steinhauer:

Das ist auch gut so, es ist ja auch in der Fraktion begründet, dass die Frau des Landwirtes - die Bäuerin - in der Produktion mitgewirkt hat. Dies ist jedoch für die Zukunft nicht unbedingt Voraussetzung, dass ein Betrieb funktioniert.

Es spricht Dr. Abresch:

Frau Steinhauer, lassen Sie uns doch genauer auf das Themenfeld Landwirtschaft gucken. Es gibt weniger Betriebe, der Landwirt entwickelt sich mehr zum Unternehmer, es gibt neue Wertschöpfungsmöglichkeiten. Was beobachten Sie denn in Ihrem Umfeld, was passiert?

Es spricht Frau Steinhauer:

Landwirtschaft hat trotz des Strukturwandels in ländlichen Regionen eine sehr starke Bedeutung. Es lässt sich feststellen, dass alle freiwerdenden Flächen von den verbleibenden Landwirten aufgenommen werden. Dies hat zur Folge, dass die Investitionen in der Landwirtschaft ansteigen. Landwirtschaft ist für mich somit ganz klar ein Unternehmen. Einschließlich seiner vor- und nach gelagerten Bereichen hat das Wirtschaftsunternehmen Landwirtschaft ein sehr großes Volumen. Wenn wir betrachten, wie viele Agrarprodukte in Deutschland exportiert werden, so wird dies zusätzlich deutlich.



Es spricht Dr. Abresch:

Mir ist in Erinnerung, dass Herr Dr. Wiegand von Unternehmertum sprach. Vielleicht ist ja die Landwirtschaft ein Bereich, von dem wir durchaus lernen können.

Es spricht Frau Steinhauer:

Landwirtschaft ist immer schon ein großes Unternehmen gewesen, indem Entscheidungen getroffen werden. Wir sehen es ja jetzt, wenn sich ein Wirtschaftszweig als zukunftssträftig erweist, wie das derzeit bei den Themen Biogas, Energiegewinnung und nachwachsende Rohstoffe der Fall ist, so ist die Landwirtschaft bereit zu investieren. Damit gestaltet sie die Zukunft aktiv mit.

Es spricht Dr. Abresch:

Frau Steinhauer, lassen Sie uns doch einmal auf die andere Seite der Medaille schauen. Wo sind die Schattenseiten, wo sind die Probleme?

Es spricht Frau Steinhauer:

Ich denke ein großes Problem ist die Globalisierung. Das betrifft allerdings nicht nur die Landwirtschaft, sondern alle gewerblichen Bereiche gleichermaßen. Dadurch, dass wir zurzeit sehr niedrige Lebensmittelpreise haben, die Ansprüche der Verbraucher an die Qualität der Produkte jedoch sehr hoch ist, entsteht für uns ein Problem.

Hier wollen wir die Landesregierung davon überzeugen, aktiv zu werden. Wir fordern somit, die Bodenordnung weiter aktiv voranzutreiben. Dadurch sollen die Stückkosten der Produktion verringert werden.

Es spricht Dr. Abresch:

Frau Schnur, die Landfrauen beschäftigen sich ja neben dem Thema Landwirtschaft auch mit dem Lebensraum Dorf, dörfliche Gemeinschaft. Jetzt haben wir ja von der Frau Träger-Weiß schon einige Prognosen gehört zu der Entwicklung. Was beobachten Sie?

Es spricht Frau Schnur:

Eine starke Veränderung liegt in der fehlenden Leistung der Grundversorgung. Viele Gemeinden haben keinen Poststelle und keine Lebensmittelmärkte mehr. Das macht einem schon Sorgen. Damit sind auch Kommunikationsstellen weggefallen. Für die Zukunft ist es wichtig, dass man Vereinsarbeit in den Gemeinden erhält. Wenn die anderen Stellen weggefallen sind, sind die Vereine die verbleibenden Zentren, in denen miteinander gesprochen werden kann. Das ist ein sehr wesentlicher Punkt, der für die Zukunft notwendig sein wird.

Es spricht Dr. Abresch:

Das Vereinsleben, die Vereinskultur, was ist Ihr Eindruck, wie entwickelt sich das?

Es spricht Frau Schnur:

Die Vereinsmitglieder werden immer älter und es ist schwierig, Nachwuchs zu bekommen. Man sieht jedoch in den Regionen, dass die Vereine erhalten werden können, das wird jedoch in der Zukunft schwieriger werden. Hoffnungslos ist es jedoch nicht, nur muss die Bedeutung der Vereine in den Gemeinden stark gefördert werden.

Es spricht Dr. Abresch:

Nun wollen wir jedoch nicht in Depressionen verfallen, was sind denn Punkte, die Ihnen Mut machen? Was ist in Ihrer Arbeit bei den Landfrauen positiv gelaufen?



Es spricht Frau Schnur:

Mir macht es Mut, dass in Zusammenarbeit mit der Politik immer wieder Projekte beim Thema Landwirtschaft gestartet werden konnten. Ab dem Schuljahr 2007/08 wird in den Schulen der ADD ein Ernährungsführerschein eingeführt. In diesem Zusammenhang kann den Schülern gezeigt werden, was gesunde Ernährung ist, wie die Lebensmittel verarbeitet werden, und wie eine Mahlzeit zubereitet wird. Ich denke das ist eine sehr wichtige Maßnahme, denn viele Kinder und Jugendliche wissen nicht, wo das erzeugte Produkt herkommt.

Es spricht Dr. Abresch:

Auch an Sie beide die Frage nach den drei Wünschen von der Fee.

Es spricht Frau Steinhauer:

Ich würde mir wünschen, dass die Bevölkerung die Landwirtschaft mehr akzeptiert. Man müsste akzeptieren, dass die Landwirtschaft mit großen Maschinen auf den Wegen fahren muss. Weiterhin wünsche ich mir nicht nur als Selbstständige in der Landwirtschaft, sondern als Selbstständige allgemein, dass man die Bürokratie abbaut. Wenn ich eine Idee habe, und diese umsetzen will, so möchte ich nicht so viele Hürden nehmen müssen. Der dritte Wunsch wäre es, dass all die Veränderungen die hier heute kommuniziert werden, auch an die Menschen in den Dörfern weiter gegeben werden. Es müssen ganz klare Ziele formuliert werden, die die Menschen erkennen können.

Es spricht Dr. Abresch:

Frau Schnur, noch einen Wunsch oben drauf?

Es spricht Frau Schnur:

Vereinsarbeit ist immer mit Ehrenamt verbunden. Mein Wunsch ist es, dass das Ehrenamt im öffentlichen Bewusstsein mehr wahrgenommen wird. Ein weiterer Wunsch ist es, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern.

Es spricht Dr. Abresch:

Herzlichen Dank Frau Steinhauer und Frau Schnur von den Landfrauen. Danke dass Sie alle so diszipliniert zugehört haben. Jetzt wollen wir die Richtung umdrehen. Fragen, Bekräftigungen, Unterstützungen auch gerne Gegenreden, wer macht den Anfang?



Diskussion

Abgeordneter:

Ich vermisse die Fachhochschule Pirmasens im Vortrag von Frau Prof. Troeger-Weiß. In Pirmasens gibt es den Studiengang Logistik. Meine Bitte ist es, dies mit aufzunehmen.

Damit wäre ich bei den Bildungseinrichtungen, die Herr Dr. Wiegand angesprochen hat. Bei den Kooperationsmöglichkeiten zwischen Uni, Fachhochschule und Wirtschaft liegt bisher ein Schwachpunkt. Man hat hier die Potentiale noch nicht erkannt. Ich möchte die Fachhochschulen und Universitäten bitten, auch bei den Schulen anzusetzen, hier kann Wirtschaftsförderung im Hinblick auf spätere Unternehmensgründungen gemacht werden.

An Herrn Bartholomé habe ich eine Frage. Ihnen wird niemand widersprechen, wenn sie sagen: Kurze Beine, kurze Wege. Wenn es zutrifft, dass wir in Zukunft 50 Prozent weniger Kinder haben werden, dann stellt sich natürlich schon irgendwann die Frage, wie wir schulmäßig darauf reagieren. Wo ist für Sie dabei der Knackpunkt, wollen wir wieder die Zwergschule anstreben. Da gibt es Vor- und Nachteile, aber ich sehe da mehr die Nachteile.

Herr Bartholomé:

Ich möchte mich dazu gar nicht so sehr aus der Reserve locken lassen, Wir haben heute sehr viel Kommunalpolitiker unter uns. Vor allem denen möchte ich sagen: Es ist bei diesem Thema ein offener und ehrlicher Umgang erforderlich.

Ich möchte Ihnen eine Geschichte erzählen, die mir persönlich passiert ist. Ich saß mit einem Verbandsbürgermeister im Hinterhof einer Gastwirtschaft und habe mit ihm diskutiert, ob wir eine Schule schließen sollen. Nachdem wir beide zu dem Ergebnis gekommen waren, in den sauren Apfel beißen zu müssen, lief derselbe Verbandsbürgermeister in den Vorderraum derselben Gastwirtschaft, in dem sich seine Fraktion befand und sagte zu denen: „Mir ist es gelungen, Herr Bartholomé zu überzeugen, wir halten unsere Schule am Ort.“

Natürlich werden wir effektive Lösungen finden müssen. Wenn die Schulen sehr klein sind, stellt sich auch das Problem der Zwergschulen. Wir haben jetzt in Rheinland-Pfalz Erfahrungen mit verschiedenen Lösungen. Wir müssen natürlich versuchen, flexible Lösungen zu finden. Wir müssen aber an der einen oder anderen Stelle auch mal in den sauren Apfel beißen.

Ich möchte nur noch mal den Focus auf die Identifikation der örtlichen Bevölkerung richten. Sie glauben gar nicht, wie groß der Widerstand der Bevölkerung ist, wenn Sie irgendwo eine Schule schließen. Dieser Widerstand ist teilweise sehr emotional.

Herr Spieß, Ortsbürgermeister in Deisenberg:

Deisenberg hat unter 1000 Einwohner und ist Nachbargemeinde einer größeren Gemeinde. Kleinere Gemeinden werden bei Entscheidungen, etwa wenn es um die Schließung von Schulen geht oft benachteiligt. Bei der Neubesetzung von Stellen werden bereits zukunftsweisende Entscheidungen getroffen.



Fehlende Ausstattung mit Breitband-Internet ist ein großes Problem bei Gründungsprozessen im ländlichen Raum. Hier haben kleine Gemeinden keine Chance, die Auflage der Telekom zu bewerkstelligen. Die abverlangten Baukostenzuschüsse sind einfach nicht bezahlbar.

Herr Hohn, Bürgermeister der Stadt Hornbach:

Ich möchte zunächst die Aussagen der Referenten unterstreichen. Zu kurz gekommen ist mir allerdings das Thema Finanzen.

Über 60 Prozent der Gemeinden haben einen unausgeglichene Haushalt. Da bin ich beim Thema des Herrn Boßlet, bei der Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer teilt die Gemeinden hier in der Westpfalz in eine Zweiklassengesellschaft. Die einen Gemeinden haben die Gewerbesteuer, die anderen haben sie nicht. Hier muss beim Länderfinanzausgleich etwas getan werden. Auch kleine Gemeinden müssen die Möglichkeit haben, zu existieren. Wenn wir uns hier in der Westpfalz als eine Region verstehen wollen, brauchen wir eine gerechte Finanzverteilung.

Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises SÜW:

Zunächst möchte ich noch einmal die Bedeutung des DSL-Anchlusses für die Region herausstellen. Die Region ist wegen der Nähe zur FH Pirmasens, zur FH Zweibrücken und zur Uni Kaiserslautern ein guter Standort für Unternehmensgründungen. Jedoch mangelt neben der flächendeckenden Verfügbarkeit von DSL auch an der Eigenkapitalausstattung der Hochschulabsolventen. Co - Kapitalfonds der Banken sind schön und gut, aber sie beteiligen sich in der Regel nur bis zu 50 Prozent an Finanzierungen.

Weiterhin gelingt es nicht, den Fachkräftebedarf hier aus der Region zu decken. Viele Firmen sind auf den Zuzug von Fachkräften aus anderen Regionen angewiesen. Auch dazu benötigt der ländliche Raum allgemein neben einem guten Dienstleistungsangebot auch die Verfügbarkeit von DSL.

Größter Betrieb der Westpfalz:

Wir müssen verstärkt das Ausbildungsplatzangebot verbessern. Vor allem das Handwerk muss noch mehr als bisher ausbilden. Junge Menschen, die die Region zur Ausbildung verlassen, bleiben dann zumeist auch in der Fremde. Die Ausbildungsbetriebe werden jedoch immer weniger und damit vergrößert sich der Fachkräftemangel. Die Ausbildungsbetriebe müssen stärker mit den Schulen zusammengebracht werden.

Kinderarzt:

Man spricht zwar von zuwenig Kindern, tatsächlich ist es aber schwierig, in den Dörfern Kinder großzuziehen. Das Problem der Schulen ist ja schon angesprochen worden. Hinzukommt, dass in den kleinen Dörfern viel zu wenig Busse fahren, mit denen Kinder zu Vereinen in den Nachbardörfern fahren könnten. So müssen die Kinder von den Eltern mit dem Auto zu den Vereinen gebracht werden. Schwierigkeiten macht auch die schlechte Vereinbarkeit von Beruf und Familie, ich war einige Zeit allein erziehender Vater. Auch aufgefallen ist mir, dass wir die kleinen Schülerzahlen nur als Risiko ansehen und nicht als Chance, um die Schulen kindgerechter zu machen. Die Lerngruppen sind oft zu groß. Kleinere Schulen kosten zwar mehr Geld, ich halte das als Zukunftsvorsorge aber für richtig.

Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung im Landkreis und in der Stadt KL:

Der Landkreis Kaiserslautern hat eine 6 Prozent niedrigere Arbeitslosenquote als die Stadt. Der Landkreis Kaiserslautern ist sehr erfolgreich, warum ist das so? Wir haben jede Verbandsgemeinde mit neuen Gewerbegebieten ausgestattet und diese Gewerbegebiete sehr gut ausgelastet. Mein Plädoyer ist also: Weisen Sie attraktive Gewerbeflächen aus, nur dann können sich Firmen ansiedeln und Arbeitsplätze entstehen.

Weitere Redebeiträge:

Ich möchte auf meinen vorletzten Redner eingehen. Es solle nicht um Schulschließungen oder Schulerhaltungen gehen, sondern eher um qualitativen Wettbewerb mit anderen Schulen, um künftige Arbeitnehmer konkurrenzfähig zu machen.

Pro Jahr gibt es in der Westpfalz ca. 4.500/4.800 Neugründer. Wer schult und berät die Gründer? Es wird mehr Kooperation und Zusammenarbeit mit den privatwirtschaftlichen Unternehmern und den entsprechenden Institutionen gewünscht.

Das DSL-Thema ist eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung im ländlichen Raum. Wenn hier keine schnelle Lösung für die neue Technologie möglich ist, sehen Jugendliche keine Möglichkeit nach der Ausbildung nach Hause zurückzukehren. Kooperation zwischen Wirtschaftsministerium (Gewerbeförderung) und Innenministerium (Dorferneuerung) ist erforderlich. Zielsetzung, alle Gemeinden sollen eingebunden sein in DSL.

Die Qualität der Infrastruktur, der Angebote für Kinder und Jugendliche ist ein wesentlicher Standortfaktor. Es geht nicht nur um Kindertagesstätten, sondern auch um die Jugendarbeit.

Die Gewerbesteuer sprudelt zwar, aber für kleine Kommunen bleibt bei den Umlagen an die Verbandsgemeinde wenig übrig, um damit noch etwas zu machen.

Schulen sollten in den Dörfern bleiben. Warum muss eine Schule geschlossen werden? Es wurde viel in die Schulen investiert, sie sind da, Material und Räume sind da. Trotz eigener Konzepte wurde die Ganztagschule nicht genehmigt.

Die Landwirtschaft ist zu kurz gekommen. Aber manche Probleme sind vor Ort lösbar. Von den kommunalen Vertretern wird mehr Begeisterung für Investitionen gewünscht und Wunsch an Straßenplaner und Ortsgemeinden die Straßenbreite den Erfordernissen anzupassen

Herr Bartholomé:

Ganztagschule ist am Nachmittag keine Kinderbewahranstalt, sondern an den Schulen gibt es ausgearbeitete Konzepte. Es gibt viele Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz und eine Ablehnung muss ausführlich begründet werden.



Hendrik Hering Abschlussrede

Zunächst möchte ich mich bei den Vorrednern bedanken für eine Vielzahl von Anregungen, Vorschlägen und Hinweisen. Einige will ich aufgreifen, die anderen sind alle sorgfältig notiert.

Zum Punkt demografische Entwicklung ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir in Rheinland-Pfalz 4 Mio. Einwohner haben. Vor der Deutschen Einheit waren es 3,6 Mio. Als sich die kommunalen Strukturen konzipiert haben, Ende der sechziger, Anfang der siebziger waren es 3,4 / 3,5 Mio. Nach der mittleren Variante werden wir nach der Prognose zur demografischen Entwicklung wieder bei 3,4/3,5 Mio. Einwohnern landen. Wir werden etwas älter

sein. Wir müssen uns der Herausforderung stellen. Es gibt aber keinen Grund zum Pessimismus und depressiv zu werden, wissend, dass das eine Prognose ist, die aus der Vergangenheit weitergeführt wurde. Natürlich haben Sie hier in Pirmasens/Zweibrücken ganz besondere Probleme in den neunziger Jahren gehabt. Sie haben große Chancen, dass das in der Zukunft deutlich besser wird. Dafür muss die kommunale Infrastruktur gestärkt werden. Wir müssen stärker kooperieren und sie haben Recht, dafür müssen große und kleine Gemeinden einen fairen Kompromiss finden. So kann das vernünftig organisiert werden. Das geht aber nur dann, wenn man sich als gemeinsame Region empfindet.

Das ist in der Südwestpfalz der Fall. In der ILEK-Auftaktveranstaltung in Herschberg wurde deutlich, dass dieser Wunsch zur Kooperation, zum ehrlichen Miteinander besteht. Dann werden auch vernünftige Kompromisse gefunden.

Einen Punkt habe ich noch mal mitgenommen, weil der ganz wichtig ist. Zu einem Infrastrukturland gehören natürlich die klassischen Fragen von Schulen, Kindergärten, Verkehrsinfrastruktur, moderne Datenkommunikationen.

Das ist ein ganz wichtiger Punkt für den konkurrenzfähigen, wirtschaftlichen Bereich, der nicht nur vom Wirtschaftsministerium für Gewerbegebiete gefördert wird. Wir fördern auch den Ansatz von Leader, Ansätze in Ortsgemeinden, die zum Teil über Initiativen von Gemeinden aber auch aus der Bevölkerung heraus konzeptionell entworfen werden.

Wir müssen sehr sorgfältig aufpassen, uns für die richtige Technologie zu entscheiden, die Möglichkeit untersuchen, ohne Kabel Daten zu übertragen. Neue Konzepte müssen beobachtet werden. Wir sind in einem anderen Bereich dabei, Pilotprojekte auf den Weg zu bringen.

Das wird mit ein dritter Schwerpunkt im ländlichen Bereich sein.

In Abstimmung mit dem Innenministerium, dem Wirtschaftsministerium, wissend dass das gerade für die Konkurrenzfähigkeit des ländlichen Raumes von ganz entscheidender Bedeutung ist, dass die Infrastruktur verbessert wird. Und wir müssen auch sehr kritisch hinterfragen, was die Telekom kommuniziert. Die Auffassung, über 90 % der Haushalte hätten Anschlussmöglichkeit an DSL, das hinterfragen wir sehr kritisch, weil sich das, wenn wir in manche Regionen hineinschauen, uns als ein etwas anderes Bild darstellt.

Bezüglich des Stellenwertes der Landwirtschaft möchte ich noch einmal betonen, dass das Forum ländlicher Raum und die ILE-Prozesse absichtlich in den für Landwirtschaft zuständigen Abteilungen unseres Hauses angesiedelt sind.

Die Potentiale im ländlichen Raum können wir nur dann erschließen, wenn wir in Zukunft eine konkurrenzfähige flächendeckende Landwirtschaft haben. Denn Identität prägt, dass Menschen einen beson-

deren Bezug haben zur Region, die Bereitschaft, sich für diese Region besonders zu engagieren ist, was man im positiven Sinn als seine Heimat betrachtet. Deswegen brauchen wir eine flächendeckende Landwirtschaft. Wir brauchen sie.

Es gibt viele Möglichkeiten im Tourismus, aber auch viele weitere Bereiche, Fachkräfte anzusiedeln wegen der hohen Lebensqualität. Auch die wird in der Landwirtschaft vermittelt. Deswegen kann man gar nicht hoch genug einschätzen, welchen Wert die Landwirtschaft eigentlich hat. Und wir müssen das auch öffentlichkeitswirksam immer darstellen. Wir brauchen Akzeptanz auch für eine moderne Landwirtschaft. Dass wir größere Flächen brauchen, modernere Maschinen, dass muss akzeptiert werden, weil es notwendig ist. Und auch, dass von den Landwirten, als größte Naturschützer, gerade unsere Regionen auch naturverträglich erhalten werden. Wir brauchen das auch, um zukünftig Nachfolger zu finden, junge Menschen, die diesen faszinierenden Beruf ergreifen.

Auch der große Markt von Bioprodukten soll gesehen werden. Insgesamt der Markt von regionalen Produkten. Auch das stärkt die Identität. Denn jedes regionale Produkt, dass erfolgreich vermarktet wird, stärkt die Identität der Menschen der Region. Auch deswegen wollen wir diese Dinge verstärkt unterstützen. Auch wissend, dass im Bereich nachwachsender Rohstoffe fraglos große Chancen bestehen, weitere Einkommensmöglichkeiten für die Landwirtschaft zu sichern. Deswegen haben wir auch das Kompetenznetzwerk „Nachwachsende Rohstoffe“ auf den Weg gebracht. Weil wir durchdachte Konzepte brauchen. Die Biogasanlage macht in Zukunft nur dann Sinn, wenn die Abwärme genutzt wird. Nur dann kann sie dauerhaft sinnvoll betrieben werden.

Und deswegen brauchen wir die Zusammenarbeit in der Region für regionale Energiekonzepte, in welchen das ein Baustein mit ist. Dazu werden wir verstärkt beraten, wissend dass wir ganz große Potentiale haben. Und niemand braucht Angst zu haben, dass nachwachsende Rohstoffe derzeit ernsthafte Konkurrenz sind für die Produktion von Nahrungsmitteln. Wir haben über 700.000 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche in Rheinland-Pfalz. Gerade mal 9.000 ha werden für nachwachsende Rohstoffe genutzt. Wir haben noch 30.000 ha still gelegte Fläche in Rheinland-Pfalz, die für nachwachsende Rohstoffe genutzt werden könnte, ohne dass auf einem ha weniger Nahrungsmittel produziert werden können. Also ein großes Potential, das wir noch erschließen können.

Herr Pirmann, bezogen auf Ihre Anträge auf Förderung, kann man sagen, dass in den letzten Jahren sehr viel Förderung in die Region Pirmasens / Zweibrücken geflossen ist. Ich halte es für eine hervorragende Leistung, was diese Region erbracht hat. Andere hätten da schon resigniert Anfang der neunziger Jahre bei 16 % Arbeitslosigkeit. Keiner hatte zunächst die Perspektiven, die Zielkonzeptionen, um zu sagen, wie das weitergehen kann. In dieser Phase nicht resigniert zu haben, sondern zu sagen, wir werden das schaffen, das halte ich für eine ganz große Leistung. Das Land hat ja diese Konzepte mit erarbeitet und mitunterstützt. Das wir heute mit einer Arbeitslosigkeit von sieben Prozent dastehen, ist eine große Leistung.

Ich will mich beziehen auf einige Anregungen zum Bereich Bildung, die ich für ganz wichtig halte: Es sollte dort genau überlegt werden, dass vor Ort Strukturen erhalten bleiben sollen - bei Kindergärten beginnend. Das ist ganz wichtig. Das wichtigste Ziel ist zunächst für mich, dass in vielen Ortsgemeinden die einzige öffentliche Einrichtung, der Kindergarten, erhalten bleibt. Das ist von unvorstellbarem Wert, denn das führt dazu, dass junge Familien sich in Ortsgemeinden wohl fühlen. Es entstehen Netzwerke. Deswegen auch zwei ganz wichtige Entscheidungen in Rheinland-Pfalz in dem Konzept „Bildung von Anfang an“: Nicht Schüler schon im 5. Lebensjahr – junge Menschen – in die Schule transferieren. Der Ernst des Lebens beginnt früh genug. Wir glauben, dass gerade Kindergartenkinder kindgerecht bis zum 6. Lebensjahr lernen sollten. Wir integrieren Zweijährige in den Kindergarten, um die Betreuung der Kinder zu ihren Möglichkeiten zu gewährleisten.

Wir setzen nicht verstärkt auf das Konzept der Krippe. Das bedeutet, im Vergleich zu anderen Konzepten, dass zwei Jahrgänge mehr in den Kindergarten kommen. Das heißt für viele Ortsgemeinden die positive Nachricht: Unser Kindergarten kann erhalten bleiben. Eine ganz wichtige Botschaft für den ländlichen Raum ist die Sicherung der Betreuung der Zweijährigen. Zukünftig sollen keine Kindergärtenbeiträge mehr gezahlt werden. Zudem muss das pädagogische Angebot deutlich besser werden im Bereich der Nachförderung. Wir lassen uns dieses Konzepte ab dem Jahre 2010 jedes Jahr zusätzlich 50 Mio. € kosten.

Ein richtiger Finanzschwerpunkt, dass in der Zukunft gerade in ländlichen Regionen in die Köpfe der Menschen investiert wird. Ein klares Bekenntnis auch zum ländlichen Raum.

Und ich will das aufgreifen, was genannt wurde unter Kinderfreundlichkeit und anderem, familienfreundlichen Umfeld. Das sind weiche, ganz wichtige Standortfaktoren. Wir ermessen kaum, wie wichtig das gerade für junge Menschen ist, die gut ausgebildet sind.

Die könnten dann aus mehreren Angeboten wählen. Dann gilt es auch mit Zuversicht und Selbstvertrauen mit großem Maße Lebensqualität zu vermitteln. Wenn dann noch dazu kommt, dass wir Betriebe haben in Ortsgemeinden, die auf Familienfreundlichkeit, auf Kinderfreundlichkeit einen großen Wert legen, Betriebe, die Vorreiter sind, sich profilieren als eine Region sagen, wir können Familie und Beruf in Einklang bringen, dann haben wir sehr gute Strukturen dafür aufgebaut. Dann haben sie einen guten Standortfaktor „Ländlicher Raum“. Daran muss man arbeiten. Der ländliche Raum hat eine große Möglichkeit, sich hier in diesem Bereich zu profilieren.

Ein Ansatz des Landes für die Entwicklung strukturschwacher Gebiete war ja gewesen, dort Fachhochschulen zu etablieren. Deswegen darf man in keinem Vortrag vergessen zu erwähnen, dass es sowohl in Pirmasens als auch in Zweibrücken eine Fachhochschule gibt. Weil alle neuen Studien über die Frage, wo können am besten Innovationen geboren werden, zum Ausdruck bringen: Dort, wo es funktionierende Netzwerke gibt zwischen Hochschulen, Transferinstituten, der Kommunalpolitik und den kleinen und mittelständischen Betrieben. Denn gerade Kleinbetriebe sind darauf angewiesen, funktionierende Netzwerke zu haben. Viele Innovationen können nur in Kooperation mit anderen Betrieben genutzt werden, in Kooperation mit den Fachhochschulen.

Doch es ist eine Pflichtaufgabe, dass wir diese Netzwerke stärken. Das ist gerade mittelstandsfreundliche Politik für ländliche Regionen. Wir haben in der Regel Kleinstbetriebe. Die können sich nur dann entwickeln, neue Arbeitsplätze schaffen, wenn sich die Netzwerke stärken. Dazu brauchen wir eine gute Zusammenarbeit. Dazu haben sie ideale Voraussetzungen in dieser Region.

Sie haben zu Recht die Finanzierung für den Mittelstand angesprochen. In der Tat haben wir da ein großes Problem auf Grund der geringen Eigenkapitalausstattung deutscher Unternehmen insgesamt, gerade kleiner mittelständischer Betriebe und der Existenzgründerberatung an Hand der Zahlen von 4.000 Existenzneugründungen. Wir sind das Land der Existenzneugründer. Es gibt kein Bundesland wo so viele Existenzen neu gegründet wurden wie gerade in Rheinland-Pfalz. Das heißt aber auch, dass es gerade diese Firmen sind, die in den ersten drei, vier, fünf Jahren große Liquiditätsprobleme haben, in denen die ersten Wachstumsschritte finanziert werden sollen. Deswegen haben wir entschieden, in den kommenden Jahren uns diesen Problemen ganz besonders zu widmen. Wir werden einen Risikokapitalbeteiligungsfond auflegen gemeinsam mit der Europäischen Union, die das erfreulicherweise zum großen Teil finanziert - kombiniert mit einem Aquisitionsfonds, ausgestattet mit 72 Mio. €.

Mit diesem Betrag werden wir uns an Klein- und Kleinstunternehmen beteiligen. Damit wird die Eigenkapitalausstattung von Unternehmen gestärkt. Das wird Voraussetzung sein, dass die Unternehmen Kredite aufnehmen können. Damit wird ein deutlicher Beitrag geleistet zur besseren Finanzierung des Mittelstandes neben Maßnahmen zur Förderung der Mitarbeiterbeteiligung. Und da werden wir einen Schwerpunkt für Kleinunternehmen im ländlichen Raum setzen, die nach wie vor ein großes Problem haben, ihre innovativen Ideen zu finanzieren.

Es sind einige Verkehrsprojekte angesprochen worden. Klare Priorität hat der Ausbau der B10. Das ist strukturpolitisch die herausragende Maßnahme. Denn wenn sie besser an das Rhein-Main-Gebiet angebunden sind, ist das für die Struktur dieser Region von herausragender Bedeutung. Die Infrastruktur Flughafen, Verbindung mit der B10, gute Anbindung nach Frankreich, das sind Perspektiven für diese Region. Diese Region nach außen zu vermarkten, da gibt es kreative Ideen, qualifizierte Mitarbeiter/innen und eine gute Verkehrsanbindung mit dem Flughafen und der B10. Das sind Vorteile, die den Standort deutlich besser dastehen lässt. Wir werden am 1. Juni einen weiteren 1. Bauabschnitt haben. Und an der Anschlussstelle Haseneck wird weiter gebaut werden. Wir werden wieder erfreulicherweise verkünden können, dass wir den Bund überzeugt haben, einen weiteren Abschnitt der B10 zu finanzieren.

Wir müssen auch über Landesgrenzen hinaus uns als Region betrachten.

Langfristig wird es nur einen funktionierenden Großflughafen in dieser Region geben. Auch das muss als Zielsetzung klar sein. Mit Vernunft: wir brauchen eine gute Verkehrsanbindung über die Landesgrenzen hinweg. Aber haben sie Verständnis.

Wir fördern den Schienenpersonennahverkehr jährlich mit 300 Mio. €. Die Tatsache, dass in keinem Bundesland der Schienenpersonennahverkehr von den Bahnstrecken so gut vorangekommen ist, ist auch mit viel Geld erkaufte. Wir sind stolz darauf, dass wir die Infrastruktur des Landes deutlich verbessert haben. Die Tatsache, dass der Bund 147 Mio. € gekürzt hat bis zum Jahre 2011 erlaubt es uns nicht, die Bahnstrecken ins Saarland zu fördern. Wir müssen uns als Region begreifen. Dann werden auch der Druck und der Wunsch und die Forderung für das Saarland größer werden, dieses Projekt wieder auf den Weg zu bringen.

Das ehrenamtliche Engagement ist eine deutliche Stärke in diesem Bereich, wo deutlich mehr Menschen bereit sind, sich ehrenamtlich zu engagieren in der klassischen Vereinsarbeit. Es gibt deutlich mehr Menschen, die sagen, mir liegt die klassische Vereinsarbeit nicht. Ich bin aber bereit, mich für ganz konkrete Projekte zu engagieren, weil ich als Rentner oder Pensionär auch besondere Erfahrungen habe, die ich in die Region einbringen möchte.

Und wichtig ist auch, Projekte zu konzipieren, wo diesen Menschen Möglichkeiten gegeben werden, sich zu engagieren. Wenn man kreativ ist, werden sich viele Möglichkeiten dafür finden. Wer übernimmt in Zukunft welche Arbeiten bei den Kommunen, bei Verbandsgemeinden, Ortsgemeinden. Da muss man auch schauen, dass die Stärke der Verantwortung auch mit der Stärke der Finanzausstattung verbunden wird.

Die Aufgabenkritik, das wird mit Vernunft und Verstand gemacht, auch wissend, dass wir 2030, 2040 die Einwohnerzahlen haben werden, wie die Vorgänger von uns Ende der sechziger Jahre. Das verlangt auch, die Kirche im wahrsten Sinne des Wortes im Dorf zu lassen und nicht nur Effizienz nach Einwohnerzahl und Größe zu betrachten. Überschaubarkeit, Identität ist auch ein Wert, der dabei beachtet werden muss. Deshalb die klare Aussage von uns, es wird bei der Selbständigkeit aller Ortsgemeinden bleiben. Weil gerade die Kleinortsgemeindenidentität den ländlichen Raum stärkt, die Bereitschaft der Menschen stärkt, sich ehrenamtlich zu engagieren, deshalb ist eine Entscheidung klar, es bleibt bei der Selbständigkeit der Ortsgemeinden.

Meine Damen und Herren, eines will ich auch noch einmal betonen, sie haben viele Gründe, mit einem hohen Maße an Zuversicht in die Zukunft zu gucken. Sie haben die schwierigen Probleme in den neunziger Jahren weitgehend gelöst. Sie haben jetzt die Potentiale, Voraussetzungen und auch die Zusagen des Landes, die Region weiterhin zu unterstützen, dass diese gute Entwicklung auch in der Zukunft anhalten wird.

Ich will eines aufgreifen, was sie gesagt haben:

Es wurde manches erarbeitet und dann sei auch die Enttäuschung gekommen mit der Umsetzung von ILEK-Prozessen.

Ich will eine klare Priorität in der Zukunft bei der Verteilung der Fördermittel sehen. Wo Menschen sich zusammengefunden haben wie heute oder wie bei den Veranstaltungen in Herschberg und haben Projekte erarbeitet und sagen: Das sind unsere Projekte, das sind unsere Konzeptionen und wir sind bereit, auch an der Umsetzung teilzuhaben. Da gilt meine klare Aussage: Diese Projekte werden auch mit Priorität gefördert. Sie werden in der Priorität ganz oben stehen. Und das eine oder andere Projekt wird auch mit einem höheren Fördersatz versehen. Um den Gemeinden, die nicht so finanzstark sind, Umsetzungsmöglichkeiten zu geben. Das gibt auch Vertrauensschutz, dass zukünftig auch so viele Menschen weiterhin bereit sind, sich weiterhin ehrenamtlich zu engagieren.

Ich darf zum Schluss kommen und mich bei Ihnen, Herr Dr. Abresch für die hervorragende Moderation bedanken.

**Dokumentation
zur Regionaltagung in Boppard
am 22.05.2007**

Forum Ländlicher Raum

3. Regionaltagung

am Dienstag, 22. Mai 2007 in Boppard

Programm

16:30 Uhr bis 16:45 Uhr	<p>Begrüßung</p> <p>Hendrik Hering, Minister für Wirtschaft, Landwirtschaft und Weinbau</p>
16:45 Uhr bis 17:00 Uhr	<p>Referat Tourismus</p> <p>Herr Landrat Günter Kern, Rhein-Lahn-Kreis</p>
17:00 Uhr bis 17:15 Uhr	<p>Referat Ländliche Bodenordnung</p> <p>Herr Hubert Müllen, Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion</p>
18:15 Uhr bis 19:15 Uhr	<p><u>Gesprächsrunde</u></p> <p>Eingriffsmanagement</p> <p>Frau Monika Becker, Vizepräsidentin der Struktur- und Genehmigungsdirektion</p> <p>Frau Dr. Karin Kübler, Institut für Umweltplanung</p> <p>Naturschutz</p> <p>Herr Dr. Erwin Manz, Naturschutzbund Deutschland (NABU)</p> <p>Gemeindeentwicklung (einschließlich Dorferneuerung)</p> <p>Herr Bernhard Backes, Dorfplaner</p> <p>Herr Bürgermeister Walter Bersch, Verbandsfreie Gemeinde Boppard</p> <p>Weinbau</p> <p>Herr Florian Weingart, Winzer, Spay am Rhein</p> <p>Herr Präsident Ingo Steitz, Weinbauverband Rheinhessen</p> <p>Moderation: Herr Stefan Dietz, <i>entra Unternehmer Entwicklung Dietz, Schlamann und Kollegen GbR</i></p>
18:15 Uhr bis 19:15 Uhr	<p>Gemeinsame Diskussion mit der Gesprächsrunde, den Referenten und den Tagungsteilnehmern</p>
19:15 Uhr bis 19:30 Uhr	<p>Zusammenfassung der Ergebnisse</p> <p>Herr Minister Hendrik Hering</p>
19:30 Uhr	<p>Einzelgespräche und Schlussimbiss</p>

Wortprotokoll

Regionalkonferenz am 22.05.2007 in Boppard

Hendrik Hering - Begrüßungsrede

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf die Kollegen aus dem Rheinland-Pfälzischen Landtag und viele Akteure aus dem ländlichen Raum der Region Mittelrhein herzlich begrüßen.

Für die Landesregierung ist es ein ganz wichtiges Anliegen, einen wirksamen Beitrag für die Entwicklung ländlicher Räume zu leisten. Rheinland-Pfalz ist ein ländlich strukturiertes Bundesland. 70 % der Landesfläche ist ländlich strukturiert. Die meisten Menschen wohnen im ländlichen Raum. 90 % der Gemeinden in Rheinland-Pfalz haben weniger als 2.000 Einwohner.



Meine Damen und Herren, wir legen Wert darauf, dass wir die besonderen Potentiale des ländlichen Raumes nicht verkennen, sondern gemeinsam mit ihnen entwickeln, wissend, dass der ländliche Raum vor großen Herausforderungen steht:

- da ist zum einen die demografische Entwicklung zu nennen, die insbesondere ländliche Räume betrifft,
- natürlich der nach wie vor im Gange befindliche Strukturwandel in der Landwirtschaft, die Vorbereitung auch auf das Jahr 2013, weil sich in einigen Jahren die Landwirtschaft erneut ändern wird und
- zunehmend auch die Arbeitsteilung in der Wirtschaft, die sich auch auf ländliche Räume auswirkt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der ländliche Raum hat ganz besondere Chancen und Potentiale. Dass heute so viele Menschen bei diesem schönen Wetter in diese Räume kommen, zeigt das Interesse an der Entwicklung des ländlichen Raumes ihrer Region.

Die Menschen erkennen zunehmend als kluge Antwort auf Globalisierung, dass es wichtig ist, sich auf die Rahmenbedingungen einzustellen und einen Beitrag zur besseren Wettbewerbsfähigkeit aller Menschen zu leisten.

Auch Regionalität ist zunehmend von Bedeutung. Es ist wichtig zu erkennen, dass man irgendwo seine Wurzeln hat. Zu wissen, es gibt eine Region, eine Landschaft, zu der man eine besondere Beziehung hat, ist eine Sehnsucht von Menschen.

All das sind Stärken, die man unter Regionalität versteht. Sie setzen Kräfte und Potentiale frei, um sich den Herausforderungen besonders zu widmen. Aus dieser Sicht heraus leisten gerade Menschen im ländlichen Raum vieles ehrenamtlich.

Der Anteil ehrenamtlich Aktiver ist im ländlichen Raum deutlich größer als in anderen Bereichen Deutschlands, wissend, dass vieles im ländlichen Raum möglich ist, was in Ballungszentren so nicht möglich ist.

Bei der Entwicklung des ländlichen Raumes werden wir aber nur vorankommen, wenn alle zusammenwirken. Wenn man die Entwicklung des ländlichen Raumes nur in einem Bereich betrachtet, kriegt man häufig einen falschen Eindruck.

In Boppard gibt es den Vier-Seen-Blick. Es gibt hier einen Aussichtspunkt auf das Rheintal – der Herr Bürgermeister weiß das genau – von diesem aus gesehen man den Eindruck hat, man würde auf eine Seenlandschaft schauen. Der Bergücken verdeckt einen Teil der Rheinschleife.

Wenn wir über Strategien im ländlichen Raum reden, dürfen wir eben nicht nur einen Politikbereich betrachten und andere dabei verdecken. Das hat man aber zum Teil über Jahrzehnte gemacht. Die Verantwortlichen für Verkehrspolitik, kommunale Entwicklung, Landwirtschaftspolitik und auch die Naturschützer haben häufig nur ihren Bereich gesehen.

Wichtig ist, alles in der Gesamtstrategie zu betrachten, Kräfte zu bündeln und zu erkennen, ob es günstiger ist, gemeinsam vorzugehen, um die Strukturen im ländlichen Bereich effizienter zu nutzen. Deswegen wollen wir Strategien entwickeln, um die besonderen Potentiale im ländlichen Raum besser zur Entfaltung zu bringen.

Vielen ist bekannt, dass sie hier am Mittelrheintal besondere Chancen und Möglichkeiten haben. Es gibt das geflügelte Wort, dass der Schöpfer bei der Vergabe der Naturschönheiten im Mittelrheintal besonders verschwenderisch gewesen ist.

Auch als Landesregierung haben wir hier am Mittelrhein eine besondere Verpflichtung gegenüber der faszinierenden Natur- und Kulturlandschaft. Wir wollen die Entwicklung mit voranbringen, weil darin besondere Chancen für unser Land liegen.

Warum veranstalten wir diese Foren? Wir wollen eine Strategie für die Entwicklung des ländlichen Raumes entwickeln. Ich halte es für wichtig, dass der ländliche Raum sich positioniert und klar Stellung bezieht - welche Möglichkeiten und Potentiale gibt es im ländlichen Raum, wie sehen die Strategien für die Entwicklung des ländlichen Raumes dazu aus.

In diesem Zusammenhang gibt es auch Überlegungen bei der Europäischen Kommission. Viele sind der Meinung, man muss verstärkt die Metropolregionen unterstützen, weil dort größere Wachstumspotentiale vorhanden sind. Ich halte das ausdrücklich für falsch. Es geht nur in einem Miteinander von beidem. Metropolregionen benötigen ländliche Räume und ländliche Räume benötigen auch Metropolregionen. Nur miteinander kann man verantwortungsvoll Strukturpolitik betreiben.

Um auch bei der Verteilung von Finanzmitteln deutlich zu machen, wie rentierlich diese gerade in ländliche Räume investiert werden können, müssen wir klar sagen, wo unsere Potentiale liegen und wie wir die Strategien umsetzen können.

Ohne eine kräftige Entwicklung im ländlichen Raum hat auch das Land Rheinland-Pfalz insgesamt keine Chance, eine weitergehende Entwicklung zu nehmen.

Als Land Rheinland-Pfalz wollen wir im September ein Strategiepapier auf der Grünen Woche verabschieden. Wir wollen das aber nicht nur von Mainz aus machen. Deshalb organisieren wir dazu insgesamt fünf „Foren ländlicher Raum“. Das dritte findet hier heute in Boppard statt.

In den verschiedensten Funktionen als Kommunalpolitiker, als Vertreter der Landwirtschaft und der Wirtschaftsunternehmen im ländlichen Raum leisten Sie tagtäglich Beiträge zur Entwicklung ländlicher Räume. Ihre Ideen und Vorschläge wollen wir sammeln und dann in diesem gemeinsamen Papier aufzeichnen.

Einen Teil der Vorschläge, die bei diesen ersten beiden Konferenzen gemacht wurden, haben wir in unseren Diskussionsprozess auf Bundesebene eingespeist.

Wir sind ganz stolz, dass Bundesminister Seehofer bei der Agrarministerkonferenz der Europäischen Union das Land Rheinland-Pfalz wegen dieser Vorschläge ausdrücklich gelobt hat.

Zum Beispiel wurden Vorschläge aufgegriffen, in denen es darum geht, dass europäische Mittel eingesetzt werden sollen, um die Breitbandversorgung im ländlichen Raum besser zu gestalten. Auch dieser Punkt wird Inhalt des Strategiepapiers werden.

Diese fünf Foren sollen etwas anders ablaufen als die üblichen Veranstaltungen, zu denen die Vertreter aus Mainz kommen, ein Grußwort halten und dann wieder mit der Dienstkarosse zügig nach Hause fahren.

So soll das heute nicht abgehen. Meine wichtigste Funktion heute ist hier vorne Platz zu nehmen und zuzuhören - zuzuhören welche Vorschläge sie unterbreiten. Und ich werde nachher meine Eindrücke zusammenfassen.

Wir wollen ihre Vorschläge aufgreifen, da sie die eigentlichen Experten sind. Sie kennen die Potentiale und Chancen für die Entwicklung des ländlichen Raumes.

Ihr Expertenwissen wollen wir nutzen, um ein vernünftiges Strategiepapier zu erarbeiten, damit die finanziellen Mittel des Landes zukünftig noch zielgerichteter und effizienter eingesetzt werden können.

Wir wollen viel mehr zuhören und dann anregen, regionale Strategien zu entwickeln. Bodenordnung und Tourismus sind nahe liegende Schwerpunkte am Mittelrhein. Vorbildliche Dinge sind auf den Weg gebracht worden. Die anderen Themen sollen nicht vernachlässigt werden. In jeder Veranstaltung gibt es gewisse Schwerpunktthemen. Ich freue mich schon auf eine Reihe interessanter Vorschläge und Ideen von ihnen und hoffe, viele davon mit nach Mainz nehmen zu können.

Vielen Dank!

Inputreferate

Es spricht Stefan Dietz:

Herzlichen Dank, Herr Minister Hering, für diese Einleitung.

Wir haben in den letzten Jahren viele gelungene Prozesse der ländlichen Entwicklung gestartet, in denen es darum geht, mit den Beteiligten Strategien zu entwickeln. Genau das ist auch der Ansatz der Landesregierung.

Wir wollen die Chance nutzen, dass uns Herr Minister Hering zwei Stunden zuhören möchte. Um den heutigen Abend effizient zu gestalten, möchte ich Ihnen kurz den Ablauf erklären.



Wir werden gleich einsteigen mit zwei Impulsreferaten zu den beiden Hauptthemen des heutigen Abends:

Ländlicher Tourismus und Bodenordnung. Da dürfen wir uns über einige Impulse aus der Praxis freuen. Wir werden anschließend zu vier Themen Gesprächsrunden durchführen. Dann werden wir in einen lebendigen Dialog einsteigen können.

Ich möchte noch Folgendes bemerken: Es geht hier heute Abend gar nicht so sehr um diese Region hier, sondern es geht um die ländlichen Räume in ganz Rheinland-Pfalz. Jetzt dürfen wir uns auf das erste Thema freuen. Die Bedeutung des Tourismus braucht nicht separat hervorgehoben zu werden. Er ist in Rheinland-Pfalz eine zentrale Stütze der ländlichen Wirtschaftskraft. Gleichwohl wird es jetzt spannende Impulse geben von Herrn Kern. Der Herr Landrat Kern ist zugleich Vorsitzender des Zweckverbandes Welterbe Mittelrhein. Herr Landrat Kern, Sie haben das Wort, bitte schön.

Es spricht Herr Kern:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, willkommen hier heute Abend in Boppard. Ich möchte Ihnen aus Sicht des Rhein-Lahn-Kreis schildern, wie wir hier den Tourismus gestalten und ich möchte Ihnen schildern, vor welchen Schwierigkeiten wir hier stehen.

Unser Kreis ist nicht nur der Mittelrhein von Lahnstein bis nach Kaub, sondern unser Kreis ist mehr. Ich habe meinen Vortrag unter das Thema gestellt, Tourismus im ländlichen Raum - Chancen erkennen und nutzen. Mit diesem Bild möchte ich ein wenig provozieren.

Wenn Sie Ihren Kindern verkünden, wir fahren aufs Land, dann kommt sicherlich wenig Begeisterung auf. Es ist eine Frage der Begeisterung um die es mir heute geht. Über den ländlichen Raum sind viele Vorurteile verbreitet: Da gibt es keinen Erlebniswert, da werden die Bordsteine früh hochgeklappt, usw.. Wir versuchen im Rhein-Lahn-Kreis, mit einem entsprechenden touristischen Angebot entgegenzuwirken. Für dieses Referat, Tourismus - Chancen erkennen und nutzen, sind mir nur 15 Minuten Zeit gegeben worden. Das ist relativ wenig Zeit. Ich hoffe, dass ich Ihnen einiges mitgeben kann, wie wir im Rhein-Lahn-Kreis die Chancen des Tourismus nutzen.

Sie werden im Anschluss die Möglichkeit haben, dass eine oder andere mit mir zu bereden. Tourismus - Chancen erkennen und nutzen, ist die Philosophie, die wir uns im Rhein-Lahn-Kreis gegeben haben. Damit Sie wissen, wovon wir reden:

Der Rhein-Lahn-Kreis ist 782 qkm groß, er hat 137 Gemeinden, in denen insgesamt 128.000 Menschen leben. Das sind 934 Einwohner pro Gemeinde. Das ist ländlicher Raum. Der Rhein-Lahn-Kreis wird von 2 Flüssen durchquert, zum einen natürlich der Rhein am Welterbe, zum anderen die Lahn, als einer der wichtigsten Nebenflüsse des Rheins.



Die Lahn ist Bundeswasserstraße, das hat eine Vergangenheit, hier ist früher viel Schifffahrtsverkehr drüber gelaufen. Dann gibt es noch die Aar - ein kleiner Fluss im Osten des Kreises. Des Weiteren gehört auch ein Teil des Westerwaldes zu unserem Kreis, insgesamt haben wir eine sehr abwechslungsreiche Landschaft.

In der Vergangenheit waren wir geprägt durch Bergbau. Viele der früheren Berufe gibt es nicht mehr. Derzeit sind wir geprägt vom Mittelstand, vor allem vom Handwerk. Wir haben keine große Industrie angesiedelt, dennoch gibt es klangvolle Namen:

Kaiser-Backformen in Diez, Leifheit in Nassau, Emser Pastillen, Fachinger Mineralwasser - das hat man schon einmal gehört. Da gibt es auch die Werkstatt Ebinger in Bad Ems, aus der fast alle jemals verarbeiteten Hundertwasser-Säulen stammen.

Wo sind unsere Arbeitsplätze? Hier pendeln viele aus. Aus dem Bereich Lahnstein Richtung Koblenz, aus dem Bereich Diez in Richtung Limburg und aus dem Taunus vielfach in Richtung Wiesbaden oder Mainz. Das funktioniert ganz gut, denn es gibt recht ordentliche Verkehrsverbindungen. Zumindest am Rand des Kreises.

Um diesen ländlichen Raum endgültig zu skizzieren, sei erwähnt, dass der Rhein-Lahn-Kreis gerade einmal über 600 Meter Autobahn verfügt. Das ist die A3 bei Diez. Und ebenso lang ist auch das Stückchen ICE-Trasse parallel dazu.

Womit verdienen wir im Rhein-Lahn-Kreis unser Geld? Der eben erwähnte Mittelstand ist die Basis unserer Wirtschaftskraft. Die Arbeitslosigkeit ist gering, besonders im Raum Lahnstein unter 5%. Natürlich spielt auch der Dienstleistungssektor eine immer bedeutendere Rolle. Hier spielt natürlich der Bereich des Tourismus eine große Rolle. Er ist und bleibt eine besondere Einnahmequelle im Rhein-Lahn-Kreis.

Der Rhein-Lahn-Kreis hat viele touristische Anziehungspunkte. Die beiden völlig unterschiedlichen Flusslandschaften - Rhein und Lahn - hatte ich bereits erwähnt. Über den gesamten Kreis verteilt sind Burgen und Schlösser zu bewundern.

Am Rhein verzeichnen wir die höchste Burgendichte Europas. Wir leben natürlich aus der Vergangenheit, von der Rheinromantik. Allerdings wurde in jüngster Zeit die Qualität des Tourismus vernachlässigt. Es gab Fehlentwicklungen. Vor allem im Rheintal macht sich das durch die zurückliegende Bauweise bemerkbar.

Zwei immer weiter ausgebauten Schienenwege sorgen für Lärm. Der Verkehr auf den beiden Bundesstraßen belastet die Städte und Gemeinden. Im Ergebnis gab es Massentourismus, Dumpingpreise, Bus- und Kegeltourismus. Das hat sich jedoch verändert, nicht zuletzt durch den Welterbe-Status. Wir haben erkannt, dass wir nicht mit Mallorca konkurrieren können und das auch nicht wollen. Wir haben auch erkannt, dass wir uns im großen Wettbewerb anstrengen müssen. Durch die Wiedervereinigung sind verlockende neue Feriengebiete hinzugekommen.

Wir wissen, dass das Geld nur einmal zu verteilen ist. Wir haben uns nicht auf die Fahne geschrieben, ein touristisches Ballungsgebiet zu werden, wir wollen Qualität. Und da sind wir auf einem guten Weg. Wir haben im Vorfeld die touristische Vermarktung neu geordnet. Die Lahn und der Taunus, zwei ländliche Regionen die gut zusammenpassen, werben für diese Destination. Dies geschieht sogar über Landesgrenzen hinweg. Das Tal der Loreley ist eine inzwischen starke Touristengemeinschaft geworden, die gemeinsam mit dem romantischen Rhein Werbung und Vermarktung steuert.

Wir sind im Moment dabei, darüber nachzudenken, eine touristische Gesamtvermarktung des Aartal im hessischen Bereich anzustreben. Wir wissen alle, Organisationsstrukturen interessieren die Besucher kaum, Verwaltungsgrenzen und auch Landesgrenzen auch nicht.

Was sind aber die Chancen im touristischen Bereich? Das sind in unserer Landschaft: Landschaft und Natur, Sehenswürdigkeiten, kulturelle Angebote, Veranstaltungen, unsere Gastlichkeit und nicht zuletzt Aktivitäten wie Wandern, Radfahren und Wasserwandern.

Zur Landschaft. Nicht nur im Mittelrheintal sondern auch im Taunus haben wir eine wunderschöne Landschaft. Außerdem haben wir den Naturpark Nassau. Wir sind im Welterbegebiet dabei, ein Landschaftsentwicklungskonzept neu zu schreiben. Wir wollen auch die beiden Gartenschauen miteinander verbinden, die Landesgartenschau und die Bundesgartenschau.

Zu den Sehenswürdigkeiten. Die Dichte an historischen Bauwerken ist beeindruckend. Doch Burgen und Schlösser sollen in unserer Region nicht in Schönheit sterben. Vielfach werden diese Gemäuer auch für die Gastlichkeit genutzt. Es gibt da viele Beispiele.

Zu den kulturellen Angeboten. Hier gibt es eine breite Palette. Es gibt Theater, Musik, Museen, Sammlungen. Ich will einige Veranstaltungen nennen: Die Mittelrheinmusikmomente, das Rheinvokal-Festival, die Kunstaktion Komm, mal mit, Landeck live, das Blues-Festival Lahnstein. Diese Veranstaltungen sind über die Grenzen des Kreises hinaus bekannt, und locken die Menschen nicht nur einmal, sondern dauerhaft in die Region.

Neu hinzugekommen sind die Blücherfestspiele in Kaub, das können Sie am Pfingstwochenende erleben. Ich erwähne auch die Ritterspiele in Katzenelnbogen, der Bürgermeister von Katzenelnbogen ist hier. Hinzu kommt das mittelalterliche Fest in Lahnstein. Hier wäre außerdem zu nennen: Rhein in Flammen von Braubach bis Koblenz und an der Loreley. Die Großveranstaltung Tal Total war eigentlich als Demonstration für Radwege gedacht und ist inzwischen ein jährlicher Magnet im Rheintal.

Der Mittelrheinmarathon gesellt sich ebenso zu den Top-Angeboten wie „Rhein on Skates“ oder der „Welterbe-Berglauf-Trophy“.

An der Lahn gibt es das Jacques Offenbach Festival, die Oraniensteiner Konzerte, das Kalkwerkfestival Diez, den Kunstrausch Einrich, die Nacht der offenen Ateliers in Herold. Das sind nur einige Beispiele für das kulturelle Engagement.

Zur Gastlichkeit. Hier gibt es sehr viele überzeugende Angebote, allerdings noch zu wenig. Doch eines ist sicher: Mit zunehmender Attraktivität in unserer Region werden auch wieder Angebot und Ideen im Gastronomie- und Hotelbereich nachwachsen. Wir erleben das zurzeit im Rheintal mit den Mittelrheinmomenten und den Weltkulturerbewirten.

Neu hinzugekommen im Rhein-Lahn-Kreis ist die Jugendherberge in Diez an der Lahn. Eine weitere Jugendherberge in Kaub am Rhein wird folgen. Zur Gastlichkeit gehört auch die Gastlichkeit der Landwirte. Die kreiseigene Agendagruppe fördert aktiv die Selbstvermarkter. Mit spürbarem Erfolg. Nicht nur die Einheimischen, sondern auch Gäste und Touristen profitieren von diesen Angeboten. Dazu gehört natürlich der Wein. Wir werden in Zusammenarbeit mit dem DLR eine alte Lage wieder beleben. Es ist uns gelungen, die Eigentümer hier mit ins Boot zu bekommen.

Zu den Freizeitaktivitäten. Diesen Part, der immer bedeutender wird, habe ich mir aufgespart. Denn hier liegen die ganz starken Potentiale dieser Region: Wasserwandern - das ist auf der Lahn der Renner. Es gibt wohl kaum einen besser geeigneten Fluss - nicht zu breit nicht zu schmal, eingebettet in toller Landschaft. Eine weitere Stärke des Kreises ist das Radfahrangebot. Diese Stärke wird weiter ausgebaut. Rund 140 km wird man in absehbarer Zeit im Kreis herum fahren können. An der Lahn von Diez bis Lahnstein 45 km, hier soll die letzte Lücke bald geschlossen werden, am Rhein 41 km, hier dauert der Lückenschluss wegen des erheblichen Investitionsbedarfs länger, an der Aar 11 km, das alles bequem und familienfreundlich ohne große Steigungen.

Wer es etwas sportlicher mag, kann quer über den Taunus radeln, von St. Goarshausen bis Zollhaus 41 km auf dem Loreley-Aar-Radweg. Abwechslungsreicher kann Radfahren kaum sein. Zudem haben wir Nordic Walking Parks und andere Radfahrstrecken ausgewiesen. Eine neue Leidenschaft ist das Thema Wandern. An den Flüssen entlang, die Täler zu Rhein und Lahn führen - überall Wanderwege.

Der Rhein-Lahn-Kreis hat das Glück, ein Filetstück des neuen Rheinsteigs in seinem Bereich zu haben. Von Lahnstein bis Kaub führt ein hoch attraktiver Weg der nun im zweiten vollen Jahr für eine neue und interessante Zielgruppe sorgt. Täglich wandern hunderte Gäste auf dem neuen Rheinsteig. Hotels und Gaststätten verzeichneten im zurückliegenden Jahr teilweise 30% Umsatzsteigerung.

Der Rheinsteig ist der Renner auf dem deutschen Wandermarkt - und wird es wohl wegen seiner Ausblicke ins Rheintal auch bleiben. Auf Folgendes ist der Rhein-Lahn-Kreis besonders stolz: Wir sind im Besitz von gleich zwei Weltkulturerben. 2002 ernannte die UNESCO das Obere Mittelrheintal zum Welterbe, 2005 den Limes. Beide Welterben sind kreisübergreifend. Zusammenarbeit ist also angesagt.

Beim Limes gibt es eine länderübergreifende Zusammenarbeit. Auf der einen Seite sind das die Kreise Neuwied und Westerwald im rheinland-pfälzischen, auf der anderen Seite liegt der Rheingau-Taunus-Kreis im hessischen. Für das Welterbe Oberes Mittelrheintal ein Zweckverband aus rd. 60 kommunalen Gebietskörperschaften in zwei Bundesländern gebildet - eine zwar schwere Geburt, aber eine Konstruktion die immer besser funktioniert. Hier ist es das Ziel, eine qualitative Verbesserung im Rheintal zu erreichen. Wir haben in beiden Welterben viele Arbeitsgruppen und Gremien gebildet.

Wir haben im Mittelrheintal einen Arbeitskreis Kommunalentwicklung gebildet, in denen die Hauptamtlichen Bürgermeister vertreten sind. Da gibt es außerdem das 100.000 €-Programm für Kleinprojekte am Limes. Denn wir wollen den Limes wieder sichtbar machen. Außerdem existieren einige weit in die Zukunft gerichtete Projekte am Rhein. Diese aufzuzählen, würde den Rahmen meines Vortrages bei weitem sprengen.

In diesem Jahr werden wir einen Welterbeatlas herausgeben, eine Art Marco Polo des Mittelrheins. Diese Publikation fasst alles über das Obere Mittelrheintal zusammen und wird in unserem neuen Erscheinungsbild herausgegeben. Wir haben vor, diesen Atlas alle 2 Jahre zu erneuern.

Weiterhin haben wir es erkannt, dass die Qualität in der Gastronomie ein wichtiges Aushängeschild sein wird. Wir werden eine Auszeichnung einführen, den Welterbegastgeber. Hier werden entsprechende Vorgaben eingeführt. Nur wer diese Vorgaben einhält, bekommt die Auszeichnung. Zuletzt möchte ich sagen: Wir müssen die Menschen mitnehmen. wir müssen die Menschen für die touristische Entwicklung begeistern. Wir müssen das im Limesbereich, und im Rheintal tun. Wir werden in diesem Jahr erstmals eine schwimmende Rheinkonferenz anbieten, mit einem Schiff auf dem Rhein. Dabei wollen wir die Menschen mitnehmen und ihnen zeigen, wie wir alles entwickeln wollen. Wenn wir so die Menschen mitnehmen und unsere ländliche Region als einen Urlaubsort präsentieren, dann würden wir uns freuen, meine Damen und Herren, wenn wir Sie in unserer ländlichen Region begrüßen dürfen.

Ich hätte noch mehr zu sagen, aber aus zeitlichen Gründen geht nicht mehr.

Es spricht Stefan Dietz:

Vielen Dank Herr Kern, Sie haben es mir nicht schwer gemacht, da ich ja auf die Zeit achten muss. Vielen Dank für die gute Präsentation, vielleicht war das für Diejenigen, die von weit hergekommen sind, eine Einladung, die Region zu besuchen.

Das war ein sehr schöner Vortrag mit vielen Ansatzpunkten, wir haben gesehen wie die Region ihren Tourismus nach vorne bringen will. Das die Kulturlandschaft eine zentrale Bedeutung für die Region hat, ist in diesem Referat deutlich geworden. Die Kulturlandschaft ist etwas das gestaltet werden will, dass erhalten werden will.

Unser zweites Schwerpunktthema, unser zweites Impulsreferat beschäftigt sich genau damit. Nämlich damit, wie die ländliche Bodenordnung zum Erhalt der Kulturlandschaft beitragen kann.

Ich begrüße Herrn Hubert Müllen von der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz.

Er wird uns mit einigen erfolgreichen Beispielen der ländlichen Bodenordnung vertraut machen. Bitte Herr Müllen Sie haben das Wort.

Es spricht Hubert Müllen:

Sehr geehrter Herr Minister Hering, sehr geehrte Damen und Herren. Ich werde heute ein Impulsreferat, einen Impulsvortrag zum Thema ländliche Bodenordnung halten. Keine Sorge, meine Damen und Herren, es soll kein trockener Verwaltungsvortrag mit Paragraphen werden. Ich möchte heute zeigen, wie ländliche Bodenordnung und Tourismus miteinander zusammenhängen.

Sie sehen hier in der ersten Folie einen Weg und 1000 Parzellen. Wenn hier jemand etwas investieren will, dann ist er sofort mit dem Problem des zersplitterten Katasters konfrontiert. Ländliche Bodenordnung und Tourismus - kann das überhaupt zusammenpassen? Ländliche Bodenordnung ist auch bekannt unter dem Begriff der Flurbereinigung. Flurbereinigung und Tourismus - das waren früher zwei diametral gegeneinander laufende Begriffe. Wie kann Flurbereinigung und Tourismus zusammenpassen?

Seit einiger Zeit verfolgen Flurbereinigungsverfahren den integrierten Gedanken, sie machen also Projekte im Tourismus möglich. Wie dies seit einiger Zeit funktioniert, möchte ich Ihnen mit meinem Vortrag verdeutlichen. Ein Weg und 1000 Parzellen, damit das nicht so ist, wie hier auf dem Bild, muss die Chance der Bodenordnung verfolgt werden, um Nutzungskonflikte zu entflechten.

Meine Damen und Herren, kurz ein paar Wirtschaftsfaktoren zu Tourismus und zur ländlichen Bodenordnung. Die linke Seite brauche ich Ihnen nicht im Detail zu erläutern. In Rheinland-Pfalz werden mit dem Tourismus im Jahr 6,2 Mrd. € Nettoumsatz erzielt. Jeder 10. Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz hängt vom Tourismus ab. Jedes Jahr besuchen uns 7,4 Mio. Gäste, das ist eine fantastische Situation in Rheinland-Pfalz im Tourismus. Noch ein paar Zahlen zur ländlichen Bodenordnung: im Moment haben wir in Rheinland-Pfalz 638 Bodenordnungsprojekte durch die DLR, das sind die Dienstleistungszentren ländlicher Raum - die früheren Kulturämter, in Bearbeitung.

Die Gesamtfläche, die im Moment bearbeitet wird, umfasst 177.500 ha. Diese Verfahren sind natürlich in ganz unterschiedlichen Stadien, manche sind erst am Anfang, manche sind schon kurz vor dem Ende. Diese Zahlen muss man sich erst einmal verdeutlichen, um zu verstehen was ländliche Bodenordnung in Rheinland-Pfalz ausmacht.

Das Investitionsvolumen beträgt fast 19 Mio. € im Jahr, das ist das förderfähige Investitionsvolumen. Nimmt man das nicht förderfähige Investitionsvolumen hinzu, also die privaten Investitionen, so kommt man auf über 20 Mio. € im Jahr.

Kommen wir zum Thema Wein, Rheinland-Pfalz ist das Weinbauland Nummer 1. Riesling, Silvaner und Co - der deutsche Weinbau boomt. Zudem hat Weinwandern ein großes Potential, das sind hier die Schlagworte zum Thema ländliche Bodenordnung und Weinbau.

Beide haben Leitlinien, sowohl der Tourismus als auch die ländliche Bodenordnung. Im Tourismus gibt es das Touristische Entwicklungskonzept Rheinland-Pfalz, die meisten von Ihnen kennen es sicherlich. In der Bodenordnung sind es die Leitlinien Ländliche Bodenordnung. Wenn man diese Leitlinien einmal aufmerksam liest, dann stellt man fest, dass sich in beiden Papieren ähnliche Aussagen finden lassen. Auf der linken Seite z. B. steht im touristischen Entwicklungskonzept als Alleinstellungsthema das Erlebnis Weinkulturlandschaft. Weitere wichtige Themen sind das Trendthema Wandern und das Trendthema Naturlaub, also Urlaub auf dem Winzer- und Bauernhof. Weiterhin ist das Basisthema Radwanderland beschrieben.



Jetzt zur rechten Seite, bei den Leitlinien ländliche Bodenordnung habe ich nur einige Schwerpunkte herausgegriffen.

Ländlicher Tourismus und Kooperationen sind zu fördern. Ein weiteres Thema: Moderne Bodenordnungsverfahren wandeln sich von reinen Flurbereinigungen zu Kulturlandschaftsprojekten mit integrierten Ansätzen. Was das heißt, möchte ich Ihnen gleich noch anhand eines Beispiels demonstrieren.

Ein weiterer Punkt ist der folgende: Das Rad- und Wanderwegenetz ist im Bodenordnungsverfahren zu ergänzen und auszubauen. Das alles steht tatsächlich in den Leitlinien ländliche Bodenordnung aus dem Jahre 2006.

Vom großen ins kleine - bevor die ländliche Bodenordnung durchgeführt wird, gibt es in der Regel Entwicklungskonzepte für die ganze Region. Ich möchte zwei dieser Gesamtkonzepte kurz anreißen, mehr geht nicht in der kurzen Zeit.

Das erste Beispiel ist ein ILEK - das Integrierte ländliche Entwicklungskonzept Soonwald-Nahe aus dem Jahre 2006. Hierin werden eine ganze Reihe von touristischen Projekten vorgeschlagen, die in den nächsten Jahren auch umgesetzt werden. Zum Teil geschieht das mit Bodenordnung, zum Teil ohne Bodenordnung.

Das zweite Beispiel ist das sehr spannende Beispiel Erlebnis Weinkulturlandschaft Rheinhessen aus dem Jahre 2006. Hier lautet das Thema Wein, Tourismus und ländliche Entwicklung im Dialog. Hierbei ist der Dialog am wichtigsten. Es kommt nicht auf das sektorale Betrachten der Themen Wein oder Tourismus an, sondern auf den gemeinsamen Dialog und auf das gemeinsame Miteinander der Sparten.

Das sehen Sie hier an der kleinen Grafik die ich eingeblendet habe. Hier ist die Wertschöpfung der ländlichen Bodenordnung sehr schön zu erkennen. Also die Vernetzungen - wer arbeitet mit wem? Die Kulturlandschaft arbeitet mit dem Bereich Freizeit, Tourismus zusammen, mit den kommunalen Planungen und mit der Wasserwirtschaft, die Ökologie ist mit dabei, Nutzungskonflikte sollen entflochten werden, der Naturschutz ist mit darin, es geht um Zeitkapazitäten, die Struktur der Rebflächen soll optimiert werden - alles das ist zusammengefadelt, und wenn alle - eben sagte es der Minister so schön - wenn alle zusammenwirken, dass passt hier ganz genau, dann kann hier eine sehr gute Synergie erzielt werden. Unten rechts sehen Sie noch ein sehr interessantes und gelungenes Ergebnis der Erlebnisweinkulturlandschaft Rheinhessen: nämlich das Rheinhessen-Logo. Rheinhessen hat es also durch diese Konstellation soweit gebracht, dass es eine eigene Marke entwickelt hat. Von der Entwicklungskonzeption ist man jetzt also zu einer Dachmarke gekommen - ähnlich der Dachmarke Eifel.

Die Rheinhessenmarke - ich würde sagen, dass geht mit Volldampf weiter. Jetzt will ich ein paar Beispiele bringen zum Thema Bodenordnung im Verbund mit anderen Bereichen.

Das erste Beispiel dreht sich um die Themen Bodenordnung und Gemeindeentwicklung. Dies ist eine Kombination, die wir in den letzten Jahren häufiger hatten. Hier geht es um den Ort Duchroth, in diesem Ort wurde sehr viel gemeinsam gearbeitet, was Bodenordnung und Dorfentwicklung betrifft. In der heutigen Zeit gibt es aber weniger Bodenordnungsverfahren in den Gemeinden, also zur Umsetzung von Dorfentwicklungskonzepten.

Viel häufiger sind Kulturlandschaftsprojekte. Kulturlandschaftsprojekte sind heutzutage der Renner. Ich möchte Ihnen ein paar davon zeigen. Begleiten Sie mich auf einer kurzen Reise von der Eltz an die Selz. Die Eltz kennt jeder, die Burg Eltz in der Eifel. Die Selz liegt in Rheinhessen. Das hier ist ein kurzer Abriss des Kulturlandschaftsprojektes Eltztal / Eifel. Dies ist momentan in der Planung. Ein paar Kenn-daten dazu: Die Projektfläche beträgt 1.500 ha, es gibt ein interkommunales Projekt mit 12 Gemeinden im oberen Eltztal.

Das ist besonders wichtig, dass hier die Gemeinden nicht so gut wie notwendig zusammenarbeiten, sondern interkommunale gemeinschaftliche Projekte starten. Weiterhin ist die Landwirtschaft gefragt: die Offenhaltung der Elztalauen. Diese würden ohne Bodenordnung sicherlich zuwachsen.

Naturschutz durch Nutzung ist ein Stichwort, wenn in diesen Talauen keine Nutzung mehr wäre, würde auch die Attraktivität schwinden. Der Uferrandstreifen der Eltz, gemäß der Wasserrahmenrichtlinie wird hier ebenso umgesetzt werden wie ein Elztalradweg. Dieser wird eine Länge von 30 km haben und wäre ohne Bodenordnung nicht möglich.

Ebenfalls aus touristischer Sicht sind zwei Premiumwanderwege konzipiert, die ebenfalls mit der Bodenordnung umgesetzt werden sollen. Ich habe gehört, dass sich die Regierung dazu bekannt hat, die Begeisterung ist in jedem Falle vorhanden.

Noch mal zu dem Radweg. Sie sehen hier die Karte von radwanderland.de, Sie sehen hier auf der Karte das Radwegenetz von Osten aus bis in Richtung Mayen. Auf der linken Seite sehen Sie das Radwegenetz durch die Eifel, mit dem Eifel-Ardennen-Radweg. Es fehlt die Verbindung - es fehlt die Verbindung von Mayen nach Ulmen. Hier besteht die Möglichkeit, dass in dem Bodenordnungsverfahren diese Lücke zwischen Mayen und Ulmen auf Feldwegen, auf Wegen abseits der Straße als Elztalradweg geschaffen wird.

Ein weiteres Projekt wird der Premiumwanderweg um Monreal werden, im Rahmen des Elztal-Projektes. Auch hier ist es im Rahmen der Bodenordnung viel leichter, die Flächen für den Wanderweg auszuweisen. Das Thema Welterbe Limes ist eben schon genannt worden. Die Trasse verläuft natürlich durch verschiedene landwirtschaftliche Nutzflächen. Auch hier soll durch Bodenordnungsverfahren die Trasse wieder erkennbar gemacht werden. Die ersten Projekte sind angelaufen. Hier sehen Sie das Projekt Marienfels und das Projekt Berg/Taunus. Hier sollen durch Bodenordnungsverfahren die Trassen erkennbar und erlebbar gemacht werden. Außerdem sollen Wanderwege entlang der Trassen entstehen.

Ein weiteres bedeutendes Kulturlandschaftsprojekt ist das Calmont-Projekt. Dieses Projekt kennt möglicherweise fast jeder hier. Wandern im steilsten Weinberg Europas - das ist der Wanderweg durch diesen Weinberg. Ein paar Kenndaten dazu: Die Projektfläche beträgt 30 ha, hier wurde also der steilste Weinberg Europas reaktiviert. Dieser entstand in Kooperation von drei Gemeinden aus zwei Verbandsgemeinden. Im Jahre 2006 hatte der Calmont 40.000 Besucher! Der Flyer zu diesem Klettersteig wurde in 20 Sprachen übersetzt. Das Calmont-Projekt wurde aus Mitteln der Bodenordnung der EU-LEADER+ und aus Zuschüssen aus einem Förderverein finanziert.

Sie sehen hier das chinesische Beispiel, den chinesischen Flyer. Nun zu der dazugehörigen Bodenordnung, Sie sehen hier wieder die 1000 Parzellen. Nach der Bodenordnung sieht das dann viel besser aus für den Winzer - ein großes Stück zum bewirtschaften.

Dies ist ein gutes Beispiel einer Steilstlage mit hoher Qualität. Meiner Meinung nach ist das ein sehr gelungenes Beispiel, Weinbau und Tourismus zu vermarkten. Dieses Stück, das Sie hier sehen, gehörte vorher 25 Besitzern, heute hat es einen Bewirtschafter. Das sind 13.000 qm Weinbergsfläche von allererster Güte, heute erzeugt der Winzer 6.500 Flaschen Wein mit einem Durchschnittspreis von 15 € pro Flasche.

Das ergibt einen Umsatz von ca. 100.000 € pro Jahr. Daran sieht man, dass sich dieses Projekt gerechnet hat. Sie sehen hier noch ein Beispiel aus dem Calmont, eine Kombination aus der touristischen Destination Weg und dem Anlegen von Weinbergen. Dass es sich nicht nur um einen Weg von A bis B handelt das sehen Sie hier - es ist ein komplettes Wegenetz.

Ein großer Höhepunkt ist die Weinarena. Eine Weinarena mitten im steilsten Weinberg Europas. Das ist natürlich eine fantastische Sache. Wenn man einmal dort gewesen ist, kommt man mit Sicherheit wieder.

Ich zitiere Herrn Podzun, de Hauptgeschäftsführer der IHK Koblenz, aus einem Artikel, erschienen in der Rheinzeitung: Es bedarf der gezielten Ansprache jüngerer Konsumenten durch die Winzer. Schunkelromantik ist für diese Zielgruppe out! Das wird hier am Calmont geübt. In dieser Weinarena kann man den Gästen aus aller Welt fantastischen Wein anbieten und eine ausgezeichnete Landschaft zeigen. Von der Mosel ist das Beispiel des Klettersteiges zum Mittelrhein übergegangen. Hier sehen Sie ein Beispiel vom Ölsberg, dass ist auch ein Klettersteig, der wohl allen bekannt ist.

Im Bild sehen Sie die Reaktivierung von kleinen Weinbergen, im Zusammenhang mit ökologischen Flächen und dem Klettersteig. Die Kenndaten brauche ich Ihnen nicht vorzulesen, wichtig hier beim Ölsberg-Projekt ist die Finanzierung. Mittel der Bodenordnung, Mittel aus LEADER+ und Mittel der Deutschen Bahn sind hier zusammengefloßen, um das Projekt möglich zu machen.

Dieses Bodenordnungsverfahren konnte als Ausgleich für den Eingriff Dritter finanziert werden. Deutsche Bahn, EU und Bodenordnung haben sich hier zusammen getan, um das Projekt zu finanzieren. Insgesamt war das Projekt ein großer Erfolg - das sieht man daran dass der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau dort gewesen ist, um bei der Eröffnung dabei zu sein.

Mittlerweile kommen Wanderer aus allen Himmelsrichtungen um am Ölsberg, ähnlich wie am Calmont, die tolle Kulturlandschaft im Zusammenhang mit dem Weinbau wandernd zu erleben.

Noch ein Beispiel vom Mittelrhein. Das ist der Bereich Bacharach, hier geht es in einem Bodenordnungsverfahren darum, die Weinbergslage Bacharacher Posten zu erhalten. Hier geht es auch darum, eine touristische Problemlösung zu finden. Die Burg Stahleck hatte nämlich keine Verbindung zum Rheinburgenwanderweg. Deswegen ist hier auch das Bodenordnungsverfahren begonnen worden, um eine Verbindung des Rheinburgenwanderweges mit der anderen Seite zu schaffen.

Dieses Projekt ist von der Finanzierung her auch wieder ein Gemeinschaftsprojekt. Hier fließen Bodenordnungsmittel und Mittel der Wirtschaftsförderung - des Tourismus zusammen. Hier haben wieder mehrere Stellen gemeinsam Hand angelegt um die gemeinsame Sache auf die Beine zu stellen und zu finanzieren.

Hier sehen Sie den Stadtmauerrundweg Bacharach. Dieses Projekt wird im Jahre 2007 realisiert werden. Hier wird die praktische Lösung durch Bodenordnung umgesetzt werden, die Finanzierung erfolgt wieder mit Hilfe der Wirtschaftsförderung.

Naturschutz durch Nutzung ist auch ein Thema in Bacharach. Hier sehen Sie und erkennen Sie das neue Faltblatt. Es heißt: Der Orion in Bacharach. Der Orion ist ein sehr hübscher blauer Schmetterling. Dieser Falter wurde im Rahmen der Bestandsaufnahme des Bodenordnungsverfahrens Bacharacher Posten vorgefunden.

Im Rahmen der Bodenordnung besteht hier die Möglichkeit, für diesen hübschen Falter ein Biotop auszuweisen. Hier besteht die Möglichkeit, ein Demonstrationsbiotop zu schaffen, denn dieses Biotop liegt zufälligerweise genau am Rheinburgenwanderweg. Es gäbe sicherlich eine ganze Reihe von interessierten Schülergruppen, die sich dieses Schmetterlingsbiotop gerne ansehen würden.

Jetzt ein letztes Projekt aus Rheinhessen: Das Selztal-Projekt. Die Selz - ein nicht sehr schöner Fluss, der sich von den Mühlen über Alzey bis nach Rheinhessen durchschlängelt. Aber auch hier gibt es eine Reihe von Bodenordnungsprojekten zur Renaturierung. Dieses ganze Gebiet, das Sie hier erkennen können zwischen dem Weg und der Selz, wird im Rahmen des Bodenordnungsverfahrens dem Zweckverband Selztal zugeordnet werden. Das sind enorme Flächen, die hier in dem Besitz des Naturschutzes und der Wasserwirtschaft gelangen.

Last but not least, hat auch der Tourismus von dem Gesamtprojekt profitiert, Sie sehen hier den Selztalradweg. Im Rahmen dieses Projektes konnte man von hier einen Lückenschluss im Radwegenetz erreichen. Hier also wieder alle mit angepackt um eine optimale Gesamtlösung zu erzielen.

Hier noch ein paar Punkte von mir zum Abschluss - Punkte allgemeiner Art.

Was könnte man sich wünschen von der Bodenordnung, was könnte man sich wünschen vom Tourismus? In erster Linie würde ich mir eine noch intensivere Verknüpfung dieser beiden Sektoren wünschen. In dem einen Konzept steht nicht viel von Bodenordnung und in dem anderen Konzept steht nicht viel von Tourismus. Damit meine ich vor allem Details des touristischen Entwicklungskonzeptes. Aber ich denke, das lässt sich beheben, ich bin da ganz guter Dinge.

Zweitens ist mir die gegenseitige Information sehr wichtig, vor allem die Kollegen der Bodenordnung müssen wissen was die Tourismusstellen machen, was die Rheinland-Pfalz-Touristik GmbH macht. Auf der anderen Seite ist es für die Touristiker wichtig, zu wissen, was die DLR tun. Ich denke, hier sollte die gegenseitige Information verbessert werden. Synergieeffekte durch gemeinsames Handeln - das ist die Überschrift überall und immer.

Weiterhin wichtig ist der Informationsaustausch über Fördermöglichkeiten des Landes und der EU. Durch die EU, speziell durch die ELER-VO, können sehr viele touristische Projekte kofinanziert werden. Weitere wichtige Punkte zum Informationsaustausch sind Marketing, die Premiumwege, der Wanderwegeleitfaden, dass Radwanderland.de, dass HBR (Handbuch der Beschilderung von Radwegen), dass Projekt Naturlaub, usw..

Vor allem der Wanderwegeleitfaden ist eine Pflichtlektüre für jeden Bodenordner. Gemeinsame Projektfinanzierung, z. B. von Premiumprojekten, oder gemeinsame Veranstaltungen wie der Tourismustag Rheinland-Pfalz sind weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Ich bin der Meinung dass dieses Forum hier eine sehr gute Gelegenheit zum Austausch bietet. Hier gibt es viele Informationen zu den Themen Tourismus und Bodenordnung, herzlichen Dank.

Es spricht Herr Dietz:

Herzlichen Dank Herr Müllen, ein lebhafter Vortrag mit vielen Beispielen. Das war eine sehr gute Grundlage, so dass wir die Diskussion gut aufnehmen können. Wir können auch direkt überleiten zum nächsten Thema.

Wir haben in unseren Gesprächsrunden jetzt vier Themen. Es geht zunächst um Eingriffsmanagement, dann um Naturschutz, anschließend um Gemeindeentwicklung und schließlich um Weinbau. Diese Themen, die teilweise schon gestreift wurden, wollen wir nun gemeinsam mit kompetenten Experten aus der Region beleuchten.

Die Themen Natur und Tourismus wurden schon beleuchtet, wenn es nur diese beiden geben würde, wäre das eine schöne Welt. Eingriffe können jedoch auch aus anderen Gründen entstehen, sei es die Industrie oder sei es der Verkehr. Das sind Themen, bei denen weder der Naturschutz noch der Tourismus im Vordergrund stehen.

Ich darf Frau Becker von der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, als Obere Naturschutzbehörde, begrüßen. Diese Behörde ist zuständig dafür, was in der Naturlandschaft passiert.

Wenn es jetzt darum geht, dass Eingriffe passieren, worauf kommt es Ihnen dann ganz besonders an?

Es spricht Frau Becker:

Herr Dietz, ich würde mich gerne in den Reigen derer einordnen, die bisher gesprochen haben. Auch wir als Eingriffsmanagementbehörde - als Naturschutzbehörde sehen in erster Linie den Erhalt der Kulturlandschaft. Auch wir wissen, genau wie die Naturschützer und wie die Touristiker, um das Alleinstellungsmerkmal des Mittelrheins.

Dieses Alleinstellungsmerkmal ist eng verknüpft mit dem Landschaftsbild. Das Landschaftsbild zu erhalten, bedeutet aber die Kulturlandschaft zu erhalten.



Die Kulturlandschaft zu erhalten heißt in erster Linie, die Winzer und all die, die noch hier arbeiten bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Andererseits wissen wir auch, dass wir das nicht für das ganze Tal flächendeckend erreichen können.

Das heißt, wir müssen auch im Eingriffsmanagement Pilotprojekte und Leuchtturmprojekte organisieren. Ziel ist es, zumindest partiell die Kulturlandschaft zu erhalten. Wir können die Winzer bei ihrer Arbeit unterstützen, wenn wir die Streifen links und rechts neben den Grundstücken freihalten. Wir können es auch als Ausgleichsmaßnahmen akzeptieren, wenn Nischen freigehalten werden und wenn Weinbergsmauern aufgebaut werden.

Das andere sagte ich bereits, wir müssen große Leuchtturmprojekte entwickeln, anstatt kleinerer Projekte. Herr Müllen sprach es gerade an, ein ganz wichtiges Projekt war der Ölsberg. Das ist nämlich ein Projekt, bei dem nicht nur Bodenordnung und Tourismus sondern auch das Eingriffsmanagement mit einbezogen war. Dies haben wir als Ausgleichsmaßnahme anerkannt, um auch in diesem großen Projekt die Kulturlandschaft zu fördern.

Es spricht Herr Dietz:

Früher hatte man ja die klassische Haltung, dass es zu einem Eingriff gleich links daneben den Ausgleich gibt. Ist das noch zeitgemäß? Wie geht man in der Praxis vor?

Es spricht Frau Becker:

Das ist im Grunde nicht mehr zeitgemäß. Wenn wir einen Eingriff haben und an gleicher Stelle den Ausgleich durchführen wollen, dann haben wir in kurzer Zeit einen Flickenteppich geschaffen. Das sind kleine Maßnahmen, die so gar keiner wahrnimmt und die auch sehr schwierig zu bewirtschaften sind. Deshalb ist es viel sinnvoller, in Naturräumen zu denken. Wir sehen das ganze Welterbe als einen Kulturraum, als einen Naturraum an. Maßnahmen die irgendwo stattfinden, kann man aus unserer Sicht im gesamten Mittelrheintal ausgleichen.

Somit hat man ganz andere Gestaltungsmöglichkeiten und auch ganz andere Bewirtschaftungsmöglichkeiten.

Es spricht Herr Dietz:

Vielleicht sollten wir an dieser Stelle auch noch einmal tiefer in die Praxis eindringen. Rechts von mir steht Frau Dr. Kübler vom Büro Dr. Kübler. Sie ist eine profunde Kennerin des Mittelrheintals. Man sagt, sie kenne jede Fledermaus am Mittelrhein persönlich.

Sie kennt viele Details und ist in vielen Projekten involviert. Das Projekt Ölsberg ist schon zweimal angesprochen worden, vielleicht können Sie dieses Projekt noch einmal verdeutlichen. Was ist dabei das Einmalige, was ist dabei das Besondere?

Es spricht Frau Dr. Kübler:

Schade, dass wir das schöne Bild des Herrn Müllen gerade nicht hinter uns sehen. Wir haben dieses Bild bereits im Jahre 2002 fotografiert, damals war ein stark verbuschtes Weinlandschaft zu sehen. Wir hatten das von der gegenüberliegenden Seite fotografiert, von dort aus kann man es besser sehen.



Es sind am Ölsberg über 22 ha der Deutschen Bahn entbuscht und teilweise wieder mit Weinbau kultiviert worden. Weiterhin wurde eine Monorackbahn installiert, es wurden Wege gebaut. Die Trockenmauern die dort errichtet worden sind, dienen insbesondere dem Zweck, den Winzern zu helfen. Natürlich wurden die landespflegerischen Maßnahmen um den Weinbau herum gruppiert. Die Verbuschung wurde zurückgedrängt, u. a. durch Schafbeweidung oder hier am Ölsberg auch durch Ziegen.

Teilweise führt auch der Ölsbergsteig mitten durch das Ziegengatter hindurch. Dadurch kann man auch sehen, was alles zur Landwirtschaft dazu gehört. Früher lief dem Winzer meistens eine Ziege hinterher. Innerhalb der letzten 10 Jahre waren die Ziegen aus unserem Landschaftsbild verschwunden. Jetzt haben wir sie praktisch wieder belebt.

Auf kleinen Teilen ist auch der Obstbau wieder zu seinem Recht gekommen. Es wurden Weinbergspfirsiche und andere Pflanzen angepflanzt. Somit ist eine sehr vielseitige Kulturlandschaft entstanden. Auch die Bewirtschaftungsform im Weinbau ist weiter entwickelt worden, wir haben es jetzt mit einer anderen Terrassenform zu tun.

Statt die Reben mit dem Hang anzulegen, haben wir jetzt eine Querterrassierung angelegt. Das hat verschiedene Vorteile, auf die ich jetzt nicht im Einzelnen eingehen kann.

Es spricht Herr Dietz:

Man kann es sich ja vorstellen, dass es da noch vielmehr zu erzählen gäbe. Aber zu welchem Thema ich noch einwenig mehr wissen möchte, ist die Vernetzung.

Wer muss denn alles mitmachen, damit es funktioniert? Wo gibt es vielleicht noch Schwierigkeiten?

Es spricht Frau Dr. Kübler:

Ich muss Ihnen sagen, es gab nur ganz wenig Schwierigkeiten, was die vernetzte Zusammenarbeit betrifft. Die Kommunen, also die Gemeinden und die Verbandsgemeinden arbeiten in ihrer neuen Organisationsform, dem Zweckverband, noch besser zusammen. Diese Kommunen haben sich zusammen mit den Winzern intensiv an das Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum in Simmern gewandt. Die Weinbauern aber auch die Gärtner haben sich immer öfter an das DLR gewandt, je mehr Weinberge und Gärten wieder belebt wurden.

Beispielsweise wurde die Herstellung von Edelbränden, etwa aus Birnen wieder belebt. Die Zusammenarbeit zwischen den Winzern, den Kommunen, dem DLR und der Oberen sowie Unteren Naturschutzbehörde hat einwandfrei funktioniert. Zusammen mit Herrn Müllen haben wir verschiedene Projekte auf den Weg gebracht, so dass letztlich der Weinbau als Landschaftsbild wieder in Wert gesetzt wurde.

Es spricht Herr Dietz:

Viel Lob also für die Beteiligten, ich muss dazu sagen, dass war nicht abgesprochen. Ein paar Mal ist schon das Stichwort „Erhalt durch Nutzung“ gefallen. Normalerweise nimmt man das ja als Gegensatz auf, Naturschutz auf der einen Seite und Bewirtschaftung, also marktwirtschaftliche Orientierung auf der anderen Seite.

Ist das wirklich ein Gegensatz?



Es spricht Frau Becker:

Ganz im Gegenteil, ich sagte es ja gerade, Naturschutz ist gleich Kulturlandschaftsschutz. Die wichtigste Maßnahme für den Naturschutz im Tal ist der Weinbau. Dort wo wir keinen Weinbau betreiben können, sollten wir über andere Maßnahmen nachdenken. Damit meine ich die Rodung, also die Freihaltung oder die Beweidung durch Schafe oder Ziegen. Das ist auch eine Form der Landwirtschaft.

Wir haben im Mittelrheintal und auch im Naturpark Nassau die größte Ziegenherde, die praktisch als Rasenmäher in der Landschaft unterwegs ist. Besonders wichtig ist mir auch die Wertschöpfungskette. Wenn man darüber nachdenkt, was beim Wein vermarktet wird, und was bei diesen anderen Maßnahmen vermarktet wird, dann sollte man es hinkriegen, dass hier gleichermaßen Wertschöpfungsketten entstehen.

Dabei brauchen wir noch weitere Partner, z. B. die Gastronomie. Die Gastronomen, so denke ich, müssten sich verpflichtet fühlen, die Produkte aus dem Tal zu vermarkten. Hier gibt es eine Möglichkeit, das Alleinstellungsmerkmal noch mal zu verdeutlichen. Es sollte Ziegenfleisch und Ziegenkäse, Obst u.v.m. direkt vermarktet werden.

Und noch etwas möchte ich noch einmal verdeutlichen: Die Bodenordnung, die früher ein Gegensatz zum Naturschutz war, ist heute zusammen auch mit dem Tourismus ein wichtiger Partner. Hier gibt es viele Synergieeffekte. Auch der Rheinsteig würde sich ohne die Kulturlandschaft nicht vermarkten lassen.

Es spricht Herr Dietz:

Frau Dr. Kübler, auch wenn alles so wunderbar läuft, gibt es nicht doch noch etwas, bei dem Sie sagen würden: davon bräuchten wir mehr! Oder gibt es nicht doch noch etwas was nicht so gut läuft? Wenn Sie noch einen Wunsch frei hätten, was würden Sie sich wünschen?

Es spricht Frau Dr. Kübler:

Ich wünsche mir, dass die Netzwerke noch besser funktionieren als bisher. Ich wünsche mir weiterhin dass der Naturschutz und die bewirtschaftende Landwirtschaft und der Weinbau noch besser bei den Projekten zusammen arbeiten, als sie das bisher schon taten.

Es spricht Herr Dietz:

Wunderbar. Herzlichen Dank. Natürlich werden alle Teilnehmer im Anschluss an die Gesprächsrunden noch die Möglichkeit haben, nachzufragen.

Es schließt sich wunderbar die nächste Gesprächsrunde an mit dem Gesprächspartner Dr. Erwin Manz. Herr Manz ist Geschäftsführer des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Rheinland-Pfalz, also von Berufs wegen Naturschützer.

Er gibt denen eine Stimme, die nicht mitdiskutieren können. Pflanzen und Tiere können ja nicht selber diskutieren. Wenn wir über ländliche Entwicklung sprechen, wenn wir über Wirtschaft oder Tourismus sprechen, dann kann man dies leicht messen. Es gibt Übernachtungszahlen, es gibt Wertschöpfung, es gibt Arbeitsplätze. Mich würde interessieren, wie messen Sie denn Erfolg aus Sicht des Naturschutzes?

Es spricht Dr. Manz:

Dies messen wir an den Arten, an der Artenvielfalt aber auch an der Mannigfaltigkeit der Arten, die vorkommen. Das sind die entscheidenden Fragen. Sind die Arten da? Man kann nicht alles zählen, aber auf einige Leitarten kommt es an. Es sind Arten dabei, die von der Nutzung profitieren, es gibt aber auch Arten, die sehr störepfindlich sind.

Diese sind nicht nutzungsverträglich. Weiterhin gibt es aber auch Arten, die eine völlig Natur belassene Landschaft benötigen.

Auch diese Arten müssen wir im Auge behalten, wenn wir über Naturschutz durch Nutzung reden.

Es spricht Herr Dietz:

Wenn man über Naturschutz und Tourismus redet, in welche Bereiche sollte man dann die Touristen lenken? Was ist ihnen dabei wichtig?

Es spricht Herr Dr. Manz:

Zunächst einmal sind wir sehr froh darüber, wenn Menschen in die Natur gehen. Beim Erkunden, beim kennen lernen, und beim Wahrnehmen der Natur haben wir ein sehr großes Defizit. Vor allem Kinder und Jugendliche kennen meiner Ansicht nach die Natur zu wenig. Bei der Frage, wo die Leute nun hingehen sollen, muss man einfach sehen, dass einsame Waldgebiete, einsame Schilfgebiete und Seenufer extrem störepfindlich sind.



Es gibt andere Gebiete, wie z. B. den Rheinsteig, wo der Mensch schon immer gewirkt hat, in denen nicht diese große Störepfindlichkeit da ist. Teilweise müssen dort zugunsten der Verkehrssicherheit jedoch schöne alte Bäume gefällt werden.

Wenn solche Vorkehrungen getroffen werden müssen, sind zu viele Besucher auch wieder schädlich. Auch so manche Radwegeplanung wird teilweise zu Lasten von besonders schönen Ecken durchgeführt. Wichtig ist es, Respekt vor der besonderen Schönheit der Natur zu haben.

Es spricht Herr Dietz:

An bestimmten Stellen wird es da sicherlich nicht ohne Interessenkonflikte funktionieren. Auf der anderen Seite kann man ja auch viel stärker in die Offensive gehen, ich weiß, dass Sie sich dafür engagieren, Mensch und Natur näher zusammenzubringen.

Zum einen geht es dabei um die Sensibilisierung für die Natur, zum anderen aber auch um die touristische in Wertsetzung der Natur. Welche Ansatzpunkte sehen Sie da vor allem?

Es spricht Herr Dr. Manz:

Vor allem ist der ganze Ansatz den wir hier haben, zu begrüßen, dass wir also versuchen, die Synergieeffekte herauszuholen. Hier versuchen wir zu zeigen, wie der Naturschutz, wie der Tourismus, und wie die Landwirte sowie die Winzer davon profitieren können.

Ich möchte hier zwei Beispiele nennen, bei denen Tourismus und Naturschutz intensiv miteinander zu tun haben und voneinander profitieren. Das eine ist ein Beispiel aus dem Mittelrhein, bei dem der Naturschutz schon seit vielen Jahren an der Offenhaltung der Landschaft beteiligt ist. Ich nenne hier nur das E und E-Projekt, und die Dorscheider Heide, bei dem mehrere 100 ha Landschaft offen gehalten worden sind. Das ist heute die Top-Erlebnisregion für Wanderer, hier profitiert also der Tourismus sehr intensiv vom Naturschutz.

Das ist das eine Beispiel das ich nennen wollte, das andere Beispiel ist ein sehr junges Beispiel. Es wurde in einem ILEK-Prozess geboren. Wir bilden in Trägerschaft der DLR und in Kooperation mit Umweltverbänden und der Forstverwaltung und anderen zertifizierte Natur- und Landschaftsführer aus.

In der Region Soonwald-Nahe hat vor kurzem ein Kurs begonnen, die Teilnehmer sind derzeit in der Prüfung. Ich habe gehört, sie würden ausgezeichnete Prüfungen hinlegen.

Das ist eine hervorragende Sache, weil wir neue Leute im Naturschutz schulen und stärker für die Sache sensibilisieren.

Die Teilnehmer werden vor allem darin geschult, es den Gästen näher zu bringen, und dadurch deren Sensibilität zu erhöhen. Es sind also Kontaktpersonen da, die zwischen Mensch und Natur vermitteln können, die aber auch warnen können - Achtung, bis hier und nicht weiter.

Das ganze hat außerdem einen wirtschaftlichen Effekt. Diese Leute bekommen später Geld dafür von den Menschen, die sie führen. Sie haben dadurch also ein kleines Nebeneinkommen. Das Ganze lässt sich auch noch als Zusatzangebot für Winzer oder Gaststätten nutzen.

Es spricht Herr Dietz:

Denken Sie dass dieser Markt Naturführung Zukunft hat?

Es spricht Herr Dr. Manz:

Ich denke, dass es sich hier um einen Wachstumsmarkt handelt. Es gibt viele Menschen, die festgestellt haben, dass eine Entfremdung zwischen Mensch und Natur eingesetzt hat. Wir müssen jedoch aufpassen, dass dies nicht zu einem reinen marktwirtschaftlichen Projekt wird. Hier sehe ich auch den Staat in der Verpflichtung, aufzupassen, dass auch weiterhin Naturschutzangebote zur Verfügung stehen.

Es kann sich auch nicht jeder einen Urlaub leisten, bei dem jedes Detail der Natur gezeigt wird, es muss auch ganz normale Angebote geben, bei denen man die Natur wahrnehmen kann.

Es spricht Herr Dietz:

Auch an Sie die Frage, was muss besser werden, was muss anders werden, was kann man tun?

Es spricht Herr Dr. Manz:

Wir haben schon den Naturschutz durch Nutzung angesprochen, und genau das ist hier die entscheidende Frage. Haben die Landwirte in Zukunft das Geld dafür, dass sie einerseits vom Naturschutz leben können, dass aber auch die Natur etwas davon hat? Ich meine damit die Agrarumweltprogramme und all das, was unter der 2. Säule der Agrarförderung läuft. Das halte ich für sehr wichtig, um die ländlichen Räume zu entwickeln und um den Landwirten ein Einkommen zu geben.

Es gibt Studien, dass dies tatsächlich einen positiven Arbeitseffekt auch in anderen Branchen hat. Mit der 2. Säule kann der gesamte landwirtschaftliche und ländliche Raum gestärkt werden - diese muss erhalten und noch ausgebaut werden. Sollen diese Gelder in intensiv Anbauregionen gehen, in denen der gesellschaftliche Effekt nicht so groß ist oder in Mittelgebirgslandschaften, in Grenzertragsgebiete, wo ja der überwiegende Teil der Mittel in der 2. Säule zu finden ist.

Es spricht Herr Dietz:

Herzlichen Dank Herr Dr. Manz, dass waren einige gute Ansätze.

Ich darf jetzt bei mir begrüßen: Herr Dr. Walter Bersch, als Bürgermeister von Boppard, sozusagen der Hausherr und Herr Backes, als Architekt und Dorfplaner seit vielen Jahren in Dorferneuerungsprozessen in Rheinland-Pfalz tätig.

Wir möchten besonders beleuchten, was in den Innenstädten und Dörfern passiert. Stichworte wie die demografische Entwicklung sind gefallen, davon hängt natürlich auch der Tourismus ab. Dörfer und Städte müssen ein entsprechendes Bild abgeben. Sie müssen funktionieren, und ihren Charakter auf angemessene Art und Weise bewahren.

Herr Backes, ich möchte mit Ihnen anfangen. Sie beschäftigen sich sehr intensiv damit, was in den Ortskernen passiert. Nennen Sie uns doch ganz kurz einige Punkte, auf die es ankommt.

Es spricht Herr Backes:

In den letzten Jahren sind schon einige Schritte unternommen worden, um von der großzügigen Ausweisungen von Neubaugebieten wegzukommen. Durch die Eigenheimzulage und durch die Umstellung der Förderprogramme hat sich das schon teilweise geändert. Die innerörtliche Siedlungsentwicklung müsste noch stärker in den Vordergrund rücken, dass wird in Zukunft Schwerpunkt sein.

Wenn Sie sehen, dass in den Ortskernen fast 50% der Gebäude leer stehen, dann ist das meiner Ansicht nach das größte Problem, das im ländlichen Raum besteht. Früher waren diese Gebäude Scheunen, große Bauernhäuser, und andere landwirtschaftliche Gebäude. Die Frage lautet: Wie bekommen wir wieder Leben in die Dorfkerne? Es wird in Zukunft verstärkt auf eine restriktivere Siedlungspolitik ankommen.

Das heißt, dass weniger Neubaugebiete ausgewiesen werden und die Siedlungsentwicklung im inneren mehr gefördert werden muss.

Es spricht Herr Dietz:

Das klingt ja alles sehr restriktiv. Wo gibt es nun aber positive Aspekte, wo gibt es Anreize die dazu ermuntern, den Innenbereich zu entwickeln?

Es spricht Herr Backes:

Die Dorferneuerung, ein Instrument das schon den 80er Jahren gibt, bietet schon sehr gute Ansätze. Es gibt bestimmte Bereiche, wo man die Förderung etwas regulieren und etwas nachsteuern könnte. Mir fällt da sofort der Tourismus ein. Gastehäuser, deren Erneuerung sehr kostspielig ist, dürfen auch nur bis 20.000 € gefördert werden. Da fehlt etwas, um den Tourismus auf dem Lande zu fördern.

Wenn Sie einen Scheunenausbau haben, der ja vergleichbar ist mit einem Neubauprojekt, dann hilft die Förderung einfach über diese großen Kosten hinweg. Es ist ein Irrglaube, dass man den Ausbau einer leer stehenden Scheune günstiger hinbekommt als einen Neubau. Es ist sehr große Überzeugungsarbeit zu leisten. Hin und wieder gelingt uns das. Es gibt drei Gemeinden, da haben wir es geschafft, innerhalb von 10 Jahren 25 leer stehende Scheunen auszubauen. Das sind Gemeinden mit ein paar 100 Einwohnern. Es gibt andere, viel größere Gemeinden, da gelingt uns gar nichts.

Das ist sehr von der Lage und von der Mentalität abhängig.

Es spricht Herr Dietz:

Woran liegt das aus Ihrer Sicht?

Es spricht Herr Backes:

Das ist sehr schwer zu beurteilen, es hängt stark von dem Engagement der Leute vor Ort ab. Es hängt stark vom Gemeinderat ab und davon ab, ob die Leute die Prozesse verinnerlichen und uns ernst nehmen. Wenn 1 oder 2 gute Beispiele da sind, dann gibt es oft ein Dominoeffekt.



Diesen kann man bewusst inszenieren und unterstützen. Man kann die positiven Beispiele immer wieder aufzeigen, kann zeigen wo es funktioniert hat, kann Fahrten organisieren zu Gemeinden, in denen es gelungen ist. Man muss auch die Öffentlichkeitsarbeit intensivieren. Ich erlebe es immer wieder, dass es in Gemeinden Dorferneuerungskonzepte gibt, die seit 10 bis 15 Jahren in den Schubladen liegen und nicht beachtet werden.

Es spricht Herr Dietz:

Es ist also noch viel Bewusstseinsbildung zu betreiben. Das bezog sich jetzt auf kleinere Gemeinden. Stellvertretend für die größeren Städte steht hier Herr Dr. Walter Bersch, der Bürgermeister von Boppard. Größere Städte haben oft ganz anders geartete Probleme. Wenn Sie uns kurz drei Punkte nennen würden, wo drückt für Sie der Schuh, wenn es um die Weiterentwicklung Boppards geht?

Es spricht Dr. Bersch:

Boppard ist zwar eine Stadt, wenn man aber genauer hinsieht, dann sieht man, Boppard besteht aus vielen Einzelteilen. Wir sind sehr ländlich geprägt. Bei den Dingen, die hier angesprochen worden sind, sind wir m. E. auf einem sehr guten Weg. Ob das die Bodenordnung ist, ob das die Dorferneuerung ist oder ob das die Stadtsanierung ist.

Das zentrale Instrument scheint mir die Bodenordnung zu sein, vor allem im Mittelrheintal, aber auch auf den Höhenlagen. Mit der Bodenordnung schaffe ich es nicht nur, Ordnung in die Fluren, in die Landschaft zu bringen, sondern ich schaffe auch eine gewisse Ordnung in den Ortslagen. Was die Stadtsanierung und die Dorferneuerung angeht, haben wir die richtig ganz große Probleme nicht. Wir haben nicht so einen gravierenden Bevölkerungswechsel. Die Leerstände halten sich noch in Grenzen.

Es gibt jedoch zwei große Faktoren, die sehr einschränkend sind. Insbesondere in den kleineren Gemeinden am Rhein ist das der Bahnlärm. Da nützt auch die beste Dorferneuerung nichts um hier hochwertige Wohnlagen zu schaffen. In den Gemeinden auf den Höhen findet Dorferneuerung statt und in den Gemeinden am Rhein findet Dorferneuerung statt. Trotzdem haben wir am Rhein einen gewaltigen Bevölkerungsrückgang.

Bei aller Herrlichkeit, wenn man über den Rhein blickt, ist doch der pausenlos störende Bahnlärm sehr erdrückend.

Es spricht Herr Dietz:

Jetzt haben wir aber auch viel über die Zusammenarbeit in der Region gehört. Jetzt haben wir sehr viel über sämtliche Entwicklungen im Zusammenhang mit Kirchturmsdenken diskutiert. Die Leute müssen sich als eine Einheit empfinden. Sie sagten im Vorfeld, mit dem Zweckverband als Instrument funktioniert das hier sehr gut. Was bewährt sich an diesem Zweckverband, und was müsste verbessert werden?

Es spricht Herr Dr. Bersch:

Zur Kommunalpolitik gehört natürlich das Klischee mit der Kirche im Dorf. Das mag vielerorts so sein, am Rhein gibt es das jedoch weniger und zwar aus ganz praktischen Gründen. Nach der Anerkennung des Welterbes haben wir das hier hervorragend organisiert. Seitdem gibt es den Zweckverband, in diesem sind alle Kommunen Mitglieder. Der Landrat Kern ist der Vorsitzende, der Landrat des Rhein-Hunsrück-Kreises ist der Stellvertretende Vorsitzende. Im Zweckverband gibt es eine sehr detaillierte Projektliste. Da steht im Grunde genommen alles drin.

Die einzelnen Bürgermeister haben zwar Kirchtürme, aber sie sind eigentlich pausenlos damit beschäftigt, die einzelnen Projekte, die auf der Agenda des Zweckverbandes stehen, umzusetzen. Der Tag hat 24 Stunden, 48 wären wesentlich besser, dann könnten wir die Projekte schneller umsetzen.



Es spricht Herr Dietz:

Das klingt nach einer sehr guten Strategie, die da eingeschlagen worden ist. Wenn Sie in die Zukunft blicken, was wünschen Sie sich?

Es spricht Dr. Bersch:

Vieles könnte noch besser werden. Das ist gar keine Frage. Denkmalschutz könnte finanziell noch besser unterstützt werden. Das Eingriffsrecht der Kommunen müsste ggf. gestärkt werden. In Boppard haben wir den größten Rheinstreifen der ganzen Welt. Wenn Sie hier entlang gehen, dann werden Sie auf ein Hotel treffen mit dem Namen Hirsch. Die Eigentümerin hat alle möglichen Dinge im Kopf, nur nicht dieses Objekt in eine vernünftigen Verwertung, geschweige denn in eine Bewirtschaftung, kommen zulassen.

Das Unkraut wächst in Blumentöpfen, es fallen Dachziegel vom Dach. Wir in der Stadtverwaltung kriegen dann gelegentlich die Frage: Warum tut ihr da nichts? Da bleibt es für mich nur übrig, auf die Gesetzeslage hinzuweisen, und darauf, dass es eben kompliziert ist. Da wäre es mir ganz recht, wenn ich da als Bürgermeister mehr machen könnte.

Es spricht Herr Dietz:

Zum Schluss noch eine Frage an Herrn Backes. Wenn Sie die Möglichkeit hätten, dass rheinland-pfälzische Dorferneuerungsprogramm für die nächsten 10 Jahre vorzuschreiben, was würden Sie dort rein schreiben?

Es spricht Herr Backes:

Deutliche Verbesserungen sollte es bei gewerblichen und touristischen Ansiedlungen geben. Weiterhin wäre es wünschenswert, gezielt kleinere Lösungen zu finden. Es wäre wünschenswert, wenn die Beteiligten auf dem kurzen Dienstwege Entscheidungen treffen könnten, weiterhin wären Maßnahmen wünschenswert die dazu geeignet sind, das Ortsbild zu gestalten.

In diesem Zusammenhang wären auch kleinere Maßnahmen sehr hilfreich. Weiterhin befürworte ich eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, so dass das Thema noch mehr in die Köpfe kommt.

Es spricht Herr Dietz:

Recht herzlichen Dank. Zur letzten Gesprächsrunde darf ich jetzt begrüßen, zu meiner linken Seite Herrn Ingo Steitz, er ist der Präsident des Weinbauverbandes Rheinhessen, zu meiner rechten Seite Herrn Florian Weingart, Winzer aus Spay.

Herr Weingart, es ist viel über Erhalt durch Nutzung gesprochen worden, es ist viel über die Winzer gesprochen worden, jetzt ist es Zeit, dass Sie selbst zu Wort kommen. Vielerorts fallen Weinbauflächen brach, sie wirtschaften jedoch gegen den Trend und reaktivieren Flächen. Warum?

Es spricht Herr Weingart:

Wir haben zwei ha Rebfläche rekultiviert. Gegen den Trend haben wir das mit 95% Eigenleistung gemacht. Meine Frage ist, ob die Strukturpolitik die Entwicklungsgrundlage sein kann, und ob nicht vielmehr auch auf Eigeninitiative gesetzt werden müsste. Wenn man immer wieder mit Initiativen und Förderprogrammen arbeitet, dann führt das auch zu einer gewissen Entmündigung des Weinbauern und des Bürgers. Es muss den Leuten möglich gemacht werden, Eigeninitiative zu entfalten.

Es spricht Herr Dietz:

Es gibt einige Ansatzpunkte, ich würde gerne erstmal noch den Naturschutz durch Nutzung beleuchten. Wie widersprüchlich haben Sie das anfangs empfunden? Sie sagten es gab dort zunächst einige Konflikte. Können Sie das ein wenig beleuchten?

Es spricht Herr Weingart:

Herr Manz hat vorhin beleuchtet, dass es Arten gibt, die durch Nutzung gefördert werden - also auch durch Kulturlandschaft und Weinbau.

Der Naturschutz ist meiner Meinung nach zu kontraproduktiv, da er einseitig darauf ausgerichtet ist, die Eingriffe durch den Menschen zu bremsen. Es muss Mechanismen geben, die Synergien zwischen Nutzung und Naturschutz erst möglich machen.

Es spricht Herr Dietz:

Sagen Sie doch einmal konkret, was sie mit den brach gefallen Flächen machen.

Es spricht Herr Weingart:

Wir haben in der Gemarkung Boppard 1,5 ha Rebfläche rekultiviert. In der Gemarkung Spay haben wir 3 ha rekultiviert und einen 3/4 Hektar wieder weinbaulich in die Nutzung überführt. Der Rest wird momentan durch einen Schäfer beweidet.

Es spricht Herr Dietz:

Profitieren Sie direkt von begleitenden Naturschutzmaßnahmen?

Es spricht Herr Weingart:

Wir konnten davon leider nicht profitieren. Ich habe die Zahlen von dem Ölsbergprojekt gelesen. Dort sind schätzungsweise 250.000 € pro ha investiert worden. Ich könnte mich jetzt also freuen über einen Scheck über 400.000 € von Herrn Minister Hering. Wir haben das Projekt allerdings privat finanziert. Man muss natürlich auch diese unterschiedlichen Strukturen sehen. Letztendlich kommt die Privatinitiative dem Staat aber günstiger.

Es spricht Herr Dietz:

Spannende Thesen, die sicherlich guten Nährstoff für die Diskussion bieten. Herr Steitz, wie sehen Sie dieses Dilemma zwischen Eigeninitiative und Strukturpolitik?

Es spricht Herr Steitz:

Für uns gibt es da kein Dilemma, so lange sich die Strukturpolitik auf die Impulse beschränkt. Im zweiten Ansatz muss es jedoch darum gehen, die Betroffenen mitzunehmen. Die Betroffenen mitzunehmen heißt auch, Eigeninitiative zuzulassen.

Wir legen großen Wert darauf, die Betroffenen immer mitzunehmen. Wenn man die Leute immer mitnimmt, kann man auch so ein Projekt wie die Kulturlandschaft Rheinhessen zum Erfolg führen. Die Instrumente der ländlichen Bodenordnung kommen ja aus einer sehr landwirtschaftlichen Sicht und sollen weiter entwickelt werden.

Es spricht Herr Dietz:

Sie kommen ja auch aus dem Bereich Landwirtschaft und Weinbau. Wie sehen Sie denn die Entwicklung der ländlichen Bodenordnung von der klassischen Variante hin zu der heutigen integrierten Variante?

Es spricht Herr Steitz:

Das lässt sich natürlich verbinden. Die Betriebswirtschaft ist nach wie vor ein wichtiges Ziel für uns. In der Ecke, aus der ich komme, haben wir kein Problem mit brach liegenden Flächen oder Verbuschung. Wir haben 25.000 ha Rebfläche, welche komplett in der Bewirtschaftung drin ist. Das gleiche gilt für das Ackerland. Allerdings haben wir festgestellt, dass der Weintourismus in letzter Zeit untrennbar mit den aktiven Betrieben also mit der marktwirtschaftlichen Komponente verbunden ist.

Deswegen sind die aktiven Betriebe auch diejenigen, die die Schwerpunkte auf die touristische Komponente in der Bodenordnung legen. Diese aktiven Winzer müssen die passiven Beteiligten überzeugen. Die Passiven sind über 60% der Eigentümer.

Jetzt bin ich schon bei dem dritten Partner, der damit zu tun hat, nämlich bei der Kommunalpolitik. Hier wünsche ich mir eine viel stärkere Unterstützung. Bei der Überzeugungsarbeit der passiven Eigentümer.

Das Ziel ist es, Betriebswirtschaft, Tourismus und Naturschutz zu vereinen.

Es spricht Herr Dietz:

Das war fast schon die Antwort auf die Frage, die ich gerne zum Schluss noch gestellt hätte. Wie kann das denn konkret aussehen? Was wünschen sie sich?

Es spricht Herr Steitz:

Ich wünsche mir, dass man in Rheinland-Pfalz stärker in Regionen denkt, und zwar in Regionen, die mit kommunalpolitischen Strukturen nichts zu tun haben.

Ich komme aus Rheinhessen, diese Region besteht aus zwei Landkreisen. Das Bestehen dieser beiden Landkreise stellt sich mittlerweile als Hemmschuh für unser Projekt Weinkulturlandschaft Rheinhessen dar. Das gleiche gilt auch für das hiesige Gebiet, das Mittelrheintal. Ich als Beobachter von draußen halte es für das beste für diese Region, eine kommunale Gebietskörperschaft für den ganzen Mittelrhein zu schaffen. Ich als Winzer bin unbedingt darauf angewiesen, dass das Mittelrheintal funktioniert.

Zu mir auf den Hof kommt keine Gruppe von Touristen, die nicht mindestens einen halben Tag an den Mittelrhein gebracht wird und bewusst auch dort hin will. Deshalb wollen wir in Rheinhessen, dass dieses Mittelrheintal wirtschaftlich und touristisch funktioniert.

Da müssen die Gebietskörperschaften einfach vielmehr miteinander kooperieren. Was uns fehlt, ist einer der steuert, einer der Gas gibt und einer der letzten Endes auch den Tank füllt. Das muss eine Person sein, und die fehlt uns in Rheinhessen zurzeit, um unsere Planungen zur Durchsetzung zu bringen.



Es spricht Herr Dietz:

Besten Dank, ein tolles Beispiel für überregionale Kooperation. Herr Weingart, Sie hatten einen Appell für die Eigeninitiative gestartet. Was müsste aus Ihrer Sicht passieren, dass mehr Eigeninitiative zum Zuge kommt?

Es spricht Herr Weingart:

Am Mittelrheintal sind seit über 10 Jahren die Weinbaubetriebe unwirtschaftlich. Da ist es schwer, mit Eigeninitiative etwas auf die Beine zu stellen. Es gibt einige junge Absolventen der Weinbauschulen, man könnte diese in Form von Ansiedlungsprojekten, in Form von Einzelprojekten, Chancen anbieten.

Es spricht Herr Dietz:

Besten Dank an Sie Beide.

Meine Damen und Herren, ich denke es gibt viele Ansatzpunkte für die Diskussion. Während wir jetzt hier vorne ein wenig umbauen, haben Sie die Möglichkeit sich mit ihren Nachbarn auszutauschen. Sie können sich Fragen und Anregungen überlegen, denn gleich haben wir eine ¼ Stunde Zeit, um zu diskutieren.

Meine Damen und Herren, Feuer frei für Ihre Fragen, jetzt sind Sie dran. Ich denke es gibt sehr viel Stoff für Diskussion. Es geht also um Fragen zur Weiterentwicklung der ländlichen Regionen. Während jetzt schon die ersten Wortmeldungen kommen, noch ganz kurz zu den Spielregeln.

Formulieren Sie Ihre Fragen bitte kurz, dann geben wir jemanden aus dem Podium die Möglichkeit zu antworten.

Es spricht Herr Richter:

Mein Name ist Richter, ich komme vom Verkehrsverbund. Ich habe keine Frage sondern ein Anliegen. Ich möchte ein wenig für das umweltfreundlichste Verkehrsmittel Werbung machen, den Omnibus. Ich möchte mich auf den Landrat Kern beziehen und sagen, Omnibusverkehr ist wesentlich mehr als Rum-meltourismus.



Es spricht ein Vertreter des Regionalbündnisses Soonwald Nahe:

Das Regionalbündnis Soonwald Nahe ist ein typisches Netzwerk. Ich gehe davon aus, dass eine ländliche Entwicklung besonders positiv verläuft, wenn die Menschen merken, dabei mitgenommen zu werden. Dabei stehen für mich die Anerkennung und das Selbstbewusstsein der Menschen im Vordergrund. Hierbei sind aus meiner Sicht Ansätze vorhanden, die aber noch verstärkt werden könnten. Ich habe auch die Erfahrung gemacht, dass ehrenamtliche Tätigkeit oft nicht so ernst genommen wird.

Jetzt meine Frage, vielleicht an Herrn Minister Hering, wie kann man die Menschen noch mehr mitnehmen?

Es spricht Wolfgang Hillesheim, Winzer aus Kaub:

Der erste Punkt ist der Folgende: Mir hat das sehr gut gefallen, was der Landrat Kern gesagt hat. Wenn man bei uns durchs Dorf geht, so wird man feststellen, dass an den Fenstern kaum Blumen hängen. Die Leute sind nicht begeistert. Deswegen meine Bitte an die Politiker: Kommt raus aus euren Büros und geht hin zu den Leuten um zu versuchen, diese zu motivieren.

Der zweite Punkt geht an Frau Dr. Kübler. Wir haben bei uns einen Weinberg rekultiviert um Bundesgartenschau und Landesgartenschau miteinander zu verbinden. Dort ist noch etwas Platz. Wir haben von der Forschungsanstalt Geisenheim aus einem Weinberg zu Forschungszwecken in der Steillage gepachtet und dort bereits Vollernter eingesetzt.

Es spricht Wolfgang Korn:

Guten Tag, meine Frage richtet sich an Herrn Backes, den Dorfplaner. Welchen Ansatz zum Thema demografischer Wandel können Sie uns aus Sicht der Dorferneuerung nennen?

Es spricht Herr Dietz:

Fangen wir doch gleich hinten an, Herr Backes. Würden Sie die Frage zum demografischen Wandel beantworten?

Es spricht Herr Backes:

Die Ansätze ergeben sich oft völlig unerwartet. Im Wesentlichen geht es darum, die Leute davon zu überzeugen, sich im Ortskern anzusiedeln. Es geht also darum, historische Bausubstanz zu sanieren. Gelingt dies, so werden die Dörfer wieder lebenswert und die Leute haben Spaß daran, darin zu wohnen. In direkter Folge davon entstehen auch neue Einrichtungen im Dorf z. B. Gasthäuser oder Direktvermarktung. Das Leben wird dadurch wieder lebenswerter und ich bin davon überzeugt, dass sich die demografische Entwicklung dadurch auch umkehren lässt. Ansätze sind da. Wenn es wieder Spaß macht in den Dörfern zu leben, dann geht man auch wieder anders mit der Zukunft um. Wichtig ist es zunächst, einige junge Familien zu finden die etwas wagen. Dies kann dann als Dominoeffekt wirken und viele Nachahmer finden.



Es spricht Frau Becker:

An dieser Stelle möchte ich auf die Initiative Baukultur hinweisen. Das ist eine Gemeinschaftsinitiative von Finanzministerium, von der Welterbestelle der SGD Nord und von der LBS. Mit dieser Initiative sollen Leuchtturmprojekte initiiert werden. Es soll mit Beispielen deutlich gemacht werden, wie ein Umbau im Ortskern stattfinden kann. Beispiele wie Energiesparmaßnahmen, machen deutlich, dass es sinnvoll ist, im Tal wohnen zu bleiben. Die Initiative Baukultur spielt hier, so denke ich, eine große Rolle.

Es spricht Herr Dietz:

Das ist also ein Ansatz mit ganz anderen Partnern, der hier ins Leben gerufen wird. Frau Dr. Kübler, Sie waren angesprochen.

Es spricht Frau Dr. Kübler:

Herr Hillesheim, in Kaub sieht es ähnlich aus wie am Ölsberg in Oberwesel. Hier werden in einem Bodenordnungsverfahren Ausgleichsgelder der Deutschen Bahn in die Renaturierung der Landschaft gesteckt. Es werden als Ausgleichsmaßnahmen Trockenmauern im Weinbau saniert und verschiedene andere Offenhaltungsmaßnahmen der Landschaft durchgeführt.

In wieweit der Obstbau dazu gehören kann, kann ich Ihnen hier nicht versprechen, aber ich kann Ihnen sagen, dass ich ein gutes Wort dafür einlegen werde.

Es spricht Herr Dietz:

Herr Kern, Sie sind angesprochen worden zum Thema: Die Menschen mitnehmen. Vielleicht können Sie außerdem ein kurzes Statement zum Busverkehr sagen.

Es spricht Herr Landrat Kern:

Beim Thema - Menschen mitnehmen - sind wir, so glaube ich, auf dem richtigen Weg. Den Weg der Beteiligung am Welterbe Limes werden wir auch beim Mittelrheintal bestreiten. Zum Thema Omnibusverkehr: Sie haben mich wohl ein Stückweit falsch verstanden. In der Vergangenheit hat sich der Tourismus nur auf die Omnibusse, auf die Touristenbusse verlassen, und zwar so lange bis sie nicht mehr kamen. Wir wollen unser touristisches Angebot in Richtung Qualität ausweiten.

Wir wollen dies natürlich gemeinsam mit den Busunternehmen tun. Ich möchte noch einen Satz zum Thema Welterbekreis sagen. Wir kriegen ja vieles hin, jedoch keinen Länder übergreifenden Kreis. Zum Welterbe gehört auch ein hessischer Teil. Dieser darf nicht vergessen werden.

Es spricht Herr Dietz:

Jetzt ist wieder Raum für weitere Fragen.

Es spricht Herr Horst Eltz:

Ich komme vom Landschaftspflegeverband Birkenfeld und bin zusätzlich Ortsbürgermeister. Ich habe eine Frage an die beiden Damen, die die Ausgleichsflächen dargestellt haben. Meine negativen Erfahrungen sind jedoch die, dass für teures Geld Ausgleichsflächen geplant und geschaffen werden, egal von welchen Institutionen. Solange noch die Garantie vorhanden ist, werden diese Ausgleichsflächen gepflegt, anschließend kümmert sich aber niemand mehr darum.

Hier muss von staatlicher Seite dafür gesorgt werden dass eine dauerhafte Pflege der Ausgleichsflächen gesichert ist.

Es spricht Claudia Leibrock:

Mein Name ist Claudia Leibrock, von der Evangelischen Landjugendakademie. Es wurde vorhin von ungewöhnlichen Partnern gesprochen. Es gab in Rheinland-Pfalz ein Projekt zur Untersuchung des demografischen Wandels. Dabei wurden die Kommunalbürgermeister gefragt, welche Rolle denn die Kirchen dabei spielen könnten. Diese Rolle wurde sehr niedrig angesetzt. Ich habe es jedoch schon erlebt, wie vital Dörfer sein können wenn sie über vitale Kirchen verfügen. Heute Abend habe ich noch nichts von der Kirche als Partner gehört. Deshalb meine Frage an die Dorfplanung, welche Rolle denn die Kirchen in diesem Prozess spielen können.

***Es spricht Claudia Redlin:***

Guten Abend, mein Name ist Claudia Redlin, ich bin von der Initiative Region Mittelrhein. Diese gehört zur Planungsregion Mittelrhein Westerwald. Außerdem bin ich auch Dorfplanerin und als solche mit Bürgerbeteiligung vertraut.

Momentan ist ja das Landesentwicklungsprogramm in der Beteiligungsphase und meistens wird nur darüber gesprochen, dass die Zentren gestärkt werden sollen.

Wenn man sich das Heft genau durchliest, so erfährt man auch einiges über den ländlichen Raum. Auch die Regionalkonferenzen hier zeigen ja, dass es in Richtung Stärkung des ländlichen Raumes gehen soll. Im LEP sind einige Schlagworte zu lesen, wie z. B. regionales Wirtschaften, Förderung interkommunaler Zusammenarbeit, Stärkung endogener Prozesse, Förderung der Zivilgesellschaft. Aus meiner praktischen Erfahrung weiß ich, dass die Umsetzung dieser Vorhaben recht schwierig ist. Vor Ort brauchen wir die Unterstützung von Wirtschaft, Verwaltung und anderen.

Ein wichtiger Akteur ist auch der Regionalmanager. Bei diesem kommt vor allem auf die Akzeptanz durch die Bevölkerung und den erkennbaren Nutzen für die Bevölkerung an. Dann kann auch mit ehrenamtlichem Engagement gerechnet werden.

Es spricht Frau Bettina Scheeder:

Mein Name ist Bettina Scheeder, ich bin die Geschäftsführerin des Museumsverbandes Rheinland-Pfalz. Ich möchte mich vor allem an die Vertreter des Tourismus wenden. Der Rheinland-Pfälzische Museumsverein hat sich jetzt zum 3. Mal an einer Messe in Saarbrücken beteiligt, um auf das Museumsangebot in Rheinland-Pfalz aufmerksam zu machen. Dort wurden zum ersten Mal direkte Kontakte zu Busunternehmen aufgezeigt. Es kamen auch kleinere Unternehmen auf uns zu, und fragten ob man nicht etwas zusammen machen könnte. Mein Vorschlag ist es, dass regionale Touristikunternehmen verschiedene Angebote huckepack nehmen und mit diesen kooperieren. Machen Sie Kultur erfahrbar und nehmen Sie andere Institutionen huckepack.

Es spricht Gerda Brager von der Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück:

Sie haben das Beleben von Städten und die Dorfentwicklung angesprochen, auch das Thema Dorferneuerung. Mir ist es ein herzliches Anliegen, dass wir verstärkter an das Barrierefreie Bauen denken. Beim Umbau von Scheunen sollte daran gedacht werden, dass Leute mit Rollstühlen dort hineinkommen.

Es ist mir weiterhin ein Anliegen, das auch Gaststätten, die barrierefrei sind, in Prospekten gesondert aufgeführt werden. Denn wir wollen auch behinderte Leute als Gäste in unseren Kreis begrüßen können. Ich habe hier heute viel Interessantes gehört, vor allem das es aufwärts geht, das finde ich positiv.

Es spricht Herr Dietz:

Einiges von den Anregungen und Fragen war direkt an die Referenten gerichtet. Beginnen wir mit dem Thema Landschaftspflege und dem Appell der nachhaltigen Pflege. Wie kann das denn sichergestellt werden, Frau Becker?

Es spricht Frau Becker:

Das ist ein ernstzunehmendes Problem. Die nachhaltige Pflege ist das wichtigste. Nur zu entbuschen, reicht nicht aus, damit haben wir gar nichts gewonnen. Ich habe vorhin schon angedeutet, in welche Richtung es gehen muss. Es muss eine Bewirtschaftung stattfinden. Derjenige der bewirtschaftet, muss ein Interesse daran haben, seine Produkte zu verkaufen, und somit die Pflege zu garantieren.

Ich hatte vorhin die Beweidung angesprochen und die Produkte, die sich daraus ergeben. Beispielsweise ist am Ölsberg eine Vereinbarung getroffen worden, dass diese Nutzung über die nächsten 30 Jahre geht. Sie haben völlig Recht, dass ist ein großes Problem, aber auf diese Art und Weise kriegen wir es in den Griff.

Vor allem kommt es darauf an, große Maßnahmen zu haben, die in der Bewirtschaftung Sinn machen.

Es spricht Herr Dr. Manz:

Das Problem, dass Streuobstwiesen angepflanzt werden und nicht gepflegt werden kennen wir auch. Wir haben auch systematische Erhebungen darüber angestellt. Es ist wichtig, schon bei der Planung mit den Landwirten zusammenzuarbeiten und auf deren betriebliche Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen. Oft ist man so vorgegangen, eine Restfläche die nicht bewirtschaftbar ist einfach mit Obstbäumen zu bepflanzen. So kann es nicht gehen.

Das ist das eine. Zum anderen ist es sicherlich sehr sinnvoll, eine Pool-Bildung einzuführen, d. h. größere Komplexe auszuweisen. Das begrüßen wir ausdrücklich. Allerdings steckt auch eine gewisse Gefahr darin, nämlich die räumliche Bindung. Wir beobachten häufig, dass im ortsnahen Bereich einfach gebaut wird und man sich der Ausgleichsverpflichtung auf den weiter entfernt liegenden Gebieten entledigt. Man hat also weiter entfernt liegende Schutzgebiete die man ordentlich gestaltet und zum anderen die Schutzgebiete wo gewirtschaftet werden kann und einfach gebaut werden darf. Wir müssen aber sehen, dass gerade die ortsnahen Gebiete von der Bevölkerung wahrgenommen werden. Die ortsnahen Gebiete sind aber die Gebiete, wo die Spaziergänge gemacht werden und wo die Kinder spielen.

Deshalb ist es wichtig, auch diese Gebiete aufzuwerten. Dies sind die Naturerlebnisräume für die wir eine ganz besondere Verantwortung haben. Das ist eben die große Gefahr bei den Pool-Bildungen, dass diese Bereiche aus dem Blickfeld verschwinden.

Es spricht Herr Dietz:

Die Frage nach der Bedeutung der Kirche im Dorf geht sicherlich an Sie, Herr Backes. Welchen Stellenwert hat die Kirche und wie kann sie in die Prozesse eingebunden werden?

Es spricht Herr Backes:

Wir sind von der reinen Sanierungs-idee, die in den 80er Jahren aktuell war, weggekommen. 1993 erschien die VV-Dorf. Seitdem haben wir eine ganzheitliche Betrachtung der Dorferneuerung. Es werden also Akteure eingebunden. Es gibt Beispiele, bei denen Kirchen oder kirchliche Jugendgruppen ganz tolle Projekte realisiert haben. Leider wird die Kirche bei der Förderung wie ein Privatmann behandelt. D. h., dass man größere Projekte nicht realisieren kann, dass ist ein bisschen schade, hieran könnte etwas geändert werden. Es ist wichtig, auf der einen Seite die kleinen Baustellen zu sehen, und auf der anderen Seite das Übergreifende. Auch hier ist Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden gefragt. Wir haben das Regionalbündnis Soonwald-Nahe, in dem wir etwas für bestimmte Bachtäler getan haben. Man muss über die eigenen Grenzen hinaus denken, dann wird es bestimmt erfolgreich.

Es spricht Herr Landrat Kern:

Ich möchte noch etwas zum Thema Kirchen sagen. Wir haben von Seiten des Zweckverbandes Kontakt mit den Kirchen aufgenommen, hier wird es eine entsprechende Kooperation geben. Aus der Sicht des Rhein-Lahn-Kreises haben wir vor zwei Jahren einen Kirchenführer erstellt. Wir haben im Kontakt mit beiden Konfessionen versucht, einen Zugang herzustellen, die Kirchen entsprechend zu öffnen.

Zum Thema Museen: Es gibt ja Initiativen, z. B. die Initiative der LAG Hunsrück. Diese ist ja vom Zweckverband mitfinanziert worden. Wir finanzieren zurzeit durch den Zweckverband die Initiative Burg Direkt, allerdings nur für den Bereich des Rhein-Lahn-Kreises.

Wir wollen den gesamten Bereich des Mittelrheins in eine entsprechende Internetdarstellung aufnehmen. Wir haben für den Bereich des Rhein-Lahn-Kreises alle Museen in ein Verzeichnis zusammengeführt. Diese vermarkten wir im Rahmen unserer touristischen Angebote. Bei uns geschieht einiges, wir müssen uns jedoch Gedanken machen, wie wir Initiativen für den gesamten Mittelrhein starten können, denn darum geht es.

Es spricht Herr Dietz:

Gehen wir zur nächsten Fragerunde.

Es spricht Reinhold Bott:

Mein Name ist Bott, ich bin Ortsbürgermeister der Gemeinde Roxheim bei Bad Kreuznach. Wir waren 5 Jahre lang Schwerpunktgemeinde in der Dorferneuerung. Meine Frage geht an den Herrn Wirtschaftsminister oder auch an den Innenminister. Wir haben einige Maßnahmen in der Gemeinde durchgeführt, auch in Zusammenarbeit mit Herrn Backes und Herrn Müllen, vielen Dank an dieser Stelle. Das waren alle Maßnahmen aus dem öffentlichen Bereich.

Alle Maßnahmen die gescheitert sind, sind aufgrund der 20% Mittelzulage gescheitert. Man liest derzeit in der Zeitung, dass viel Geld da ist. Sogar die Beamten sollen mehr bekommen. Es muss doch mehr Geld für die Dorferneuerung da sein. Wir als Ortsgemeinde konnten das nur deshalb finanzieren, weil wir ein Neubaugebiet erschlossen haben. Jetzt bin ich beim nächsten Punkt, bei dem neuen Landesentwicklungsprogramm.

Ich habe es intensiv gelesen. Ich habe keine Bedenken, was unsere Gemeinde Roxheim betrifft, ich sehe aber schwarz für die kleinen Gemeinden im Hunsrück. Diese dürfen sich nämlich nicht über ihren Eigenbedarf hinaus entwickeln. Es kommt also kein frisches Blut dort hin. Ich frage mich, wie sich so der ländliche Raum entwickeln soll? Ich mache mir große Sorgen um diese Gemeinden, dass diese bei den Förderungen künftig außen vor bleiben.

Deswegen meine Bitte an Herrn Hering, an seine Kollegen heranzutreten, an den Finanzminister und an den Innenminister, der ja zuständig ist für das LEP. Der Topf Dorferneuerung sollte etwas angereichert werden, 20%-Mittelzuschuss reichen nicht aus. Alte Bestände können so nicht saniert werden, wenn es nicht in Eigenleistung geschieht. Herzlichen Dank.

Es spricht Herr Boller:

Mein Name ist Mathias Boller, ich bin Kreistagsmitglied im Rhein-Lahn-Kreis. Wir wollen ja heute Abend Strategien für die Entwicklung des ländlichen Raumes entwickeln. Meiner Meinung nach ist die Gewerbesteuer ein großer Hemmschuh für die Entwicklung. Sie fördert das Kirchturmsdenken. Vielfach geht es darum, durch die Ausweisung von Gewerbeflächen Gewerbesteuer zu generieren. Hier muss ein Umdenken geschehen. Wir werden in Zukunft die Räume anders überplanen müssen. Es wird Räume geben, in denen sich Industrie ansiedeln kann, dann gibt es Bereiche für Gewerbe und weiterhin gibt es Bereiche, in denen der Tourismus Vorrang haben sollte. Ich denke, es ist eine grundsätzliche Frage für die Politiker, sich Gedanken zu machen, diese Verteilung zu verändern.

Ich bin ja Mitglied des Kreistages, und der Landrat freut sich. Ich denke man sollte die Gewerbesteuer auf einer größeren Ebene erheben und dann auch an die Gemeinden verteilen, in denen sich kein Gewerbe befindet. Diese Gemeinden haben sonst nämlich keinerlei Finanzspielraum. Dies ein Gedankenansatz von mir.

Es spricht Herr Schnabel:

Mein Name ist Alfons Schnabel von der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz. Es ist beklagt worden, dass die Ausgleichsflächen nicht gepflegt werden. Ich biete an, an unsere neue Stiftung Kulturlandschaft heranzutreten. Diese ist vom Bauernverband, Gemeinde- und Städtebund und Landwirtschaftskammer gegründet worden. Ziel ist es, die Flächen durch landwirtschaftliche Nutzung in Pflege zu halten. Ich bin aber auch Bürger einer kleinen Gemeinde. Mein Anliegen ist es, Förderprogramme zu entbürokratisieren. Es ist viel zu aufwendig, es dauert zu lange und man weiß gar nicht womit man beginnen soll.

Ich baue momentan das Elternhaus meiner Frau um, dieses liegt im Sanierungsgebiet. Es ist im Jahre 1610 errichtet worden, ein Teilabriss ist erforderlich. Ich darf damit jedoch nicht beginnen, da sonst eine Förderung ausgeschlossen ist. Vorschriften wegnehmen und Entbürokratisierung ist also erforderlich. Ich bin weiterhin Stellvertretender Vorsitzender eines Tennisvereins. Wir haben ein neues Vereinsheim gebaut. Die Kreisverwaltung Alzey-Worms, also die untere Landespflegebehörde, meint, uns vorschreiben zu müssen, wie das Dach aussehen soll. Das Dach ist jetzt drauf, wir haben uns auch an die Normen gehalten. Wir sollen es allerdings jetzt neu streichen, da das Rot dem Landespfleger nicht gefällt. Dieses Rot ist in Rheinhessen durchaus typisch, dass haben wir nachgewiesen. Trotzdem beharrt die Kreisverwaltung darauf.

Drittens: Regionale Entwicklung, Herr Dr. Bersch, funktioniert nur durch „Mitnehmen“. Danke schön.

Es spricht Fritz Frey aus Kastellaun:

Mein Name ist Frey, ich bin vor kurzem als Verbandsbürgermeister in Kastellaun ausgeschieden. Wenn ich an meine Zeit als Verbandsbürgermeister zurück denke, sehe ich die größte Priorität bei den Arbeitsplätzen. Gute Luft allein reicht ja nicht, um die Leute im ländlichen Raum zu halten. Wir brauchen Arbeitsplätze. Gerade auf den Dörfern ist es wichtig, eine gute Industrie und eine gute Entwicklung zu haben.

Ich frage mich, ob das LEP IV geeignet ist, Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. Wenn es darum geht, die Dorffinnenentwicklung zu priorisieren, dann möchte ich heute appellieren, Bodenordnung im Dorf durchzuführen. Sonst machen wir die Bodenordnung hauptsächlich um das Dorf herum, wir brauchen sie aber auch im Dorf. Wir können nicht die Ausweisung von Gewerbegebieten im Außenbereich verbieten, dann aber die Unterstützung der Bodenordnung im Innenbereich vorenthalten. Wir haben zwischenzeitlich archäologische Denkmalpflege und die normale Denkmalpflege unter einen Hut bekommen. Mir geht es darum, alle archäologischen Objekte miteinander zu verknüpfen. Damit meine ich die kommunalen Objekte, die Landesobjekte und die privaten Objekte. Der Gast soll an einem Ort sofort erfahren können, was er in der unmittelbaren Umgebung erleben kann. Zusätzlich brauchen wir die Reiseleiter, es muss jemand da sein, der die Gäste an die Hand nehmen kann. Wir müssen Reiseleiter verstärkt ausbilden.

Es spricht Herr Kochskämper:

Mein Name ist Dieter Kochskämper, ich bin Stadtbürgermeister von Bacharach. Ich möchte gleich auf mein Hauptthema kommen, welches das Mittelrheintal insgesamt betrifft. Wir haben heute schon einige gute Lösungsmöglichkeiten gehört, Herr Müllen sprach die Bodenordnung an, die Erfolge davon sind besonders deutlich. Es gibt andere gute Initiativen, z. B. den Zweckverband oder die Wiederinstandsetzung unserer Bahnhöfe. Das Hauptproblem aber ist das, was Herr Dr. Bersch angesprochen hat.

Wir beobachten, dass sich die Gemeinden auf der Höhe weiter entwickeln, dass aber die historischen Stadtkerne, was die Bevölkerungsstruktur betrifft, rückläufig sind. Dem müssen wir ganz vehement entgegensteuern.

Frau Vizepräsidentin Becker, Sie sprachen es ja an, wir hatten vor einigen Tagen das Thema: Initiative Baukultur. Das ist genau das Kernthema, um das es geht. Wir haben Probleme zur Genüge, diese möchte ich nicht alle weiter beleuchten. Anreize zu schaffen, die Stadtkerne mit historischer Substanz mit jungen Familien zu beleben, das ist ein Herzensanliegen von uns allen.

Ich möchte Sie ermutigen, Frau Becker, an diesem Ball hart dranzubleiben. Danke schön.

Es spricht Herr Dietz:

Schönen Dank, arbeiten wir es ab. Die größte Reaktion hier auf dem Podium gab es bei dem Thema, ob wir die Gewerbesteuer anders strukturieren können. Herr Dr. Bersch, genau wie der Herr Landrat Kern sind Sie direkt angesprochen worden. Bitte schön.

Es spricht Herr Dr. Bersch:

Ich möchte zunächst auf das Problem des Mitnehmens reagieren.

Es gibt manche Bereiche, bei denen das Reden nichts mehr nützt. Es gibt Leute, die nicht mitgenommen werden wollen, bei denen das Reden nichts nützt. Es gibt einen konkreten Fall hier in Boppard, der die Leute aufregt. Es gibt eine über 80-jährige Frau in Boppard, die lässt ihr Haus in der ersten Reihe verkommen. Das Haus hat ein über zwei qm großes Loch im Dach mit allen Folgeerscheinungen, die man sich vorstellen kann. Es nützt nichts, mit dieser Frau zu reden, da sie sich verweigert. Hier muss man zu anderen Mitteln greifen.

Zu der Frage der Gewerbesteuer. Diese zu verteilen ist gut, wenn das Problem der Lastenverteilung aufgeklärt werden würde. Die Kommunen, die Gewerbeflächen ausweisen, kriegen auch Probleme, welche die anderen Gemeinden gar nicht wahrnehmen. Sind diese anderen Gemeinden auch bereit, eine Recyclinganlage oder eine Abfallbeseitigungsanlage zu betreiben? Es gibt verschiedene Betriebe mit vielen störenden Emissionen. Die Gemeinden, die nicht nur die Vorzeigebetriebe aufnehmen, sondern auch die schmutzigen Betriebe, müssen davon auch etwas haben, anders geht es nicht.

Es spricht Herr Dietz:

Herr Landrat Kern, Sie mussten sicher schon anhören, etwa den Landkreis zu verändern. Jetzt ging es darum, auch die Gewerbesteuerstruktur zu ändern. Könnte so etwas diskussionsfähig sein?

Es spricht Herr Landrat Kern:

Es gibt Entwicklungen, bei denen man einfach Zukunftsentscheidungen treffen muss. Herr Bollen hat mich angesprochen, weil er weiß, dass wir 10 Mio. € miese im Haushalt des Landkreises haben. Ich kämpfe für einen ausgeglichenen Haushalt. Jetzt zu LEP IV.

Ich sehe das LEP IV nicht so, dass es eine ländliche Entwicklung unmöglich macht. Ich sehe es so, dass die wirtschaftliche Entwicklung dort stattfindet, wo sich Zugang zu den Verkehrsachsen bietet. Das ist bei uns im Rhein-Lahn-Kreis überall so, ob nun im Raum Diez, oder in Lahnstein oder in Nastätten. Trotzdem müssen kleinere Firmen die Möglichkeit haben, sich an ihren Standort weiterzuentwickeln. Ich denke, das LEP IV ermöglicht die wirtschaftliche Entwicklung an Schwerpunkten, aber auch im ländlichen Bereich.

Es spricht Herr Ingo Steitz:

Ganz kurz noch die Sicht der Unternehmen, die draußen in der Natur beheimatet sind. Diese Firmen wollen von der aktiven Bewirtschaftung in Verknüpfung mit dem Tourismus direkt profitieren. Beim Thema Gewerbesteuer sind wir sehr gespalten, da wir es auch in unseren Gemeinden erleben, dass jede Gemeinde Gewerbeflächen ausweisen will. Das Hauptargument aber ist, kleinen Handwerkern oder anderen Kleinbetrieben die Möglichkeit zu geben, sich zu entwickeln. Wir erleben es jedoch häufig,

dass so ein Gewerbegebiet dann von einem Logistiker gebaut wird. Die Nachbargemeinde braucht das dann auch.

Vielfach haben wir das Problem, dass der Ortsausgang und der Ortseingang mit solchen Gewerbekästen bebaut ist. In einem Weindorf ist die Stimmung dann natürlich am Boden. Dieses Problem gibt es wohl am Mittelrhein noch nicht, dafür haben Sie ihre Probleme auf der Höhe. Ich sehe das genauso wie mein Vordrner, es müsste mehr geteilt werden, weg vom Kirchturmsdenken, hin zum solidarischen Denken.

Es spricht Herr Dietz:

Wir hatten noch eine Frage aus Roxheim, und das Problem der Gemeinden in den peripheren Gebieten. Herr Backes, bitteschön.

Es spricht Herr Backes:

Bei der Gemeindeentwicklung ganz auf die Ausweisung von Neubaugebieten zu verzichten, wäre unrealistisch. Aber es ist eben so, man kann innerörtliche Entwicklung anders betreiben. Dabei ist die dörfliche Bodenordnung ein ganz wichtiges Instrument. Wir haben das in einigen Dörfern auch gemacht. Mit der Dorfflurbereinigung kann einiges erreicht werden. Beispielsweise haben wir vielfach das Problem, das Scheunen rundherum auf der Grenze stehen. Wenn man so eine Scheune ausbauen will, kann man keine Fenster einsetzen. Dies ist auch ein Problem, was Anlass bieten sollte, über die Landesbauordnung neu nachzudenken. Mit der Bodenordnung konnte es gelingen, an diese Scheunen Grenzabstände anzulegen.

Es gibt auch andere innerörtliche intelligente Entwicklungsmöglichkeiten. Beispielsweise kann man auch innerorts Gewerbemöglichkeiten ausweisen. Ortsverträgliches Gewerbe ist eine Möglichkeit, um den Ortskern wieder zu beleben.

Es spricht Herr Dietz:

Die Fragen, die direkt an Herrn Minister Hering gestellt worden sind, wurden nicht unterschlagen. Auf diese Fragen kann er bei seinem Schlusswort eingehen. Bevor wir dazu kommen, ist unser Podium noch mal gefragt. Ich möchte jeden auf dem Podium bitten, mir eine Frage mit einem kurzen Halbsatz zu beantworten.

Bezogen auf unser Thema, Strategien für die ländlichen Räume, was ist Erfolg versprechend? Worauf kommt es an? Ganz knapp verdichtet bitte in einem halben Satz.

Es spricht Herr Dr. Bersch:

Am vordringlichsten ist die Bodenordnung, nicht nur außen rum, sondern auch in der Ortslage.

Es spricht Herr Landrat Kern:

Gemeinsam an einem Strang ziehen und ein Wir-Gefühl entwickeln.

Es spricht Frau Dr. Kübler:

Kulturlandschaft schmeckt.

Es spricht Frau Becker:

Ich will genau das sagen, was der Herr Landrat Kern sagte: Es geht nur gemeinsam.



Es spricht Herr Weingart:

Den Dienstleistungscharakter der Verwaltung stärken!

Es spricht Herr Dr. Manz:

Es muss ausreichend Geld bereitstehen, dass die Landwirte so wirtschaften können, dass die Natur davon profitiert.

Es spricht Herr Steitz:

Im Ergebnis muss der Wirtschaftsraum allein funktionieren.

Es spricht Herr Müllen:

Bei allen Projekten die Bürger soweit wie möglich einbeziehen, und auf Verwaltungsseite so zusammen arbeiten, dass Synergien erzielt werden können.

Es spricht Herr Backes:

Die vorhandenen Instrumente besser nutzen und weiter ausbauen.

Es spricht Herr Dietz:

Wunderbar, herzlichen Dank, auch Ihnen im Publikum einen herzlichen Dank. Mein Fazit ist: Wenn viele Menschen an ihrer Stelle ihr bestmögliches tun, dann können sie die Welt verändern. Ich denke, wir haben eine ganze Menge zusammengetragen, dass Sie, Herr Minister Hering mitnehmen können. In den Diskussionsprozess kann nun sehr viel einfließen.

Herr Minister Hering, zum Schluss darf ich Ihnen nun wieder das Wort geben. Wir alle sind sehr gespannt, was Sie mitnehmen werden nach Mainz. Bitteschön.

Zusammenfassung und Bewertung der Ergebnisse

Minister Hendrik Hering:

Vielen Dank, Herr Dietz für die gekonnte Form der Moderation und dafür, dass Sie punktgenau auf die Minute die Zeit eingehalten haben!

Vielen Dank für die engagierten und sehr interessanten Beiträge!

Drei wichtige Stichworte, die in den Diskussionen genannt wurden, will ich aufgreifen:

- Denken in Regionen,
- Anerkennung und Respekt vor dem Engagement in den Regionen und
- wie können wir Regionen besser in regionale Entwicklungsprozesse einbinden.

Ich glaube, dass ist das wichtigste: Wir in Mainz oder auch noch so ein schlaues Büro können im stillen Kämmerlein kein Strukturkonzept für die Entwicklung ländlicher Räume entwickeln.

Das kann nur die Region selber. Wir müssen dafür den Rahmen, die Plattform schaffen, dass solche Entwicklungsprojekte koordiniert werden. Wir müssen an die Regionen denken und sie als die Regionen empfinden, mit der die Menschen sich identifizieren.

Wir werden keinen neuen Landkreis über Landesgrenzen hinaus entwickeln können. Aber ich glaube, wir können einen Beitrag leisten, dass Menschen auch am Mittelrhein näher zusammenkommen. Eine wichtige Maßnahme ist auch, dass wir eine Rheinquerung schaffen, eine Rheinquerung, in der sich insbesondere im Mittelrheintal die Wege der Menschen zueinander verkürzen. Menschen denken in Regionen und nicht in politischen Gebietskörperschaften.

Was wir tun können, um die Regionen besser einzubinden, ist all das zu unterstützen und zu stärken, was regionale Identität unterstützt. Wir müssen die Beteiligten stärken. Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, müssen an den Entwicklungsprozessen beteiligt werden.

Ich glaube, nicht immer ist entscheidend, wie groß die Fördermittel insgesamt sind.

Wichtig ist, – darauf lege ich ganz großen Wert – dass Projekte, die in ILEK-Prozessen entwickelt wurden oder interregionale Entwicklungsprozesse, die mit Bürgern gemeinsam erarbeitet wurden auch zukünftig prioritär vom Land gefördert werden. Das halte ich für ganz wichtig.

(Beifall)

Dienstleistungszentren im ländlichen Raum wollen wir vermehrt anbieten und diese auch verstärkt als Plattform für die Entwicklung im ländlichen Raum verstehen. Dazu zählen die Fort- und Weiterbildung, die Fortentwicklung von Wintertagungen und Akademiegedanken.

Dann muss klar sein, dort wo eine Region Konzepte entwickelt hat, wo Menschen sich deshalb ehrenamtlich engagiert haben, muss der nächste Schritt die konkrete Umsetzung des Projektes sein.



Es kommt in der Tat häufig nicht auf die Höhe der Mittel an. Herr Kern hat hier die 100.000 Euro genannt, die wir hier damals vom Ministerium zur Dorferneuerung für Projekte bereitgestellt haben im Zusammenhang mit dem Limes. Ich habe oftmals erlebt, es war nicht in erster Linie das Geld, das in die Verbandsgemeinden geflossen ist, sondern die Anerkennung. Das Land ist aufmerksam geworden, das wir uns hier engagieren. Das Projekt ist zur Kenntnis genommen worden. Es ist besonders honoriert worden. Wenn auch mit einem bescheidenen Geldbetrag, aber es ist zur Kenntnis genommen worden. Häufig ist dieses Signal viel wichtiger, als die konkrete Summe, die ausgezahlt wird. Auch das wollen wir nochmals mitnehmen.

Und dann ist der Vorschlag gemacht worden bezüglich der Gewerbesteuer. Ich glaube, dass wir in den Regionen auch den Mut haben müssen, gemeinsame Entscheidungen zu treffen, die den Regionen auch dienen. Die Gebietsreform Ende der sechziger Anfang der siebziger ist sehr durchdacht gewesen. Sie hat der Verbandsgemeinde die Kompetenzen für den Flächennutzungsplan gegeben. Die Möglichkeit wurde eröffnet, in einer größeren Gebietskörperschaft zu entscheiden, dort Gewerbegebiete anzusiedeln wo die Verkehrsinfrastruktur gut ist, und wo sind Gemeinden, die im Tourismus die größeren Potentiale haben.

Wenn wir ehrlich sind – und ich bin lange genug Kommunalpolitiker gewesen – hat häufig der Mut gefehlt zu sagen: diese Gemeinde wird Gemeinde einer Gewerbeschwerpunktentwicklung und in dieser Gemeinde kann kein Gewerbeschwerpunkt entstehen. Bequemer war häufig zu sagen, all das was die Ortsgemeinden anmelden, wird in den Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde übernommen. Das war häufig auch die Realität.

Regionen entwickeln heute auch schon gemeinsam Zukunftsperspektiven, vielleicht errichten sie ein zentrales Gewerbegebiet. Es gibt ja positive Beispiele dafür, dass man dann eine Vereinbarung getroffen hat, wie die Gewerbesteuern aufgeteilt werden. Man sagt natürlich - wer die Last insgesamt zu tragen hat, bekommt etwas mehr. Wir werden die Einnahmen nutzen, um einzelne Projekte wie Kindergärten und Schulen an anderen Orten zu unterstützen, zu fördern. Verboten ist das nicht, gemeinsam zu kooperieren.

Ich halte es auch für sinnvoll, dass wir von der Landesregierung Rahmenbedingungen schaffen, um freiwillige Kooperationsmöglichkeiten anzubieten. Und das ist auch der Ansatz unseres neuen Landesentwicklungsprogrammes, dass wir Rahmen geben wollen für gemeinsame freiwillige Kooperationsprojekte und nicht vorschreiben. Wir müssen in dieser Form zusammenarbeiten.



Ein spannender Weg, der vielmehr Engagement unterstützen kann, wenn die Menschen erkennen, es ist sinnvoll.

Dass gemeinsames möglich ist – das Projekt ist genannt worden – zeigt der Rheinsteig. Der Rheinsteig ist deswegen ein großer Erfolg, weil drei Bundesländer, eine Vielzahl von Landkreisen oder Verbandsgemeinden, Ortsgemeinden gesagt haben, in diesem Projekt liegt für uns alle eine große Chance. Wir profitieren von diesem gemeinsamen Projekt und sind deshalb bereit, über politische Grenzen hinweg in jeder Hinsicht von den Gebietskörperschaften, über die Parteipolitik hinweg zu sagen, lasst uns dieses Projekt gemeinsam stemmen und der Erfolg beweist es. Ein einmaliger Erfolg! So etwas ist möglich, wenn diese gemeinsame Einsicht kommt.

Vielfach angesprochen wurde hier - und das sehe ich auch als ganz großes Potential in diesem Bereich - ist der Tourismus, 190.000 Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz mit einem Umsatz von 6,3 Mrd. Euro im Jahr. Aber richtig ist, wir werden nur eine Chance haben im Wettbewerb der Regionen, wenn wir ganz klar auf Qualität setzen. Das muss auch der Anspruch sein - das war auch das Erfolgsrezept vom Rheinsteig – zu sagen, es muss ein qualitativ hoher Weg werden. Und die gastronomischen Betriebe, die sich haben zertifizieren lassen als „Wanderfreundlicher Betrieb“, die haben großen Erfolg, weil sie konsequent auf Qualität gesetzt haben, den Kunden- und Gästeinteressen entgegenkommend. Ich glaube auch, das ist der Weg, um Menschen zu motivieren, hier im Rheintal zu wohnen. Es wird zunehmend schwieriger, junge Menschen, junge Familien zu überzeugen, Häuser zu kaufen und in die Ortskerne zu investieren. Das werden sie dann tun, wenn insgesamt die Lebensqualität stimmt. Ein Konzept zur touristischen Vermarktung einer Region ist deswegen: Es muss zunächst auch die Lebensqualität für die Menschen stimmen, die dort wohnen.

Junge Menschen müssen motiviert werden, Häuser zu kaufen, zu sanieren, dort mit ihren Familien einen Ort zu finden, wo man gut leben kann. Denn wenn es ansprechende qualitative Ortskerne gibt, dann sind das auch hoch attraktive Orte für Gäste, die sich wohl fühlen.

Deswegen ist ein Konzept zur Revitalisierung der Orts- und Stadtkerne auch gleichzeitig ein Konzept zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur.

Wir sind da bereit, eine Reihe von Konzepten aufzugreifen, um Ortskerne zu revitalisieren. Diese müssen aber innerhalb von Dienstleistungsbetrieben aus der Region zu realisieren sein. Auch da gibt es eine Reihe von positiven Beispielen im Land. Und Herr Backes kennt das eine oder andere Projekt.

Auch eine Gemeinde Duchroth, wo es um großen Leerstand ging, hat mit sehr positivem Beispiel erreicht, dass es dort mittlerweile keinen Leerstand gibt. Man wartet, wann die nächste Immobilie frei wird, wo man investieren kann. Ich wünsche mir, dass eine Reihe von Gemeinden diesen Weg erfolgreich gehen wird.

Dazu gehört, dass wir engagiert weiterarbeiten, dass der Bahnlärm reduziert wird. Auch eine wichtige Voraussetzung, dafür dass die Lebensqualität hier in der Region stimmt. Denn es ist in der Tat ein sehr großes Problem, dass wir haben.

Manchmal wünschte man, mehr Möglichkeiten zu haben, bei den Bürgern Anklang zu finden. Wir müssen die Menschen mitnehmen und überzeugen. Das Beispiel von gut sanierten Gebäuden wird zeigen, dass es sich auch wirtschaftlich rentiert, zu investieren. Das wird bekannt, andere kommen und merken, dass es sich lohnt. Wir werden diese Entwicklung nicht erzwingen können.

Herr Weingart, wir bemühen uns, dass Verwaltungen zunehmend als auch Dienstleister verstanden werden. Es geht um die Renaturierung ihrer Weinberge. Ich weiß, dass ist ein Punkt, wo man nur lernen kann.

Das Projekt Ölsberg ist für mich ein Projekt, was auf den Weg gebracht werden kann, wenn Mittel sinnvoll gebündelt werden. Das waren Ausgleichsmittel der Bahn, die ansonsten in der Tat in Ausgleichsprojekten investiert werden, wo es schwer fällt, nach einigen Jahren auch die Instandhaltung, die Pflege der Ausgleichsflächen sicher zu stellen. Es ist ein hoher Betrag gewesen in ein Projekt, bei dem eine Folgenutzung sicher gestellt ist.

Und jeder, der schon einmal auf dem Ölsberg gewesen ist, konnte sehen, es geht das Herz auf, wie es hier gelungen ist, hochattraktiven Steillagenweinbau am Mittelrhein wieder zu ermöglichen. Das ist ein Beispiel dafür, wie man Menschen, die hier wohnen begeistert, wie phantastisch es im Rheintal ist. Ihren Gästen werden faszinierende Naturerlebnisse ermöglicht.

Wer am Ölsberg dann mal den guten Wein genossen hat, - wenn er dann jetzt nach einigen Jahren so weit ist - der wird immer von diesem Erlebnis schwärmen. Ich wünsche der Region, dass im Dialogprozess viele tolle Projekte entstehen, so dass die Menschen sagen, das wäre ein Projekt, das unsere Region voranbringt. Wir sind bereit, das gemeinsam auf den Weg zu bringen. Wir sind auch bereit, uns ehrenamtlich zu engagieren.

Das werden Projekte sein, bei denen wir zukünftig im Land sagen werden, das sind die Projekte, die wir mit hoher Priorität fördern werden, weil sie viele positive Ideen miteinander verbinden.

Sie machen durch ehrenamtliches Engagement aus den Fördermitteln mehr und jede Stunde ehrenamtlichen Engagements bedeutet, dass sich noch mehr Menschen mit ihrer Region identifizieren. Sie werden später sagen können, das Projekt ist von mir. Ich habe es mit geplant, ich habe mitgeholfen, es umzusetzen. Das motiviert wieder andere Menschen, gleiches zu tun.

Das darf ich mir wünschen für den Mittelrhein und für diese Region um den Mittelrhein. Ich bin überzeugt, es wird jetzt im Anschluss Spezialitäten aus der Region geben. Viel Freude beim gemeinsamen Gespräch, beim Wein und den Köstlichkeiten aus dieser Region!

Vielen Dank!

**Dokumentation
zur Regionaltagung in Saarburg
am 25.06.2007**

Forum Ländlicher Raum

4. Regionaltagung

am Montag, 25. Juni 2007 in Saarburg

Programm

16:30 Uhr bis 16:45 Uhr	<p>Begrüßung Hendrik Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau</p>
16:45 Uhr bis 17:00 Uhr	<p>Referat LEADER + Herr Thomas Wallrich, Geschäftsführer LAG Moselfranken</p>
17:00 Uhr bis 17:15 Uhr	<p>Referat Wasserwirtschaft Ruwerprojekt Herr Joachim Gerke, Leiter der Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz Trier</p>
17:15 Uhr bis 18:15 Uhr	<p><u>Gesprächsrunde</u></p> <p>Nachwachsende Rohstoffe Herr Gregor Eibes, Bürgermeister, Verbandsfreie Gemeinde Morbach</p> <p>Frauen im ländlichen Raum Frau Gertrud Hoffranzen, Vorsitzende, Landfrauenverband Trier</p> <p>Weinbau Herr Adolf Schmitt, Weinbaupräsident, Mosel-Saar-Ruwer Wein e. V.</p> <p>Tourismus Frau Sabine Winkhaus-Robert, Geschäftsführerin, Mosellandtouristik GmbH</p> <p>Handel Herr Arne Rössel, Hauptgeschäftsführer, IHK Trier Herr Dieter Weber, Geschäftsführender Gesellschafter, Sauerer GmbH Zweibrücken</p> <p>Gemeindeentwicklung / Dorferneuerung Herr Joachim Maierhofer, Dorferneuerungsbeauftragter, Kreisverwaltung Trier-Saarburg</p> <p>Moderation: Herr Dr. Jens-Peter Abresch, IfR Institut für Regionalmanagement</p>
18:15 Uhr bis 19:15 Uhr	<p>Gemeinsame Diskussion mit der Gesprächsrunde, den Referenten und den Tagungsteilnehmern</p>
19:15 Uhr bis 19:30 Uhr	<p>Zusammenfassung der Ergebnisse Herr Minister Hendrik Hering</p>
19:30 Uhr	<p>Einzelgespräche und Schlussimbiss</p>

Wortprotokoll

Regionalkonferenz am 25.06.2007 in Saarburg



Es spricht Dr. Abresch:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, herzlich willkommen zum Forum ländlicher Raum, herzlich willkommen zur vierten Regionalkonferenz in Saarburg. Ich habe heute Abend die Aufgabe übernommen, sie zu begleiten und sicherzustellen, dass wir bis 19:30 Uhr zur Landung kommen.

Meine Damen und Herren, das Forum Ländlicher Raum geht zurück auf eine Initiative des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz.

Bitte begrüßen Sie mit mir mit einem herzlichen Willkommensapplaus den Initiator und Gastgeber des heutigen Abends, den Herrn Minister Hendrik Hering.

Begrüßung - Hendrik Hering:

Vielen Dank für die herzliche Begrüßung, Herr Dr. Abresch, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Es freut mich, dass viele von ihnen zu dem Forum „Ländlicher Raum“ gekommen sind. Damit bringen sie ja zum Ausdruck, dass Ihnen die gute Entwicklung des ländlichen Raumes ein wichtiges Anliegen ist. Das ist unsere Gemeinsamkeit, dass auch sie als ehrenamtlich Tätige, Initiativen, Verbände, als Kommunalpolitiker, als Landwirte oder Winzer hier anwesend sind. Wir haben ein großes Interesse daran, Strategien aufzuzeigen, wie ländliche Räume erfolgreich weiterentwickelt werden können. Ich freue mich, dass zahlreiche Vertreter der Politik anwesend sind. Ich möchte als Mitglied des Bundestages Frau Höfken, die Landrätin Frau Läsch-Weber und den Landtagsabgeordneten Alfons Maximini stellvertretend für viele aus dem politischen Leben hier begrüßen.

Der Landesregierung Rheinland-Pfalz ist es immer ein wichtiges Anliegen, ländliche Räume gut zu entwickeln. Dass das Land Rheinland-Pfalz in vielen Daten recht gut dasteht, hat auch seine entscheidenden Ursachen darin, dass sich im Ergebnis die ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz gut entwickelt haben. Dass wir da einen Schwerpunkt setzen, ist selbstverständlich. 70 % von Rheinland-Pfalz sind ländlich strukturiert, 90 % der Gemeinden haben weniger als 2.000 Einwohner und 10 der 24 Landkreise haben weniger als 150 Einwohner pro km². Wir sind also ein ländlich strukturiertes Bundesland und ich finde, das ist auch gut so. Ich komme selbst vom ländlichen Raum und weiß, dort hat man im Ergebnis eine höhere Lebensqualität.

Es muss uns ein Anliegen sein, dass wir Strategien entwickeln, damit es auch weiterhin eine gute Entwicklung in den ländlichen Räumen gibt.

Wir stehen vor einer Reihe von großen Herausforderungen. Dazu gehört die demographische Entwicklung, die in der Regel in ländlichen Räumen dynamischer erfolgt als in städtischen Gebieten. Natürlich wirkt die Globalisierung in ländlichen Räumen auch und der Strukturwandel in der Landwirtschaft wird weitergehen, insbesondere auf Grund der neuen Entscheidungen auf europäischer Ebene.

Wir müssen uns auch darauf einstellen. Die Handlungsfelder, die wir uns vornehmen müssen, sind vom Grund her auch klar. Eine ländliche Entwicklung wird nur dann eine gute sein, wenn wir dafür sorgen,

dass für die Wirtschaft gute Standortbedingungen herrschen. Jungen Familien verbleiben im ländlichen Raum, wenn dort eine Existenzgrundlage gegeben ist. Die ist dann gegeben, wenn es gelingt, im ländlichen Raum für Arbeitsplätze und damit für eine sichere Zukunft zu sorgen.

Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, dass wir zukünftig eine flächendeckend wettbewerbsorientierte Landwirtschaft haben, die Grundvoraussetzung dafür ist, dass sich viele Potentiale im ländlichen Raum entfalten können. Denn ohne eine flächendeckende Landwirtschaft wird es nicht gelingen, Kulturlandschaft offen zu halten, die identitätsstiftend ist. Und wir müssen natürlich als weiteres Handlungsfeld intensiv betrachten, dass die gemeindliche Infrastruktur erhalten bleibt und sich weiterentwickeln kann. Die dörfliche Infrastruktur, die Ortskerngestaltung muss weiterhin mit Nachdruck ausgebaut werden.

Meine Damen und Herren, wir organisieren insgesamt fünf Foren „Ländlicher Raum“. Das vierte findet hier in Saarburg statt. Und es gibt nicht den ländlichen Raum in Rheinland-Pfalz. Rheinland-Pfalz ist erfreulicherweise ein sehr vielfältiges Land. Deswegen müssen wir passgenaue Konzepte für jede Region entwickeln. Und deswegen stehen für jede Region beispielhaft zwei Themen im Fordergrund. Das sind hier in Saarburg die Bereiche Leader und Wasserwirtschaft. Das heißt nicht, dass andere Gebiete wie Landwirtschaft, Weinbau, gemeindliche Entwicklung, wie erneuerbare Energie und anderes nicht betrachtet werden sollen. Diese Themen werden in anderen Veranstaltungen mit bearbeitet. Wir wollen nachher ein gemeinsames Strategiepapier entwickeln.



Dass wir hier in Saarburg das Thema Leader aufgegriffen haben, hat doch seinen ganz speziellen Grund darin, dass man hier viel Erfahrung damit hat. Ländliche Entwicklung darf von der Politik nicht nur nach einzelnen Sektoren betrachtet werden. Wir brauchen solche Projekte, in denen verschiedenen Ansprüche der Politikbereiche miteinander kombiniert werden. Nur dann kann ein sinnvolles Gesamtkonzept entstehen. Sie haben gegenwärtig auch im Bereich der agrarstrukturellen Entwicklung positive Erfahrungen gemacht und auch das Leaderprojekt „Moselfranken“ ist ein ganz positives Beispiel. Sie haben sich auch beworben, erneut in die Leaderförderung aufgenommen zu werden. Wir werden die Anträge, die eingegangen sind, entsprechend auswerten. Sie haben dafür Verständnis, dass ich heute nicht über Tendenz- und Vorentscheidungen reden kann. Seien sie aber gewiss, dort wo gut gearbeitet wird, wird eine Fortsetzung auch gewährleistet, wenn es denn irgendwie möglich ist.

Meine Damen und Herren, ich glaube auch, es ist ganz wichtig, dass ländliche Räume sich positionieren, damit wir ein solches Strategiepapier entwickeln können. Es gibt einige, die meinen, es sei sinnvoll, Fördermittel in Ballungszentren zu konzentrieren. Wenn man sich verschiedene Strategiepapiere aus Europa betrachtet, gibt es mehrere, die da meinen, in Metropolregionen zu investieren, würde höhere Renditen bringen. Dort sollten Fördermittel konzentriert werden. Ich halte diese einseitige Politik für falsch. Wir brauchen beides: Metropolregionen und ländliche Räume. Das eine bedingt das andere. Und deswegen ist es aber wichtig, dass wir deutlich machen, dass ländliche Räume ein hohes Entwicklungspotential haben, dass Strategien entwickelt werden müssen, wie diese Potentiale zur Entfaltung kommen. Es wird immer in der Politik auch ein Gerangel darum geben, wie Fördermittel in Zeiten knapper Kassen eingesetzt werden und wie die Schwerpunkte gesetzt werden. Darum ist wichtig, wenn man eine durchdachte Strategie hat, auch Konzeptionen aufzeigen kann, wie Fördermittel sinnvoll angelegt werden können. Auch dazu dienen die Foren „Ländlicher Raum“. Wir wollen die Foren zusammenfassen und werden ein gemeinsames Strategiepapier im September anlässlich der „Grünen Woche“, die wir hier in Rheinland Pfalz veranstalten werden, mit ihnen gemeinsam erarbeiten und verabschieden.

Die Hauptaufgabe von mir ist heute zuzuhören. Das halte ich für wichtig, dass Politik sich auch mal - wenn auch in die erste Reihe - hinsetzt und zuhört. Und nicht meint, sie müsse hier dozieren. Es ist auch die Motivation von mir gewesen, fünf Foren zu veranstalten, um in die verschiedenen Regionen hineinzugehen und die besonderen Herausforderungen und Anliegen anzuhören. Auch, um mir von tollen Projekten berichten zu lassen, wie hier das Renaturierungsprojekt an der Ruwer, wo gezeigt wird, dass die Wasserwirtschaft viel mehr leisten kann als nur die Renaturierung von Gewässern. Ich möchte mir weiterhin von den tollen Maßnahmen im Rahmen von Leader berichten lassen, damit wir aus diesen positiven Erfahrungen auch Konzepte für das ganze Land entwickeln können.

Deswegen werde ich gleich hier vorne Platz nehmen und zuhören. Ich werde die Gelegenheit haben, meine Zusammenfassung nachher vorzutragen und im Anschluss dann bei gutem Moselwein das eine oder andere im persönlichen Gespräch zu diskutieren.

Vielen Dank!

Es spricht Dr. Abresch:

Vielen Dank, Herr Minister Hering, sie haben den thematischen Rahmen des heutigen Abends aufgespannt und ich finde es sehr bemerkenswert, dass sie uns den ganzen Abend zuhören wollen.

Wir haben uns gedacht, die Veranstaltung in drei Teile zu gliedern: Im ersten Teil wollen wir uns zwei Schwerpunktthemen herausgreifen, nämlich Leader+ und die Wasserwirtschaft. Dazu werden wir zunächst zwei 15-minütige Inputvorträge von ausgewiesenen Experten anhören. Zum Thema Leader+ haben wir Herrn Wallrich eingeladen, den Geschäftsführer der LAG Moselfranken und zum Thema Wasserwirtschaft Herrn Joachim Gerke, den Leiter der Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz Trier. Zunächst können wir uns also zurücklehnen und uns berichten lassen, was unter diesen beiden Aspekten zum Thema Entwicklung ländlicher Räume zu sagen ist.

Im zweiten Block haben wir Gesprächsrunden vorgesehen, ich denke, sie haben alle in ihrer Mappe das Programm des heutigen Abends. Zu dieser Gesprächsrunde haben wir heute Abend eine stattliche Anzahl regionaler Expertinnen und Experten eingeladen, um aus verschiedenen Perspektiven auf die Entwicklung ländlicher Räume zu schauen.

Dabei wollen wir gemeinsam hier vorne auf dem Podium verschiedenen Fragen nachgehen, wie Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Lebensqualität. Typischerweise wollen wir hier am Standort auf die Themen Weinbau, Tourismus und Erholung schauen. Es wird weiterhin um den Beitrag der Frauen zur Entwicklung ländlicher Räume gehen, wir werden den Handel beleuchten, dann soll es um Gemeindeentwicklung und um nachwachsende Rohstoffe gehen. Das wird insgesamt 1,5 Stunden dauern und meine Bitte an Sie ist es, solange auszuhalten, mit Ihren Beiträgen. Sollten Sie Fragen oder Anmerkungen haben oder sind sie anderer Meinung, so notieren Sie sich das bitte zunächst. Im Anschluss werden wir hier im Plenum eine Debatte haben, in die Sie sich mit einbringen können.

Jetzt möchte ich mich weiterer Vorreden enthalten, es geht um Leader+, Herr Wallrich, wir hören Ihnen zu.

Es spricht Herr Wallrich:

Guten Tag, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Landräte und Bürgermeister. Sehr geehrte Gäste hier in Saarburg, liebe Kolleginnen und Kollegen in der Regionalentwicklung.

Mein Name ist Thomas Wallrich. Ich bin Moderator für ländliche Entwicklung bei der Verbandsgemeinde Saarburg, bin von der Ausbildung her Diplomgeograf und als Moderator für ländliche Entwicklung seit 10 Jahren für die Verbandsgemeindeverwaltung hier in Saarburg tätig. Bei dieser Aufgabe ist mir auch die Geschäftsführung der lokalen Aktionsgruppe Leader+-Gruppe Moselfranken übertragen worden.

Ganz kurz eine kleine Einleitung: „Was ist eigentlich Moselfranken?“ Unsere lokale Aktionsgruppe Moselfranken umfasst das Gebiet der drei Verbandsgemeinden Trier-Land, Saarburg und Konz, ein Areal von über 500 km² und 74.000 Einwohnern. Ich werde an dieser Stelle nicht näher eingehen auf Projekte und Struktur unserer LAG. Draußen im Foyer finden sie einen Infostand. Da können sie weitere Informationen zu unserer LAG erhalten. Wir wurden mit sechs anderen lokalen Aktionsgruppen im Jahr 2002 unter insgesamt 14 Bewerberregionen ausgewählt und seither hat jede dieser sieben lokalen Aktionsgruppen in Rheinland-Pfalz jeweils rund 1,5 Mio. Euro aus der EU-Gemeinschaftsinitiative Leader+ erhalten und ich denke auch erfolgreich eingesetzt. Die Frage, die wir uns stellen ist, was können wir aus den bisherigen Erfahrungen mit Leader+ für die Zukunft lernen? Ich werde versuchen, ihnen das an Hand von sieben Kernsätzen jeweils aus Sicht unserer LAG nicht nur von meiner Sicht als LAG Moselfranken, sondern der sieben LAG in Rheinland-Pfalz zu beantworten.



In der auslaufenden wie auch in der kommenden Förderperiode von Leader fand und findet die Auswahl der lokalen Aktionsgruppen nach der Qualität der gestellten Entwicklungskonzepte der Bewerberregionen statt. Allerdings muss man sagen, dass die Entwicklungskonzepte und die Bewerbungsstrategien danach nicht in der Schublade verschwanden, im Gegenteil, sie sind für die LAG nach wie vor der Handlungsleitfaden der allgegenwärtig ist und mit den abzuarbeitenden Maßnahmen der Impulsgeber für die tägliche Arbeit der LAG. Gleichfalls ist dieses Entwicklungskonzept das identitätsstiftende Leitbild - gerade wenn neue Projekte von außen an die LAG herangetragen werden. An Hand des Entwicklungskonzeptes, der dokumentierten Strategien und den Handlungsfeldern kann die LAG sehr schnell prüfen, ob ein neues Projekt kompatibel ist zur Philosophie der LAG und somit auch hineinpasst. Die Bedeutung dieses Entwicklungskonzeptes als Projektleitfaden und Leitbild geht weit über die ausgewählten LAGen hinaus. So wissen wir auch von Regionen, die damals bei Leader+ nicht ausgewählt wurden, dass sie trotzdem versucht haben, die im Entwicklungskonzept ausgearbeiteten Projekte umzusetzen, auch ohne Leader-Förderung.

Die LAGen haben im Rahmen ihrer Leader+-Aktivitäten auch die Bevölkerung in der Region angezogen, und das auf mehreren Ebenen. Ich will hier nennen: die Projektdefinition, die Projektauswahl aber auch die Projektrealisierung. Zunächst zur Projektdefinition, also von der Entwicklung der Projektidee bis zur Ausarbeitung der kompletten Beschreibung. Hier arbeiten verschiedenste Bürger in Workshops oder in Arbeitsgruppen der LAG mit. Andere Bürger bringen Projektvorschläge bei Ideenwettbewerben der LAG ein und somit ist da schon ein sehr starker bottom-up-Einsatz gewährleistet.

Aber bei der Projektauswahl: hierbei entscheiden die Bürger mit über die Vergabe der Fördermittel auf der Entscheidungsebene der LAG und sie bestimmen dabei mit, welche Projekte Fördermittel erhalten sollen aber auch welche nicht in die Förderung kommen können. Bei der Projektrealisierung – drittens – ganz deutlich: Wenn Projekte in die Tat umgesetzt werden, sind einzelne Bürger als Projektträger verantwortlich für die Realisierung von Projekten oder sie bringen auch ihr Wissen und ihr Können in Form von Eigenleistungen ein.

Alle LAGen binden gesellschaftliche Gruppen ein in die Weiterentwicklung der Region. Frauen, Jugendvertreter, Winzer, Landwirte, Umweltverbände, Touristiker, Kommunalverantwortliche und auch Verwaltungsfachleute, sie und viele andere Sozialpartner arbeiten mit und sind verantwortlich dafür, dass Leader zu einer Erfolgsstory für die Region werden kann. Dieses bottom-up-Prinzip ist gleich dreifach bedeutsam für die LAGen, nicht nur weil die EU es vorschreibt, dass mindestens 50 % der LAG-Mitglieder außerhalb der Politik und der Verwaltung kommen müssen, sondern aus den privaten Bereichen stammen.

Dreifach bedeutsam ist dieses bottom-up-Prinzip. Erstens wird die Projektqualität erhöht, weil private Experten - vom Projekt unmittelbar betroffen - als Mitarbeiter zur Realisierung von Maßnahmen gewonnen werden, weil zweitens die Akzeptanz und das Ansehen der LAG-Mitarbeiter viel höher ist.

Gerade durch die Verzahnung von öffentlichen und dem privaten Sektor nach dem Modell des Public-Private-Partnership. So wird dann oft ein oft diffuses Projekt irgendeiner Gruppierung zu unserem Projekt, dem wir uns dann ganz besonders annehmen.

Drittens ist das bottom-up-Prinzip auch bedeutsam, dass LAG-Akteure am runden Tisch zusammenkommen und nicht einsam an den Ideen arbeiten. Es bilden sich oft neue Arbeits- und neue Projektansätze. Auch das ist wieder befruchtend für die Arbeit der LAGen. In so fern kann ich auch im Namen aller LAG in Rheinland-Pfalz nur dafür plädieren, diesen bottom-up-Ansatz bei Leader+ beizubehalten, und ihn auch in anderen Prozessen nach Möglichkeit zu prüfen.

Zwingende Voraussetzung ist bei aller Beteiligung, dass auch weiterhin die Einbindung aller gesetzlich legitimierten Stellen zwingend erforderlich ist, allen voran der Kommunen. Denn gerade durch die Kommunen werden ja bei Leader+ die Eigenanteile aufgebracht um die Projekte dann auch auszufinanzieren. Allerdings sollte es anders als im laufenden Leader+ eventuell möglich werden, mit diesen Fördermitteln auch Maßnahmen privater Träger ohne öffentliche Finanzmittel zu bezuschussen, z. B. von Winzerzusammenschlüssen, Gewerbevereinen oder auch Umweltverbänden. Dies ist in Rheinland-Pfalz - im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern oder auch Staaten – bei Leader bei uns praktisch nicht möglich, abgesehen von kleineren Projekten im Dorferneuerungs- oder im Denkmalsbereich. Aber im Großen und Ganzen ist das in Rheinland-Pfalz nicht möglich und so verwundert es auch nicht, dass auf Halbzeitbewertungen bei 95 % der Fälle öffentliche Projektträger am Werk sind und nur bei 5 % der Projekte in Rheinland-Pfalz private Projektträger.

Durch die Kofinanzierung von rein privat finanzierten Projekten wird oftmals das fruchtbare Engagement wichtiger Vertreter aus der Privatwirtschaft auch in den LAGen verstärkt. Auch ließen sich gerade angesichts der schwierigen Finanzlage der Kommunen Projekte mit anderen Dimensionen auch unter der Schonung anderer Finanzmittel umsetzen. Und dass die Kofinanzierung künftig von den Nettoausgaben ausgeht, bedeutet eine faktische Fördermittelkürzung, auch wenn der Fördermittelsatz selbst von 50 auf 55 % bei Leader in der nächsten Fördermittelperiode ansteigt. Vielleicht besteht ja dann in der nächsten Förderperiode oder auch im Rahmen der Zwischenevaluierung die Möglichkeit, bei der Kofinanzierung privat finanzierter Projekte oder auch bei der Kofinanzierung von Bruttobeträgen entsprechend umzusteuern. Darüber hinaus denke ich sollte überprüft werden, in wie weit ein noch festzulegender Anteil der Fördermittel bei Leader analog zur Regelung auch bei Interreg verwendet werden kann. Denn bei Interreg können nämlich die benachbarten Regionen und damit auch außerhalb der eigentlichen Fördergebiete auch ohne vorgeschaltete und sehr aufwendige Nutzenermittlung Fördermittel eingesetzt werden, z. B. bei Interreg IIIa DeLux Programm können bis zu 20 % des Budgets für Projekte mit den unmittelbar angrenzenden Gebieten eingesetzt werden. Das ist bei Leader+ nicht der Fall. Es mussten z. B. bei den LAG übergreifenden Projekten „Straße der Römer“ auch „Mosel-Erlebnis-Route“ aufwendige Nutzenermittlungen durchgeführt werden. Das hat dann doch einige Zeit in Anspruch genommen, weil hier Gebiete eingebunden waren, die kein Fördergebiet waren.

Die meisten Projekte der Rheinland-Pfälzischen LAGen können wir getrost in den inneren oder weiteren Sektor „ländlicher Tourismus“ zuordnen. Hier wurde auch landesweit das Gros der Fördermittel in Leader+ eingesetzt. Laut Halbzeitbewertung dienten 83 von insgesamt 126 Projekte touristischen Zwecken. Herauszuheben ist vor allen das Projekt „Straße der Römer“, das ich ihnen genannt habe im Zusammenarbeit der Rheinland-Pfälzischen LAGen Hunsrück, Vulkaneifel, Mosel und Moselfranken mit den luxemburgischen Kollegen und der Tourismuszentrale im Saarland. Also ein sehr übergreifendes Projekt, das mit Leader-Mitteln auch transnational gefördert werden konnte.

Auch weiterhin wird die Tourismusentwicklung ländlicher Räume der Schwerpunkt der Aktivitäten der LAGen sein. Warum? Hier wird eine enorme Wertschöpfung für viele Wirtschaftsakteure erwartet, für Gastronomen, für Hoteliers, für Winzer, für das Reisegewerbe aber auch für die Handwerker. Für die hiesige Ferienregion Mosel-Saar wird allein eine Wertschöpfung von 460 Mio. Euro durch den Tourismus und ein Potential von fast 30.000 Arbeitsplätzen ermittelt. Ländlicher Tourismus wird aber auch in Zukunft an der Spitze der Agenda der LAGen stehen. Natürlich auch weil fleißige Marktforscher immer neue Ansprüche bei neuen Zielgruppen vor dem Hintergrund schnell wachsender Tourismustrends herausarbeiten. Deshalb ist das Land gut beraten, trotz der Herkunft der Mittel aus dem Agrarbereich auch weiterhin einen deutlichen Förderschwerpunkt im ländlichen Tourismus zu setzen. Trotzdem sollte aus Sicht der LAG, also der lokalen Aktionsgruppen, der Kanon der besetzbaren Handlungsfelder, also quasi der Bauchladen, aus dem wir uns als LAG aus bedienen, möglichst breit angelegt sein.

Damit können die Regionen, je nach Bedürfnis oder je nach ihrer Einschätzung ihre eigenen Schwerpunkte setzen. Eine zu starke Einengung auf einige wenige Handlungsfelder, also nur auf den Agrarbereich oder nur auf den Tourismus würde diesem integrierten Regionalentwicklungsansatz meiner Meinung nach widersprechen.

Die Erfahrung aus der zu Ende gehenden Förderperiode von Leader+ lehrt uns aber auch wichtiges über die Zuordnung von Verwaltungsaufgaben im Förderweg. Hier zeigt sich ganz klar das Erfordernis einer landesweit zentralen Koordinierungs- und vor allen Dingen Bewilligungsstelle für die Förderanträge, zumindest bei Leader. Der ADD Trier wurde die Aufgaben einer solchen Koordinierungsstelle für Leader+ zugeordnet. Mit meinen Geschäftsführerkollegen bin ich der Meinung, dass die ADD diese Aufgabe mit Bravour und zur höchsten Zufriedenheit der LAG motiviert, kompetent und stets aufgeschlossen bewältigt hat. Hierfür sei dem Referat 44 der ADD unser ausdrücklicher Dank gesagt. Zusätzlich zu seiner Koordinierungsfunktion hat es das Referat 44 der ADD auch geschafft, mit über 60 % aller Projekte landesweit den absolut dicksten Brocken der Förderanträge der LAGen zu bewilligen. Dies obwohl insgesamt theoretisch mehr als 70 Bewilligungsstellen für Leader+ in Rheinland-Pfalz gibt. Auch wenn die selbstbewusste Interpretation dieses Aufgabenspektrums durch die ADD, wie wir leider erfahren mussten, manchen zu weit gehen. Wir als LAG sind sehr gut damit gefahren. Schließlich konnte somit auf ungewöhnlich schnellem Wege manches sinnvolle Projekt realisiert werden.

Und vielleicht ahnen sie schon meine nächste Forderung. Angesichts von theoretisch 78 möglichen Bewilligungsstellen von Leader+ in Rheinland-Pfalz, nämlich die nach der Schaffung einer zentralen Bewilligungsstelle im Land. Wir würden uns wünschen, dass wir hier einen Ansprechpartner für alle unsere Projekte hätten. Wir hätten nichts dagegen, wenn die zentrale Bewilligungskompetenz der ADD Trier übertragen würde. Wie auch immer - in einvernehmlichen Abstimmungen mit den Fachabteilungen und den Fachstellen der betroffenen Ministerien könnte die zentrale Bewilligungsstelle noch über alle Förderanträge von Leader dann auch befinden. Die Konzentration der Bewilligungskompetenz würde auch jene Mitarbeiter der Ministerien, Landesämter und auch Direktionen entlasten, die nur gelegentlich mit dem aufwendigen Leader+-Geschäft zu tun haben und die sich nur wegen ein oder zwei Bewilligungen in der gesamten Förderperiode extra in die schwierige Materie der EU-Vorgaben einarbeiten müssen. Ich denke, damit wäre auch eine schnellere Bewilligung, eine raschere Projektrealisierung und eine höhere Kundenzufriedenheit verbunden, alles auch Maßstäbe der Dienstleistungsqualität einer Verwaltung.

Zu meinem letzten Punkt: Der Geschäftsführer einer lokalen Aktionsgruppe übernimmt vielfältige Funktionen. Er ist Hauptansprechpartner für Projektträger, ist Begleiter von Projekten, ist aber auch Antreiber im Antragsverfahren. Auch ist er Kenner von Verwaltungsstrukturen und alternativen Förderwegen. Deshalb ist eine Fortführung der Förderung des LAG-Managements auch künftig notwendig und erforderlich. Natürlich wäre eine Erhöhung der Fördersätze für das LAG-Management zu begrüßen. Doch solange dies zu Lasten der Projektfördermittel geht, sollte die jetzige Regelung zumindest beibehalten bleiben. Leader+ zeigt, wie notwendig bei langfristig angelegten Regionalentwicklungsprozessen die Installation von Ansprechpartnern in der Region ist. Meiner Meinung nach am besten verwaltungsintern oder zumindest verwaltungsnah. Eine gute Regionalentwicklung, beginnend bei dem Entwicklungskonzept über das Regionalmanagement bis zur Schlussevaluierung ist ohne den Kümmerer vor Ort äußerst schwer möglich. Die Erfahrung zeigt, dass wir hier eine Vollzeitkraft als notwendige Personalressource einplanen müssen. Zur schnelleren Einarbeitung gerader neu einsteigender Regionalmanager - das gilt übrigens für Leader als auch für ILE - sollte das Land meiner Meinung nach kontinuierlich Möglichkeiten des Coaching oder der Vernetzung anbieten, um hier einen besseren Wissenstransfer zu unterstützen. Das könnte gegebenenfalls in Workshops passieren, wo dann auch Einblick in alternative Förderprogramme gegeben werden könnte, weil oft gefragt wird, was gibt es denn neben Leader+ noch an Fördermitteln. Leader ist also für die Region in Rheinland-Pfalz viel mehr als ein gerngesehener Geldgeber für punktuelle Maßnahmen. Leader ist ein qualitativer Fortschritt in der Regionalentwicklung. Leader ist viel mehr als die Summe seiner Einzelprojekte. Abschließend sei mir an dieser Stelle noch der Wunsch oder zumindest die kleine Hoffnung gestattet, dass die jetzigen LAGen bei den neuen Auswahlverfahren berücksichtigt werden und ausgewählt werden, um so den ländlichen Raum weiter voranbringen zu können.

Vielen Dank!

Es spricht Dr. Abresch:

Herzlichen Dank, Herr Wallrich, Sie haben sich prima an die Zeit gehalten, ich bin mir sicher, dass Ihr Thema nachher bei der Diskussion noch mal angeschnitten werden wird. Auch der Herr Minister hat sich einige Notizen für seine Schlussbewertung gemacht.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns jetzt die Perspektive wechseln, wir gehen jetzt zur Wasserwirtschaft, Herr Gerke, sie haben das Wort.

Es spricht Herr Gerke:

Herzlichen Dank, Herr Minister Hering, sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete, meine Damen und Herren. Es ist mir eine Freude, die Gelegenheit zu haben, hier bei der Regionaltagung in Saarburg zum Thema „Gewässerrenaturierung“, oder besser „Entwicklung unserer Gewässer“ zu sprechen.

Ich möchte auch den Versuch machen, sie ein wenig für dieses Thema zu begeistern. So wie das heute insgesamt der Versuch sein soll, uns für unsere Heimat, für das Leben im ländlichen Raum zu begeistern. Gewässer sind elementare Bestandteile unserer Natur. Das wird hier an Mosel, Saar, im Hunsrück und an der Eifel ganz deutlich. Wo sonst, wenn nicht hier, kommt die imposante Landschaftsgestaltung durch unserer Gewässer zum Ausdruck. Fahren sie über Eifel und Hunsrück, dann müssen sie ab und zu mit dem Auto anhalten, damit sie das überhaupt genießen können. Über Jahrtausende währende Kleinarbeit haben diese Gewässer, diese Landschaft geprägt und in den letzten 200 Jahren hat der Mensch es unternommen, dieses Werk der Natur zu überformen. Ich möchte betonen, es war kein Selbstzweck, sondern es wurde zum Wohle der Gesellschaft getan. Wir wissen allerdings heute, dass ein Eingriff in die Natur auch immer Gegenreaktionen auslöst. Als eine Gegenreaktion nenne ich hier verstärktes Hochwasser. Dieses ist der Grund, warum in Rheinland-Pfalz seit mittlerweile über 12 Jahren unter dem Dach der „Aktion blau“ systematisch Gewässerentwicklung betrieben wird.



Ich möchte dazu ein Projekt von vielen vorstellen. Ich möchte nicht das Ruwerprojekt vorstellen, sondern das Projekt Biberbach, hier abweichend von der Ankündigung. Der Grund liegt ganz einfach darin, dass es über das Projekt, was ich ihnen näher vorstellen möchte, mittlerweile sehr gut Dokumentationen über die ökologische Wirksamkeit der Renaturierung gibt. Daneben habe ich mir dieses Projekt auch ausgesucht, weil es ein Produkt vieler Beteiligten war. Einige der Beteiligten sitzen hier heute auch unter uns. Ich hoffe, dass ich auch für diese Beteiligten spreche.

Biberbach und Schattengraben sind Nebengewässer der Lieser. Der Biberbach mündet bei Platten in die Lieser. Beide Gewässer waren bis zu ihrer Renaturierung extrem ausgebaut. Sie sehen ein symptomatisches Foto, wie es an diesen Gewässern aussah. Dies führte dazu, dass selbst bei extremem Hochwasser – ich habe selbst im Jahre 2003 eines erlebt – das Hochwasser ohne Ausuferung abgeführt wurde. Das war natürlich gut für die Nachbargrundstücke, das war schlecht für die Unterlieger und hier insbesondere für die Ortslage Platten. Platten war bis zur Renaturierung und den Maßnahmen, die ich ihnen vorstellen möchte, etwa alle zwei Jahre von schädlichem Hochwasser aus dem Biberbachbereich betroffen. Dieser extreme Ausbau, wie sie ihn hier sehen, führte auch zu Nitratarmut, das brauche ich ihnen nicht näher zu erläutern. Längere Gewässerstrecken waren biologisch tot. Das Landesamt hat die Untersuchungen eingestellt, weil es keinen Nutzen mehr hatte, weitere Untersuchungen durchzuführen.

Meine Damen und Herren, für die, die hier aus der Region kommen ist bekannt, die Wittlicher Senke hat einen sehr großen Nutzungsdruck für unsere Region, eigentlich relativ untypisch für den ländlichen Raum. Es gibt ertragreiche Böden, sie werden landwirtschaftlich intensiv bewirtschaftet, es gibt Sonderkulturen und der Tabakanbau möge für diese Sonderkulturen stehen. Sicherlich ein prägendes Element der Wittlicher Senke. Gleichzeitig gibt es einen bedeutenden Flächenbedarf für neue Infrastrukturmaßnahmen.

Ich möchte hier nennen die Weiterführung der B50 neu vom Wittlicher Kreuz auf den Hunsrück und das Industriegebiet Wengerohr-Süd, eine Maßnahme der Stadt Wittlich. Und der Flächenbedarf für diese Infrastrukturmaßnahmen ergibt sich nicht nur aus den Flächen, die gebraucht werden für diese Maßnahmen selbst, sondern auch für den Ausgleich. Sowohl für den naturschutzfachlichen Ausgleich als auch für den wasserwirtschaftlichen Ausgleich (für den Rückhalt des Wassers in der Fläche). Sie können sich vorstellen, dass dieses in einer intensiv genutzten Landschaft zu großen Nutzungskonflikten und Problemen führt. So auch in der Wittlicher Senke. Die dort noch ansässigen und aktiven Landwirte sind zu Recht auf die Barrikaden gegangen. Und haben sich beschwert über den Flickenteppich der Ausgleichsmaßnahmen in der Wittlicher Senke, der sich daraus ergeben hat, dass die Maßnahmenträger dort Land gekauft haben und Ausgleichsflächen ausgewiesen haben, wo es gerade zu bekommen war.

So hat es im Prinzip zwei parallel laufende Überlegungen gegeben. Das eine war der runde Tisch Wittlicher Senke, das damalige Kulturamt Bernkastel Kues hat diesen runden Tisch geleitet. Ziel war die Entflechtung dieser Nutzungskonflikte und die Suche nach Ausweichflächen vor allen außerhalb der Wittlicher Senke, außerhalb der Bereiche, die für die Landwirtschaft von besonderer Bedeutung sind. Das ist gelungen, es ist ein folgreicher Abschluss zu verzeichnen gewesen. Parallel dazu hat das damalige StAWA (die heutige Regionalstelle Wasserwirtschaft) die Idee entwickelt, Biberbach und Schattengraben zu renaturieren und auch hier zu versuchen, den wasserwirtschaftlichen Ausgleich und den landespflegerischen Ausgleich auf ein und dieselbe Fläche zu legen und hiermit eben flächeneffizient zu arbeiten. Aus der Idee wurde ein Konzept, das Bachauenkonzept Biberbach. Es wurde aufgestellt und durchgeführt unter Federführung der Stadt Wittlich. Es waren weiter beteiligt die Verbandsgemeinde Bernkastel Kues, die Verbandsgemeinde Wittlich-Land. Es haben geholfen der Landkreis Bernkastel Wittlich, das Kulturamt (heute DLR), die Forstämter und die Straßenbauverwaltung. Es war also eine ganze Reihe von Beteiligten, die alle ihre Ideen in das Konzept eingebracht haben und herausgekommen ist eine Überlegung, die in den nächst fünf oder zehn Jahren umgesetzt werden soll. Im Wesentlichen zwei Elemente. Gewässerrenaturierung braucht Platz. Es werden etwa 100 ha Gewässerrandstreifen in diesem Vorhaben auszuweisen sein, teilweise sind sie es schon. Daneben sollen Polderflächen geschaffen werden um etwa 15.000 m³ Wasser zurückzuhalten, zu speichern. Dies wird für die Ortslage Platten bedeuten, dass die Hochwassergefahr sich etwa um den Faktor vier verringert.

Ich möchte einige Ausführungsbeispiele aus dem Jahre 2001 aufzeigen. Sie sehen hier z. B. das Luftbild eines Polders. Der Schattengraben verlief vor der Renaturierung schnurgerade im Bereich, beim neuen Schattengraben hat sich die Fließlänge um etwa 50 % verlängert. Der Bach verläuft nun mitten durch den Polder. Polder sind keine Rückhaltebecken sondern flache Mulden, in denen Wasser gespeichert werden kann. Sie werden sich zu Auelandschaften entwickeln. Dieser Polder hatte seine Bewährungsprobe am 02.01.2003 zu bestehen, damals hatten alle Gewässer in der südlichen Eifel extreme Hochwasser zu verzeichnen. Die meisten Pegel hatten Höchststände zu verzeichnen Der Polder hatte kurz nach seiner Fertigstellung seine Feuerprobe zu bestehen.

Mittlerweile sind 3 km Fließgewässer renaturiert. (Es folgen Bilder von den Anfängen, und dem Abschluss der Bauphase. Dann werden Bilder von der Situation vier Jahre danach gezeigt, alles ist von allein gewachsen und hat sich prächtig entwickelt.)

Diese Maßnahme wurde wissenschaftlich begleitet. Als erste hat Herr Christian Korsch aus Wittlich seine Diplomarbeit an der Fachhochschule Wiesbaden zu dieser Gewässerrenaturierung geschrieben. Er hat also ein bis drei Jahre nach dieser Umgestaltung der einzelnen Gewässerabschnitte bereits sehr positive Entwicklungen an der Gewässerstruktur festgestellt, eine deutlich gestiegene Habitatvielfalt, es gehörte bei diesem ausgebauten Gewässer auch nicht viel dazu.

(Es folgen Bilder von Tieren, wie dem Eisvogel, Inseln im Gewässer als neue Wohnorte für Enten und andere Lebewesen)

Eine zweite Studie wurde gefertigt durch die GNOR im Auftrag der Stiftung der Stadt Wittlich, finanziert durch die Stiftung der Stadt Wittlich. Aus dem Zwischenbericht ist erkennbar, dass die Studie noch nicht beendet wurde. Es geht dabei darum, wie sich die Renaturierung positiv auf die Ökologie auswirkt.

Eine dritte Studie wurde im Rahmen einer „Jugend - forscht - Arbeit“ von zwei Schülerinnen des Gymnasiums erstellt, die sich ebenfalls mit diesem Projekt beschäftigt haben. Sie haben eine Studie über

die Akzeptanz dieser Maßnahmen in verschiedenen Orten entlang von Schattengraben und Biberbach angefertigt und sie haben herausgefunden, dass die Akzeptanz mit dem Wissen um dieses Projekt deutlich wächst. Das Wissen um dieses Projekt wächst mit dem Engagement vor Ort. Und insbesondere in dem Stadtteil Bromburgen hat sich sowohl die Grundschule über eine Bachpatenschaft und haben sich auch die politisch Verantwortlichen vor Ort, nämlich der Ortsvorsteher und der Ortsbeirat von Anfang an in dieses Projekt mit eingebracht, haben dieses Projekt begleitet und zu ihrem Projekt gemacht und deswegen ist die Akzeptanz in diesem Ort signifikant höher als in den anderen Orten entlang dieser Gewässer.

Meine Damen und Herren, in der Zusammenfassung und aus der Erfahrung dieses Projektes möchte ich feststellen, dass es immer wieder eine Herausforderung ist, den Eigenanteil der Kommunen an der Gewässerrenaturierung sicherzustellen. Die meisten von ihnen haben damit zu tun. Es gilt also, Phantasie zu beweisen. Die Wasserwirtschaft unterstützt sie auch bei dieser Phantasie und ich darf – Herr Friedrich – glaube ich sagen, auch das DLR Mosel unterstützt sie bei der Phantasie. Wir haben schon mehrere Projekte gemeinsam versucht, auf den Weg zu bringen und aus den Erfahrungen profitiert. Sie müssen auch bereit sein, Chancen zu nutzen, Chancen nutzen heißt, Schubladenplanungen machen. Schubladenplanungen in der Tasche zu haben und im richtigen Moment „hier“ zu rufen, „ich hab da was“ und anderen, die Ausgleichsmaßnahmen durchführen wollen, unter die Arme zu greifen. Größere Projekte zur Gewässerentwicklung sollten modular aufbereitet werden. Wir müssen den Mut haben auch über längere Zeiträume zu denken, eine größere Maßnahme über längere Zeiträume umzusetzen, immer dann, wenn sich die Chancen bieten, diese Maßnahmen auch zu finanzieren. Ich halte es für wichtig, dass wir Akzeptanz bei allen Betroffenen suchen, insbesondere bei denen, die das Land dafür geben müssen. Da ist die Zusammenarbeit mit dem DLR, die Moderation des DLR ausgesprochen hilfreich gewesen. Das DLR hat die Türen geöffnet, die wir als Wasserwirtschaftler nicht hätten öffnen können.

Ein letzter Punkt, den ich erwähnen will ist der, dass besonders in Ortsnähe renaturierte Gewässerstrecken eine hohe Erholungsfunktion und eine Erlebnisfunktion haben. Diese Erkenntnis sollte man bei der Planung von Renaturierungsmaßnahmen direkt berücksichtigen.

Als Leitbild für Renaturierungsmaßnahmen (Hinweis auf ein Bild aus der Gemarkung Würzig des Projektgebietes im Quellgebiet des Biberbaches) soll dieses positive Abschlussbild dienen.

Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Es spricht Dr. Abresch:

Herzlichen Dank Herr Gerke, herzlichen Dank auch für die vielen beeindruckenden Bilder. Ich denke, auch zu Ihrem Input-Vortrag zur Wasserwirtschaft gibt es nachher in der Diskussion noch die eine oder andere Ergänzung oder Nachfrage. Sie haben auch darauf hingewiesen, dass einige der Akteure hier mit im Saal sind.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns jetzt in die Gesprächsrunden gehen. Herr Minister Hering hat eingangs betont, dass es ein Ziel ist, ein Strategiepapier für das Land Rheinland-Pfalz zu schreiben. Das wird ein Strategiepapier werden, bei dem das Themenspektrum im ländlichen Raum breit aufgefächert wird. Aus diesem Strategiepapier sollen aber auch die Chancen und die Herausforderungen für die nächsten Jahre aufgezeigt werden. So wollen wir auch die Gesprächsrunde verstehen, dass nämlich ein Teil des Themenspektrums heute diskutiert wird. Dabei geht es zum einen um die Frage wo wir stehen, worauf wir stolz sein können. Denn wir wollen ja nicht so tun, als ob wir heute neu beginnen würden. Das ist besonders wichtig für das Strategiepapier, dass wir darstellen, worauf wir bauen können, was das Fundament ist.

Zweitens wollen wir versuchen, so genau wie möglich die Hindernisse und Probleme, die uns im Weg stehen, zu beleuchten. Herr Minister Hering, natürlich wollen wir die Gesprächspartner nicht entlassen, ohne dass diese die Möglichkeit haben, zwei bis drei Wünsche auch an das Ministerium zu richten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns mit dem Thema Weinbau beginnen, bitte begrüßen Sie mit mir den Präsidenten des Mosel-Saar-Ruwer e. V. Herrn Adolf Schmitt. Herr Schmitt, wenn man auf den Weinbau drauf schaut, worauf sind Sie besonders stolz? Was hat sich in den letzten Jahren gut entwickelt?

Es spricht Herr Adolf Schmitt:

Wir Winzer sind stolz auf die Entwicklung im Weinmarkt. Wir sind darauf stolz, dass Riesling, vor allem aus Steillagen, die Königin der Weinreben ist. Diese Erkenntnis schlägt sich im Weinmarkt der ganzen Welt nieder. Das ist eine gute Voraussetzung für die Motivation der Winzer.

**Es spricht Dr. Abresch:**

Die Preise steigen also, darf ich annehmen?

Es spricht Herr Adolf Schmitt:

Die Preise steigen, obwohl unser Riesling noch längst nicht den Wert hat, den er verdient. Das zeigt eine Probe wie bei Grand Prix in Trier, wo ein Riesling zum Einkaufspreis von 8,50 € gewinnt gegen Weine zum Preis von bis zu 38 € aus anderen Weinlagen.

Es spricht Dr. Abresch:

Der richtige Preis, wo wäre der in 10 Jahren?

Es spricht Herr Adolf Schmitt:

Ein richtiger Riesling aus Schiefersteillage sollte schon 15 bis 20 € kosten, ist aber eigentlich noch mehr wert. Wir wollen ja mit den Füßen auf dem Boden bleiben.

Es spricht Dr. Abresch:

Wenn sich das Image des Riesling insgesamt und das des Mosel-Saar-Ruwer im Besonderen so gut entwickelt hat, wie schlägt sich das dann nieder bei den Weinbauflächen? Wie sieht es bei der Nachfrage nach Flächen und bei den Preisen der Flächen aus?

Es spricht Herr Adolf Schmitt:

Nach einem dramatischen Rückgang der Rebflächen erleben wir noch mal eine Renaissance der Weine. Es gibt die Bereitschaft, gute Steillagen nochmals zu rekultivieren. Es ist erfreulich, dass einzelne Betriebe bereit sind, größere Flächen anzugehen, es ist auch erfreulich dass es Seiteneinsteiger gibt, die ihre Liebe zum Winzerdasein entdeckt haben.

Es spricht Dr. Abresch:

Werden die Seiteneinsteiger in der Region mit offenen Armen empfangen, oder ist man eher skeptisch?

Es spricht Herr Adolf Schmitt:

Wir empfangen sie mit offenen Armen, noch ist es nicht so, dass wir nicht genügend Flächen für sie haben. Ich gehe davon aus, dass noch einige Flächen rekultiviert werden, es gibt genug Flächen hier an der Saar. Die Saar hat ja in den vergangenen Jahren sehr gelitten vom Rückgang des Weinbaus. Hier sind ja um 1900 vor allem Staatsdomänen entstanden. Das hatte motiviert. In den letzten Jahren sind die Staatsdomänen ja verkauft worden, das hat eher demotiviert.

Es spricht Dr. Abresch:

Das klingt ja nach Aufbruchstimmung, aber lassen Sie uns noch mal darauf schauen, wo drückt der Schuh, wo sind die Probleme? Wo würden Sie als Weinbaupräsident sagen, hieran müssen wir noch arbeiten?

Es spricht Herr Adolf Schmitt:

Ja zum einen sind wir gefordert die vielen kleinen Flächen zusammenzulegen. Wir sprechen ja vom Flächenmanagement, genau das ist erforderlich. Wenn jemand in Zukunft die Flächen rationell bewirtschaften will, braucht er größere Schläge. Hier ist das Land zusätzlich gefordert, dem DLR genügend Mittel zur Verfügung zu stellen, dass ein Flächenmanagement an Mosel, Saar und Ruwer umfassend erfolgen kann. Das ist das eine, das zweite wäre eine Hilfe bei der Bewirtschaftung.

Wir brauchen, wie auch in anderen Weinbauregionen High-Tech-Geräte zur Bewirtschaftung, vor allem im Steillagenweinbau. Es wird jedoch immer noch ein Großteil an Handarbeit zurückbleiben. Hier sind wir benachteiligt bei der Beschaffung von osteuropäischen Arbeitskräften. Wir sind benachteiligt gegenüber den Kollegen in Italien, Frankreich und Luxemburg. Hier schafft die Bundesregierung ein unnötiges Hemmnis. Hier bräuchten wir eine bessere Regelung zur Beschaffung von osteuropäischen Arbeitskräften. Diese Arbeitskräfte sind auf dem deutschen Markt nicht zu bekommen. Es ist nicht so, dass wir diese ablehnen würden.

Es spricht Dr. Abresch:

Bewirtschaftungsorganisationen und Arbeitskräfte, bleiben wir zunächst einmal bei dem ersten Punkt. Helfen Sie mir. Was heißt das - Bewirtschaftungsorganisationen?

Es spricht Herr Adolf Schmitt:

Wir haben eine Entwicklung, es gibt Vollernter im Steillagenweinbau. Diese z. B. sind für Winzer schwer zu beschaffen, hier müsste mit anderen Winzern zusammengearbeitet werden. Es müssen Maschinengemeinschaften gegründet werden, um diese Technik zu beschaffen. Das ist nur ein Beispiel. Eine Zusammenarbeit in dem Bereich Maschinennutzung ist das ganze Jahr über erforderlich.

Es spricht Dr. Abresch:

Herr Schmitt, was hindert Sie denn heute daran, überbetrieblich zusammenzuarbeiten?

Es spricht Herr Adolf Schmitt:

Für die Beschaffung der Maschinen müsste mehr Hilfestellung erteilt werden. Die Anschaffung dieser Maschinen ist besonders teuer.

Es spricht Dr. Abresch:

Noch mal zu den Arbeitskräften, dass ich es auch richtig verstanden habe. Wo ist das Hindernis?

Es spricht Herr Adolf Schmitt:

Das Hindernis ist das komplizierte Antragsverfahren. Wir wissen heute noch nicht, wann wir unsere Trauben ernten werden. Ich muss trotzdem jetzt entscheiden, wann das sein soll. Im letzten Jahr waren riesige Schäden entstanden, da die Ernte früher erforderlich war, bevor die Arbeitskräfte überhaupt dort waren. Das ist nur das eine Problem. Das andere Problem ist die Versicherungspflicht. Dafür fallen 48% der Kosten an. Das gibt es in den anderen Weinbauländern nicht. Wir sind nämlich verpflichtet, die Sozialversicherungspflicht in Polen zu bezahlen, diese ist dort so teuer. Das brauchen unsere Kollegen im

Ausland nicht zu leisten, somit sind wir im Wettbewerb benachteiligt. Zudem ist das aus unserer Sicht auch keine sinnvolle Regelung.

Es spricht Dr. Abresch:

Liegt der Nachteil nur darin begründet, dass es keine deutschen Arbeitskräfte sind?

Es spricht Herr Adolf Schmitt:

Es ist tatsächlich so, dass für solche Arbeiten deutsche Arbeitskräfte nicht zur Verfügung stehen. Die polnischen und tschechischen Erntehelfer gehen dagegen jetzt vermehrt z. B. nach Irland. Dort ist die Entwicklung, mit den Zusatzkosten nicht so ungünstig wie bei uns, da diese letztendlich zur Verteuerung führen.

Es spricht Dr. Abresch:

Herr Schmitt, wenn Sie Folgendes betrachten: Den Weinbau zusammen mit der Entwicklung der ländlichen Räume. Sie haben drei Wünsche frei. Welche wären das in der Zusammenfassung?

Es spricht Herr Schmitt:

Das erste ist das klare Bekenntnis gegen zu viel Bürokratie. Wir bekennen uns zum deutschen Weingesetz. In der Bürokratie gibt es immer noch zu viele Stilblüten, die dem Winzer die Lust raubt, im Weinberg zu arbeiten. Zweitens: Wir brauchen noch mehr Akzeptanz für unsere Leistung, die wir erbringen als Landschaftspfleger für die Region. Die Menschen sollten noch mehr erkennen, dass wir neben dem Wein, den wir anbauen auch die wichtigsten Landschaftsschützer sind. Zu diesem Zweck gibt es auch die Dachmarke, bei der wir alle zusammensitzen - das ist ein weiterer Wunsch.

Und der letzte Wunsch: Im Moment wird noch die Hälfte des Weines, der in Deutschland getrunken wird, aus dem Ausland importiert. Hier gibt es eine positive Entwicklung, dieser Anteil geht zurück, zugunsten deutscher Weine. Man kennt die heimischen Produkte auch mehr denn je. Die neueste Marktuntersuchung hat es gezeigt: Wenn man Menschen über Wein befragt, dann nennen diese zuerst den Riesling, ganz weit vorne wird auch die Mosel erwähnt. Das zeigt, dass unsere Arbeit richtig ist, wir haben den Wunsch, in diese Richtung weiterzugehen.

Es spricht Dr. Abresch:

Herr Schmitt, beim Schlussimbiss werden wir ein wenig zum Absatz des Mosel-Saar-Ruwer-Weines beitragen, Sie werden das nachher sehen. Herr Schmitt, Präsident des Mosel-Saar-Ruwer - Weinbauverbandes e. V., ich danke Ihnen.

Wenn wir jetzt weiter in den Themenkanon gucken, dann ist es vom Weinbau nicht so weit zum Bereich Tourismus, Herr Schmitt sagte das schon. Für den Tourismus ist die Weinkulturlandschaft ein wichtiger Standortfaktor. Um die Eckpunkte zu den Themen Freizeiterholung und Tourismus zu erörtern bitte ich Frau Winkhaus-Robert zu mir, sie ist die Geschäftsführerin der Moselland Touristik GmbH.

Frau Winkhaus-Robert, die gleiche Frage an Sie: Wenn Sie die Anstrengungen der letzten Jahre anschauen, um bei den Bereichen Tourismus, Freizeit und Erholung Wertschöpfung in den ländlichen Raum hineinzubekommen, worauf sind Sie dann besonders stolz - was ist besonders gut gelaufen?

Es spricht Frau Winkhaus-Robert:

Im Tourismus sind es insbesondere zwei Bereiche, auf die man stolz sein kann. Das eine ist: Wo die Gäste gerne hinkommen, da lebt es sich auch gut. Die bereits getätigten Investitionen in Angebote und Produkte machen es nicht nur für Touristen sehr schön hier, sondern auch für die Leute, die hier leben.



Das ist der eine Bereich, der zweite Bereich ist jedoch sicherlich noch wichtiger: Das ist der Beitrag des Tourismus für das Einkommen in dieser Region. Der Herr Wallrich hat eben schon unsere Wertschöpfungsstudie zitiert. (durchgeführt von der IHK in Koblenz).

Ich will das für die Mosel mal in Zahlen festmachen. Wir sprechen hier von einem Bruttoumsatz von 960 Mio. €. Die Wertschöpfungsquote liegt bei 7,8%, wir haben rd. 30.000 Vollerwerbstätige durch den Tourismus in dieser Region. Dabei sind Nebenerwerb und sekundärer Bereich noch gar nicht drin. Diese Arbeitsplätze sind fest an den ländlichen Raum gekoppelt, sie können nicht verlegt werden, deswegen ist es besonders wichtig, dass die Chancen des Tourismus im ländlichen Raum genutzt werden. So wie das bei uns geschehen ist.

Es spricht Dr. Abresch:

Schön, dass Sie noch einmal Zahlen genannt haben, aus meiner Sicht unterschätzt man leicht, was in der Region an Wertschöpfung zusammenkommt. Lassen Sie uns trotzdem noch einmal nüchtern drauf schauen, wenn Sie Einfluss

nehmen könnten in dieser Region, wenn Sie sofort Dinge ändern könnten, was wären dann die Punkte, bei denen Sie sagen würden: Hier bleiben wir unter unseren Möglichkeiten, hier haben wir noch Potentiale.

Es spricht Frau Winkhaus-Robert:

Die größte Herausforderung, die wir im Tourismus zu bewältigen haben, ist das Thema Qualität. Zum einen ist das die Qualität in der Hardware, in der Infrastruktur. Da gibt es ja auch Qualitätskriterien, die entwickelt werden. Im Bereich Wandern und Radwandern ist das in der Region bereits schon toll umgesetzt. Die größte Herausforderung sehe ich im Bereich Servicequalität. Damit meine ich die Software unserer Anbieter. Das sind Fragen, wie z. B.: Wie empfangen Sie den Gast? Wie verabschieden Sie ihn? Stimmt das Ambiente? Bieten Sie regionale Produkte auf einem hohen Qualitätsniveau? Geht es um Kooperationen mit anderen Gastgebern ein? Spürt der Gast, dass hier von einem Netzwerk aus Gastgebern empfangen wird? Wir müssen Angebote aufeinander abstimmen, Dienstleistungs- und Serviceketten aufbauen. Es ist wichtig, über den eigenen Tellerrand zu schauen.

Es kommt weiterhin darauf an, die Mitbewerber nicht als Konkurrenten zu betrachten, sondern als Ergänzung zum eigenen Produkt. Das alles ist Servicequalität, dabei gibt es meiner Meinung nach noch viel zu tun. Hier muss man auch Hilfestellung leisten. Wir versuchen das in der Region bereits im Rahmen unserer Akademie der Gastlichkeit. Das ist ein Gliederprojekt in der vergangenen Periode der LHG - Mosel. Wir würden das auch gerne weiter führen. Wir würden uns gerne über den Tourismus hinaus ausweiten, es gibt viele Möglichkeiten die man in diesem Bereich tun kann. Das geht von neuen Formen der Landschaftsnutzung - hier gibt es Überlegungen gemeinsam mit dem Weinbau - bis zu Gebäudenutzungskonzepten in den Orten. Hierbei geht es darum, wie die Bausubstanz zusammen mit touristischen Partnern in Wert gesetzt werden kann.

Zusammenfassend denke ich, dass es im Bereich der Servicequalität für uns noch einige Hausaufgaben zu erledigen gibt.

Es spricht Dr. Abresch:

Wenn ich Sie so höre, dann denke ich mir bei einigen Punkten: Das sollte doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Was hindert die Betriebe bis jetzt daran, darauf einen stärkeren Focus zu legen.

Es spricht Frau Winkhaus-Robert:

Es gibt verschiedene Gründe, welche nicht immer nachvollziehbar sind. Es sind hier nicht die großen Investitionen, die gefragt sind. Häufig geht es einfach nur um ein Umdenken. Es muss etwas im Kopf passieren. Es ist eine Bereitschaft nötig, Zeit zu investieren, sich zu qualifizieren. Daran mangelt es oft. Das stellen wir vielfach bei unseren Aktivitäten innerhalb der Akademie der Gastlichkeit fest. Dorthin kommen viele, die es eigentlich gar nicht nötig hätten. Diejenigen jedoch, die wir ansprechen wollen sehen das gar nicht ein. Das liegt teilweise auch in der Denkstruktur. Diese Anbieter meinen, es liefe ja alles ganz gut. Die Region ist in diesem Bereich auch etwas verwöhnt. Lange hatte man es einfach nicht nötig hier zu investieren.

Die Zeiten ändern sich jedoch, die Gäste werden servicequalitätsbewusster. Die Zeit ändert sich jedoch. Heute und in Zukunft werden wir mit großräumigeren Anbietern und Konkurrenten nicht mehr mithalten können wenn wir nicht in der Lage sind, die besondere regionale Qualität zum Ausdruck zu bringen.

Es spricht Dr. Abresch:

Hier waren jetzt zwei ganz wichtige Punkte drin: Erstens, die Entwicklung ländlicher Räume findet vor allem in den Köpfen der Menschen statt. Das wurde auch schon bei Herrn Schmitt deutlich. Wenn es um die überbetriebliche Zusammenarbeit geht, dann brauchen wir nicht in Richtung eines Ministeriums oder einer anderen dritten Instanz zu schauen, sondern hierbei geht es um die Offenheit und die Innovationsfähigkeit jedes einzelnen Betriebes. Die zweite wesentliche Frage ist: Wie gut ist mein Wettbewerb, mit wem messe ich mich, mit wem muss ich mich vergleichen, welche Alternativen hat der Gast?

Es geht um die Frage, wo wir noch nachhelfen müssen um mehr Euro hier in die Region zu holen. Sie sprachen auch von Dienstleistungsketten, von der Fähigkeit verschiedene regionale Angebote miteinander zu verzahnen. Könnten Sie dazu noch zwei Sätze sagen? Wie ist bei diesem Thema der Stand, wohin geht die Reise?

Es spricht Frau Winkhaus-Robert:

Das kann ich sehr gut an einem Beispiel verdeutlichen. Wir bauen derzeit an der Mosel eine Wasserwanderroute aus, das ist ein neues innovatives Projekt. Unter einer Dienstleistungskette verstehe ich dabei, dass sich die verschiedenen Anbieter zusammen etwas einfallen lassen. Wir brauchen dabei den Hotelier, der die Übernachtungsmöglichkeiten stellt, den Kanuvermieter der flexibel auf die Wünsche der Touristen eingeht, wir brauchen den Winzer, der Produkte wie beispielsweise Picknick am Moselufer anbietet und wir brauchen auch den aufgeschlossenen Mitarbeiter an der Schleuse, der sich diesem Thema öffnet.

Diese Kette der verschiedenen Angebote gilt es zu vernetzen. Solche Projekte in den verschiedenen Orten müssen gefördert werden.

Es spricht Dr. Abresch:

Frau Winkhaus-Robert, Sie sagten ja bereits, es gäbe schon eine ganze Menge Initiativen, im Vorgespräch sagten Sie mir, die Qualitätsoffensive bringt mehr und mehr Fahrt auf. Auch an Sie jetzt die Frage: Welches sind - zugespielt - Ihre drei Wünsche für die Zukunft, die Sie auch dem Ministerium mit auf den Weg geben wollen?

Es spricht Frau Winkhaus-Robert:

Ich würde mir wünschen, dass wir innerhalb der nächsten 10 Jahre eine solche Qualitätsoffensive im Tourismus umsetzen können. Wir haben ja die Regionalinitiative Mosel auf den Weg gebracht, mit der Dachmarke Mosel, da sind ja eine ganze Menge konkrete Vorstellungen enthalten. Bei unserer Qualitätsoffensive brauchen wir vom Land eine Unterstützung, derart, dass konkrete Projekte vor Ort begleitet werden. Ich wünsche mir natürlich auch eine Anerkennung unserer beiden LAGen Mosel und Moselfranken.

In den Entwicklungsstrategien dieser beiden LAGen sind jede Menge ganz konkrete Projekte benannt, die dazu beitragen, die Qualität des Tourismusangebotes zu steigern.

In diesen Projekten stehen auch Partner bereit, die hier gerne langfristig einsteigen wollen. Dabei sind die Fördermittel ein Herzenswunsch, wenn diese fließen würden, wären wir schon ein ganzes Stückchen weiter. All diese Projekte und Initiativen vor Ort laufen nicht ohne eine Vielzahl von regionalen Partnern. Hier wünsche ich mir, dass sich möglichst viele Partner finden, die bereit sind uns zu unterstützen und zu begleiten. Auch hierbei ist eine Unterstützung des Landes sehr wichtig. Ideen sind da, diese müssen umgesetzt und unterstützt werden, auch finanziell.

Es spricht Dr. Abresch:

Meine Damen und Herren, die Geschäftsführerin der Moselland Touristik GmbH, Frau Sabine Winkhaus-Robert - ich danke Ihnen.

Ich darf als nächstes Frau Hoffranzen zu mir bitten, die Vorsitzende des Landfrauenverbandes Trier. Frau Hoffranzen, wir beide wollen über Frauen im ländlichen Raum sprechen. Warum müssen wir das Thema Frauen bei der Entwicklung ländlicher Räume überhaupt angehen? Es gibt ja auch nicht das Thema: Männer im ländlichen Raum, darf ich im Saal mal um Handzeichen bitten, wie viel Damen haben wir heute hier dabei? - Das sind sehr wenige. Danke, dass Sie gekommen sind.

Es spricht Frau Hoffranzen:

Unser Landfrauenverband zählt 57.000 Mitglieder. Das ist schon eine ganze Menge. Ich glaube das liegt auch an der Belastung, dass heute so wenige Frauen anwesend sind. Frauen arbeiten in Betrieben, im sozialen Bereich sehr viele Stunden. Sie leisten unternehmerische Tätigkeit. Die Freizeit ist somit knapp bemessen. Weiterhin arbeiten Frauen sehr viel, sehr gerne und sehr umfangreich im Ehrenamt. Das ist auch eine Erkenntnis, die ich heute Abend hier allen mitgeben möchte. Dieser Umstand wird eigentlich sehr wenig beachtet.

Es spricht Dr. Abresch:

Was hat sich denn in den letzten Jahren, bezogen auf das Verhältnis der Geschlechter, zum Positiven verändert? In welchen Punkten haben denn Männer schon einiges gelernt?



Es spricht Frau Hoffranzen:

Positiv ist, dass Frauen in viele Netzwerke eingebunden werden, dass bei vielen Projekten der Rat von Frauen beachtet wird. Wichtig ist es auch, die Meinung von Frauen einzubeziehen, denn Frauen beachten die Umwelt aus einem ganz anderen Blickwinkel. Das ist ganz normal - Frauen und Männer schaffen anders. Dies gilt es mit einzubringen, ich denke hierbei sind wir auf dem richtigen Weg.

Es spricht Dr. Abresch:

Sie erwähnten die Netzwerke, was bedeutet das?

Es spricht Frau Hoffranzen:

Das bedeutet, dass wir Frauen in die kommunalen Entscheidungen und in die Entscheidungen der Verbände eingebunden werden wollen.

Es spricht Dr. Abresch:

Wenn wir mal die integrierten Prozesse betrachten, die integrierten ländlichen Entwicklungskonzepte und auch die LEADER-Prozesse, die Herr Wallrich ja schon im Detail beschrieben hat, was sind dabei Ihre Eindrücke?

Es spricht Frau Hoffranzen:

In einige LEADER-Projekte waren wir als Landfrauen ja eingebunden, allerdings im Ehrenamt. Hier möchte ich kritisieren, dass der Informationsfluss etwas fehlt. Die hauptberuflich Tätigen in den Projekten haben uns dabei einiges voraus, weil sie einen größeren Rückhalt dabei haben. Wir allerdings betreiben unsere Arbeit ehrenamtlich, das heißt, wir bringen uns in unserer Freizeit ein. Dadurch ist unser Hintergrundwissen ein wesentlich dünneres, als bei den hauptamtlich Aktiven. Ich würde mir wünschen, dass wir noch mehr in die Materie eingebunden werden.

Es spricht Dr. Abresch:

Herr Hering hatte in seiner Eingangsrede bereits erwähnt, dass eine wichtige Frage wie folgt lautet: Wo sind die Unterschiede zwischen den Metropolregionen und dem ländlichen Raum? Wo sind mehr Chancen, wo soll verstärkt durch die Gesellschaft investiert werden? Frau Hoffranzen, durch die weibliche Brille betrachtet, wo sind Chancen und Standortvorteile, aber auch Risiken und Standortnachteile im ländlichen Raum, vor allem bezogen auf die Arbeitskräfte?

Es spricht Frau Hoffranzen:

Ich habe ganz klare Vorteile bei der Landschaft, bei der Natur und bei der Kultur. Ganz klare Nachteile hingegen habe ich bei der Anbindung an den Arbeitsplatz, zunächst einmal vor allem aber dabei, als Frau einen Arbeitsplatz im ländlichen Raum zu finden. Ein weiteres ganz schwerwiegendes Problem ist die fehlende DSL-Anbindung. Weiterhin lässt der öffentliche Personennahverkehr zu wünschen übrig, meine Kinder sind darauf angewiesen, von mir mit dem Auto hin und her gefahren zu werden. Das beeinträchtigt mich und schränkt meine Arbeitszeit wesentlich ein.

Es spricht Dr. Abresch:

Frau Hoffranzen, auch an Sie die Frage. Wenn morgen Weihnachten wäre, welche drei Wünsche würden auf Ihrem Wunschzettel stehen?

Es spricht Frau Hoffranzen:

Ich wünsche mir, dass im Vergleich Stadt, Land die Bedeutung des Landes zunimmt. Weiterhin wünsche ich mir ein besseres Familienmanagement. Es geht darum Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu schaffen, um die Frau zu entlasten. Weiterhin wünsche ich mir, dass Frauen motiviert sind und in die entscheidenden Gremien eingebunden sind. Weiterhin habe ich einen Wunsch speziell an den Minister. Wir Frauen sind berufsmäßig stark eingebunden, wir arbeiten in der Landwirtschaft, wir bringen Leistung für den Tourismus. Ich wünsche mir, dass das Land Rheinland-Pfalz bei Veranstaltungen oder Messen, wie z. B. der ITB (Internationale Tourismusbörse), noch mehr durch regionale Erzeugnisse oder Produkte vertreten wird.

Es spricht Dr. Abresch:

Meine Damen und Herren, die Vorsitzende des Landfrauenverbandes Trier, Frau Gertrud Hoffranzen, herzlichen Dank.

Es spricht Dr. Abresch:

Wir haben ja jetzt einige Zeit auch über Wertschöpfung und Arbeitsplätze gesprochen, nun ist es soweit das wir über Handel reden. Dazu darf ich die Herren Arne Rössel und Dieter Weber zu mir bitten, Herr Arne Rössel ist Geschäftsführer der IHK Trier, Herr Dieter Weber ist Geschäftsführer der Saurer GmbH in Zweibrücken. Herr Weber ist außerdem Geschäftsführer des Bündnisses der Zweibrücker Wirtschaft, Herr Weber ich möchte bei Ihnen anfangen. Was ist das eigentlich für ein Bündnis?

**Es spricht Herr Weber:**

Das Bündnis der Zweibrücker Wirtschaft haben wir 2004 ins Leben gerufen. Die Not schweißte hier zusammen, wir hatten in der Zweibrücker Gegend große Probleme. Dank des Ministeriums sind wir hier schon ein Stück vorangekommen. Dafür an dieser Stelle einen herzlichen Dank, was sich bei uns in den letzten Jahren wirtschaftlich getan hat, ist beachtlich. Im Zweibrücker Bündnis sind die Bereiche Handwerk, Handel, Industrie und die Freien Berufe zusammengekommen um gemeinsam zusammenzuarbeiten, um sich die Bälle zuzuschieben und um Synergien zu nutzen.

Außerdem wollen wir die Zusammenarbeit mit den Verwaltungen und mit der Politik verbessern, um auf diese Art Projekte in der Region schneller voranzubringen. Außerdem liegt mir viel daran, Public- Privat-Partnerchip-Projekte voranzubringen. wir haben das in Zweibrücken versucht, im Moment liegt das bei der politischen Schiene. Ich wäre froh, wenn man auf diese Art verstärkt Projekte für den Mittelstand umsetzen könnte.

Rheinland-Pfalz könnte eine Vorreiterposition im Bundeslandweiten Vergleich erringen, wenn man Public-Privat-Partnerchip-Projekte voranbringen könnte. Dabei muss es sich nicht um reine PPP-Projekte handeln, es gäbe auch die Möglichkeit des Spezial-Leasing. Auch das würde der heimischen Wirtschaft helfen, Arbeitsplätze in der Region zu erhalten. Das ist mir sehr wichtig.

Es spricht Dr. Abresch:

PPP - Public Privat Partnerchip - was ist das im Kern; wie würden Sie das in zwei Sätzen beschreiben?

Es spricht Herr Weber:

Die Kommune ist bei den öffentlichen Finanzen sehr knapp ausgestattet, hier geht es darum, dass die Wirtschaft die Mittel vorfinanziert. Anschließend wird dieses vorfinanzierte Objekt über Verträge langfristig an die Kommune vermietet. Bei einem reinen PPP-Projekt würde das Wirtschaftsunternehmen den Betrieb mit erledigen, denkbar beispielsweise bei einem Schwimmbad. Bei einem Spezialleasing-Projekt würde das Wirtschaftsunternehmen ein Gebäude neu bauen oder sanieren, und anschließend an die Kommune vermieten.

Es spricht Dr. Abresch:

Bei dem Bündnis der Zweibrücker Wirtschaft haben Sie bereits ein Projekt durchgezogen, welches war das?

Es spricht Herr Weber:

Dieses Objekt ist noch nicht gebaut, wir haben aber das Konzept fertig, die Verträge sind geschlossen. Es geht um die Leichenhalle in Zweibrücken.

Es spricht Dr. Abresch:

Als Unternehmer würde ich dazu sagen: Das ist ein krisensicheres Geschäft, gestorben wird immer. Herr Weber, was ist beim Bündnis der Zweibrücker Wirtschaft gut gelaufen, was ist dabei der Kernpunkt?

Es spricht Herr Weber:

Wir haben uns gemeinsam zusammengefunden, wir tauschen uns aus, wir treffen uns einmal monatlich. Es baut sich ein Zusammengehörigkeitsgefühl auf. Es hat sich gezeigt, dass wir Arbeitsplätze erhalten können wenn wir aufeinander zugehen und gemeinsam Projekte in Gang setzen. Es bringt uns nichts, wenn viele Firmen von außerhalb kommen und in der heimischen Region die Arbeit erledigen.

Es spricht Dr. Abresch:

Hier findet sich auch wieder das Muster das wir schon hatten: Es kommt darauf an, überbetrieblich zu arbeiten, an der Qualität zu arbeiten. Sie fügen jetzt hinzu: Die Unternehmer einer Region sollen zusammengeführt werden, um besser zu verstehen was die Region braucht. Herr Rössel, lassen Sie uns mal aus der Perspektive der IHK Trier drauf gucken. Sie haben natürlich einen weiteren Blick, was in den Bereichen Handel und Entwicklung ländlicher Räume läuft. Was sind aus Ihrer Sicht im Moment die Hauptthemen? Bei welchen Punkten würden Sie aus der Perspektive der IHK sagen: Das läuft gut, darauf können wir aufsetzen.

Es spricht Herr Rössel:

Die Region Trier ist eine Wirtschaftsregion, die sehr optimistisch in die Zukunft blicken kann. Ich denke es geht darum, trotz den schlimmen Perspektiven der Demografie, optimistisch in die Zukunft zu blicken und uns im Wettbewerb der Regionen zu behaupten. In den Köpfen geht es los. Wichtig ist der Rahmen, in dem wir uns bewegen. Hier meine ich die Verkehrsinfrastruktur, die ländlichen Räume müssen erreichbar sein. Ein weiteres wichtiges Thema ist das DSL, auch dieses Thema kriegen wir nicht so leicht gelöst, wir arbeiten aber daran.

Beim Thema Verkehr brauchen wir den Lückenschluss der A1, den Hochmoselübergang und die Nordumfahrung sowie die Westumfahrung Trier. Auch das Thema Bahn ist aktuell in der Politik präsent. Vor Ort geht es um das gemeinsame Handeln der Unternehmer aber auch der Kommunen. Hierbei gibt es gute und weniger gute Beispiele. Diese Prozesse laufen auch in Zyklen ab. Zunächst gibt es sehr viel Euphorie, wenn es dann ans Arbeiten geht, folgt die Ernüchterung.

Es spricht Herr Abresch:

Hier klingt jetzt durch, dass wir noch mehr herausholen können, auch beim Thema Netzwerke. Wenn wir beim Thema Handel in die Fläche gucken, wird niemand bestreiten, dass wir es mit erheblichen Rückzugstendenzen des Handels aus der Fläche zu tun haben. Wir haben gravierende Schwierigkeiten bei der Versorgung vor Ort. Was sind Ihre Eindrücke und Ideen, wie können wir gegensteuern?

Es spricht Herr Rössel:

Hierbei gibt es zwei Sichten. Einerseits haben wir in den letzten Jahren einen erheblichen Zuwachs an Verkaufsfläche, dass ist in Trier zu beobachten, aber das konzentriert sich nicht nur auf die Oberzentren, sondern auch auf die Mittel- und Grundzentren. Hierbei sind auch die Kommunen gefragt, durch eine geschickte Flächenausweisungspolitik ihre gewachsenen Geschäftszentren in den Ortskernen nicht kaputt zu machen.



Dennoch müssen sich die Kommunen einen gewissen Bereich offen halten für neue Angebote die kommen, für neue Flächennachfrage. Hierbei gibt es sowohl positive als auch negative Beispiele in der Region. In einigen Kommunen funktioniert das gut, in einigen Regionen ist es schief gelaufen, dort probiert man nun durch aufwendige Stadtmarketingkonzepte entgegen zu wirken. Teilweise wird hier versucht zu retten, was eigentlich nicht mehr zu retten ist.

Es spricht Dr. Abresch:

Herr Weber, wenn Sie noch mal ansetzen wollen, was ist Ihr Eindruck?

Es spricht Herr Weber:

Mein Eindruck ist, dass wir auch in ländlichen Regionen das Problem der Nachfolgeregelung haben. Es geht um den Mittelstand, vor allem um die Inhaber geführte Geschäfte. Mir geht es darum Mut zu machen, vor allem den Jungunternehmern Mut zu machen. Es gibt eine Perspektive für mittelständische Unternehmen im ländlichen Raum. Junge Leute müssen länger begleitet werden, intensiver begleitet werden, es muss Möglichkeiten geben, Fördermittel bereitzustellen. Meiner Meinung nach ist die Kreditwirtschaft gefragt, Konzepte zu erarbeiten, um Jungunternehmer besser zu unterstützen. Aber auch die Politik ist gefragt. Wenn es gelingt üppige Finanzmittel für Windkraftanlagen und Erneuerbare Energien zur Verfügung zu stellen, dann muss es auch möglich sein Geld für Jungunternehmer bereitzustellen.

Es spricht Dr. Abresch:

Herr Weber, welche Art Unternehmer sind Sie, wie ist bei Ihnen die Nachfolge geregelt?

Es spricht Herr Weber:

Ich bin Baustoffhändler, als solcher Geschäftsführender Gesellschafter, die Nachfolge ist nicht relevant.

Es spricht Dr. Abresch:

Meine Herren auch an Sie die Frage: Welche drei Wünsche haben Sie?

Es spricht Herr Weber:

Mein erster Wunsch geht an die Landesregierung. Ich möchte, dass PPP-Projekte stärker gefördert werden, vor allem für den Mittelstand. Der zweite Wunsch bezieht sich auf die bessere Finanzmittelausstattung für die Jungunternehmer.

Es spricht Herr Rössel:

Mein erster Wunsch ist es, dass wir den Lückenschluss der A1, den Hochmoselübergang und die Nord- sowie die Westumfahrung Trier bis zum Jahre 2012 feiern können. Mein zweiter Wunsch bezieht sich auf das Landesentwicklungsprogramm. Ich möchte, dass den Themen Wirtschaft und kommunale Selbstverwaltung mehr Rechnung getragen wird. Mein dritter Wunsch ist es, dass sich das Miteinander zwischen Wirtschaft und Verwaltung weiter entwickeln möge.

Es spricht Dr. Abresch:

Meine Damen und Herren, Sie haben es gesehen, so macht man aus drei Wünschen ruckzuck fünf Wünsche. Besten Danke meine Herren für Ihre Beiträge zu den Themen Handel und Entwicklung ländlicher Räume.

Meine Damen und Herren, jetzt waren wir schon ganz nah am nächsten Thema, nämlich der Gemeindeentwicklung und der Dorferneuerung. Ich darf Herrn Maierhofer zu mir bitten, Herr Maierhofer ist zuständig für den Bereich Dorferneuerung in der Kreisverwaltung Trier-Saarburg. Herr Maierhofer, jetzt haben wir von den beiden Vorrednern die wichtigsten Aspekte zum Handel gehört, was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Punkte beim Thema Gemeindeentwicklung?

Es spricht Herr Maierhofer:

Meiner Meinung nach sind viele Punkte aktuell, es gibt aber drei besonders wichtige Themen. An erster Stelle steht dabei die demografische Entwicklung. Dazu eine kleine Anmerkung von mir: Die Emotionen gehen bei diesem Thema von grenzenloser Naivität auf der einen Seite bis zu Totengräberstimmung auf der anderen Seite. Die Gemeinden sind hierbei sehr gierig, sie blicken auf die Statistiken, z. B. die aktuelle Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes.



Die Gemeinden gucken dann auf die Prognosen, auf die Berechnungen. Wenn sich dort noch positive Zahlen finden lassen, werden die Probleme noch nicht gesehen. Gemeinden allerdings, bei denen die Zahlen jetzt schon negativ sind, werden durch diese Statistiken noch trauriger. Hierbei geht es auch sehr stark um den finanziellen Aspekt. Meiner Meinung nach muss man beiden Gruppen von Gemeinden Entwicklungsperspektiven aufzeigen, zum einen was die Bevölkerungsentwicklung angeht zum anderen was finanzielle Entwicklungen betrifft.

Vor 20 oder 30 Jahren gab es diese Situation schon einmal. Damals gab es die „Europäische Kampagne für den ländlichen Raum“, eine Kampagne für Zukunft der Dörfer - gegen die Entleerung des ländlichen Raumes. Gewisse Dinge wiederholen sich, aber ich bin mir sicher, dass die Konsequenz dieses Mal eindeutiger werden wird. Wichtig ist es, die Frage aufzuwerfen, wie wir den Gemeinden helfen können. Dabei ist die Versorgung vor Ort ein ganz bedeutendes Thema. Dabei ist es klar, dass wir nicht überall großflächigen oder kleinflächigen Einzelhandel installieren können.

Denn der Markt rechnet knallhart. Er rechnet nach Bedarfsregeln. Wenn die Nachfrage vor Ort nicht gegeben ist, dann wird der Einzelhandel dort nicht funktionieren. Es gibt Nischen, wie genossenschaftliche Verwaltungen, oder das Modell des Bürgerservice - diese Ideen sind ganz gut. Ob diese Projekte aber auch in 10, 15 oder 20 Jahren noch tragen werden, ist eine ganz andere Frage. Meiner Meinung nach ist es in diesem Zusammenhang auch einmal wichtig, zu definieren was Daseinsvorsorge bedeutet. Das LEP IV schreibt von Sicherung der bedarfsgerechten Daseinsvorsorge. Was ist das denn, wie viel Infrastruktur muss in einer Gemeinde vorgehalten werden? Herr Minister Hering deutete ja bereits an wie viel Gemeinden wir in welchen Größenklassen haben. Wir haben nun mal hauptsächlich sehr kleine Gemeinden. Ein Grundversorger rechnet knallhart: Ich benötige eine bestimmte Anzahl von Bedarfsträgern zur Installation von so und soviel Quadratmetern Einzelhandelsgeschäft. Dabei fallen naturgemäß eine ganze Menge Bedarfsträger hinten runter.

Mein dritter Schwerpunkt ist das Problem der Mobilität. Wir haben einen guten öffentlichen Personennahverkehr - aber nur auf den Hauptlinien. Auf den Nebenlinien, Frau Hoffranzen sprach es an, bestehen große Probleme. Auf der einen Seite haben wir den Schülerverkehr, hier sind wir ganz stolz auf die Bewältigung dessen, auf der anderen Seite haben wir die Bedarfsorientierung beim übrigen Nahverkehr. Es gibt hochinteressante Ansätze, beispielsweise in NRW, zum Thema Bürgerbusse und ähnliche flexible Bedienformen des Nahverkehrs. Ich war auch bei einer Veranstaltung in Magdeburg, dort wurden sehr interessante Ansätze zu diesem Thema vorgestellt. Interessant deshalb, weil sich dort 6 LEADER-Aktionsgruppen zusammengeschlossen haben, sie haben gesagt: ‚Wir machen flexiblen Nahverkehr zu unserem Thema‘.

Es spricht Dr. Abresch:

Sie sprachen Demografie, Nahversorgung und Mobilität an. Um bei dieser Gelegenheit das Themenspektrum komplett zu machen - was haben wir noch?

Es spricht Herr Maierhofer:

Da der Minister anwesend ist, möchte ich die Chance nutzen, noch einen weiteren Hinweis zu geben. Es geht um die Organisation in LEADER. Wenn man mal die Phase der Erstellung einer Entwicklungskonzeption geschafft hat, haben wir ein relativ einfaches Antragsverfahren. Ich würde mir auch für andere Förderinstrumente, z. B. für die Dorferneuerung, ein einfacheres Antragstellungssystem wünschen. Ideal wäre eine zentrale Bewilligungsstelle. Ich als Dorferneuerungsbeauftragter bin der Meinung, dass es reichen muss, wenn ich auf ein Projekt ein Testat stempeln kann. Es ist nicht erforderlich, dieses Projekt anschließen noch 2- oder 3-mal zu prüfen. Die Erfahrungen im LEADER-Bereich haben gezeigt, dass das ideal funktionieren kann.

Es spricht Herr Dr. Abresch:

Danke, dass war schon mal Ihr erster Wunsch, welches sind Ihre weiteren zwei Wünsche?

Es spricht Herr Maierhofer:

Ein weiterer Punkt sind die vielen Konzepte, die erstellt werden. Wir sind wirklich gut im Erstellen von Konzepten. Manchmal habe ich den Eindruck, dass nach der Fertigstellung und Abstimmung der Konzepte ein wenig der Elan bei der Umsetzung fehlt. Versetzen Sie sich doch einmal in die Situation eines Ortsbürgermeisters. Der Ortsbürgermeister hat in der Regel ein Dorferneuerungskonzept, er hat einen Flächennutzungsplan, er hat ein Tourismuskonzept, bei uns in der Region liegt darüber noch ein Kreisentwicklungskonzept. Weiterhin gibt es die staatlichen Planungen, vom Landesentwicklungsprogramm über den Regionalplan, es gibt hier in der Region noch ein regionales Entwicklungskonzept, darüber liegt möglicherweise noch ein Gendercheck und evtl. noch andere Initiativen, die sein Gebiet berühren.

Alle diese Konzepte sind für sich genommen sehr wichtig. Meiner Meinung nach wären sie aber noch erfolgreicher, wenn sie auch vor Ort verstanden werden würden. Viel wichtiger ist meiner Meinung nach eine professionelle Begleitung. Es setzt vielmehr Energien frei, wenn die Gemeinde z. B. durch ein Regionalmanagement unterstützt wird.

Mein dritter Wunsch ist das Optimieren von Fördertatbeständen. Wenn man von den Gemeinden verlangt, integrierte Entwicklungskonzepte zu erstellen, dann müssen die Fördertatbestände auch darauf reagieren. Mein vierter Wunsch ist die Kombination von LEADER und Regionalmanagement. In der integrierten ländlichen Entwicklung funktioniert das mit dem sich anschließenden Regionalmanagement sehr gut. Dies sollte meiner Meinung nach auf LEADER ausgeweitet werden.

Es spricht Herr Dr. Abresch:

Meine Damen und Herren, besten Dank Herr Joachim Maierhofer, Dorferneuerungsbeauftragter in der Kreisverwaltung Trier-Saarburg.

Wir wollen vor der Diskussion noch eine weitere Perspektive aufmachen, das ist die Perspektive der nachwachsenden Rohstoffe. Ich freue mich, dass Herr Gregor Eibes, zu uns gekommen ist, der Bürgermeister der Verbandsfreien Gemeinde Morbach. Herr Eibes, lassen Sie uns gleich ins kalte Wasser springen. Welche Wertschöpfung bringen nachwachsende Rohstoffe für die Region?

Es spricht Herr Eibes:

Nachwachsende Rohstoffe bringen dann sehr viel für die Region, wenn wir in Zukunft vernünftig mit ihnen umgehen. Es gibt neue Möglichkeiten für Landwirte. Diese können zu Energiewirten werden, in

dem sie nachwachsende Rohstoffe in Energie umsetzen. Sie können Rohstofflieferanten werden, und damit der Landwirtschaft ganz neue Einkommensperspektiven hinzufügen. Sie können sich teilweise von Entwicklungen in Brüssel unabhängig machen, welche die Zukunft der Landwirtschaft nachhaltig beeinflussen werden.

Es spricht Dr. Abresch:

Das ist ja ein Thema, welches wir schon seit einigen Jahren diskutieren. Sie sind ja in ihrer Gemeinde in diesem Bereich bereits sehr gut unterwegs. Vermitteln Sie uns doch noch einen Eindruck, wie der jetzige Stand ist.

Es spricht Herr Eibes:

Wir sehen die nachwachsenden Rohstoffe zurzeit als ein noch sehr zartes Pflänzchen an. Dieses ist jedoch entwicklungsfähig. Ich denke, dass wir allerdings bald mit einem intelligenten Flächen- und Ressourcenmanagement beginnen müssen, sonst laufen wir Gefahr, nach einem schönen Frühling und Sommer einen harten Herbst und Winter zu erleben. Zurzeit entstehen Konflikte bei den Flächen, da die nachwachsenden Rohstoffe blühen und die Landwirte Konkurrenten im eigenen Lager entdecken. Die Flächenpreise schnellen in die Höhe. Weiterhin sehen wir die Gefahr, dass viele Investoren lediglich den schnellen Euro sehen, auch vor dem Hintergrund des erneuerbaren Energiengesetzes. Dabei vergessen sie teilweise, dass sie auch in den nächsten 10 bis 20 Jahren die Rohstoffe für ihre Anlagen brauchen. Dabei gibt es unterschiedliche Schnittmengen. Ich denke da in erster Linie an die Regionen in der Eifel, in denen ja zuerst die Biogasanlagen wie Pilze aus dem Boden geschossen sind. Mittlerweile gibt es aber auch in der Region Hunsrück Probleme.

Ich sehe die dringende Notwendigkeit, dass wir uns in der Region zusammenschließen, um zu einem sinnvollen Flächenmanagement zu kommen. Ich sehe allerdings auch die Notwendigkeit, dass wir bei der Genehmigung von solchen Anlagen neue Wege gehen müssen, Herr Minister! Ich denke, dass Biogasanlagen zukünftig nur noch dann genehmigungsfähig sein dürfen, wenn eine entsprechende Wärmeabnahme garantiert ist. Nur dann ist eine solche Anlage aus meiner Sicht dauerhaft wirtschaftlich zu führen. Derzeit laufen wir Gefahr, dass solche Anlagen wegen fehlender Wärmeabnahme und wegen fehlender Rohstoffbelieferung geschlossen werden müssen. Dadurch geht Vertrauen in die Technologie der Verwertung nachwachsender Rohstoffe verloren und wir vertun eine wichtige Chance.

Es spricht Dr. Abresch:

Das klingt ja ein wenig zurückhaltend. Wenn ein Unternehmer im ländlichen Raum zu Ihnen kommt und fragt, soll ich einsteigen oder nicht? Was antworten Sie?

Es spricht Herr Eibes:

Meine Antwort ist: Wenn er keine Wärmeabnahme hat, dann soll er die Anlage nicht bauen. Meiner Meinung nach müssten auch Banken solche Wege gehen. Wenn ich jemand wäre, der einen Kredit vergeben soll, dann würde ich einem Unternehmer, der keine Wärmeabnahme eingeplant hat, keinen Kredit geben. Das ist der Weg der Zukunft, dazu muss man wissen: Zwei Drittel des Energiepotentials einer Biogasanlage ist Wärmeenergie, nur ein Drittel lässt sich verstromen. Nur auf das Erneuerbare Energien Gesetz zu bauen, würde nicht diesem Grundgedanken des EEG entsprechen, denn dieser setzt auf Nachhaltigkeit.



Meine zweite Forderung im Zusammenhang mit nachwachsenden Rohstoffen ist die knallharte wirtschaftliche Kalkulation bei den Landwirten.

Auch der Landwirt muss wissen, dass es neben der ökologischen Sicht auch eine wirtschaftliche Sicht gibt. Wird die Anlieferungsstrecke der nachwachsenden Rohstoffe zur Biogasanlage länger als 5 Kilometer, droht Unwirtschaftlichkeit. Ich rate unseren Landwirten auch immer wieder, nicht nur kurzfristig sondern nachhaltig zu denken. Sie sollen nicht nur den schnellen Euro sehen, die schnelle Gewinnmaximierung, sondern auch die langfristige Zusammenarbeit mit dem Partner ins Auge fassen.

Auch der Landwirt muss sich langfristig entscheiden, was er auf seinen Feldern anbauen will, um ein verlässlicher Partner zu sein. Er kann nicht sagen, dieses Jahr läuft die Braugerste gut, nächstes Jahr der Weizen, und übernächstes Jahr mache ich Grünlandbewirtschaftung. Hier muss der Landwirt bereit sein, auf einer vernünftigen Grundlage mittelfristige Verträge mit den Betreibern von Biogasanlagen einzugehen. Ansonsten kann dieses Zusammenspiel nicht funktionieren.

Es spricht Dr. Abresch:

Herr Eibes, danke schön, dass Sie alles so knackig und ungeschminkt benennen. Wenn wir jetzt noch mal auf die Wunschseite wechseln, welche drei Punkte haben für Sie besondere Priorität, um einen maximalen Wert zu erzeugen?

Es spricht Herr Eibes:

Ich würde sagen - vernünftig und nachhaltig denkende Landwirte als Lieferanten sowie langfristig und nachhaltig denkende Investoren als zwei wichtige Partner. Damit wären wir bei der ganz klaren Forderung, Abwärmenutzung von Biogasanlagen sicherzustellen ansonsten kann solch ein Konzept nicht als nachhaltig gelten. Weiterhin denke ich, dass das Thema erneuerbare Energien ein sehr großes Thema mit vielen Handlungsfeldern ist. Da gibt es die Biomasse, da gibt es die schnell wachsenden Hölzer, da gibt es die anderen Bereiche der erneuerbaren Energien, die teilweise noch in den Kinderschuhen stecken.

Das Thema ist so bedeutend, dass ich der Meinung bin, die Landesregierung sollte eine zentrale Ansprechstelle dazu installieren. Die Förderung sollte an einer Stelle konzentriert werden. Wir mit unserer Morbacher Energielandschaft agieren mit mehreren Ministerien, dankenswerter Weise haben wir von Ihrem Ministerium, Herr Minister, schon wertvolle Unterstützungen für unser Projekt erhalten. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, dass das komplette Förderinstrumentarium bei einem Ministerium installiert werden würde.

Ein weiteres Thema ist die Vision des Energieautarken Rheinland-Pfalz, für das wir gemeinsam sorgen müssen. Hierbei ist in gewisser Hinsicht auch der Mut gefragt, in Technologien zu investieren, die erst am Anfang stehen. Ich denke, wir sind da auf einem guten Weg, den wir auch weitergehen sollten.

Mit einem Blick auf Frau Winkhaus-Robert möchte ich auch den Begriff des Ökoenergetourismus erstmalig nennen. Hier haben wir ein riesiges Potential, Österreich macht uns da z. B. einiges vor. Wir im Hunsrück hätten auf diesem Gebiet sicherlich in Zusammenarbeit mit den Touristen an der Mosel ein ganz neues Feld zu erschließen.

Es spricht Dr. Abresch:

Meine Damen und Herren, dass war Herr Gregor Eibes, der Bürgermeister der Gemeinde Morbach, ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, jetzt beginnt die Diskussion. Ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie bei der Gesprächsrunde so aufmerksam zugehört haben. Jetzt sind Sie dran. Wer wagt die erste Wortmeldung?



Es spricht Frau Heide Weidemann:

Mein Name ist Heide Weidemann, ich bin Stellvertretende Vorsitzende des BUND Rheinland-Pfalz und außerdem kommunalpolitisch tätig. Ich beginne mit einem Satz von Herrn Gerke, der mir sehr gut gefallen hat.

Akzeptanz wächst mit Wissen, Wissen mit Engagement vor Ort. Das passt wunderbar zu den Worten seines Vorredners, Herrn Wallrich. Wenn man anfängt zu motivieren, dann fangen die Menschen selber an zu arbeiten und dann kann es auch funktionieren. Ich muss sagen, ich bin hier zugezogen vor 20 Jahren und fühle mich hier absolut heimisch. Wir wohnen dort, wo andere Urlaub machen. Das zu nutzen, sollte der Sinn einer jeden Strategie sein. Überall dort, wo eine Förderung stattfindet, funktioniert etwas. Ich wünsche mir, dass auch dort etwas funktioniert, wo keine Förderung stattfindet. Wir sollten versuchen, Modelle zu finden, um das zu erreichen. Ich würde mir im Tourismus wünschen, dass auch die kleinen Anbieter Programme zur Verfügung haben, die Sie sich abholen können. Beispielsweise wöchentliche Programme für Gäste, nicht jeder kleine Winzer oder Landwirt kann solche Programme selbst erstellen.

Weiterhin möchte ich sagen, dass es sehr begrüßt wird, dass die Hilfe zur Selbsthilfe in allen ländlichen Regionen forciert wird. Dann gibt es aber auch noch die großen Projekte, ich nenne als Beispiel die B50. Ich würde mir wünschen, dass auch bei diesen Projekten den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben wird, daran mitzuarbeiten. Weiterhin begrüße ich ausgesprochen, dass man den ÖPNV verbessern möchte. Ich möchte über das, was der Herr Meierhofer gesagt hat noch hinausgehen. Ich selbst benutze den ÖPNV regelmäßig und weiß wie grottenschlecht er ist.

Ich weiß aber auch, wie viel leere Plätze in Autos spazieren gefahren werden, die man nutzen könnte. Es gibt dafür Konzepte, und ich würde alle bitten dabei mitzumachen. Ich habe zu diesem Thema bereits ein sehr gutes Gespräch mit der IHK geführt. Ich denke, wenn wir wirklich wollen, dann kommen wir auch weiter. Danke schön.

Es spricht Katja Königstein:

Guten Tag, mein Name ist Katja Königstein vom Taurus Institut. Wir haben viele Konzepte miterarbeitet. Auch wenn ich eine der wenigen Frauen hier im Saal bin, möchte ich doch eine Lanze für die Männer brechen. Ich möchte hier einen Satz kommentieren, den ich so nicht ganz begrüßen kann. Familie funktioniert so gut, wie die Frau die ihr vorsteht. Unsere Familie funktioniert auch so gut, wie der Mann der ihr vorsteht. Partnerschaft ist hier gefragt.

Diese Partnerschaft erwarte ich aber auch, nicht nur im Ehrenamt. Den Satz, dass das Ehrenamt gestärkt werden muss, unterstütze ich voll und ganz. Meiner Meinung nach muss es die Zielsetzung sein, dass Frauen auch im Haupterwerb wesentliche Beiträge zur ländlichen Entwicklung leisten. Es gibt auch noch andere Bereiche, bei denen das Potential von Frauen nicht zu unterschätzen ist. Z. B. bei den Gründungsprozessen oder Unternehmensnachfolgen.

Ich möchte jedoch darauf hinweisen, dass Frauen anders gründen und daher eine spezifische Unterstützung benötigen. So gibt es viele Bereiche im ländlichen Raum, in denen Frauen ganz besonders gefördert werden müssen.

Es spricht Frau Hoffranzen:

Ich denke, in der Regel stehen Frauen den Familien vor, es gibt aber auch die anderen Fälle. Was die Fortbildungen betrifft, ist es meiner Meinung nach so, dass sich die Frauen auch nicht so trauen. Wenn die Frauen besser informiert werden, erlangen sie dadurch ein Hintergrundwissen um sich besser einbringen zu können, so war das gemeint.

Es spricht ein Ortsvorsteher der Gemeinde Morbach:

Ich habe ein Anliegen an Herrn Gerke. Wie stellen Sie sich Gewässerpflegemaßnahmen vor? Ein weiteres Anliegen: Ich besuche jetzt die dritte Regionalkonferenz und heiße es gut, Herr Minister Hering, dass diese abgehalten werden. Meine Frage ist, wie die Anregungen und Vorschläge, die hier geäußert werden, im Ministerium ankommen und aufgenommen werden. Wir haben die Erfahrungen gemacht, dass gute Vorschläge von anderen Stellen bekämpft werden. Oder nicht aufgenommen werden. Hier bitte ich den Herrn Minister, tätig zu werden. Weiterhin hoffe sich sehr stark, auf ein Gespräch mit Ihnen in unserer Region, in unserem Arbeitskreis.

Es spricht Herr Gerke:

Ich nehme an, Sie beziehen sich auf das Biberbach-Schattengrabenprojekt. Sie haben die Bilder ja gesehen, in einigen Bereichen hat sich starker Bewuchs breit gemacht. Hier ist es erforderlich, dass das Gewässer frei geschnitten wird. Teilweise ist das Gewässer so stark zugewachsen, dass der Lauf nicht mehr erkennbar ist. Es dauert jedoch einpaar Jahre, bis durch Freischneidemaßnahmen ein natürlicher Bewuchs entstanden ist. Die beste Pflege eines Baches ist die, die auf Dauer nicht mehr erforderlich ist.

Es spricht Ulrike Höfken:

Guten Abend, mein Name ist Ulrike Höfken, Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90-Die Grünen. Ich bin auch im Ernährungsausschuss des Deutschen Bundestages tätig. Gerne haben wir alle die Bekundungen für die Zukunft der ländlichen Räume gehört. Ich denke, die verfolgen wir alle. Aber es gibt auch ein paar vorangegangene Entscheidungen, die ein wenig problematisch sind. Als erstes möchte ich die von Frau Merkel herbeigeführte Reduzierung der Mittel für die Entwicklung der ländlichen Räume anführen. Hier stellt sich die Frage, wie denn die Wasserrahmenrichtlinie umgesetzt und für die Landwirtschaft finanziert werden soll.



Es ist ja wichtig, dass die Leistungen, die die Betroffenen bringen müssen, auch entsprechend unterstützt werden. Das gilt nicht nur für die Landwirtschaft, das gilt auch für die ganzen touristischen Anliegen, die hier geäußert wurden. Auch diese benötigen eine entsprechende Unterstützung. Aktuell steht die Neuentscheidung über den Agrarhaushalt 2008 an. Diese soll jetzt gerade vorbereitet werden. Wie ist dazu die Haltung? Es ist wichtig, dass auch die 2. Säule massiv gestärkt wird. Das Land und als regionale Akteure muss man das verlangen. Es gibt da durchaus Differenzen - Herr Schmitt weiß das - mit der 1. Säule. Ich selbst bin dafür, die 2. Säule zu stärken, ohne gleich die Auseinandersetzung zu suchen.

Es spricht Dr. Abresch:

Können Sie gerade die Begriffe 1. und 2. Säule erklären, so dass es für alle im Saal klar ist?

Es spricht Frau Höfken:

Die 1. Säule ist die Direktförderung der landwirtschaftlichen Betriebe. Da geht der meiste Teil der EU-Mittel rein. Die 2. Säule ist das, was unter Entwicklung des ländlichen Raums läuft. Das umfasst alle weiteren Maßnahmen, vom touristischen Bereich, über sämtliche Naturschutzmaßnahmen, bis hin zu dem was unter Mittelstandsförderung läuft. Diese Verordnung nennt sich ELER, alle darin enthaltenen Förderungen gehen über die Landwirtschaft hinaus. Mein zweiter Punkt ist die Energie. Ich unterstütze voll das, was Herr Eibes gesagt hat. Das wird auf Bundesebene auch aufgegriffen, was die EEG-Förderung angeht und was die Wärmenutzung angeht. Wir wissen es schon lange, wir brauchen eine Energieagentur für das Land Rheinland-Pfalz, wir brauchen ein entsprechendes Management.

Wir brauchen die Analyse der Potentiale vor Ort, wir brauchen auch gewisse Förderprogramme. Das ist eine wichtige landespolitische Aufgabe. Wir hatten am Freitag von den Grünen aus einen Kongress zur Energienutzung. Man sollte sich zusammensetzen, um kommunal solche Masterpläne zu erstellen, um zu einem guten Miteinander zu kommen. Danke schön.

Es spricht Herr Clüsserath:

Mein Name ist Walter Clüsserath, Kreisvorsitzender im Bauern- und Winzerverband, und Ausschussvorsitzender bei der Landwirtschaftskammer. Frau Höfken, die 2. Säule stärken - schön und gut - aber nicht zu Lasten der 1. Säule! Das ist Bauerngeld. Wenn man es dort wegnimmt und es in die 2. Säule tut, dann kommt es meistens nicht mehr bei den Bauern an.

Es spricht Dr. Abresch:

Soweit ich weiß, ist es Steuergeld.

Es spricht Herr Clüsserath:

Es gibt zum Teil Gelder, die als Ausgleichsgelder eingeführt worden sind, um auf Weltmarktpreise herunterzukommen. Zweitens: Ländlicher Raum ist doch in erster Linie Landwirtschaft und Weinbau. Herr Minister, wenn wir nicht mehr arbeiten, dann ist da nichts mehr. Das sieht man an der Mosel, wenn wir Bauern und Winzer nicht mehr arbeiten, dann ist da auch kein Tourismus mehr. Dann machen wir mit all den anderen Dingen nichts. Warum kommen die Touristen? Weil die Landschaft so aussieht wie sie aussieht - weil wir sie bewirtschaften. Herr Minister, um die Bewirtschaftung zu garantieren brauchen wir Bodenordnung. Dazu brauchen wir funktionierende Kulturämter. Wir haben noch ein halbwegs funktionierendes Kulturamt in Trier, ich hoffe Herr Minister, dieses bleibt auch so bestehen. Ich habe da nichts Gutes gehört. Weiterhin ist die Domäne in Serrig verkauft worden, ich hoffe die Domäne in Trier-Avelsbach wird nicht auch verkauft. Das wäre ein schlechter Fingerzeig für die Region, darauf erwarte ich von Ihnen nachher eine Antwort.

Es spricht Herr Hülpes:

Guten Abend, mein Name ist Michael Hülpes, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Hermeskeil. Ich möchte den Minister fragen, ob sich die Landentwicklungsabteilung schon mit dem Landesentwicklungsprogramm IV beschäftigt hat. Das was darin über die Entwicklung der Dörfer festgeschrieben ist, steht nach meiner Auffassung zum Teil im Widerspruch zu dem, was wir hier heute Abend diskutieren. Ich nenne beispielhaft das Ziel 68, dort steht geschrieben: Entwicklungs- und tragfähige Dörfer sind als Siedlungskerne im ländlichen Raum als Lebens-, Arbeits- und Erholungsraum zu sichern und nachhaltig zu entwickeln. Wer entscheidet, welche Dörfer zukunftsfähig sind? Wie soll das gemacht werden? Weiterhin steht hier als Grundsatz: Die ländlich geprägten Dörfer sollen insbesondere in ihren Kernen als Wohn-, Arbeits- und Sozialraum erhalten und nachhaltig weiter entwickelt werden. Das müsste meiner Meinung nach ein Ziel sein, nicht bloß ein Grundsatz.

Ein Ziel ist verbindlich, Grundsätze sind weniger verbindlich. Alle die hier stehen und sitzen, engagieren sich für die ländliche Entwicklung - das ist sehr lobenswert. In diesem Landesentwicklungsprogramm wird die Entwicklung der Dörfer und der ländlichen Regionen meiner Ansicht nach jedoch eingeschränkt. Wenn es so kommt, wie es hier vorgesehen ist, dann werden gewisse Hemmnisse und Schranken aufgebaut, welche die ländliche Entwicklung hemmen.

Es spricht Herr Henter:

Guten Abend, mein Name ist Bernd Henter, Landtagsabgeordneter aus Konz. Ich möchte anknüpfen, dort wo der Herr Hülpes aufgehört hat. Bei der Entwicklung des ländlichen Raumes müssen wir zwischen den Privatinitiativen, die sehr lobenswert sind, und den Rahmenbedingungen der Landesregierung unterscheiden. Wenn dann in dem Landesentwicklungsprogramm drin steht, dass die Daseinsvorsorge in den Verdichtungsräumen optimiert und in den übrigen ländlichen Teilräumen nur gesichert werden soll, dann sehe ich darin einen Nachteil für die Entwicklungsmöglichkeiten des ländlichen Raumes.

Wenn dann im Ziel 54 formuliert ist, dass die Entwicklung dort stattfinden soll, wo Haltepunkte des Rheinland-Pfalz-Taktes sind, dann sehe ich darin keine Bestrebungen für die gleichmäßige Entwicklung des ländlichen Raumes. Das sind ganz klare Benachteiligungen. Hier müssen die Rahmenbedingungen so geändert werden, dass der ländliche Raum eine faire Chance bekommt.

Es spricht Herr Dr. Lörsch:

Guten Abend, meine Name ist Lörsch, ich vertrete das Bistum Trier. Ein Bereich, der hier überhaupt nicht angesprochen worden ist, ist der soziale Bereich. Die demografische Entwicklung hat Konsequenzen. Zu diesem Thema habe ich heute hier nichts gehört, insbesondere nichts dazu wie sich das Land hier positioniert. Sicherlich ist das Wirtschaftsministerium dabei nicht in erster Linie gefragt, trotzdem sollte das auch heute hier zur Sprache kommen. Das ist ein Wirtschaftsfaktor, der nicht übersehen werden sollte. Ich gebe zu bedenken, dass die Anzahl der hoch betagten und demenzkranken Menschen zunehmen wird.

Es spricht Dr. Abresch:

Sie haben völlig Recht, dass Themenspektrum das wir heute hier behandelt haben, ist keinesfalls vollständig. Bitte betrachten Sie die Regionalkonferenzen in Summe, dabei besteht schon das Ziel der Vollständigkeit.

Es spricht Herr Rössel:

Noch mal eine grundsätzliche Erläuterung meinerseits. Ich denke dass wir unseren Kopf ein wenig freimachen müssen von der Demografie. Sie ist natürlich vorrechenbar. Es liegt auch an uns selber, was wir an wirtschaftlicher Entwicklung möglich machen. Die Konsequenz sind dann die Leute, die wir hier wohnen haben. Beispielsweise der Grenzraum zum Großherzogtum Luxemburg - er wächst und wächst. Hier siedeln sich zunehmend Familien an. Rheinland-Pfalz ist leicht am schrumpfen, aber der Kreis Trier-Saarburg wächst und wächst. Das müsste eigentlich auch jeden anderen Landkreis dazu ermutigen, sich auf seine Stärken zu besinnen und Leute anzuziehen.

Es spricht Frau Bauer:

Mein Name ist Bauer, ich bin vom Rheinischen Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz. Ich habe eine Frage zu dem Bereich Wasserrahmenrichtlinie und Denkmäler. Wie kann man sicherstellen, dass Denkmal geschützte Anlagen in Feuchtbereichen durch die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie nicht zerstört werden? Ich denke da an wasserwirtschaftliche Anlagen von Klöstern oder an Denkmäler im Feuchtbereich allgemein. Das sind oft Denkmäler, die im touristischen Bereich ein großes Potential bergen.

Im Bereich der Klöster kann man Wasserwirtschaft im Mittelalter sehr gut touristisch verdeutlichen. Ich denke da ganz speziell an Projekte des Klosters Himmerod. Aber auch allgemein habe ich den Eindruck, dass die Denkmalpflege bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie nicht ausreichend einbezogen wird.

Es spricht Herr Gerke:

Zunächst einmal ein Grundsatz zur Wasserrahmenrichtlinie. Die Europäische Union hat mit der Wasserrahmenrichtlinie die Wasserwirtschaft nicht erfunden. Hier wurde lediglich ein Rahmen, den es in Deutschland schon immer gab, für ganz Europa geschaffen. Das ist ein grober Rahmen. Ein wesentlich größerer Rahmen, als wir ihn im Bund und in den Ländern bereits haben. Ich vermag momentan keinerlei Konflikte bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie mit dem Bereich Denkmalpflege zu erkennen. Weiterhin kann ich auch keinerlei Konflikte zwischen der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und landwirtschaftlichen Interessen erkennen.

Für den Bereich des Nordens des Landes Rheinland-Pfalz bin ich mir da ganz sicher. Die Wasserrahmenrichtlinie lässt uns eine ganze Reihe von Freiheitsgraden, so dass wir es mit ein wenig gutem Willen hinkriegen müssten, mit allen Beteiligten im Konsens zu arbeiten. Das gilt im Übrigen auch für den Bereich der Wasserkraft, der ja durch die Denkmalpflege ebenfalls betroffen sein kann. Es ist meiner Meinung nach kein Problem ökologische Interessen, die Interessen die mit der Durchlässigkeit von Gewässern verbunden sind, mit wirtschaftlichen Interessen zu verknüpfen.

Es spricht Günter Schartz:

Guten Abend, mein Name ist Günter Schartz, ich bin der Landrat des Kreises Trier-Saarburg. Ich bin etwas später gekommen, insofern an alle hier ein herzliches Willkommen im Kreis Trier-Saarburg. Ich habe zwei Anmerkungen. Zunächst möchte ich das unterstreichen, was der Walter Clüsserath gesagt hat. Es geht um das Kulturamt. Herr Minister, ich bitte Sie mitzunehmen, dass es uns sehr wichtig ist, die Strukturen hier im Kreis Trier-Saarburg nicht nur zu erhalten sondern sogar weiter zu entwickeln. Kulturamt ist für uns nicht nur das Setzen neuer Grenzsteine, das ist für uns Landentwicklung. Das ist für uns eine Plattform, um Gelder hier in den ländlichen Raum zu lenken. Damit haben wir sehr gute Erfahrungen gemacht. Das war der eine Punkt, jetzt kommt der zweite Punkt: Man merkt ja bei vielen Dingen der ländlichen Entwicklung, dass es darum geht die Dinge zu vernetzen. Als es los ging mit der Förderung durch LEADER, war überhaupt nicht erkennbar, wie die Ministerien in Mainz in diesem Bereich zusammenarbeiten. Wenn es darum ging, Förderanträge zu stellen, dann hat so mancher eine lange Reise machen müssen, um denn das richtige Ministerium zu finden.

Das hat sich glücklicherweise geändert. Das hat sich vor allem deswegen geändert, weil in den Ministerien viele gute Leute sitzen, die dafür gesorgt haben, dass sich die Dinge vernetzen.



Das ist meiner Meinung nach anfangs nicht erkannt worden. So ist es meine Bitte noch einmal zu prüfen, wie die Vernetzung der Ministerien weiter vorangetrieben werden kann. Ich wünsche mir, dass etwas mehr Runde Tische innerhalb der Ministerien organisiert werden, um die Förderanträge miteinander abzustimmen. Ich weiß das aus eigener Erfahrung: Wenn es denn um die Förderung von Sozialprojekten geht, dann fragt der Referent im Ministerium schon einmal: Was habe ich denn damit zu tun? Das wird dann schon schwierig, wenn es um die Abwicklung der Mittel aus dem Europäischen Agrarfonds geht. Das wäre meine Bitte. Der letzte Punkt ist der Folgende: Man sollte einmal darüber nachdenken, ob es nicht sinnvoll wäre, im Landeshaushalt einen eigenen Titel Ländliche Entwicklung zu kreieren. Wir machen es derzeit bei LEADER. Vielfach ist es so das bei den einzelnen Projekten in den verschiedenen Ministerien zunächst einmal geguckt werden muss wo denn die Gelder sind. Mein Vorschlag wäre es zu prüfen, die Kofinanzierung des Landes neben die allgemeine Finanzierung aus der EU zu stellen, und zu gucken ob hier ein gemeinsamer Topf geschaffen werden kann.

Das wären praktische Anmerkungen von mir, gerade wenn man über die Integration von Mitteln redet. Vielen Dank.

Es spricht Dr. Abresch:

Vielen Dank Herr Schartz, ich denke das waren auch Anregungen, die der Herr Minister in seiner Schlussrede nochmals kommentieren kann.

Es spricht Herr Prof. Ziegler:

Guten Abend, ich bin Karl Ziegler, ich vertrete hier die Technische Universität Kaiserslautern. Ich komme vom Institut für Ländliche Ortsplanung. Wir bilden sozusagen auch die Leute aus, die sich um den ländlichen Raum und um ländliche Entwicklungsfragen kümmern. Ich habe zwei Anmerkungen, zunächst einmal zu dem Vortrag von Herrn Wallrich. Es geht um Projekte und Wertschöpfung. Ich denke, es ist ein wichtiges Anliegen, dass das Geld welches in der Region verdient wird auch in der Region gehalten wird. Weiterhin ist es wichtig, durch Tourismus Geld von außen in die Region zu bringen. In Ihrem Vortrag sagten Sie wenig über die einzelnen Projekte, allerdings steht dazu ja einiges in der Kurzfassung. Von mir die Anmerkung, die Projekte unbedingt so auszulegen, dass auch eine Wertschöpfung stattfindet. Im Moment beschäftigen wir uns mit einer kleinen saarländischen Gemeinde. Hier gibt es Pilgertourismus. Jedes Jahr kommen 50.000 Pilger in diese Gemeinde. Die Gemeinde hat mir Landesgeldern und sonstigen Geldern die Marienverehrungsstätte aufgewertet. Die Gemeinde versteht es nicht, den Pilgern 1 Euro aus der Tasche zu ziehen. Es findet keinerlei Wertschöpfung statt. Im Gegenteil - es sind Infrastrukturmaßnahmen finanziert worden, die belasten.

Vom Thema Wertschöpfung nun zu meinem zweiten Punkt. Frau Winkhaus-Robert, ich gebe Ihnen völlig Recht indem, was Sie zum Thema Tourismus gesagt haben. Sie haben mir aus der Seele gesprochen, was das Themenfeld Qualitätssteigerung betrifft. Meiner Meinung nach ist dieses Problem mit Kampagneninitiativen und Runden Tischen nicht zu bewältigen. Meiner Meinung nach ist hier Könnernarbeit gefordert. Das ist genauso wie bei dem Themenfeld der Ortsentwicklung. Ohne Könnernarbeit wird es nicht gehen. Sie müssen QM einführen, sie müssen Qualitätsmanagement einführen. Dazu müssen Sie mit jedem Betriebs- und Geschäftsinhaber eine Stunde lang reden. Ohne Qualitätsmanagement wird es nicht gehen. Vielen Dank.

Es spricht Herr Wallrich:

Dieses Thema kann ich gerne aufnehmen. Wertschöpfung ist ein wichtiges Themenfeld in diesem Zusammenhang. Wir arbeiten als LEADER+-Gruppe ja sehr eng mit der Moselland-Touristik und mit den örtlichen Tourismusverbänden zusammen. Gerade bei Infrastrukturprojekten oder Marketingprojekten, die wir mit Leader-Mitteln finanzieren, kommt es darauf an, dass wir Geld verdienen und dieses in der Region halten. Weiterhin werden wir als LEADER+-Region Moselfranken, genauso wie die anderen LEADER+-Regionen im Lande auch eine Schlussevaluierung vorlegen, wo wir all diese Fragen behandeln werden. Was hat gut geklappt bei den Umsetzungen und was ist noch zu verbessern? Insofern wird dabei auch die Thematik Wertschöpfung eine wichtige Rolle spielen.

Es spricht Frau Winkhaus-Robert:

Ich kann auch kurz darauf antworten. Es ist tatsächlich so geplant, im Bereich Servicequalität mit jedem einzelnen Betrieb Schulungen durchzuführen. Es ist sehr intensiv, auf den Betrieb bezogene Projekte zu entwickeln. Die Erfahrung hat gezeigt, dass gerade die persönliche Zusammenarbeit mit den Betrieben sehr wichtig ist. Das machen wir im Übrigen nicht alleine auf der regionalen Ebene, sondern wir haben ein ganzes Heer von Mitstreitern in der Region. Wir arbeiten sehr intensiv mit den Betrieben zusammen, leider vor allem mit denen, die es eigentlich gar nicht nötig haben.

Es spricht Dr. Abresch:

Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Herzlichen Dank an die Gesprächsrunde, dass Sie sich die Zeit genommen haben. Herzlichen Dank auch an das Publikum, dass Sie so lange ausgeharrt haben. Herzlichen Dank auch für die Diskussionsbeiträge.

In unserem Programm kommt jetzt wieder der Herr Minister Hering zu Wort. Herr Hering, ich habe gesehen, Sie haben aufmerksam zugehört und sich viele Notizen gemacht. Wir sind alle sehr gespannt auf Ihre abschließende Zusammenfassung und auf die Bewertung der Ergebnisse. Bitte Herr Minister Hering.

Zusammenfassung und Bewertung der Ergebnisse

Es spricht Hendrik Hering:

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich danke für die interessanten, engagierten Vorträge und Diskussionsbeiträge. Und ich glaube, dass in dieser Diskussion auch wieder deutlich geworden ist, dass der ländliche Raum einen ganz großen Vorteil hat. Einen großen Vorteil gegenüber Ballungsräumen, Die Menschen im ländlichen Raum identifizieren sich viel mehr mit ihrer Region. Sie finden das vor, was man im positiven Sinne als Heimat betrachtet. Die Triebfeder, sich für die Region zu engagieren sind die intakten Dorfgemeinschaften, die wir in der Regel in unseren kleinen Ortsgemeinden haben. Das sind die Voraussetzung und die Möglichkeit, dass regionale Entwicklungskonzepte mit großem Erfolg umgesetzt werden können. Wir sind dann erfolgreich, wenn wir die besondere Kraft ländlicher Räume nutzen und wenn wir uns auf das konzentrieren, was authentisch ist.



Und Herr Schmitt, dass ist das Erfolgsrezept der Mosel gewesen: Man nicht nur auf die Qualität, sondern auch rechtzeitig auf die Besonderheiten der Mosel gesetzt. Das ist mit Grundvoraussetzung des Erfolges gewesen. Ich bleibe mal beim Beispiel Weinbau an der Mosel. Es wird hier sehr deutlich, wir brauchen intakte Landwirtschaft, den Weinbau, denn der Tourismus an der Mosel wäre undenkbar ohne den Weinbau an der Mosel.

Und das zeigt eindeutig, das Eine bedingt das Andere. Wir schaffen Win-Win-Situationen gerade in ländlichen Bereichen, wenn wir eine funktionierende Landwirtschaft haben. Wir sind nur dann erfolgreich, wenn wir alle gemeinsam auf Qualität setzen. Das gilt für die Bereiche Landwirtschaft und Weinbau. Das ist das Erfolgsrezept, warum Weinbau an der Mosel diese Renaissance erlebt hat. Und wir werden im Tourismus auch nur dann weiter erfolgreich sein, wenn wir ganz konsequent auf Qualität setzen. Dass ist auch das Grundverständnis, was bei der Dachmarke Mosel gelten muss. Deswegen bin ich auch der Meinung, dass man hier erfolgreich sein wird. Der Mut zu sagen, zur Dachmarke Mosel gehören die Betriebe, die Akteure, die auf Qualität setzen. Alles andere gehört nicht zu den strengen Qualitätsbegriffen an der Mosel. Nur dann werden wir vorankommen. Wir sind da auf gutem Wege, wenn wir das umsetzen, was eben auch gesagt wurde, dass es in den Köpfen der Menschen beginnen muss.

Das beste Förderprogramm, das beste Strategiepapier wird nichts helfen, wenn wir nicht die Köpfe der Menschen erreichen. Dort beginnen positive Entwicklungen. Und was noch mehrfach angesprochen wurde, ist ein ganz großer Schwerpunkt der Landwirtschaft: Wir müssen erreichen, dass die Gesellschaft zunehmend die Leistung von Landwirten und Winzern anerkennt. Wir müssen in der Gesellschaft verdeutlichen, wie multifunktional die Leistungen von Landwirten und Winzern sind. Ohne diese Leistungen wäre Tourismus – 190.000 Arbeitsplätze, ein Umsatz von 6,3 Mrd. Euro. pro Jahr in Rheinland-Pfalz – nicht denkbar. Wenn wir nicht die Landwirte hätten. Wir würden auch nicht über regionale Entwicklungskonzepte sprechen, über Identifikation der Menschen mit ländlichen Regionen, ohne Landwirtschaft. Wir hätten nicht die Kulturlandschaften, dann würden die Menschen sich hier nicht heimisch fühlen. Wir brauchen auch zukünftig die Bereitschaft von Direktzahlungen an Landwirte. Diese gesellschaftliche Leistung muss honoriert werden. Die Mittelgebirgslandschaften, Steillagen werden nicht bewirtschaftbar sein, ohne dass es zu gewissen Transferleistungen kommt. Deshalb müssen wir in der Gesellschaft auch deutlich machen, auch in Ballungszentren, wie wichtig die Leistung von Landwirten ist.

Und Frau Hoffranzen, sie haben auch die Rolle von Frauen angesprochen und ich will ausdrücklich betonen, wir Männer spielen auch unsere Rolle und wir wollen uns dieser Rolle in den Familien auch bewusst werden. Wir lernen noch dazu, möchte ich für die Geschlechtskollegen ausdrücklich betonen. Was aber wichtig ist, was gemeinsam mit Landfrauen organisiert ist: Die Fort- und Weiterbildung. Wir wollen ganz engagiert bei ILEK-Prozessen, bei Leader-Prozessen mitwirken und wollen Fortbildungsangebote speziell für Frauen haben. Gemeinsam mit Landfrauen sind wir dem auch nachgekommen, weil ich weiß, dass sehr viele sich in diesem Bereich engagieren.

Und ich will noch aufgreifen, was sie als Vertreter des Bistums hier gesagt haben: Ich halte es für ganz wichtig, dass wir auch im sozialen Bereich das vorhandene Netzwerk, die vorhandenen Dorfgemeinschaften noch stärken. Darin sehe ich eine ganz große Stärke des ländlichen Raumes, im Rahmen des demografischen Wandels angemessene Strukturen zu schaffen, möglichst lange selbst bestimmend in der anvertrauten Umgebung zu wohnen, in einer Qualität, die der in Zentren überlegen ist. Das halte ich für einen ganz wichtigen Aspekt der ländlichen Entwicklung. Daran werden wir arbeiten.

Wichtige Projekte im Bereich Infrastruktur, Breitbandversorgung wurden angesprochen. Auch dort sind neue Gutachten auf den Weg gebracht. Wir müssen dort vorankommen. Wenn die Ausstattung mit moderner Breitbandversorgung im ländlichen Raum nicht die gleiche Qualität hat wie in Ballungszentren, dann wird es in der Tat zu einer nachteiligen Entwicklung kommen. Deshalb wird das ein deutlicher Schwerpunkt der Arbeit unseres Hauses sein.

Herr Rössel, wir werden andere Möglichkeiten finden, über die Verkehrsprojekte zu sprechen. Ich war heute noch in Punkto Verkehrsentwicklung für die Region Trier unterwegs. Wir wissen auch, es wurde nie so viel gebaut, wie momentan an der A1 und an der B50. Wir werden auch das Projekt Hochmoselübergang voranbringen. Ich bin für Beteiligung, aber irgendwann innerhalb von 20 Jahren kommt der Punkt, wo mal entschieden werden muss. Sonst kommen wir mit großen Projekten nie voran. Irgendwann muss Politik den Mut haben, zu entscheiden und ich bin guter Dinge, dass wir in diesem Jahr Baurecht für zentrale Vorhaben bekommen.

Herr Weber, Sie haben die PPP-Projekte angesprochen. Wir werden eine Leitstelle installieren, ein Kompetenzzentrum speziell für PPP-Projekte. Und wir werden in einem anderen Teil des Landes ein Modellprojekt „Regionales Kontraktung“ auf den Weg bringen. Wir wissen, es gibt viele Investitionsbereiche, gerade für erneuerbare Energien, Sanierung von Sporthallen, Dorfgemeinschaftshäusern, wo die Gemeinden nicht in der Lage sind, das zu finanzieren. Uns schwebt vor, dass zwischen regionalen Akteuren, Handwerkern, örtlichen Banken Kontraktungsmodelle aufgelegt werden, eigene Gesellschaften gegründet werden, damit die Investition ermöglicht wird, damit die Kommunen die Einsparungen auch aktuell haben und die Wertschöpfung in der Region bleibt. Ich glaube, wir brauchen keine großen Kontraktungskonzerne aus Frankfurt, aus Hamburg oder Berlin. Das können wir vor Ort organisieren. Dazu laufen Modellprojekte in Rheinland-Pfalz. Ich bin ganz guter Dinge, dass wir hier Vorreiter sein werden für solche Modelle gerade im ländlichen Raum. Dazu gehört auch eine spezielle Jungunternehmerförderung sowie eine Eigenkapitalstärkung. Das haben wir gerade für kleine Betriebe organisiert.

Dann einige Anmerkungen zum LEP IV: Zum einen ist es ein Entwurf, momentan in der Anhörung befindlich. Ich gehöre zu denen, die nicht so plangläubig sind, wissend, es hat LEP II und LEP III gegeben. Ich weiß nicht, ob jeder Bürgermeister mal reingeschaut hat, was zu den vielen Zielen im Detail geschrieben ist. Es gibt eine Reihe von Formulierungen, bei denen ich Ihnen Recht geben muss, z. B. zum Rheinland-Pfalz-Takt, die so in dieser Form nicht mehr erscheinen werden. Wir wollen nicht für Verwirrung sorgen. Uns ist gerade die Entwicklung in den kleinen Ortsgemeinden viel Wert, sie hat einen hohen Stellenwert.

Wir werden im Rahmen der demografischen Entwicklung auch dazu kommen, dass wir uns die Realität auch vernünftig vor Augen führen. Wir haben momentan etwas über 4 Mio. Einwohner in Rheinland-Pfalz. Die kommunalen Strukturen, wie sie Ende der sechziger, Anfang der siebziger konzipiert wurden halte ich für vernünftig: Eigenständige Ortsgemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreise. Damals hatten wir 3,5 Mio. Einwohner. Vielleicht wird die demografische Entwicklung dazu führen, dass wir in dreißig Jahren wieder bei den 3,5 Mio. Einwohnern sein werden. Wir werden zwar im Durchschnitt alle älter sein. Dieser Zahlenvergleich zeigt, auch eine Kommunalreform muss mit Maß und Ziel auf den Weg gebracht werden. Wir werden dafür sorgen, dass alle Ortsgemeinden ihre Selbstständigkeit erhalten, und wir werden Rahmenbedingungen schaffen, dass sich gerade die kleinen Ortsgemeinden weiterentwickeln können. Das ist die Kernsubstanz der guten Struktur, die wir im ländlichen Bereich haben. Das ist die Kernsubstanz, warum sich gerade im ländlichen Raum Menschen mehr ehrenamtlich engagieren als in Zentren. Und deswegen werden wir das, was Rheinland-Pfalz meiner Meinung nach ausmacht, stärken. Und darauf werden wir achten bei Endformulierungen des LEP IV. Deswegen haben sie da keine zu großen Befürchtungen.

Zu den Gewässerentwicklungsprojekten: Wenn man solche Projekte ganzheitlich betrachtet, wird eindrucksvoll gezeigt, dass mit einer Gewässerentwicklung nicht nur eine Renaturierung verbunden ist, sondern auch Umweltschutz betrieben wird und die Lebensqualität gesteigert werden kann. Es ist faszinierend, was sich nach solchen Renaturierungsprojekten entwickelt. Es entstehen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, die mehr als faszinierend sind. Es zeigt sich, dass sich mit Vernunft und Verstand viel auf den Weg bringen lässt.

Zum Bereich erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe: Um diesen Befürchtungen, denen Sie Ausdruck verliehen haben, Herr Eibes, entgegen zu wirken, haben wir auch das Beratungszentrum für nachwachsende Rohstoffe in Bitburg auf den Weg gebracht. Wir müssen verhindern, dass es im Rahmen des Anpflanzens nachwachsender Rohstoffe zu Monokulturen kommt. Wir müssen sehen, dass nachwachsende Rohstoffe natürlich zur Einkommensstärkung in der Landwirtschaft beitragen, es aber auch ein sinnvolles Instrument ist, unsere Kulturlandschaft zu erhalten. Deswegen brauchen wir abgestimmte Konzepte. Wir haben in einigen Regionen zwar einen gewissen Flächendruck. Aber wissend, wir haben über 700.000 ha landwirtschaftliche Fläche in Rheinland-Pfalz, gerade mal 9.000 ha werden für nachwachsende Rohstoffe derzeit genutzt. Wir haben noch 30.000 ha stillgelegte Fläche, die für die Anpflanzung nachwachsender Rohstoffe genutzt werden können. Also summa summarum haben wir im Land keinen hohen Flächendruck. In einigen Regionen haben wir Probleme und da müssen wir genau hinschauen.

Wir müssen auch hinschauen, dass wenn Biogasanlagen entstehen, diese im Rahmen eines regionalen Energiekonzeptes entstehen. Und ich bin auch dafür – es ist nicht mehr verantwortbar – isoliert Biogasanlagen zu genehmigen, ohne dass sie in ein Konzept eingebunden sind, ohne dass die Abwärme genutzt wird. Es würde dazu führen, dass die Landwirte die Investitionsbelastungen haben und es wird nicht gewährleistet, dass die Anlagen dauerhaft rentierbar betrieben werden können. Das wollen wir Landwirten nicht zumuten. Wir wollen auch verhindern, dass diese von externen Investoren gebaut werden. Das kann dazu führen, dass der Landwirt zum reinen Rohstofflieferanten degradiert wird. Heute darf er liefern, morgen sind vielleicht die Produkte aus Osteuropa oder Lateinamerika billiger zu beschaffen. Dann darf er nicht mehr liefern. Deswegen brauchen wir regionale Konzepte, bei denen klar ist, die Wertschöpfung bleibt in der Region, in der die Region, am besten der Landwirt selbst, Eigentümer oder Miteigentümer der Anlage ist. Auch das gehört zu der Beratungstätigkeit.

Wir wollen auch die Fördermöglichkeiten bei Leader in ihrer Breite erhalten. Ich halte es auch für wichtig, dass wir uns verstärkt Gedanken machen, wie Familie und Beruf – gerade im ländlichen Bereich - in Einklang gebracht werden können. Wir brauchen gerade in kleineren Strukturen kreative Konzepte, um zu ermöglichen, dass junge Familien die Wahlfreiheit haben, wie sie Familie und Beruf in Einklang bringen können. Gerade im ländlichen Bereich wollen wir das ermöglichen, um für gleiche Lebensverhältnisse zu sorgen.

Erfolgreiche Voraussetzungen für regionale Entwicklungskonzepte sind, all das zu stärken, was die Identität der Menschen mit der Region fördert. Positive Erfahrungen damit zu machen, was man unter Heimat versteht, das müssen wir stärken. Grundvoraussetzung ist, Menschen zu motivieren, sich in solchen Konzepten zu engagieren. Zweite Grundvoraussetzung ist die Beteiligung. Bürger und Bürgerinnen wirklich zu beteiligen ist gewährleistet bei den ILEK-Prozessen, bei den Leader-Prozessen, bei der Erarbeitung der Projekte. Die Menschen müssen selbst Ideengeber sind, wenn es um die Frage geht, welche Projekte aufgegriffen werden sollen.

Eine Aussage des Strategiepapiers wird sein:

Dort, wo Menschen in ILEK-Prozessen oder in Leader-Prozessen in Arbeitsgruppen, teilweise im Ehrenamt, Projekte erarbeiten, dort werden diese Projekte zukünftig mit höherer Priorität gefördert. Dafür werden wir sorgen. Ich werde darauf achten, dass wir Förderrichtlinien so konzipieren, dass klar ist: Projekte der Bürger erhalten zuerst die Förderung. Denn eines darf nicht passieren, dass Bürger und Bürgerinnen monatelang ehrenamtlich arbeiten, Projekte konzipieren und es scheitert dann daran, dass sie nicht gefördert werden können. Diese Bürger werden wir nie mehr dazu gewinnen, sich bei solchen Prozessen zu engagieren. Wir werden nicht alle Projekte fördern können aber – und deswegen ist es so wichtig, das Regionalmanagement anschließend durchzuführen

– man muss sich auf prioritäre Projekte konzentrieren, man muss dafür sorgen, dass diese zukünftig gefördert werden.

Trotz der Mittelkürzung von 20 % in der zweiten Säule, die wir von Europa zu verkräften hatten, haben wir in Rheinland-Pfalz entschieden, dass die Projekte für Leader und ILEK nicht diese 20 % Kürzung erfahren haben. Diese Projekte werden in gleicher Höhe zukünftig mit Finanzmitteln ausgestattet werden. Auch um die Menschen zu motivieren, die sich hierbei engagieren. Dazu gehört auch, dass wir nicht nur kommunale Projekte fördern, sondern uns verstärkt bemühen, die Kofinanzierung von privaten Projekten zu ermöglichen. Es gibt auch die Möglichkeit, unter den schwierigen Rahmenbedingungen, welche die EU uns vorgibt, grenzüberschreitende Projekte zu fördern.

Dann Herr Schartz, Sie haben es ja zum Ausdruck gebracht, ist bereits viel geschehen, um die Abstimmungsprozesse innerhalb der Landesregierung bei Fördermittelzusagen zu vereinheitlichen. Die ADD ist vom Grund die Bündelungsstelle für Ihre Förderanträge. Das meiste wird über die ADD auch abgewickelt werden. Seien sie froh, das wir in Rheinland-Pfalz ein Ministerium haben, das schwerpunktmäßig für den ländlichen Raum zuständig ist, denn bei uns laufen die Projekte zusammen: im Bereich Landwirtschaft, im Bereich Infrastruktur, Straßenbau und vieles mehr. Dass Anträge dann manchmal von einem zum anderen Haus geschickt werden hat auch damit zu tun, dass man versucht, ein sinnvolles Projekt einer Förderung zuzuführen. Dass eben gesagt wird, eine klassische Leader-Förderung auf Grund der Vorschriften der EU ist nicht möglich. Dann ist es oftmals möglich gewesen, die Kollegen vom Innenministerium oder andere zu motivieren, gute Projekte zu fördern. Deswegen ist es nicht immer von Nachteil, wenn das Projekt von einem zum anderen Ministerium wandert. Seien sie aber gewiss, wir werden auf Arbeitsebene das so organisieren, dass wir uns intern noch besser abstimmen als in der Vergangenheit. Und das läuft im Land Rheinland-Pfalz sehr, sehr gut. Schauen sie sich mal die Berichte aus anderen Ländern an, wie das dort von statten geht, die so gute Projekte wie ILEK überhaupt gar nicht haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich bin auch froh, dass viele die hervorragende Arbeit des DLR gelobt haben, Herr Friedrich. Berechtigterweise wird die gute Arbeit auch entsprechend honoriert. Im Landkreis Trier Saarburg und der gesamten Region Trier wird hervorragende Arbeit geleistet. Wir werden für die angemessene Personal- und Sachausstattung sorgen.

Herr Prof. Lorig hat mir sagen können, es wurden hier in der Region im Bereich Flurbereinigung vor kurzem zehn gelungene Verfahren besichtigt und es werden auch wieder neue Verfahren eingeleitet, weil wir die Fördermittel für diesen Bereich auf hohem Niveau erhalten haben. Wir hätten diesen Bereich eigentlich auch um 20 % kürzen müssen. Das haben wir nicht vorgenommen, wissend, dass es ganz wichtige Infrastrukturmaßnahmen sind. Sie wissen auch, dass wir darüber gesprochen haben: Ich habe verfügt, dass einige Beratungstätigkeiten auch am Standort Trier erhalten bleiben, neben der Tatsache, dass wir in Bernkastel-Kues die größte Investitionstätigkeit im Rahmen der Agrarverwaltungsreform tätigen werden. Wir werden ein Steillagenzentrum für 5 Mio. Euro bauen.

Wir werden auch dafür sorgen, dass bei der Abschlussveranstaltung im September es nicht nur regionale Produkte, wie selbstverständlich immer aus Rheinland-Pfalz geben wird, sondern dass auch die Landfrauen uns diese Produkte bereiten werden. Das bürgt noch mal für bessere Qualität. Ich darf sie schon zu der Veranstaltung im September einladen, will aber nicht versäumen, mich bei ihnen zu bedanken, dass sie so lange ausgeharrt haben, so zahlreich gekommen sind, will mich bedanken, bei den Referentinnen und Referenten, mich bedanken bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Dienstleistungszentrums „Ländlicher Raum“, die die Veranstaltung mit vorbereitet haben und ich darf mich auch bei Prof. Lorig bedanken, der die ganze Konzeption der Veranstaltung auf den Weg gebracht hat.

Und Herr Dr. Abresch, ich darf mich auch bei Ihnen bedanken. Sie schaffen es immer wieder, diese Veranstaltung pünktlich zu beenden. Ihnen nochmals vielen Dank und ich freue mich auf angenehme Gespräche gleich bei gutem Moselwein in der Stadthalle.

Vielen Dank!

**Dokumentation
zur Regionaltagung in Bad Bergzabern
am 09.07.2007**

Forum Ländlicher Raum

5. Regionaltagung

am Montag, 09. Juli 2007 in Bad Bergzabern

Programm

17:00 Uhr bis 17:15 Uhr	<p>Begrüßung</p> <p>Hendrik Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau</p>
17:15 Uhr bis 17:30 Uhr	<p>Referat Stadt-/Landbeziehungen</p> <p>Herr Dr. Christof Wolff, Oberbürgermeister der Stadt Landau</p>
17:30 Uhr bis 17:45 Uhr	<p>Referat Integrierte Ländliche Entwicklungskonzepte</p> <p>Herr Stefan Dietz, Geschäftsführender Gesellschafter entra Unternehmerentwicklung Dietz, Schlamann und Kollegen GbR</p>
17:45 Uhr bis 18:45 Uhr	<p><u>Gesprächsrunde</u></p> <p>Gemeindeentwicklung / Dorferneuerung Herr Prof. Dr.- Ing. Hans Dennhardt, TU Kaiserslautern</p> <p>Weinbau Herr Thomas Weiter, Vizepräsident, Weinbauverband Pfalz</p> <p>Tourismus Herr Arnold Neu, Geschäftsführer, Hotel Leinsweiler Hof</p> <p>Regionalmanagement Frau Edda Schaefer, Verkehrsverein Südwestpfalz e. V.</p> <p>Wellness, Fitness Herr Herrmann Bohrer, Bürgermeister, Verbandsgemeinde Bad Bergzabern</p> <p>Moderation: Herr Dr. Jens-Peter Abresch, IfR Institut für Regionalmanagement</p>
18:45 Uhr bis 19:45 Uhr	<p>Gemeinsame Diskussion mit der Gesprächsrunde, den Referenten und den Tagungsteilnehmern</p>
19:45 Uhr bis 20:00 Uhr	<p>Zusammenfassung der Ergebnisse</p> <p>Herr Minister Hendrik Hering</p>
20:00 Uhr	<p>Einzelgespräche und Schlussimbiss</p>

Wortprotokoll

Regionalkonferenz am 09.07.2007 in Bad Bergzabern



Es spricht Dr. Abresch:

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

herzlich willkommen zur 5. Regionalkonferenz im Rahmen des Forums „Ländlicher Raum“ in Bad Bergzabern. Herzlich willkommen heute Abend. Danke, dass Sie so zahlreich erschienen sind. Meine Damen und Herren, ich habe heute Abend den Job übernommen, sie durch das Programm zu begleiten. Ich werde versuchen, die Fäden der Diskussion zusammenzuhalten, vor allen Dingen dafür zu sorgen, dass wir einigermaßen pünktlich um 20:00 Uhr gemeinsam fertig werden, jedenfalls mit dem offiziellen Teil.

Meine Damen und Herren, das Forum Ländlicher Raum mit den fünf Regionalkonferenzen, heute sind wir in der fünften Regionalkonferenz in Bad Bergzabern. Wir waren bereits in Grafschaft, in Boppard, in Zweibrücken und in Saarburg. Initiator und Gastgeber, Spiritus Rektor dieser Veranstaltungsreihe ist der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz, bitte begrüßen sie mit mir mit einem Applaus Hendrik Hering.

Meine Damen und Herren,

lassen sie uns, bevor es mit der Debatte los geht, gemeinsam einen Blick auf die Veranstaltung selbst richten. Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume ist unser Oberthema und worum geht es bei der Entwicklung ländlicher Räume? Wenn man das drastisch eindampft, dann glaube ich kann man sagen, es geht um Lebens- und Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum. Es geht um die Frage, wo die Wertschöpfung herkommt, die wir heute und in der Zukunft im ländlichen Raum erzielen können. Es geht um die Frage, wo die Arbeitsplätze herkommen, die Menschen im ländlichen Raum halten. Es geht um die Frage, was sind die Standortfaktoren, die Menschen, die Haushalte, die Familien, vor allen junge Familien, dazu bewegen, im ländlichen Raum ihren privaten Wohnsitz, ihren Standort aufzumachen. Es geht auch um die Frage, was weiche Standortfaktoren sind, was die besondere Attraktivität ist, die wir heute im ländlichen Raum vorzuweisen haben. Es geht darum, wie wir die Landschaftsqualitäten, die Umweltqualitäten, die Freizeit- und Erholungsqualitäten auch ganz praktisch in Euro ummünzen können, in Euro, die in der Region bleiben.

Also ein breit gefächertes Themenkanon. Diesen breit gefächerten Themenkanon haben wir in den fünf Regionalkonferenzen in Rheinland-Pfalz mit unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten diskutiert. Und wenn wir heute so eine Nachmittags-, Spätnachmittags- oder Abendveranstaltung zu dem Thema „Strategien ländlicher Räume“ durchführen, dann glaube ich, müssen wir vor allen Dingen danach schauen, was die Stärken und Schwächen bis dato sind. Ich sage das bewusst in dieser Reihenfolge, weil man gelegentlich den Eindruck gewinnen kann, dass politische Debatten um die Entwicklung ländlicher Räume immer mit den Schwächen anfangen und eher in einer Untergangsstimmung münden. Zu der Frage, was alles nicht funktioniert, was man alles haben müsste, und welche Forderung notwendig wäre, damit ländlicher Raum Zukunft hat. Ich glaube ganz im Gegenteil, wir können auch heute in vielen Regionen, so auch in der Region hier vor hier vor Ort, auf eine ganze Reihe von ganz vorzeigbaren Erfolgen fußen. Wir können aufbauen auf den Ergebnissen der Anstrengungen der letzten 10 bis 15 Jahre.

Das ist kein Thema, das wir auf dem leeren Blatt Papier beginnen müssen. Das soll auch ein bisschen der rote Faden durch die Diskussion heute Abend sein.

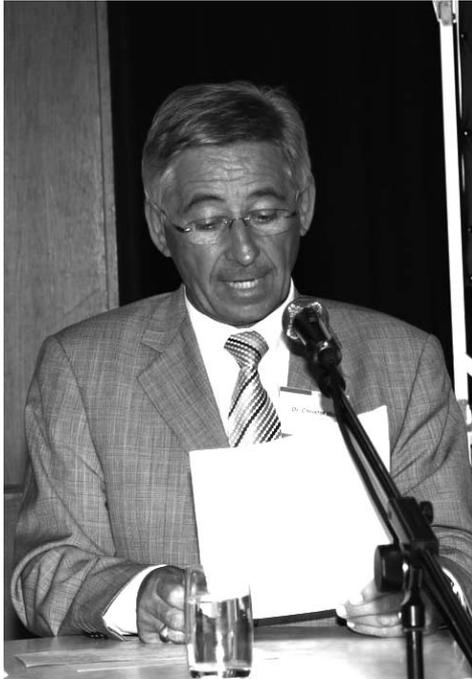
Es soll der rote Faden sein, um Spezialitäten, Besonderheiten, Erfahrungswerte ihrer Region verfügbar zu machen für die landesweite Debatte um die Wirtschaftspolitik und die Sozialpolitik im ländlichen Raum und das Ganze zielt darauf ab, dass Sie, Herr Minister, im September ein landesweites Strategiepapier diskutieren und verabschieden wollen. Das ist ja so zu sagen ein Ergebnispunkt der Regionalkonferenzen. Wir haben in allen fünf Regionalkonferenzen interessante Debatten geführt, die immer auch neben den Erfahrungswerten zu Stärken und Schwächen darauf abzielten, herauszupolarisieren, was brauchen wir jetzt, was sind die Probleme, mit denen wir jetzt und heute zu kämpfen haben und was ist für die nächsten Jahre notwendig. Und ich weiß von Ihnen, dass Sie gerade von der Veranstaltung heute Abend und von den vier Regionalkonferenzen, die wir im Laufe des Jahres hatten, auch persönlich erwarten, Anregungen mitzunehmen, zu hören, was in den Regionen los ist, zu hören, wo der Schuh drückt, aber auch zu hören, was schon funktioniert hat. Die Ergebnisse der Debatte, sowohl derer, die wir auf dem Podium gleich haben werden, als auch der Diskussionen, die wir in der großen Runde haben werden, werden mitgeschnitten - Prof. Lorig nickt – und sind dann auch verfügbar für die Verfassung, für das Aufschreiben des Strategiepapiers.

Lassen sie uns einen Blick darauf werfen, wie wir uns den Abend vorgestellt haben. In den Regionalkonferenzen haben wir zwei so genannte Leitthemen aufgerufen. Sie können sich vorstellen, man kann nicht in jeder Region sämtliche Aspekte der Entwicklung ländlicher Räume diskutieren, jedenfalls nicht, wenn man sich zwei, drei Stunden dafür Zeit nimmt. Für heute hier in Bad Bergzabern haben wir die Frage von Stadt-Land-Beziehungen als ein Leitthema ausgewählt und die Frage, welche Erfahrungen und welche Erfolge wir mit den Themen Integrierte Entwicklungskonzepte und Regionalmanagement bisher gemacht haben.

Dazu werden wir zwei kurze Impulse hören von jeweils 15 Minuten und ich bin froh, dass der Bürgermeister der Stadt Landau Herr Dr. Wolff zu uns gekommen ist. Er wird gleich zu uns sprechen zu dem Thema „Stadt-Land-Beziehungen“. Das wird besonders spannend, Herr Wolff, weil ich weiß, dass Sie nicht in der Gefahr stehen, einseitig die Bedeutung ländlicher Räume zu betonen, sondern Sie werden uns sicher einführen in die Frage, wie auch die Wechselbeziehungen zu werten sind, wie auch der Nutzen des Landes aus starken Metropolen, aus Zentren zu bewerten ist. Das zweite Impulsreferat wird für uns Herr Stefan Dietz besorgen. Herr Stefan Dietz ist Geschäftsführender Gesellschafter der entra UnternehmerEntwicklung Dietz, Schlamann und Kollegen Gbr. Herr Dietz ist in Rheinland-Pfalz und darüber hinaus bestens bekannt als ein erfahrener Regionalmanager der Praxis, der so zu sagen aus der Perspektive des begleitenden Dienstleisters uns einen Erfahrungsbericht geben wird, wo heute das Land Rheinland-Pfalz im Thema ländliche Entwicklungskonzepte steht. Das sind die beiden ersten aktiven Beiträge und wir wollen dann danach in eine Gesprächsrunde einsteigen.

Das Programm haben sie in ihren Teilnehmerunterlagen vorliegen. Gesprächsrunde heißt, dass wir zu den Themen Landentwicklung, Weinbau, Tourismus, Regionalmanagement, Wellness und Fitness eine Auswahl von erfahrenen Kolleginnen und Kollegen aus Wissenschaft und Praxis für sie heute Abend anbieten können. Und die Gesprächsrunde zielt darauf ab, dass wir zunächst einmal versuchen werden hier vorn im Zwiegespräch wichtige Konturen herauspräparieren, die Bilanz von Stärken und Schwächen noch einmal für sie zu entfalten. Auch dazu möchte ich sagen, dieses Themenspektrum, was wir gewählt haben, verstehen sie das nicht als den Versuch einer vollständigen Betrachtung, sondern es ist für die Region aus der Region das Anzapfen besonderer Erfahrungsschwerpunkte. In anderen Regionen haben wir uns schon zu weiteren Themen auseinandergesetzt. Sie sehen das am Programm, das Ganze ist zunächst für sie mal eine schwere Zumutung, denn bis 18:45 Uhr gilt es, sich erst mal in Ruhe zurückzulehnen, möglichst nicht einzuschlafen und der Diskussion zu folgen. Ich weiß, dass das ein bisschen schwierig ist. Bitte seien sie so freundlich und halten das einen Moment aus. Wir haben dann eine ganze Stunde Zeit, uns in Ruhe über Details auseinander zu setzen. Alle Damen und Herren, die erst mal aus ihren Erfahrungen berichten, stehen dann für Rede und Antwort, für Diskussionen zur Verfügung. Bitte seien sie so freundlich, nutzen sie die Gelegenheit um zu sagen, da will ich aber gerne gleich einmal darauf eingehen, das sehe ich anders oder Sie wollen noch einmal eine Ergänzung geben, etwas mit ein paar Stichworten fixieren. Wir haben dann von viertel vor sieben bis viertel vor acht einigermmaßen hinreichend dafür Zeit.

Und zum Schluss als Zusammenfassung, als Bild darüber, was Sie Herr Minister Hering aus der Debatte mitnehmen, werden Sie uns eine Zusammenfassung der Ergebnisse geben. Und ich darf an der Stelle aus meiner Sicht sagen, Hut ab, das ist schon eine stramme Leistung, sich als Minister des Landes erst einmal 1,5 Stunden hinzusetzen und zuzuhören um dann am Schluss die wichtigsten Punkte herauszufiltern. Wir sind, wie Sie sich vorstellen können, alle sehr gespannt, was Sie der Debatte entnehmen. Um 20:00 Uhr wollen wir dann auch zur Landung kommen und haben dann auch noch Gelegenheit, Auge in Auge das eine oder andere Thema zu vertiefen. So jetzt sei der Vorrede genug getan. Wenn ich jetzt von ihnen keinen Widerspruch höre, dann starten wir mit dem Programm. Begrüßen sie mit mir sehr herzlich Dr. Christoph Wolff, den Oberbürgermeister der Stadt Landau. Herr Wolff, wir sind sehr gespannt, was Sie uns zur Stadt-Land-Beziehung sagen werden.



Es spricht Herr Dr. Wolff:

Sehr geehrter Herr Minister, sehr verehrte Abgeordnete, meine Damen und Herren,

erst einmal herzlichen Dank für die Einladung und die Gelegenheit, zu Ihnen über das Leitthema „Stadt-Umlandbeziehungen“ zu sprechen. Auf Grund der vorgegebenen Zeit muss ich allerdings Tempo machen, damit ich auch das sagen kann, was ich vorhabe.

Zu Beginn gleich die Feststellung, warum das Zentrale-Orte-System für die räumlich- funktionale Arbeitsteilung zwischen den Zentren und dem Umland trotz wirtschaftlicher und demografischer Veränderungen nicht angezweifelt werden darf und warum solche Stadt-Umlandbeziehungen sogar fortentwickelt werden müssen. Landau ist dafür ein gutes Beispiel und so sollten wir auch die Kooperation mit seinem Umland dem Landkreisen Südliche Weinstraße und Germersheim beleuchten.

Also im Rahmen einer Konferenzreihe, die sich Strategien für ländliche Räume nennt, lässt sich bereits aus dem Titel entnehmen, dass der inhaltliche Schwerpunkt auf dem ländlichen

Raum liegt. Als Vorsitzender des Städtetages Rheinland-Pfalz wurde ich gebeten, neben meinem Amt als Oberbürgermeister, zum Thema zu referieren. Der Blickwinkel der Städte und ihre Ausstrahlung und Bedeutung für den ländlichen Raum soll in die Diskussion einfließen und dafür möchte ich mich bedanken. Deshalb möchte ich meinen Vortrag beginnen mit einem Zitat unseres Präsidenten des deutschen Städtetages, des Münchener Oberbürgermeisters Christian Ude, der erst kürzlich feststellte: „Der demografische Wandel fordert mehr Stadt und nicht weniger Stadt“. Eine Aussage, die in einer Betrachtung von Stadt-Land-Beziehung in einer kleiner werdenden Verteilmasse die Interpretation zulässt, dass bei einer kleiner werdenden Verteilmasse – finanziell gedacht – mehr Stadt auch weniger Umland bedeutet. Doch Herr Ude meinte das Gegenteil. Mehr Stadt braucht ein intaktes Umland, braucht die Region, um in der Zukunft bestehen zu können.

Ausgangsthesen: Wir müssen, wie es auch im LEP IV Entwurf formuliert ist, die zentralen Orte weiter stärken, nicht nur um ihrer selbst wegen, sondern auch um dem Umland, dem ländlichen Raum, die Perspektiven zu geben. Vor dem Hintergrund geringer werdender Finanzen der öffentlichen Hände, abnehmender Nachfrage und dem Bevölkerungsrückgang ist auch eine räumliche Konzentration des Mitteleinsatzes für die öffentliche Daseinsvorsorge zwingend erforderlich.

Die öffentliche Daseinsvorsorge, die Verantwortung für die gesellschaftlichen Randgruppen, die Aufgabenverteilung zwischen Stadt und Land, muss gemeinsam kooperierend, das heißt regional angegangen werden. Stadt und Umland, Ober-, Mittel- und Grundzentren, alle sitzen in einem Boot und profitieren von stabilen Gesellschaftsstrukturen, die bei einer Arbeitsteilung inklusive eines angemessenen Finanzausgleichs zwischen Städten und ihrem Umland dauerhaft sichergestellt werden müssen. Das heißt, der ländliche Raum braucht die Ausstrahlung und Anziehungskraft der Städte um als Wohn- und Arbeitsstandort attraktiv zu bleiben und vor allen von den Infrastrukturanbindungen der Städte zu profitieren.

Umgekehrt braucht die Stadt die Attraktivität des Landes, ländlicher Räume, auf Grund der zunehmenden Bedeutung weicher Standortfaktoren bei der Entscheidungsfindung für einen Wohn- oder Wirtschaftsstandort. Vor diesem Hintergrund kommt der Pflege der Kulturlandschaft und des Landschaftsbildes gerade hier in der Südpfalz eine entscheidende Bedeutung zu. Aus den Erfahrungen jahrzehntelanger kommunaler Tätigkeit und langer Arbeit im Rheinland-Pfälzischen Städtetag - und ich betone ausdrücklich, zusammen mit den anderen kommunalen Spitzenverbänden - sollen die genannten Thesen und die Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns an Hand von zwei Sachzusammenhängen untermauert werden:

Der erste Sachzusammenhang: Sozialverantwortung und Finanzausstattung der Städte:

Die massiven Abwanderungsbewegungen der neunziger Jahre aus der Stadt in den ländlichen Raum in die Peripherie scheinen zu Ende zu sein, damals über die komplizierte Trennung von Arbeits- und Wohnort. Die Menschen erkennen zunehmend auch die Vorzüge der Stadt. Ein unmittelbarer Zusammenhang zur Alterung der Gesellschaft besteht. Insbesondere Senioren schätzen auf Grund der kurzen Wege die Städte als Alterswohnsitz. Sie geben ihre zu großen Häuser auf dem Land auf, deren Unterhalt und Pflege sie nicht mehr bewältigen können und kaufen sich eine altersgerechte, hochwertige Eigentumswohnung in der Stadt. Die gewonnene Nähe zu Infrastruktureinrichtungen, dem Markt, dem Arzt, Theater, der Apotheke ermöglichen den Verzicht auf das Auto ohne den Verlust der Mobilität. (Es ist übrigens kompliziert, wenn man die Weinstube besucht und geht hinterher ins Auto.) Das ist ein Riesenproblem und in Landau schon längst kein Einzelfall mehr, sondern ein Trend, wie die Bautätigkeit im Innenstadtbereich, gerade auf dem Sektor des seniorengerechten Wohnens zeigt. Es bleibt abzuwarten, in wie weit sich ein Zuzug älterer finanzstarker Menschen verstetigt und sich auch auf die Finanzausstattung der Städte auswirkt. Auch wenn die quantitativen Veränderungen an Bedeutung verloren haben, so sind nach wie vor die Veränderungen der Sozialstrukturen in Städten deutlich zu beobachten. Während immer noch junge, leistungsfähige Menschen ins Umland abwandern, verbleiben sozial schwächere Bevölkerungsgruppen in den Zentren und ziehen noch zum Teil zu. Die Versorgung mit ambulanten Diensten und auch die stationäre Versorgung lassen sich in der Stadt einfach leichter bewältigen. Beispiel Landau:

Anteil der jungen Menschen zwischen Null und 18 Jahren der Gesamtbevölkerung 2001 = 17,4 %, 2007 = 16,6 %.

Anteil der Senioren ab 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung: 2001 = 16,4 %, 2007 = 18,6 %.

Obwohl Landau als einige der wenigen Städte noch wächst und durch den Universitätsstandort, durch die Studenten auch noch ein relativ hoher Anteil junger Menschen in der Stadt lebt, 17,2 % zwischen 18 und 30 Jahren, ist die Alterung der Stadtgesellschaft auch in Landau schon eingetreten, wenn auch im Vergleich zu anderen Städten etwas geringer ausgeprägt. Ich nenne zwei Städte:

Anteil junger Menschen zwischen Null und 18, 2007 in Ludwigshafen: 17,2 % und in Kaiserslautern 15,7 %,

Anteil der Senioren auch wieder ab 65 Jahren 2007 in Ludwigshafen 19,0 % und in Kaiserslautern: 20,4 %.

Das Ergebnis dieser sozialen Schieflage ist eine weitere Schwächung der Finanzkraft der Städte. Weniger arbeitende Bevölkerung bedeutet weniger Einnahmen aus der Einkommenssteuer. Weniger Einwohner allgemein bedeuten weniger Einnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich, ein höherer Anteil älterer Menschen bedeutet eine Zunahme der Sozialausgaben und einen veränderten Bedarf an Infrastruktur. Die Einnahmen, zum Beispiel aus der Einkommenssteuer, verlagern sich in das Umland, während im Gegenzug ein Großteil der Ausgaben, insbesondere der sozialen Lasten der kreisfreien oder der kreisangehörigen Städte nicht oder nur teilweise ausgeglichen werden.

Nun konkrete Beispiele:

In den Zentren gehen unsere Kinder in die weiterführenden Schulen. Weniger Kinder brauchen auch in Zukunft eine gute Bildung. Weniger Kinder bedeuten aber auch weniger Betreuungsplätze. Die Tragfähigkeit einzelner Einrichtungen muss überprüft werden. Übrigens merken wir, dass schon im ländlichen Raum in den Landkreisen, die Gefahr der Schließung der Kindergärten und kleinen Grundschulen

besteht. Nicht jedes Dorf kann sämtliche Bildungsinfrastrukturen bereitstellen. Sie müssen in den gut erreichbaren Zentren vorgehalten werden. Die Unterhaltung der Schulgebäude liegt überwiegend in der Verantwortung der kreisfreien Städte, trotz staatlicher Fördergelder eine Finanzlast, die viele Städte nicht in der Lage sind, dauerhaft zu schultern. Ergebnis: marode Schulen, verbesserungswürdiges Lernumfeld, schlechte Bildungsbedingungen.

Beispiel: Allein in Landau mussten in den vergangenen fünf Jahren über 13 Mio. Euro in die Sanierung von weiterführenden Schulen gesteckt werden. Das sind mehr als alle sonstigen Investitionsausgaben der Stadt. Ein weiterer Punkt: Sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen, wie Erwerbslose, Ausländer oder Migranten bevorzugen die Anonymität der Städte. In den Städten kann diesen Gruppen eher eine Lebensperspektive gegeben werden, als auf dem Land. Möglichkeiten der sozialen Eingliederung in die Stadtgesellschaft werden vorgehalten. Diese Sozialverantwortung nehmen die Städte an. Sie darf aber nicht zu Lasten der Stadtgesellschaft gehen.

Ich komme zum Resümee, zum ersten Sachzusammenhang: Eine funktionale und territoriale Verwaltungsreform ist mittelfristig der einzige Weg, gerechten Lastenausgleich zwischen den kommunalen Partnerländern in der Region zu erreichen und damit die Handlungsfähigkeit der Zentren zu erhalten und damit die Lebensqualität der ganzen Region - ich betone, der ganzen Region - zu sichern und fortzuentwickeln. Zweitens: ein erster Schritt dahin ist kurzfristig die Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit zwischen den Städten und ihrem Umland; so bereits geschehen, zwischen der Stadt Landau und dem Kreis Südliche Weinstraße. Ich erinnere nur an den Bereich: Verein Südliche Weinstraße Tourismuswerbung, Weinwerbung, dem Klinikum, dem gemeinsamen Krankenhaus und die Bündelung öffentlicher Kräfte im Bereich der Verwaltung. Das sind erfolgreiche Schritte einer guten Zusammenarbeit. Drittens: integrierte ländliche Entwicklungskonzepte sind ein weiterer Weg, regionale Kooperation zu intensivieren. Wir führen ja im Moment gerade im Bereich ILEK die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Landau und der Verbandsgemeinde Landauer Land herbei.

Ich komme zum zweiten Sachzusammenhang nämlich der Flächenentwicklung und der Daseinsvorsorge:

Eine klare Zuordnung von Funktionen optimiert den öffentlichen Mitteleinsatz und führt zu Synergien, von denen Stadt und ländlicher Raum profitieren. Wie im LEP IV-Entwurf dargestellt, muss die Entwicklung des Raumes von den Entwicklungsschwerpunkten und den zentralen Orten, gegebenenfalls arbeitsteilig getragen werden. Die Städte haben dabei für ihr Umland jeweils eine besondere Verantwortung, z. B. im Bereich der öffentlichen Daseinsfürsorge, in Schulen, Bibliotheken, Theatern oder Krankenhäusern. Arbeitsteilung bedeutet nicht, dass Funktionen ausschließlich auf die Stadt und das Umland fokussiert werden.

Dennoch - im Sinne einer ausgewogenen räumlich funktionalen Arbeitsteilung - stehen die städtischen hohen Arbeits- und Versorgungsfunktionen im Austausch zu den Erholungs-, Naturschutz-, Ressourcenerbereitungs- und zunehmend auch Wirtschaftsfunktionen des Umlandes. Nur so können Pendlerströme verhindert werden. Das ist auch eine ökologische Betrachtung. Vor dem Hintergrund der dargelegten Prozesse muss die Wohnfunktion der Städte eindeutig gestärkt werden. Hier heißen die Zauberworte: Flächenkreislaufwirtschaft durch Konversion und Brachflächenreaktivierung, also Innenstadtentwicklung und nicht etwa weiterer Flächenverbrauch auf der grünen Wiese.

Die Sicherung der Versorgung mit Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern und Senioreneinrichtungen oder anderen kulturell-sozialen Einrichtungen erfordert Entwicklungsmöglichkeiten für die Städte. Es darf in der Region kein ruinöser Wettbewerb um das weniger werdende Gut Bevölkerung auf Kosten der Tragfähigkeit von Infrastruktur, Klimaschutz oder Kulturlandschaft stattfinden. Es gibt die Erosion bei Kindergärten und Grundschulen.

Konkrete Beispiele: Diffuse Siedlungsentwicklung bedeutet Erhöhung der Aktionsräume. Kinder und Schüler müssen lange Wege zu ihren Kindergärten und Schulen in Kauf nehmen. Alte müssen Teile ihrer Mobilität aufgeben. Die Folgekosten, z. B. Schülertransport oder die Einrichtung alternativer Mobilitätsformen, wie Ruftaxen oder Mitfahrzentralen sind einfach enorm. Mehrgenerationenwohnprojekte in den Zentren stellen eine Möglichkeit dar, die Vorteile des Umlandes in die Städte zu tragen und für Jung und Alt gleichermaßen eine interessante Wohnform anzubieten, in der neue Nachbarschaften gebildet werden

können. Also folgendes Resümee: Die öffentliche Daseinsvorsorge in den Zentren kann dauerhaft nur gesichert werden, wenn gemäß den vom Städtetag veröffentlichten „Trierer Empfehlungen“ Leistungsangebote in den Städten konzentriert werden. Die Kernaufgabe der nicht mehr überall möglichen Sicherung von gleichwertigen Lebensverhältnissen kann nur bei einer räumlich differenzierten Neuinterpretation der Aufgabenerledigung gelingen. Das bedeutet, in Städten eine zentrale Funktionen bestimmter Einzugsbereiche anzubieten. Ich erwähne noch mal, die fehlenden Finanzierungsmöglichkeiten.

Die Konzentration von öffentlichen, insbesondere überöffentlichen Aufgaben und Leistungsangeboten auf die Städte, in diesem zentralen öffentlichen Gliederungsprinzip auf Ober-, Mittel- und Grundzentren ist notwendig, um die Versorgung im Raum dauerhaft zu sichern. Die Funktion der Städte als zentrale Orte muss eindeutig und messbar festgelegt werden, nicht zuletzt mit einer Konzentration der Siedlungsflächen ausweisung.

Und drittens: die freiwillige sinnvolle Kooperation von Stadt und Land, regionales Denken und Handeln, die Förderung und Forderung der jeweiligen Funktion im gegenseitigen Austausch sollten Grundlage künftiger Stadt-Umlandbeziehung sein. Um im europäischen Wettbewerb der Regionen mithalten zu können und die Leistungsfähigkeiten – das ist das Interesse des Herrn Ministers und der Landesregierung - des ganzen Landes Rheinland-Pfalz in Zukunft zu sichern. Vielen Dank!

Es spricht Stefan Dietz:

Herr Minister Hering, meine Damen und Herren,

gerne bin ich der Aufforderung gefolgt, sie mit einem Instrument vertraut zu machen: „Die integrierte ländliche Entwicklungskonzeption“. Wir haben selbst zwei solche ILEKs begleitet. Wir tun es noch. Wir sind bei einem bereits in der anschließenden Phase, dem Regionalmanagement. Das Thema, was dahinter liegt, gemeinsam mit den Bürgern einer Region die Zukunft zu entwickeln, das beschäftigt uns schon viele Jahre zunächst auf der Ebene einzelner Dörfer, kleinerer Räume im Tourismus, dann auch größerer Regionen. Das ILEK, das uns dabei als Instrument zur Verfügung steht, ist ganz logisch und schlüssig aus den Erfahrungen der letzten Jahre erwachsen.



Ich möchte ihnen kurz zu den Zielen, zu den Themenfeldern, die im ILEK-Prozess bearbeitet werden und auch zum Prozess selber etwas sagen. Das in aller Kürze. Ich möchte dann im zweiten Teil einige Erfolgsfaktoren beleuchten, Dinge, auf die es aus unserer Erfahrung besonders ankommt. Die dafür verantwortlich sind, dass ein solcher Prozess ausgesprochen wertvoll sein kann - oder eben auch nur irgendwie ganz gut läuft. Dazwischen liegen durchaus Welten und das kann man gemeinsam beeinflussen.

Und zum Schluss möchte ich natürlich auch einige Fragen in die Diskussion geben, so zu sagen als Schlussfolgerung, ohne eine ganz fertige Antwort. Und ich denke, dass es hier in diesem Forum ganz spannend sein kann, darüber zu diskutieren.

Was heißt ILEK? Das ist eine Abkürzung, die sehr deutlich in der Langform schon beschreibt, worum es geht: nämlich um ein Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept. Das heißt, einem etwa drei bis vier Verbandsgemeinden - manchmal mehr, manchmal weniger – umfassenden Raum in einem Prozess, der manchmal drei, maximal vier Jahre dauert, soll mit möglichst vielen Akteuren der verschiedensten Sektoren ein integriertes Entwicklungskonzept entstehen. Das ist sehr herausfordernd, klingt auch schon so.

Das gute daran ist aber, dass es mit dem Konzept nicht getan ist, sondern dass sich in der Folge eine Umsetzungsbegleitung in Form eines ILE-Regionalmanagements anschließen soll und in der Praxis auch anschließt, bei der es darum geht, die entwickelten Projekte gemeinsam mit den Akteuren in die Tat umzusetzen. Die Geschichte möchte ich nicht ausführlich beleuchten. Es gibt nach dem Stand, den wir gerade vorhin noch mal eruiert haben, derzeit sieben aktive bzw. abgeschlossene ILEKs, einige befinden sich bereits im Regionalmanagement.

Das ist jedoch nicht völlig neu entstanden, sondern fußt auf der Erfahrung von agrarstrukturellen großräumigen Entwicklungsplanungen, in denen das Land Rheinland-Pfalz nach unseren Informationen auch bundesweit durchaus Vorreiter war.

Anschließend hat man die Umsetzung solcher AEP'en mit den Akteuren auch entsprechend moderierend begleitet. Wir dürfen selber solche Prozesse begleiten, die dann sicher ein bisschen mit Pate dafür gestanden haben, was heute mit ILEK Standard geworden ist. Integrierte Entwicklung, das hat man im Grunde an einer anderen Stelle auch schon mal gemacht, nämlich wenn man auf der Ebene einzelner Dörfer mit den Bürgern die Dorfentwicklung erarbeitet hat, dann hat man das ja auch über andere Themen getan und im Tourismus hat man auch schon länger über größere Räume hinweg gedacht oder denken müssen, weil Verwaltungsgrenzen die Touristen gar nicht interessieren.

Die Ziele, um die es geht, wenn sie das lesen werden sie feststellen, das sind alles Dinge, die verfolgen wir als Kommunalverantwortliche in den verschiedensten Funktionen ohnehin. Es geht um

- Wertschöpfung & Wettbewerbsfähigkeit,
- Erhöhung der Lebensqualität in der Region,
- Identität & Motivation der Bürger/Akteure,
- Regionale Zusammenarbeit & gemeinschaftliches Handeln,
- Realisierbare und erfolgreiche Projekte. (Das zählt letztlich.)
- Bündelung von Einzelprojekten und
- Zusammenführung bestehender Einzelplanungen und Konzepte.

Und natürlich - aus Sicht der Region - geht es immer darum, Unterstützung zu finden in der Erschließung von Finanzierungsquellen aus den unterschiedlichsten Herkunft, damit es am Ende auch nicht am Geld scheitert.

Zum Themenspektrum: Jetzt gibt es viele Beispiele, welche Themen in den Prozessen vorkommen können. Wir starten die Prozesse in der Regel so, dass wir sagen, eigentlich ist es komplett offen, welche Themen die Schwerpunkte sind, die erarbeiten wir mit den Auftraggebern, mit den Bürgern im Prozess. Das ist ja ein Teil des Ganzen. Das ist aber leichter gesagt als getan. Wenn sie z.B. über regionale Wirtschaft diskutieren wollen, dann müssen natürlich Vertreter der regionalen Wirtschaft von Anfang an dabei sein. Ansonsten bleibt es eine Phantomdiskussion und es wird keine brauchbaren Ergebnisse bringen. Im Themenspektrum an erster Stelle steht:

Landwirtschaft/Weinbau

Da können Themen von der Bodenordnung bis hin zu Vermarktungsfragen verarbeitet werden, z.B. Weinmarketing. Diese Themen werden immer im Zusammenhang mit anderen Bereichen betrachtet, sie dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Die Erschließung regenerativer Energiequellen hat eine ganz große Bedeutung. Gerade in Zusammenarbeit mit kommunalen Trägern gelingt es in ILEK-Prozessen sehr gut, aus dem Reservoir an Möglichkeiten, konkrete Projekte zu unterstützen, und den Landwirten in der Region zusätzliche Wertschöpfung zu bringen. Ein weiteres klassisches Themenfeld ist der

Ländliche Tourismus.

Das sind Themen, von der touristischen Infrastruktur bis zu der Angebotsentwicklung in ILEK-Prozessen, mit der Chance, Dinge übergreifend anzugehen. Es geht z.B. darum, nicht in jedem Ort einen eigenen

Prospekt zu machen, dass nicht jeder seine eigenen Privatwege ausschildert, dass nicht jeder die gleiche Sachbearbeitung alleine macht. Diese Prozesse bieten die Chance, gemeinsam zu schauen, wo können wir uns konzentrieren, wie kann man eine Standardisierung hinbekommen, um in sich in die Regionen hineinzudenken, wie sie für den Gast wahrnehmbar sind. Da gibt es immer wieder eine Menge Möglichkeiten und eine Fülle von Engagement, durch Integrierte Prozesse viele Dinge in Bewegung zu bringen. Bei der

Regionalen Wirtschaft

habe ich ein Problem schon angesprochen. Dieses Thema greift immer mehr Platz, auch in ILEK. Wer ist von Anfang an beteiligt? Kollegen von IfR (Institut für Regionalmanagement) haben für eine Region ein Wirtschaftskataster, also wirklich eine Vernetzung gemacht. Dienstleister, Handwerker, Unternehmer müssen stärker kooperieren. Wir entwickeln derzeit für eine Region in der Südwest-Pfalz, eine Wirtschaftsstrategie. Es geht darum, wie können wir gemeinsam eine Gewerbefläche vermarkten, wie können wir die Unternehmer in der Region vernetzen, z.B. durch Unternehmertage, und wie können dann wirklich fünf Verbandsgemeinden intensiv zusammenarbeiten. Das gelingt langsam, aber man muss sehr darauf achten, die Verantwortlichen aus den jeweiligen Branchen von Anfang an in den Prozessen dabei zu haben.

Regionale Produkte

In manch einer Region kann das bedeuten, eine regionale Marke zu etablieren, wie das bei Soona gerade passiert. Das ist ein ungewöhnliches ILEK-Gebiet, weil es weit über 100.000 Einwohner umfasst, weil es sehr viel größer ist als die üblichen. Dort wird ein sehr aussichtsreiches regionales Warenprojekt entstehen. In anderen Regionen geht es mehr darum, wie kann man Dinge bündeln, erschließen und für Gäste verfügbar machen. Das Thema

Kommunalentwicklung

wird vermutlich in der Diskussion eine große Rolle spielen. Da gibt es ein Dilemma. Es gibt immer viel Menschen, die sich auch sehr fundiert Gedanken machen, über das, was in den Dörfern und kleinen Zentren passiert. Ein ILEK-Prozess ist regional und viele Ideen beziehen sich auf deutlich mehr als auf einzelne Gemeinden. Die Arbeit in einzelnen Gemeinden muss ebenfalls erfolgen, das kann nur z. T. in ILEK geschehen, es müsste weitergeführt werden. Das Themenspektrum kann nicht vollständig sein. Hier können weitere Themen hinzukommen. Im Grunde ist es also ein offener Prozess, der in jeder Region unterschiedliche Schwerpunkte enthalten kann.

Jetzt möchte ich Ihnen kurz den ILEK – Prozess Schritt für Schritt vorstellen. Die Aufgabe habe ich beschrieben. Es geht darum, viele Menschen zu beteiligen. Das in einer Art und Weise, die durchaus Freude macht und die in einem vertretbaren Zeitaufwand funktioniert. Was ich ihnen zeige, ist ein Standard, der jedes Mal angepasst, auch unterschiedlich aussehen kann. ILEK als Gesamtprozess, wird koordiniert von einer Steuerungsgruppe, gebildet aus Vertretern des DLR, der ADD aber auch aus den regionalen Kommunen als Auftraggeber, aus Landwirtschaft und Landfrauen, der regionale Wirtschaft und dem regionalen Tourismus. Das Gremium hat eine reine Steuerungsfunktion und die Funktion strategisch über die Entwicklung der Region nachzudenken.

Der Auftakt und das Regionalprofil - In der ersten Phase des Prozesses geht es darum, die Personen, die in der Regionen mitarbeiten sollen, zu gewinnen und zu informieren sowie erst einmal eine kurze Bestandsaufnahme zu machen. Es geht ausschließlich darum, die wichtigsten Stärken und Schwächen zusammentragen, in einem Regionalprofil zu verdichten und der interessierten Öffentlichkeit vorzustellen. Eine solche Auftaktveranstaltung fand kürzlich in der Südwest-Pfalz mit 400 Menschen statt. Da geht es nicht nur um das Zuhören, sondern um das Hineinbringen von eigenen Ideen und Projektvorschlägen.

Die Ideenentwicklung und das Projektportfolio - Mit dem Ziel, relativ konkreter Ideen und Ansatzpunkte wird ein Projektportfolio erarbeitet. Aktuell betreuen wir in der Südwestpfalz etwa 130 Projekte, die in einer frühen Phase zusammengetragen wurden. Nicht alle werden absolute Leuchtturmprojekte. Sehr viele Dinge sind jedoch absolut lohnenswert, weiter verfolgt zu werden. Wir arbeiten mit Themenforen, bei aller Integration muss man sich ja trotzdem auf Themen konzentrieren. Wenn wir sagen, wir haben

Tourismus als Thema, dann muss man extra Diskussionsforen dazu durchführen. Da werden dann allerlei Themen in kleinen Arbeitsgruppen vertieft, das sind durchaus 10 bis 12 Arbeitsgruppen, die parallel arbeiten und ihre Projektansätze weiterverfolgen. Das ist im guten Sinne eine Art Wettbewerb der Ideen. Es kommen nur die Projekte weiter, die umsetzbar sind, wo Energie, Leute und Träger dahinter stehen, die das auch in die Praxis bringen können. Die Steuerungsgruppe entscheidet in der Mitte des Prozesses über die **Leitthemen und die Leitprojekte**. Es geht nicht darum, die Kirchtürme abzuschaffen, sondern im Denken die Kirchtürme durch Leuchttürme zu ersetzen. Man konzentriert sich auf Leuchtturmprojekte, die dann in der 2. Phase des ILEK weiter verfolgt und konkret umsetzungsreif vorbereitet werden. Das ist die Theorie und das klappt auch häufig. Das Projekt darf aber nicht zu eng gesehen werden, Teilprojekte kann man mitlaufen lassen.

Anschließend soll sich die **Umsetzungsphase**. Nach bisheriger Praxis passiert das, wenn halbwegs gute Projekte bei ILEK vorhanden sind, um sie in die Praxis hineinzutragen. Das Thema der Beteiligungsformen will ich ganz kurz machen. Es geht uns darum, es dürfen keine endlosen Sitzungen sein. Die Teilnehmer haben immer Zeit als knappes Gut. Denen sind wir es schuldig, dass wir klare Prozesse definieren und mit ihnen so arbeiten, dass sich die Zeit, die sie einbringen, auch lohnt. Mit einer Sitzung Themenforum haben wir schon eine ganze Menge an Projektarbeit erreicht, manchmal schicken wir noch eine zweite nach. Dann kann man in kleinen Runden mit etwa 15 Menschen, die sich bereit erklärt haben, vertiefen. Auch in großen Foren gibt es viele Formen, um die Leute einzubinden, z.B. bei Zukunftskonferenzen. Da vertrauen sie auf unsere Erfahrungen als begleitende Büros. Es gibt viele Formen, die der eine oder andere auch schon kennt, in einigen Jahren sind diese Formen sicher ganz normal. Lassen Sie mich ganz kurz die Frage aufwerfen:

Wann funktioniert es und wann funktioniert es nicht? **Die Spitze muss vorangehen.**

Sie sehen auf dem Bild, das passt mit der körperlichen Konstitution ganz gut: der Moderator ist eher ein bisschen schlank und wendig, die fünf Verbandsbürgermeister des ILEK-Prozesses in der Südwest-Pfalz sehen nicht nur so aus, sondern bringen auch eine gewisse Zugkraft in den Prozess. Die politischen Auftraggeber müssen hinter dem Prozess stehen. Wenn es eine Alibi-Veranstaltung ist, um Fördergelder zu bekommen, dann ist die Wirkung nur etwa halb so groß. Man weiß sehr schnell, wird das ernst genommen von der politischen Führung oder nicht. Das gilt auch für Schlüsselfiguren in den einzelnen Branchen. Welche Unternehmer, welche Kommunalpolitiker, welche Touristiker sind dabei? Wenn die Richtigen mit gutem Beispiel vorangehen, dann können Sie eine ganze Menge bewegen.

Klarheit in Prozess, Rollen, Aufgaben und Zielen – darauf kommt es an. Wenn in einem Ruderboot Streit darüber ausbricht, wer rudert, wer in welchem Rhythmus rudert, wer den Ton angibt, wer für den Takt zuständig ist, dann können Sie sich vorstellen, welche Leistung dabei herauskommt.

Es muss das Ziel klar sein. ILEK ist ein schöner Gesamtrahmen, aber herauszuarbeiten, genau zu definieren, was wir in unserer Region mit diesem ILEK-Prozess erreichen wollen, ist von Anfang an ganz wichtig. Am Ende wäre die Enttäuschung groß, dass einige sagen, es hätte viel mehr rauskommen müssen, aber selber gar nicht sagen können, was denn hätte rauskommen müssen. Die Geschäftsführung des Prozesses ist wichtig. Wenn die Verwaltung nicht in der Lage ist, die vielen Leute, die sich für den Prozess interessieren, per Adressdatei auch zu verwalten und nicht dafür sorgt, dass diese Leute genug Informationen bekommen, muss man sich über den Frust draußen nachher auch nicht wundern.

Die Aufträge müssen im Detail immer wieder geklärt werden. Das geht später im Regionalmanagement weiter, auch ein Regionalmanagement kann noch so gut sein, es kann nie alles übernehmen, was getan werden müsste. Deshalb muss klar sein, was die Rolle ist und was geleistet werden kann und was nicht.

ILEK-Begleitung und Regionalmanagement können nie das Ruder übernehmen, wir können nur dafür sorgen, dass die, die rudern wollen, effizienter arbeiten und wir das Ziel gemeinsam erreichen. Ein weiterer Erfolgsfaktor ist natürlich die Kommunikation. Das bedeutet einerseits, dass die Leute immer wieder hören, was eigentlich passiert, was in den Projekten aktuell läuft.

Immer stärkere Erfolge wird die Kommunikation über entsprechende Dialogmedien (Presse, Website) haben. In des Südwestpfalz hat man sehr schnell eine Website aufgebaut, auf der sehr viele Aktivitäten sichtbar sind. Dort bringen sich eine hohe Zahl an Akteuren immer wieder aktiv ein, z.B. per e-mail.

Das ist ein wichtiges Instrumentarium, das man ausbauen sollten, das manche Sitzung ersetzen kann und das es erlaubt, viele Arbeitsgruppen zu betreuen, ohne dass wir z. B. selbst bei jeder Sitzung dabei sein müssen. Die besten Gruppen sind die, denen man Ziel, Richtung und Struktur gibt, die man im Hintergrund betreut, die aber ganz alleine arbeiten. Die arbeiten nämlich auch dann noch weiter, wenn es keine Expertenbetreuung mehr gibt, das ist eine Frage dessen, wie man es in der Moderation handhabt, z.B. im Tourismus in einer Region sind parallel acht, neun Gruppen unterwegs. Die werden sicher nicht alle ins Ziel kommen, aber es werden mehr als ein oder zwei sein. Da bin ich mir sicher.

Und zum Schluss die Aussage: Das Instrumentarium und der Prozess und die Weiterentwicklung bewähren sich gut für die Region. Es funktioniert, es bringt sehr gute Ergebnisse für die Region. Was natürlich nicht heißt, dass sie in nicht Teilen weiterentwickelt werden müssen. Drei Aspekte möchte ich nennen:

Finanzierung, das ist die Nagelprobe: wie wird es am Ende um die tatsächliche Finanzierungsmöglichkeiten stehen. Herr Minister Hering, Sie stehen hier mit klaren Aussagen, die nach meiner Erfahrung auch sehr gut eingehalten werden, bei Projekten, die mit dem Wirtschaftsministerium zu tun haben. Das es eine Priorität gibt, eine höhere Förderung aber keine eigentliche Förderung für ILEK-Projekte, ist bekannt. Wenn sich die Projekte so umsetzen lassen, wird es dem Instrument dienen. Wenn es hier Schwierigkeiten gibt, erschwert es natürlich den Prozess der Motivation der Bürgerinnen und Bürger draußen. Weiterentwicklungs- und Verbesserungsbedarf gibt es dann, wenn man mit den Projekten in ganz andere Ressorts hineingreift. Das fängt bei der Dorfentwicklung an und geht in anderen Bereichen weiter. Man ist nicht automatisch in dem Haus, in dem auch das ILEK angesiedelt ist.

Beteiligung an sich ist natürlich schon wertvoll, aber wichtig für das Gelingen dieser Prozesse ist es dafür zu sorgen, dass wir wissen, in welcher Breite denn beteiligt werden soll. Unterschiedliche Gebietsgrößen erfordern unterschiedliche Intensitäten. Die Konzentration auf 5 Leitprojekte kann problematisch sein, wenn man damit vielen anderen die Unterstützung versagen würde. Man muss die Projektbereiche definieren und dann mehr Projekte mitnehmen. Man muss darauf achten, das man die Beteiligung, mit der man am Anfang im Prozess startet, auch weiter hinten im Prozess betreuen kann. Was nützt es, wenn wir mit mehreren Hundert Leuten anfangen, wenn dann nur wenige in den Projekten übrig bleiben. Das ist noch problematisch, das lässt sich sicher weiterentwickeln.

Und bei aller **Integration** möchte ich schon die Frage stellen, wie viel Integration macht Sinn? Bei einem ILEK-Prozess ist, was bottom-up mit den Akteuren gelingen kann, längst nicht erledigt. Das muss in einzelnen Orten und Themen fortgesetzt werden und es sprengt den Rahmen, wenn man ganz unterschiedliche Menschen dazu gewinnen muss. Dennoch ist der eingeschlagene Weg richtig, sollte fein austariert werden, weiterentwickelt werden. Je breiter der Platz greifen kann, desto besser.

Weil ich noch nie erlebt habe, dass es eine Region, bei der nicht gutes, fundiertes Engagement sehr guter Akteure auch zu finden ist. Das ist der wichtigste Rohstoff ländlicher Räume. In diesem, Sinne, herzlichen Dank, Entschuldigung, das ich ein wenig überzogen habe, ich freue mich auf die Diskussion.

Es spricht Dr. Abresch:

Herr Dietz, herzlichen Dank, man merkt, dass Sie das in der Praxis schon ein paar Mal gemacht haben. Insofern sehen wir Ihnen nach, dass Sie ein paar Minuten überzogen haben.

Meine Damen und Herren, jetzt haben wir zweimal von vorne frontal Erfahrungsberichte gehört. Wir wollen den Modus Operandi jetzt ein wenig ändern um stärker ins Gespräch zu kommen. Sie sehen im Programm, dass wir eine Reihe von Themen identifiziert haben. Starten möchte ich mit dem Thema Gemeindeentwicklung und Dorferneuerung.

Ich bin froh, dass wir zu diesem Thema den Herrn Prof. Dennhardt von der Technischen Universität Kaiserslautern gewinnen konnten. Herr Dennhardt hat in Kaiserslautern den Lehrstuhl für ländliche Ortsplanung inne. Außerdem ist er seit vielen Jahren einer der intimen Kenner der Szenerie. Herzlich Willkommen, Herr Dennhardt, bitte kommen Sie nach vorne. Herr Dennhardt, seit 20 Jahren beschäftigen Sie sich jetzt bestimmt mit dem Thema.



Es spricht Prof. Dennhardt:

Darf ich bitte etwas korrigieren? Ich war 27 Jahre lang Ordentlicher Professor der Uni Kaiserslautern. Ich habe mit dem Wintersemester an der Uni aufgehört. Ich möchte meine Praxiserfahrungen, die ich immer begleitend zu meiner Lehrtätigkeit gesammelt habe, jetzt verstärkt in der Praxis umsetzen. Hier in Bad Bergzabern bin ich zwischenzeitlich fast zu Hause.

Es spricht Dr. Abresch:

Herr Dennhardt, zur Gemeindeentwicklung und zur Dorferneuerung, geben Sie uns doch einmal paar Hinweise. Was sind

aus Ihrer Sicht im Moment die wichtigsten Themen, die verhandelt und diskutiert werden. Wo drückt der Schuh im Moment?

Es spricht Prof. Dennhardt:

Die Menschen in unseren Dörfern müssen erkennen, dass die Entwicklungen nicht mehr so weitergehen wie bisher. Es muss mehr informiert werden, so dass auch ein Thema, wie das LEP IV bei den Menschen ankommt. Man muss erkennen, dass die Bevölkerungsentwicklung rückläufig ist, und dass damit Konsequenzen verbunden sind, die nicht immer populär sind. Das muss unbedingt rüber gebracht werden, so dass jeder versteht, welche Konsequenzen sich damit verbinden. Das sind für den ländlichen Raum eine ganze Menge von Einschnitten und negativen Wirkungen, wie sie vorhin auch schon zur Sprache kamen. Ein großes Problem ist beispielsweise, dass sich einige Infrastruktureinrichtungen nicht mehr ohne weiteres tragen lassen.

Es spricht Dr. Abresch:

Der erste Punkt ist also der demografische Wandel, verbunden mit der Frage, wie Infrastruktur künftig bereitzustellen ist. Was gibt es noch?

Es spricht Prof. Dennhardt:

Sie müssen weiterhin die Tatsache betrachten, dass die Stagnation der demografischen Entwicklung auch dazu führen wird, dass die Außenentwicklung nicht mehr so ungebremst wie bisher von statten gehen kann. Das heißt, dass man sich zukünftig auch um die Konversionsgebiete in der Ortslage kümmern muss. Wir haben aus der Vergangenheit eine große Zahl von Nutzgärten, Scheunen usw., die stehen leer. Es gibt ganz wenige Gemeinden, die sich bisher einen Überblick über ihre Leerstandssituation verschafft haben. Hierzu bräuchte man dringend ein Kataster, verbunden auch mit dem Eingeständnis, dass es hier Entwicklungsspielraum gibt. Diese müssen erkannt werden, für künftige Entwicklungen.

Es spricht Dr. Abresch:

Zu den Stichpunkten Leerstand und Innenentwicklung - lassen Sie uns noch einen Moment drauf gucken. Wie kommt das eigentlich zustande?

Es spricht Prof. Dennhardt:

Das liegt daran, weil über viele Jahre und Jahrzehnte die Außenentwicklung besonders populär war. Sie wurden gefördert und vielfach auch von den Bürgermeistern forciert. Das möchte ich hier unbedingt in den Raum stellen. Das ist in den Gemeinden auch heute noch nicht aus den Köpfen. Es ist für uns eine missionarische Aufgabe, zu informieren, dass die ungebremste Außenentwicklung enorme Probleme verursacht hat. Damit meine ich vor allem das Veröden unserer Ortskerne und das Ausbluten der Baustrukturen, die wir haben. Ich habe hier ein Papier mitgebracht, auf dem steht ein Beitrag unseres Ministerpräsidenten Kurt Beck von einer interkommunalen Konferenz aus dem letzten Jahr. Hier steht: „Wer vermittelt, was schön ist? Wer bürgt für die äußere Gestaltungsqualität in der Zukunft? Wer bürgt für die Ortskerne, und deren Überleben?“ Er sieht darin eine ganz wesentliche Voraussetzung für die Akzeptanz der Bürger. Dabei geht es um die Identifikation mit dem Ort, in dem man seine Arbeit, sein Geld und sein Leben investiert.

Es spricht Dr. Abresch:

Als Ökonom würde man ja zunächst einmal sagen, dass es sich hier um private Haushalte handelt, die Investitionsentscheidungen treffen. Nach dem Motto: Baue ich außen oder nehme ich eine Fläche im Innenbereich? Das ist ja nicht nur von öffentlicher Hand gesteuert. Was bewegt die Leute, warum ist es so schwierig, solche Flächen in den Ortskernen an die Frau oder an den Mann zu bringen?

Es spricht Prof. Dennhardt:

Zusammen mit der Frau Bürgermeisterin Volz, haben wir zusammen ein Modelprojekt in Westheim in Angriff genommen. In Verbindung mit der Kulturverwaltung haben wir eine private Umlegung mit 16 Beteiligten durchgeführt. Wir haben es geschafft, aber es war eine unglaubliche Überzeugungsarbeit damit verbunden.

Es müssen Konzepte, unterschiedliche Alternativen aufgezeigt werden. Dabei muss rüberkommen, dass sich ein Gewinn erzielen lässt, wenn man mitmacht. So ähnlich wie beim ILEK geht es auch hier die Dinge mit den Menschen gemeinsam umzusetzen. Wir haben es dabei geschafft, z. B. Brachflächen, Scheunen, Nebengebäude, aufgelassene frühere Nutzgärten zu einem Wohngebiet umzustrukturieren. Es war jedoch reiner Zufall, dass wir bei diesem Projekt eine gesicherte Erschließung vorfanden. Wenn jedoch Kommunen nicht über ausgeglichene Haushalte verfügen, wie soll man dann zu einer Erschließungsfinanzierung kommen?

Wir müssen an die Förderinstrumente neu herangehen. wir müssen hier Wege finden, die gar nicht unbedingt viel kosten müssen, um hier zum Ziel zu kommen. Wir haben beste Praxiserfahrung darüber, wie man diesen Weg gehen kann. Für viele Gemeinden ist es jedoch erforderlich, dass sie planerische Hilfestellung bekommen müssen. Weiterhin muss auch die Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinden auf die betroffenen Menschen ausgerichtet werden. Wer einmal in einem Altortsbereich ein Gebäude umgebaut hat, der weiß welche Schwierigkeiten damit verbunden sind. Derjenige weiß, was einem hier an unberechenbaren Dingen begegnen kann, sei es im technischen Bereich oder sei es im Bereich des Parzellenzuschnittes.

Dabei ist es erschwerend, dass man sich bei der Förderungspolitik, die in der Vergangenheit auch die Abschreibungsmöglichkeit zuließ, in der Innenentwicklung gedrückt hat. Das kann es nicht sein.

Es spricht Dr. Abresch:

Sie haben jetzt eine kleine Analyse gemacht, Sie haben ein wenig abgetastet, wo die Probleme herkommen. Jetzt lassen Sie uns mal den Blick nach vorne richten. Was konkret sollte wer tun?

Es spricht Prof. Dennhardt:

Zunächst einmal ist ja die Kommune, also die Ortsgemeinde, von der kommunalen Gesetzgebung her für sich selbst verantwortlich. Dazu gehört jedoch die Einsicht, auf welche Probleme es ankommt.

Das heißt also das Schwerpunkte gesetzt werden müssen. Lassen Sie mich einige Dinge nennen:

- Koordination verschiedener Programme. Muss in Zukunft Ressort übergreifend möglich sein.
- Es muss preiswerte Darlehen z. B. für den Ankauf von Erschließungsmöglichkeiten innerorts geben.
- Die Bodenordnung bedarf bewährter Instrumente und Methoden.
- Für ältere Menschen müssen Hilfestellungen geleistet werden, hier sind Organisationsstrukturen für die Versorgung älterer Menschen erforderlich.

Es spricht Dr. Abresch:

Was heißt Organisationsstrukturen?

Es spricht Prof. Dennhardt:

Damit ist gemeint, dass ältere Menschen eine Tagesversorgung bekommen können. wir können das Essen natürlich in die Häuser bringen, aber es gibt auch Varianten, wie z. B. in Schwetzingen, da können die älteren Menschen in ein Haus zum Essen kommen. Hier ist die Versorgung organisiert worden, so dass jüngere Menschen für ältere Menschen etwas tun. Dies sind neue Strukturen, die auch im Ehrenamt ihren Niederschlag finden. Meinem Erachten nach müssen auch die eingemeindeten Dörfer mit Fördermitteln ausgestattet werden. Hier in Landau kann man erkennen, dass nicht eingemeindete Dörfer bessere Bedingungen aufweisen, als eingemeindete Dörfer. Das sind alles Dinge, die natürlich hier eine Rolle spielen.

Es spricht Dr. Abresch:

Wir sagten ja eingangs, im Strategiepapier des Landes sollen Eckpunkte festgeschrieben werden. Wenn Sie das zusammenfassen, zum Thema Innenentwicklung, welche drei Wünsche hätten Sie dann?

Es spricht Prof. Dennhardt:

Den Gemeinden muss geholfen werden, denn die Städte, vor allem die großen Städte, haben alle professionelle Planungsabteilungen - die kleinen Gemeinden haben keine. Um bei der Planung eine gewisse Qualität zu erreichen, brauchen diese Gemeinden Unterstützung. Zweitens muss man neue Organisationsstrukturen für die Orte finden, um die Innenentwicklung zu mobilisieren. Es geht darum, die Flächen im Innenbereich tatsächlich auch umzusetzen, und zwar so, dass man dabei die Möglichkeiten im Außenbereich begrenzt. Denn wenn Sie im Außenbereich die Flächen freigeben, dann ist es doch ganz klar, dass der Weg des geringsten Widerstandes gegangen wird. Für die Politik bedeutet das, dass zunächst ein Spiegelbild geschaffen werden muss, bevor man damit beginnt, neue Flächen auszuweisen. Tut man dies nicht, verstößt man damit ganz eindeutig gegen das Baugesetzbuch, z. B. gegen § 1a, in dem es um Flächen sparendes Bauen geht.

Es spricht Dr. Abresch:

Meine Damen und Herren, Herr Prof. Dennhardt zum Thema Gemeindeentwicklung und Dorferneuerung, ich danke Ihnen.

(Anmerkung: Herr Prof. Dennhardt weist auf einen Vortrag „Die Zukunft der ländlichen Ortserneuerung“ hin, den er kürzlich in Bayern gehalten hat. Das Manuskript dazu liegt hier aus).

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns weiter gucken. Das nächste Thema, das wir aufgegriffen haben, ist der Weinbau. Das ist für diese Region nahe liegend, ich freue mich dass Herr Thomas Weiter, der Vizepräsident des Weinbauverbandes Pfalz, zu uns gekommen ist. Herzlich Willkommen, Herr Weiter. Herr Weiter, haben Sie uns auch ein Papier mitgebracht, das Sie verteilen wollen?

Es spricht Herr Weiter:

Das nicht, aber ich habe festgestellt, dass ich der einzige hier in der Runde bin, der sich nicht mit Planungen oder Konzepten für den ländlichen Raum beschäftigt, sondern der den ländlichen Raum bewirtschaftet. Ich bin sozusagen der Nutzer, der sich mit der Planung, wie uns von der Verwaltung aufgelegt wird, herumplagen muss. Man muss bedenken, die Leute planen über unseren Arbeitsplatz und über unser Eigentum.

Es spricht Dr. Abresch:

Bevor wir uns den Problemen zuwenden, lassen Sie uns doch erstmal gucken, was in der Region hervorragend läuft. Womit sind Sie zufrieden, wozu würden Sie sagen, dass muss so weitergehen?

Es spricht Herr Weiter:

Bei uns in der Region bin ich sehr mit der Bodenordnung zufrieden, hierbei läuft es sehr gut. Natürlich ist auch dieser Bereich verbesserungswürdig, etwa in finanzieller Hinsicht. Die finanziellen Mittel werden immer knapper. Mittel, die an dieser Stelle eingesetzt werden, werden an anderer Stelle entnommen. Das ist leider so. Es werden Mittel bei der allgemeinen Weinwirtschaft entnommen, um sie für die Bodenordnung einzusetzen. Sehr gut in unserer Region läuft auch die Kombination aus Weinbau, Tourismus und Gastronomie. Beispielsweise funktioniert der Schulterschluss im Bereich der Südlichen Weinstraße hervorragend. Aber auch hier bedeutet Stillstand gleich Rückschritt, auch hier gäbe es Dinge zu verbessern. Mit dem Weinmarkt an sich sind wir sehr zufrieden, die Vermarktungsstrukturen an der südlichen Weinstraße sind relativ in Ordnung. Mit unserer Genossenschaft und mit der Selbstverwaltung allgemein kann man sehr zufrieden sein.

**Es spricht Dr. Abresch:**

Lassen Sie uns nach vorne gucken. In welchen Bereichen würden Sie sagen, dass noch Handlungsbedarf besteht, wo sind die aktuellen Probleme auch im Bezug auf die ländlichen Räume?

Es spricht Herr Weiter:

Wenn man Strategien für die ländlichen Räume betrachtet, muss man in erster Linie das Ziel haben, die Kulturlandschaft dauerhaft zu erhalten. Wenn man das Gebiet überplant, muss das in enger Abstimmung mit dem Berufsstand geschehen. Bei der Landentwicklung ist der Berufsstand grundsätzlich zu beteiligen.

Es spricht Dr. Abresch:

Haben Sie den Eindruck, dass das nicht passiert?

Es spricht Herr Weiter:

Ich habe den Eindruck, dass das Gewicht unserer Stimme zu gering ist. Meiner Meinung nach haben andere Verbände mehr Gewicht als der Weinbauverband, damit meine ich nicht die berufs-eigenen Verbände. In diesem Bereich sprechen sehr viele Leute mit, die von der Materie recht wenig Ahnung haben.

Es spricht Dr. Abresch:

Ist das denn nicht ein Stückweit notwendig? Wir haben bei Herrn Dietz gehört, dass das Themenspektrum breiter geworden ist. Wir reden über Gemeindeentwicklung, wir reden über Regionalwirtschaft, wir reden über Hochtechnologien für den ländlichen Raum. Muss dann der Akteurskreis nicht munter werden? Müssen dann nicht mehr Leute beteiligt werden, die möglicherweise vom Weinbau, von der Bewirtschaftung der Flächen weniger Ahnung haben?

Es spricht Herr Weiter:

Das mag für die innerörtliche Entwicklung zutreffen, aber bei der außerörtlichen Entwicklung bin ich da anderer Meinung. Man darf nicht vergessen, dass wir Landwirte und Winzer es waren, die die Kulturlandschaft, so wie sie jetzt besteht über 2.000 Jahre hinweg, erschaffen haben. Man darf auch nicht vergessen, dass es hier um die Besonderheit spezieller Regionen geht.

Es spricht Dr. Abresch:

Was gibt es noch an Punkten, bei denen Sie sagen würden: Hier drückt der Schuh!

Es spricht Herr Weiter:

Ich möchte noch ein Missverständnis ausräumen: Erhalt der Kulturlandschaft bedeutet nicht Konservierung der Kulturlandschaft. Es gibt da einige Leute, die meinen, man müsse die Kulturlandschaft konservieren. Das kann es nicht sein. Auch in der Landwirtschaft und im Weinbau ändern sich die Strukturen, insbesondere die Wegestrukturen. Auch die technische Entwicklung schreitet voran, auch wir haben die Zwänge zur Rationalisierung der Betriebsmittel - das alles muss berücksichtigt werden. Weiterhin möchte ich betonen, dass der Bodenordnung für die Verbesserung der Agrarstruktur in der Landwirtschaft und im Weinbau eine sehr hohe Bedeutung zukommt. Wichtig ist es, dass der landwirtschaftliche Berufsstand ordnungsgemäß eingebunden wird. Wichtig ist weiterhin das die Bodenordnung nur dort stattfindet, wo sie auch gewünscht wird und nicht dort, wo sich gerade ein ILEK-Gebiet befindet.

Weiterhin möchte ich feststellen, dass aktiver Naturschutz nur durch Nutzung möglich ist. Die Nutzer sind wir: Die Landwirte und die Winzer.

Es spricht Dr. Abresch:

Lassen wir das einmal so stehen, nachher in der Diskussion gibt es sicherlich noch die eine oder andere Wortmeldung dazu. Herr Weiter, wenn wir über Wertschöpfung im ländlichen Raum sprechen, was bedeutet das für die Weinwirtschaft? Welchen Nutzen können die Winzer ziehen?

Es spricht Herr Weiter:

Man muss zunächst betrachten, dass über 40% der Wertschöpfung im Kreis Südliche Weinstraße aus dem Weinbau und aus der damit verbundenen Gastronomie kommen. Hier profitieren also alle Bereiche: Der Weinbau, der Tourismus und die Gastronomie.

Es spricht Dr. Abresch:

Herr Weiter, auch an Sie zum Schluss die Aufforderung der guten Fee, drei Wünsche zu äußern. Welche sind das?

Es spricht Herr Weiter:

Ich hätte als erstes den Wunsch, dass die Fördermaßnahmen, also die Investitionsförderung, die Junglandwirteförderung, und die Einzelbetriebliche Förderung verbessert werden. Weiterhin fordere ich, dass uns das DLR in Neustadt erhalten bleibt. Das ist sehr wichtig für unsere Region, nicht nur aus Sicht des

Weinbaus, sondern auch für die Landwirtschaft. Einen Wunsch, aus der Sicht der Landwirtschaft, habe ich zum Thema Nachwachsende Rohstoffe. Viele Leute meinen ja, Nachwachsende Rohstoffe wären eine billige Alternative zu anderen Rohstoffen. Das kann so nicht sein, auch die Landwirtschaft braucht ihr Auskommen, auch aus Nachwachsenden Rohstoffen. Wir haben ja hier in Bad Bergzabern das Beispiel mit dem Rapsöl, dass funktioniert ja mittlerweile sehr gut. Das waren meine Wünsche.

Es spricht Dr. Abresch:

Meine Damen und Herren, dass war Thomas Weiter, Vizepräsident des Weinbauverbandes Pfalz, ich danke Ihnen.

Wir befinden uns ja in einer besonders privilegierten Region, ein Privileg ist, dass diese Region viele Potentiale in Sachen Freizeit und Tourismus in sich birgt. Deswegen wollen wir jetzt noch einmal auf dieses Handlungsfeld Tourismus draufgucken. Zu uns gekommen ist dazu Herr Arnold Neu. Herr Neu ist Geschäftsführer des Hotels Leinsweiler Hof. Er wird mit uns einige Erfahrungen zum Thema Tourismus austauschen. Herr Neu, gleiches Muster, was läuft gut?

Es spricht Herr Neu:

Was läuft gut - Herr Weiter hat es teilweise schon angesprochen. Gut läuft, was bei uns im Kreis Südliche Weinstraße die Vereine, und die Verbandsgemeinden im Bereich Tourismus tun. Sie tragen dazu bei, die Qualität in der Gastronomie und im Weinbau nach außen zu tragen - das ist zum Markenzeichen geworden. Die gemeinsame Philosophie hat bereits Früchte getragen. Der zentrale Zusammenschluss im Bereich Tourismus und Weinbau in der Südlichen Weinstraße ist gut gelungen.

Es spricht Dr. Abresch:

Herr Neu, Sie sagen, es hat Früchte getragen. Was sind das für Früchte?

Es spricht Herr Neu:

Zum einen hat der Name „Südliche Weinstraße“ für ein positives Image beigetragen. Zum anderen war der Zusammenschluss der Kommunen in diesem Kreis sehr erfolgreich, da eine gemeinsame Philosophie nach außen getragen wurde. Man hat den im Tourismus beschäftigten Betrieben sowie den Bürgerinnen und Bürgern gezeigt: Wir haben eine gemeinsame Philosophie, ein gemeinsames Konzept. Nach solch einem einheitlichen Produkt sehnen sich die Leute. Man hat es geschafft, hier eine ganze Region unter einem einzigen Namen zusammenzufassen. Das ist positiv. Hier an der Südlichen Weinstraße wurde ein gemeinsamer USP geschaffen. (Unique Selling Proposition = Alleinstellungsmerkmal). Dabei sind Urlaub mit Wein und alle kulinarischen Dinge, die mit Gastronomie, Wein und Erholung zu tun haben, genauso enthalten wie auch Wellness, Fitness und Gesundheit. Ich sage allerdings nicht Wellness sondern Well-We. Wir wollen hier nämlich Leute gesund erhalten. Was Bad Bergzabern dazu beiträgt, ist es, gesundheitlich angeschlagene Menschen wieder gesund zu machen. Andere Regionen tragen wieder anderes dazu bei, ob es Wandern ist, ob es Erlebnistourismus ist. Es gibt also viele Facetten in unserer Region. Auf diese Vielschichtigkeit möchte ich noch zu sprechen kommen, auf diese hunderte und aber tausende von Angeboten.

Leider sind diese Angebote alle sehr verstreut. Es wurde schon erwähnt, dass alle Gemeinden ihre eigenen Prospekte haben. Es erscheinen viele hunderte Printmedien, jede hat ihr eigenes Angebot. Es ist leider nicht alles in einem Netzwerk zusammengestellt, so dass jeder, der etwas sucht, vor großen Problemen steht. Es geht z. B. darum: Was kann ich wann machen?



Im September und Oktober brauche ich etwa kein Prospekt - in dieser Zeit rennen mir die Leute die Türe ein. Aber dann kommen wir in die ruhigen Monate - da schläft die Südliche Weinstraße! Das darf nicht sein. Hier geht uns etwas verloren, hier müssen wir etwas finden. Das ist ein Anspruch an alle, die mit Tourismus befasst sind. Dieser Winterschlaf muss beendet werden, es muss etwas auf die Beine gestellt werden, dass auch Gäste in den Wintermonaten in unsere Region bringt.

Es spricht Dr. Abresch:

Herr Neu, bleiben wir doch noch einen Moment bei den Plus-Punkten. Was gibt es sonst noch?

Es spricht Herr Neu:

Alle diese Plus-Punkte sind Punkte, die ich mit leichter Kritik versehen möchte. Nicht das der Minister meinen könnte, es ginge uns zu gut hier. Es gibt überall Punkte, an denen man den Heben ansetzen könnte. Ich sage mal mein Credo: Mein Credo war immer, täglich auf anständige Weise an anderer Leute Geld zu kommen. Ich habe mir einen Kernsatz aus allen gebildet, was die Südliche Weinstraße anbietet. Wir müssen näher zusammenrücken, und uns bewusst werden, dass wir unsere positive Einstellung zum Tourismus auch leben müssen. Wir müssen diese Einstellung gemeinsam leben und den Gästen gegenüber überzeugend darstellen. Wir müssen die Begeisterung vermarkten, und nicht die Sache.

Es spricht Dr. Abresch:

Gehen wir doch noch einmal auf diesen Aspekt: Wir haben in den vorherigen Regionalkonferenz diskutiert, wie es um die Qualität im Tourismus bestellt ist. Was haben Sie für einen Eindruck von Ihrer Region?

Wie fit sind die Betriebe, wie ist die Einstellung zur Qualität?

Es spricht Herr Neu:

Fangen wir doch mal an der unteren Stufe an, was die Qualität der Gästezimmer in den Betrieben betrifft. Hier wurde sehr viel getan, hier wurde sehr viel an der Qualität gearbeitet. In diesem Bereich muss ich sagen, dass wir auf einem sehr guten Level sind und dass die Betriebe sehr gut eingestellt sind. Auch im Privatzimmerbereich ist sehr viel getan worden, ich muss sagen, die Initiative der privaten Zimmervermieter ist enorm. In manchen Regionen haben wir ein sehr gut sortiertes Angebot. Was die Hotellerie betrifft, haben wir leider zu wenig Leitbetriebe. Ich muss sagen, in anderen Regionen, die ich mittlerweile bereist habe, sind die Leitbetriebe die Lokomotiven, die mit ihren Initialzündungen alles andere mitziehen. Kommen Sie nach Bad Bergzabern oder nach Landau oder in den Kreis Südliche Weinstraße und wollen Sie einen Kongress mit 120 Teilnehmern abhalten, dann müssen Sie in die Festhalle. Sie müssen in die Festhalle, weil sonst nichts da ist. Fragen Sie nach einem Wellness-Hotel, merken Sie, dass es viel zu wenige gibt, und dass die Betriebe, die da sind, viel zu klein sind. Nebenbei gesagt, ich bin im Moment in der Planung. Dieser Gedanke, dass ein Wellness-Hotel hier in unserer Region fehlt, hat mich sehr überzeugt. Es gibt hier eine Vielzahl von gastronomischen Betrieben im Restaurantbereich, z. B. Weinstuben, dass Angebot ist gigantisch. Der Gast weiß gar nicht wo er hin soll, wenn man ihn nicht führt. Es fehlt eine Bündelung des ganzen. Der Besuch der Südlichen Weinstraße muss für den Gast zu einem Gesamterlebnis werden, und dass nicht nur am Wochenende.

Das ist unser Bestreben - die Aufenthaltsdauer des Gastes um 1 bis 2 Tage zu verlängern. Dann hat sich alles gelohnt was wir investieren.

Es spricht Dr. Abresch:

Wie ist Ihr Gefühl, wie hat sich das in den letzten Jahren entwickelt? Sind Sie auf dem richtigen Pfad?

Es spricht Herr Neu:

Seit 2005 sind die Zahlen wieder aufsteigend. Wir hatten ja gesamtwirtschaftliche Stagnationen in den Jahren 2003 bis 2005. Das hat die gesamte Tourismusbranche gespürt, so auch wir. Die Übernachtungszahlen haben stagniert, waren manchmal sogar leicht rückläufig. Jetzt merkt man es wieder, dass die Nachfrage ansteigt, auch im geschäftlichen Bereich des Tourismus. Die Firmen haben wieder das Geld, Seminare und Tagungen auszurichten. Hieraus resultiert der Wiederholungstätereffekt, wer hier in der Region war geschäftlich oder bei Tagungen, wird zum Wiederholungstäter und kommt zurück. Wo will er etwa seiner Familie zeigen wo er war.

Es spricht Dr. Abresch:

Jetzt haben Sie ein paar Punkte angesprochen, was in der Region getan werden soll. Wenn wir jetzt einmal die landesweite Perspektive einnehmen, was würden Sie aus touristischer Sicht sagen, welches wären Ihre Wünsche an die Landespolitik?

Es spricht Herr Neu:

Ich hätte den Wunsch nach Unterstützung bei der Bündelung unserer Aktivitäten. Damit meine ich, die touristischen Angebote in der Südlichen Weinstraße weiter zu entwickeln und in einem Netzwerk zu spezifizieren. Eine Verknüpfung der Leistungen aus allen hier angesprochenen Bereichen, zur Erstellung individueller und zielgruppenorientierter Angebote muss für alle im Tourismus tätigen Personen und Betriebe zur täglichen Aufgabe werden. Wenn keiner den Anfang macht, werden weiterhin Gelder im Gieskannenprinzip verteilt und man wird sich über die wenigen zufälligen Erfolge wundern. Wichtig wären von oben gesteuerte Maßnahmen, um dieses alles zusammenzuführen.

Bei dem zweiten Wunsch bitte ich um besonderes Gehör bei Herrn Minister Hering. Es geht um die Förderung der Aus- und Weiterbildung im Tourismusbereich. Das liegt mir besonders am Herzen, da wir permanent zwischen 12 und 14 Ausbildungsplätzen besetzt haben. Man sollte auch endlich zu der Erkenntnis gelangen, dass die Wirtschaftskraft der Hotel und Gastronomiebetriebe nicht zu unterschätzen ist. Dies gilt natürlich auch für die Weinbaubetriebe. Im Bereich der Aus- und Weiterbildung sollten gezielt Finanzmittel eingesetzt werden, um jungen Menschen eine intensivere Ausbildung zu bieten. Manche Betriebe können das finanziell nicht stemmen. Wenn man so viele Auszubildende wie wir im Betrieb beschäftigt, weiß man, dass sie alle 14 Tage für ein paar Tage weg sind. Sie müssen zur Schule, haben ihre Urlaubstage, hinzukommen selbstverständlich auch noch Krankheitstage. Wenn man das ins Auge fast, muss man einfach darauf hinweisen, dass wir hier gezielte Unterstützung benötigen. Mein dritter Wunsch gilt der Festigung des Gemeinschaftsgedankens. Damit meine ich, dass wir den Menschen keine einzelnen Produkte mehr anbieten dürfen.

Wir müssen den Menschen das Erlebnis verkaufen. Wir müssen mit unseren Angeboten bei den Zielgruppen den Wunsch wecken, zu uns zu kommen. Wir müssen sie überzeugen, zu uns zu kommen und nicht wo anders hinzufahren. Diese Überzeugungsarbeit funktioniert mir einer kleinen finanziellen Hilfestellung weit aus besser.

Es spricht Dr. Abresch:

Meine Damen und Herren, Herr Arnold Neu vom Leinsweiler Hof. Wir haben eben mit Herrn Dietz schon einen Blick auf die integrierten ländlichen Entwicklungskonzepte gerichtet. Herr Dietz machte uns dabei klar, dass ILEK'e zwangsläufig in ein Regionalmanagement münden. Meine Damen und Herren, als nächstes möchten wir zum Thema Regionalmanagement ein paar Erfahrungen austauschen.

Zu uns gekommen ist Frau Edda Schäfer. Sie ist die ILE-Regionalmanagerin von Bad Bergzabern Land. Bitte begrüßen Sie Frau Schäfer mit einem herzlichen Applaus. Frau Schäfer, wie lange läuft Ihr Projekt bereits.



Es spricht Frau Schäfer:

Wir haben mit der Umsetzungsphase hier in Bad Bergzaberner Land und in Wissenbourg im Dezember 2005 begonnen. Das heißt, wir sind jetzt 1 1/2 Jahre mit der Projektumsetzung beschäftigt. Begonnen hat der Prozess damit, dass wir aus den 100 Projekten, die im Rahmen einer Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung (AEP) hier in der Verbandsgemeinde erstellt worden sind, 4 Handlungsfelder herausgearbeitet haben. Von diesen Handlungsfeldern kann man sich versprechen, dass sie typische Entwicklungsfelder für diese Region darstellen.

Es spricht Dr. Abresch:

Wenn ich das richtig einschätze, dann sind Sie im Land Rheinland-Pfalz unter den ersten Regionalmanagement-Projekten, die in die Praxis gegangen sind. Das heißt, dass wir uns hier sehr gut austauschen können, auch mit Blick auf das Strategiepapier der Landesregierung.

Frau Schäfer, was fanden Sie gut, womit sind Sie zufrieden? Bei welchem Ergebnis würden Sie sagen, dass ist so gelaufen, wie wir uns es gedacht haben?

Es spricht Frau Schäfer:

Wir sind ein sehr frühes Regionalmanagement, meines Wissens sind wir als drittes Regionalmanagement in Rheinland-Pfalz beauftragt worden. Wir haben eine sehr kleine Gebietskulisse, mit dem französischen Gebiet Wissenbourg sind wir auch noch grenzüberschreitend. Wir haben schon einiges über den Tourismus erfahren - das ist ein Hauptansatzpunkt hier bei der integrierten ländlichen Entwicklung vor Ort, die Förderung der touristischen Angebote. Ich möchte jetzt kurz skizzieren, in welchen Handlungsfeldern wir uns bewegen.

Zum einen ist es die Ausgestaltung einer Kooperation zwischen Landwirtschaft und Gastronomie. Es ist klar, dass die Markterschließung, vor allem für Landwirtschaft und Großküchen einer der wichtigsten Ansatzpunkte hier in der Region war. Da dieses Projekt aus einer agrarstrukturellen Entwicklungsplanung entstanden ist, stand typischerweise die Landwirtschaft zunächst im Vordergrund.

Das zweite Handlungsfeld ist die Vernetzung der Akteure im Gesundheitssektor. Bad Bergzabern ist eine Kurstadt mit einer langjährigen Geschichte im Bereich des Kurwesens.

Das dritte Handlungsfeld versteht sich aus der grenzüberschreitenden Kulisse heraus: Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Das vierte Handlungsfeld bezieht sich auf die Kulturlandschaft, die in einigen punktuellen Maßnahmen verfolgt wird. Um zu erläutern, was aus meiner Sicht hier in der Region besonders gut gelaufen ist, will ich ein kleines Charakteristikum nennen: Wir arbeiten größtenteils mit Fachgruppen. Das hat mit dem Übergang aus der AEP hin zur Integrierten ländlichen Entwicklung zu tun. Wir haben viel erreichen können, was die regionale Vernetzung angeht. Wir haben darauf geachtet, dass die Projektgruppen möglichst groß werden. Wir haben dazu sehr viele Akteure angesprochen. Weiterhin haben wir auf die Marktfähigkeit der Projekte geachtet. Wir waren von Anfang an darauf bedacht, den wirtschaftlichen Nutzen ins Auge zu fassen und zu vermitteln. Ich denke, dass wir einen sehr guten Sektor übergreifenden Ansatz gefunden haben, indem wir permanent versucht haben, Landwirtschaft, Tourismus und die Gesundheitswirtschaft miteinander zu verknüpfen.

Es spricht Dr. Abresch:

In unserer kleinen Vorbesprechung sagten Sie, Sie wären mit dem Vermarktungsthema schon am weitesten. Wenn wir da gemeinsam noch mal hingucken wollen, was sind dann Ihre Erfahrungen, bei welchen Punkten würden Sie sagen, diese könnte man auch in einer landesweiten Entwicklungskonzeption einkalkulieren?

Es spricht Frau Schäfer:

Wir haben hier sehr gute Voraussetzungen für den Tourismus, wir haben hier einen enormen Kaufkraftzufluss durch den Tourismus. Natürlich stellen aber die Einheimischen zunächst die wichtigste Käufergruppe dar. Wir betrachten jedoch beide Zielgruppen, Touristen und Einheimische. Darüber hinaus haben wir eine sehr fitte Landwirtschaft, einige traditionelle Mischbetriebe und einige spezialisierte Betriebe. Diese Betriebe weisen eine ganz unterschiedliche Betriebsstruktur auf. Was wir versucht und meiner Ansicht nach auch geschafft haben, ist eine Markterschließung. Wir haben 8 landwirtschaftliche Betriebe ins Boot bekommen, die eine ganze Bandbreite von verschiedenen Produkten produzieren. Diese haben wir mit dem Bereich Gastronomie und Großküchen vernetzt. Dazu haben wir ein Direktvermarkterservice entwickelt - ein Lieferservice. Damit sind wir im Juni letzten Jahres gestartet. Weiterhin haben wir ein Herkunftszeichen entwickelt, das ist kein Markenzeichen. Ein Herkunftszeichen kann auf den regionalen Produkten kleben. Es nennt sich: „Bad Bergzaberner Landgut“. Im Winter haben wir mit 8 Bad Bergzaberner Gastronomiebetrieben einen Weg entwickelt, wie man mit diesem Zeichen Bad Bergzaberner Landgut auf der Speisekarte entsprechende regionale Produkte auszeichnen kann.

Dann haben wir eine Direktvermarktungsbroschüre entwickelt, die nennt sich: „Vom Feinkostladen in der Natur“. Darin sind auch die Restaurants enthalten, in denen man regionale Produkte konsumieren kann. Das ganze ist ein Kooperationsprodukt zwischen Landwirtschaft und Gastronomie, das auch in einem handfesten Vertrag von beiden Seiten unterschrieben wurde. Dieses Konzept kommt bei den Einheimischen und den Gästen in dieser Region sehr gut an.

Es spricht Dr. Abresch:

Frau Schäfer, es gibt ja im Land Rheinland-Pfalz einige skeptische Stimmen die sagen: In solchen Managementprozessen da wird ja viel diskutiert, mit sehr vielen Leuten. Aber was kommt dabei heraus, wenn wir auf der einen Seite sagen, es geht um Arbeitsplätze, Wertschöpfung und um einzelbetriebliche Effekte, andererseits aber hauptsächlich viel Reden. Was ist Ihr Gefühl in dieser Beziehung, tut sich da etwas im wirtschaftlichen Bereich oder stehen wir tatsächlich in der Gefahr, viel Lärm um nichts zu machen?

Es spricht Frau Schäfer:

Was die konkrete Wertschöpfung angeht, da kann man nach 11/2 Jahren Projektphase noch sehr wenig sagen. Im Prinzip, stark vereinfachend gesprochen, entsteht regionale Wertschöpfung vor allem dann, wenn eine Ware, die hier produziert wird, auch hier verkauft wird. Genau an diesem Punkt setzen wir im Bereich Landwirtschaft auch an, dass wir nämlich versuchen, regionale Produkte in der heimischen Gastronomie zu verkaufen oder die Direktvermarktung bei den landwirtschaftlichen Betrieben zu fördern. Genauso verhält es sich mit den Angeboten der Gesundheitswirtschaft. Im Bereich Gesundheitswirtschaft versuchen wir über eine Art Messe, die Aktivtage 50+, die regionale Gesundheitswirtschaft zu beleben. Dazu wird sicherlich der Herr Bohrer gleich noch einiges sagen. Einen weiteren Grundsatz hatte ich schon erwähnt, dass man nämlich die Touristen und die Einheimischen als Zielgruppe erkennt. Was man für die Touristen schafft, liegt den Einheimischen ganzjährig vor. Man kann davon ausgehen, dass sowohl in der Landwirtschaft eine Wertschöpfung erzielt wurde, als auch bei den Aktivtagen, die in diesem Jahr schon zum 2. Mal stattfinden, auch ein wirtschaftlicher Effekt erkennbar ist.

Quantifizieren kann man diese Effekte nicht. Man kann aber schon davon ausgehen, dass man durch den Verkauf der regionalen Produkte in der Region und durch die Steigerung der Kaufkraft wegen der touristischen Belegung eine Wertschöpfung erzielt hat.

Es spricht Dr. Abresch:

Das klingt ja sehr zuversichtlich. Frau Schäfer, jetzt haben wir an dem Beispiel Vermarktungsprojekte die inhaltliche Seite angesprochen. Lassen Sie uns noch einen Blick auf den Prozess werfen, auf die Art und Weise, wie es hier in der Region gelingt, die Menschen für diese Prozesse zu gewinnen, zu motivieren und zu begeistern. Lassen Sie uns darauf gucken, vor dem Hintergrund, auch Verbesserungsmöglichkeiten zu erkennen. Wie funktioniert der Übergang zum Regionalmanagement, wie läuft der Beteiligungsprozess? Wir haben zum Teil die Erfahrung gemacht, dass zu Beginn mit einem großen Engagement gestartet wird, dass es danach dann aber steil bergab geht. Am Ende sitzt man dann nur noch mit einigen wenigen in der Projektarbeitsgruppe zusammen. Deswegen die Frage: Was können wir tun, wie gehen wir damit um, dass wir wirklich nachhaltige Entwicklungsprozesse hinkriegen?

Es spricht Frau Schäfer:

Sie haben Recht, ich kann aus meinen Unterlagen ersehen, dass wir es bei der agrarstrukturellen Entwicklungsplanung mit wesentlich mehr Beteiligten zu tun hatten als das jetzt im Regionalmanagement der Fall ist. Derzeit arbeiten wir mit 7 sehr guten Projektgruppen, die auch gut besetzt sind. Darin sitzen Leute, die auch Kraft ihrer Tätigkeit befähigt sind, sich mit den Problemen auseinander zu setzen. Sie haben tatsächlich auch ein wirtschaftliches Interesse, sich an diesen Projekten zu beteiligen. Tatsächlich muss man aber sagen, dass im Übergang von der AEP zum Regionalmanagement ein gewisser Verlust entstanden ist. Die Akquisition zum Anfang hat etwas Zeit gekostet, sie hat aber auch die Möglichkeit eröffnet, sich an spezielle Schlüsselpersonen in dieser Region zu richten.

Es spricht Dr. Abresch:

Lassen Sie uns zum Schluss noch mal die Frage mit der guten Fee stellen, welche drei Wünsche haben Sie?

Es spricht Frau Schäfer:

Ich wollte zunächst noch auf Ihre Frage von vorher eingehen. Ein weiteres Charakteristikum dieser Region ist es, dass wir mit einem relativ hohen Koordinationsaufwand arbeiten. Es kostet viel Arbeit, all die vielen Teilnehmer hier für die Arbeit mit den Projekten zu gewinnen. Auch die Zielfindung ist wegen der vielen Teilnehmer schwer, vor allem ist es nicht einfach, demografische Entscheidungsprozesse zu initiieren. Vor diesem Hintergrund muss ich sehr viele Beratungsgespräche führen, teilweise um die Akzeptanz herzustellen. Wir haben hier sehr geringe Investitionskosten, Gelder des Wirtschaftsministeriums haben wir nur ein Mal in Anspruch nehmen müssen. Die Broschüre Feinkostladen in der Natur wurde durch die Initiative Naturlaub des Landes Rheinland-Pfalz gesponsert. Grundsätzlich erfüllen unsere Projekte nur sehr selten einen Fördertatbestand. Dadurch gestaltet sich die Finanzierung meistens recht aufwendig. Wir arbeiten größtenteils umlagefinanziert, d. h. wir schalten gemeinsam Anzeigen, wir erarbeiten Flyer zusammen mit der Gastronomie und müssen dazu jeweils kleinere Beträge einkassieren. Wir haben in unserem Projekt noch keinen Internetauftritt, was nicht ausschließt, dass ich einen Internetauftritt für diese Region gestalte.

Um die Geschwindigkeit des Projektstarts teilweise zu beschleunigen, würde ich vorschlagen, das man ein kleines Budget zur Verfügung stellt, auf das man als Regionalmanagement zurückgreifen kann, ohne einen entsprechenden Eigenanteil einlegen zu müssen.

Es spricht Dr. Abresch:

Das wäre sozusagen der erste Wunsch, Sie haben noch 2.

Es spricht Frau Schäfer:

Dies ist der einzige und wichtigste Wunsch, den ich an das Wirtschaftsministerium richten möchte.

Es spricht Dr. Abresch:

Dieser Wunsch zählt jetzt aber dreifach. Meine Damen und Herren, Edda Schäfer, ILE-Regionalmanagerin, ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren jetzt kommt noch ein Beitrag, dann geht es in die Debatte. Die nächste Perspektive, die wir aufmachen wollen, ist Wellness/Fitness. Wir wollen mal sehen, was Herr Bohrer dazu meint, der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Bad Bergzabern. Herzlich Willkommen Herr Bohrer. Das ist ja ein Heimspiel für Sie.

Es spricht Herr Bohrer:

Ja, das ist in der Tat ein Heimspiel, wir beschäftigen uns schon seit längerer Zeit, um genau zu sein, seit 2002, mit integrierter ländlicher Entwicklung. Wir waren in Rheinland-Pfalz mit bei den Vorreitern in der agrarstrukturellen Entwicklungsplanung. Wir haben schon damals gemeinsam mit dem Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum erkannt, dass wir einen integrierten Weg gehen wollen. Wir nannten die Aktivität: Regionalentwicklungskonzept, aufbauend auf einer agrarstrukturellen Entwicklungsplanung. Die ILEK gab es in dieser Zeit in der Form noch nicht. Das was wir erarbeitet haben, ist jedoch vergleichbar mit einem ILEK.

**Es spricht Dr. Abresch:**

Sagen Sie mir als Normalverbraucher doch mal, was Sie unter Wellness/Fitness verkaufen wollen.

Es spricht Herr Bohrer:

Das ist eines der ganz wichtigen Themen hier in der Region. Ich möchte es noch ergänzen: Wellness, Fitness, Genießen! Wir werben im Bad Bergzaberner Land mit dem Slogan: Genieß den Süden. Wir sind eine Genussregion. Diese Region hier, wir sind eine Grenzregion, lebt von Landwirtschaft, von Weinbau, in Verbindung mit Tourismus. Das ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. Wir haben im Jahr 2004 dazu eine Erhebung gemacht. Wir haben in einer Modellrechnung festgestellt, dass wir hier in der Region einen Tourismus induzierten Umsatz von etwa 72 Mio. € jährlich haben. Das ist hier in dieser grenznahen Region schon ein erheblicher Wirtschaftsfaktor.

Es gilt vor allem, die Kulturlandschaft in ihrer Vielfältigkeit zu erhalten. Es gilt, die Landschaft mit den Nutzern zu erhalten, ich spreche da Herrn Weiter an. Dazu sind aber auch Naturschutzgebiete und Landschaftsschutzgebiete erforderlich. Das wir von Natur und Klima verwöhnt sind, muss ich nicht extra hervorheben. Die Region hat eben die Voraussetzungen, um zu genießen. Dazu kommt die Stadt Bad Bergzabern, als Mittelzentrum, mit ihrer langen Tradition im Erholungsbereich und den entsprechenden Einrichtungen. Deswegen bietet sich die Region an, um hier Urlaub zu machen und die Vielfalt sowie die Angebote zu genießen. Angebote gibt es genug: Es gibt Fitnessseinrichtungen, Wanderwege, Radwege und Nordic-Walking-Einrichtungen. Im Bereich Wellness haben wir in Bad Bergzabern ein wunderschönes Thermalbad, das mit Landesmitteln saniert und modernisiert wurde.

Fazit: Wir haben ein herrliches Angebot für die Gäste, die zu uns kommen.

Wir haben eine Wohlfühl- und Genussregion, in der man sich fit halten kann.

Es spricht Dr. Abresch:

Wenn man Sie das so darstellen hört, dann merkt man, dass Sie das auch selber leben.

Es spricht Herr Bohrer:

Herr Dietz sagte ja bereits, wenn man solch einen Prozess beginnt, dann muss man ihn auch selbst leben, um die Leute begeistert mitnehmen zu können. Das gilt hier von der Landwirtschaft über die Winzer, über die Handwerker bis hin zu den Gastronomen. Ich sagte es schon, diese Region ist geprägt durch Landwirtschaft, Weinbau und Tourismus. Wenn Sie bei Tourismus sind, dann ist es nicht weit bis zum Handel, bis zum Kleingewerbe und bis zur regionalen Wirtschaft.

Es spricht Dr. Abresch:

Herr Bohrer, lassen Sie uns doch noch mal drauf gucken. Was haben denn die Entwicklungsprozesse in dem Handlungsfeld Wellness, Fitness tatsächlich beigetragen? Man könnte ja meinen, man hätte diesen Markt auch ohne integrierte ländliche Entwicklung angepackt. Es ist kein besonders neuer und eigentlich auch kein besonders origineller Markt. Viele Regionen machen das. Was ist der besondere Nutzen, den Sie aus dem Entwicklungsprozess gewonnen haben?

Es spricht Herr Bohrer:

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung würde ich zunächst sagen, dass wir es mit einem wachsenden Markt, mit einem Zukunftsmarkt zu tun haben. Gesundheit und gesund älter werden, ist einer der großen Wachstumsmärkte der Zukunft. Die Alten werden immer jünger. Die Alten sind fit, und erreichen in Gesundheit ein immer höheres Alter. Dabei wird es erforderlich sein, dass entsprechende Angebote gemacht werden. Ich denke, dass gerade das ein Ansatz für eine Zukunftsentwicklung in dieser Region ist. Früher gab es hier einen großen Kurbereich, von dem diese Stadt vor allem auch im touristischen Bereich gelebt hat. Mit der ersten Gesundheitsreform hat sich das schlagartig geändert. Wenn wir es früher mit etwa 80% Kurgästen und 20% Selbstzahlern zu tun hatten, dann hat sich dieses Verhältnis heute in etwa umgekehrt. Heute haben wir vielleicht 15% Kurgäste und 85% Selbstzahler.

Wir brauchen entsprechende Angebote, die zielgruppengerecht entwickelt werden müssen. Wir müssen bedenken, dass wir uns in einem Strukturwandel befinden. Somit haben wir einige Handlungsfelder im Bereich Wellnessangebote und Gesundheitsangebote, die es zu bearbeiten gilt. Und lassen Sie mich sagen: Wir sind auf dem Weg, dass ist ein dynamischer Prozess. Mit ILE und dem Regionalmanagement der Frau Schäfer stehen wir zum Teil noch am Anfang. Wir haben sehr gute medizinische Einrichtungen und Kliniken vor Ort. Wir haben niedergelassene Ärzte und Physiotherapeuten und ein ganzes Spektrum an Medizinern hier. Jetzt möchte ich auf die Aktivtage 50+ zu sprechen kommen.

Es gibt ein sehr großes Angebot. Aber es geht darum, diese Angebote zu bündeln und in verkaufbare Produkte umzusetzen. Hierbei geht es darum, die verschiedenen Angebote miteinander zu vernetzen - den Fitnessbereich, den medizinischen Part, die Gastronomie, auch ein Besuch bei den Winzern und den Landwirten darf nicht fehlen. Das sind die Angebote, die wir in Zukunft gebündelt vermarkten wollen.

Es spricht Dr. Abresch:

Herr Bohrer, gucken wir auch noch einmal auf die Schattenseiten, wo drückt der Schuh, welches sind die Schattenseiten, was bewegt Sie im Moment besonders? Verbinden Sie das doch gleich mit Ihren drei Wünschen.

Es spricht Herr Bohrer:

Wir bräuchten in unserer Region noch einige Zugpferde im Bereich der Gastronomie und Her Hotellerie. Wir haben zwar Gastronomen bei uns in der Verbandsgemeinde und auch gute Hotels, aber wir haben ein Problem, wenn die Anfrage nach dem besten Haus am Platz kommt. Wir haben kein vier oder fünf

Sternehotel, dieses Angebot können wir derzeit nicht unterbreiten. So ein Haus sollte Wellnessangebote mit dabei haben, das muss aber auch nicht unbedingt sein, da unsere Therme ja fußläufig erreichbar ist. Das ist schon ein Schuh, der etwas drückt.

Auch im Bereich der Zimmervermieter gibt es den einen oder anderen Anbieter, wo investiert werden müsste. Das ist ein Binnenmarketing, das wir in nächster Zeit zusammen mit der Frau Schäfer und mit dem Tourismusbüro angehen sollten. Wir müssen hier entsprechende Qualitätsstandards erreichen. Letztlich haben wir gute Erfahrungen mit dem ILEK und mit dem Regionalmanagement gemacht, das darf ich hier auch mal als Lob nach Mainz abschicken.

Herr Minister Hering, Sie sind ja der zweite Minister, der dieses Projekt mit begleitet. Begonnen wurde der Prozess ja unter Artur Bauchhage. Wenn ich Herrn Vogelgesang sehe, dann kann ich sagen: Wir haben die Ansprechpartner im Ministerium, wir haben das Gehör im Ministerium. Wenn wir mit unseren Anliegen kommen, über das DLR, dann stoßen wir in Mainz immer auf offene Ohren. Frau Schäfer möchte ich darin zustimmen, dass es schön wäre, wenn wir für kleine Projekte, für eine Anschubfinanzierung, ein kleines Budget zur Verfügung hätten.

Es spricht Dr. Abresch:

Hermann Bohrer, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Bad Bergzabern, ich danke Ihnen.

Diskussion

So meine Damen und Herren, jetzt drehen wir die Richtung um, jetzt sind Sie gefragt, jetzt sind Ihre Fragen, Anmerkungen und Einwände gefragt. Wer macht den Einstieg?

Es spricht Herr Eberius:

Mein Name ist Eberius von der Gesellschaft für deutsch-polnische Beziehungen. Zwei Fragen von mir. Wie werden Probleme in fortschrittlicher Art und Weise von Nachbarregionen behandelt? Zweite Frage: Wir haben ja gehört, dass Stadt und Land zusammengehören. Wir haben in unserem Umland einen enormen Zuzug von Ausländern. Diese kommen insbesondere aus dem Mittelmeerraum und aus den östlichen Gebieten. Wird dieses Problem hier in Bad Bergzabern und Umgebung berücksichtigt? Sollen wir Polen, Türken oder Russen empfehlen, sich in den Ortskernen niederzulassen, um diese zu beleben?

Es spricht Frau Schäfer:

Unsere Gebietskulisse erlaubt es uns natürlich, dass eine oder andere Projekt auch gebietsüberschreitend auszuführen. In der Realität ist das nicht ganz einfach, Fakt ist es aber, dass wir in dem Handlungsfeld: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit an touristischen Projekten beteiligt sind. Wir arbeiten in einigen Projekten mit dem Gebiet Wissembourg zusammen, z. B. in einem Interreg-Projekt. Es gibt beispielsweise ein Kulturprojekt, bei dem es Sprache, Mundarten und um Theater geht. In der Zusammenarbeit sind wir noch bei den Anfängen, aber wir verfolgen dieses Projekt weiter.

Es spricht Herr Prof. Dennhardt:

Ich möchte mich auf die zweite Frage beziehen. Es ist zu beobachten, dass in Gebieten, die für Ausländer erschwinglich sind und die von deutschen Familien gemieden werden, verstärkt Eigentum durch Ausländer gebildet wird. Da wir es hier mit



Großfamilien zu tun haben, kann das zu einem großen Problem werden. Die Bodenordnung und auch die integrierte ländliche Entwicklung sind Instrumente, um hier entsprechende Grundstücksgrößen zu schaffen, die eine zu starke Selektion verhindern. Für mich ist soziale Integration sehr wichtig, aber nicht in der Form, dass hier ein soziales Missverhältnis entsteht.

Es spricht Dr. Wolff:

Man muss betonen, dass wir in den mittelzentralen Städten, wie z. B. Landau, keine großen Schwierigkeiten mit Ausländern haben. Wir haben darauf geachtet, in Bad Bergzabern und anderswo, keine Gettos in den Konversionsflächen zu bilden. Wir wollen Ausländer aufnehmen und integrieren, aber wir müssen Gettobildungen vermeiden. Man ist gut beraten, wenn man im Vorfeld das Zusammenziehen von großen ausländischen Bevölkerungsgruppen vermeidet. Denn das ist ein großer Hinderungsfaktor bei der Integration und bei dem Erlernen der deutschen Sprache. Aber ich will noch einiges sagen: Bei zurückgehender Bevölkerung und mit immer weniger Kindern, kommen wir ohne Zuwanderung in Deutschland gar nicht aus. Das ist Tatsache und deshalb muss das Problem nachhaltig von der Politik angegangen werden.

Es spricht Frau Inge Volz:

Guten Abend, mein Name ist Inge Volz, Ortsbürgermeisterin der Gemeinde Westheim. Ich habe eine Anmerkung und eine Ergänzung zu dem Vortrag von Herrn Prof. Dennhardt. Wir haben innerhalb des Dorfes Westheim eine freiwillige Bodenordnung durchgeführt. Das DLR war dabei eine hervorragende Unterstützung, ich sehe gerade Herrn Neumann. Ich plädiere dafür, dass das weiter gefördert wird. Jeder der in einem Ort von ca. 500 Einwohnern wohnt, der kann bei vielen Häusern vorhersehen, dass diese in 5 bis 10 Jahren verfallen werden. Ich denke, dass wir einiges dafür tun müssen, dass unser dörflicher Charakter in der Pfalz erhalten bleibt. Ich denke, dafür ist zum einen finanzielle Unterstützung erforderlich, zum anderen aber auch die Bereitschaft, eine solche Bodenordnung in einem Dorf durchzuführen. Es ist nicht einfach, aber es rentiert sich.

Es spricht Prof. Köck:

Guten Abend, mein Name ist Prof. Köck von der Universität in Landau. Ich möchte einen Gedanken ansprechen, der mit der Vorderpfalz, aber auch mit der ganzen Region. Meiner Meinung nach ist das ein riesiger Suburbanisierungsraum, von Mannheim her und von Karlsruhe her. Es ist ja bekannt, dass in den ländlichen Siedlungen eine Kluft zwischen den Einheimischen und den zugezogenen Bewohnern besteht. Deswegen geht meine Frage an Herrn Dietz: Kriegen Sie in die ILEK-Prozesse auch die zugezogene Bevölkerung hinein, oder beteiligen sich vor allen nur die Einheimischen?

Es spricht Herr Dietz:

Ich möchte die Frage in zwei Teilen beantworten. Bei ILEK-Prozessen ist die Beteiligung der Zugezogenen schwieriger als bei kleineren Prozessen, wie z. B. bei Dorfentwicklungen. Hierbei hat man den Vorteil, alle Bevölkerungsschichten tatsächlich ansprechen zu können, während sich ein ILEK-Prozess ja meistens über sehr große Bereiche mit vielen 10.000 Einwohnern erstreckt. Dabei kann man sich ja nicht auf jeden Bürger beziehen. Dabei sind tatsächlich diejenigen vor allem die Ansprechpartner, die ohnehin eine Multiplikatorenfunktion in der Region ausüben. Gerade bei Dorfentwicklungsprozessen gelingt es jedoch, Menschen einzubeziehen, die sich bis jetzt nicht in die Angelegenheiten des Dorfes eingemischt haben.



Die Instrumente eignen sich schon, um besonders Ziel führend zu arbeiten, empfiehlt es sich jedoch, schon im Vorfeld Gespräche zu führen.

Es spricht Katja Königstein:

Mein Name ist Katja Königstein vom Taurus-Institut und wir sind hier in der Region mit dem ILEK-Prozess in Landau und Umgebung gestartet. Meine Frage geht vor allem an Prof. Dennhardt, als einen Vertreter der Gemeindeentwicklung. Wir haben vor allem von prosperierenden Räumen gesprochen. Wir haben tatsächlich in Rheinland-Pfalz sehr viele Gemeinden mit Bevölkerungsrückgang. Hier wird sich gar nicht die Frage stellen: Neubaugebiet oder Ortskernentwicklung. Hier passiert gar nichts. Ich hatte etwas Glück, einen der ersten Entwürfe des LEP's zu lesen, da war an einer Stelle etwas von Rückbau der Infrastruktur geschrieben. Deshalb lautet meine Frage: Welche Perspektiven wird es für solche Gemeinden geben? Wird es Gemeinden geben, die man bald zuschließen muss, um die Infrastruktur zurückzubauen und damit tragfähig zu machen? Diese etwas provokante Frage möchte ich mal stellen. Eine weitere Frage möchte ich an Frau Schäfer richten. Eineinhalb Jahre Regionalmanagement - ohne das Sie Zuschüsse vom Wirtschaftsministerium in Anspruch nehmen mussten / konnten. Aus Sicht des Ministers ist das natürlich toll. Alle loben das Regionalmanagement mit seinen tollen Projekten, aber dem Ministerium kostet das kein Geld. Auf der anderen Seite habe ich in integrierten Prozessen die Erfahrung gemacht, dass es sehr schwierig sein kann, innovative Projekte zu finanzieren. Herr Dietz sprach den Unternehmerstammtisch an - jedoch ist es sehr schwierig, Verordnungen und Fördermaßnahmen zu finden, mit denen man das finanzieren kann. Das Förderprogramm zur Entwicklung des ländlichen Raums ist noch sehr agrarisch geprägt. Deswegen meine Frage an Sie, Herr Dietz: Wie gehen Sie damit um? Meine Frage an das Ministerium lautet: Wie werden in Zukunft Projekte förderfähig sein, die nicht einen direkten Bezug zur Landwirtschaft aufweisen?

Es spricht Dr. Abresch:

Besten Dank, fangen wir mit der ersten Frage an: Dörfer zuschließen? Herr Dennhardt, bitte schön.

Es spricht Prof. Dennhardt:

Auch schon im LEP III kam es darauf an, die Regionen richtig einzuschätzen, da gibt es periphere Regionen in sehr ungünstiger Lage, die werden es besonders schwer haben. Weiterhin gibt es auch Gemeinden, die in Zukunft große Chancen haben. Ich konnte sehr viele Erfahrungen in anderen Regionen sammeln. Beispielsweise gab es in Frankreich, 120 km westlich von Straßburg, Regionen, die schon vor 15 Jahren auszubluten drohten. Wir werden um eine passive Sanierung nicht herumkommen. Teilweise werden wir in den Ortskernen nicht darum herumkommen, organisierten Rückbau zu betreiben. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe, bei der ich das Wirtschaftsministerium in Verbindung mit dem Innenministerium in der Pflicht sehe. Hier müssen unbedingt modellhafte Untersuchungen gestartet werden, die aufzeigen, welche Konsequenzen mit passiver Sanierung verbunden sind. Ich glaube, dass auch hier mit guten Praxisbeispielen einiges zu bewegen ist.

Es spricht Herr Dietz:

Ich möchte mich auf die zweite Frage von Frau Königstein direkt beziehen. Wir brauchen in jedem Falle Möglichkeiten, die Maßnahmen fördern, wie z. B. Weiterbildung der Akteure. Dabei ist es nicht getan, ein paar Sitzungen zu machen. In solchen Bereichen, bei denen es darum geht, wie sich Betriebe ausrichten, wie sie Servicequalität erreichen und Qualitätsmanagement herbeiführen, da wird es sicherlich um Weiterbildungsangebote gehen. Vernetzungen der Unternehmer, aber auch Vernetzungen insgesamt - das wird ein ganz großes Thema sein. Es passt gerade gut zusammen, deswegen werde ich dieses Thema mit dem Thema von vorher verbinden, was die Aufwertung der Ortskerne angeht.

Ich würde gerne einen anderen Begriff einführen. Wir brauchen ein Dorfmarketing. Dabei meine ich weniger die Dörfer, die sich in der Nähe von Ballungszentren befinden. Aber es hat sich gezeigt, dass man gerade durch die Information und die Beratung von Eigentümern Prozesse in Bewegung bringen

kann. Dabei müssen die Leute direkt angesprochen werden. Ihnen muss aufgezeigt werden, welche planerischen und welche finanziellen Möglichkeiten bestehen. Dadurch kann man Immobilien auf den Markt bringen, bevor sie zu Billigangeboten werden.

Es wird sicherlich das eine oder andere Dorf geben, welches nicht die Bevölkerungszahl erhalten kann. Für mich ist jedoch entscheidend, dass es immer wieder Dörfer gibt, denen es gelingt, sich zusammen mit der Bevölkerung interessant zu machen. Das meine ich mit Dorfmarketing. Es gibt auch viele Leute, die gezielt in Dörfern ein großes Haus erwerben, weil sie diesen Lebensstil brauchen. Wir brauchen hier ein Standortmarketing, welches sich direkt um solche Anliegen kümmert. Ich halte es für sinnvoll, solche Prozesse mit kleinen Zuschüssen zu unterstützen. Weiterhin halte ich es für geboten, dass die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftsministerium und Innenministerium derart intensiviert wird, dass solche Dorferneuerungsprozesse umfassend unterstützt werden können. Mit entsprechenden Projekten könnte man hier einiges auf den Weg bringen.

Es spricht Frau Schäfer:

Ich möchte mich auch noch kurz auf die Wortmeldung von Frau Königstein beziehen. Vielleicht wird Herr Minister Hering auch noch etwas dazu sagen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es das Wirtschaftsministerium freut, wenn wir mit wenig Investitionen auskommen. Es ist ein Nachteil unserer Projektgruppen, dass die Bereitschaft, Investitionen zu tätigen, erst nach und nach entsteht. Ein Projekt haben wir heute nur ganz kurz erwähnt. Das sind die Aktivtage 50+. Ein großes Projekt der Verantwortlichen im Gesundheitsbereich. Hier könnte ich mir vorstellen, dass wir das in Zukunft auch weiter ausbauen sollten. Wir brauchen einen Internetauftritt, wir müssen das als Messe ausgestalten. Darüber hinaus gibt es mit der Vermarktung von regionalen Produkten einen weiteren Handlungsstrang.

Wir hatten kürzlich die Fragestellung, ob wir die Marke „Bad Bergzaberner Landgut“ eintragen lassen sollen oder nicht. Dies sind grundlegende Investitionen, die beim Start eines Projektes wichtig wären, die wir aber zurückstellen mussten, da wir nicht über die entsprechenden Mittel verfügten. Ich könnte mir vorstellen, bei diesem Projekt auf eine Bereitstellung- und Vermarktung regionaler Produkte in Bad Bergzabern und in der Umgebung hinzuwirken. Das wird jedoch ohne Investitionskosten nicht möglich sein.

Es spricht Herr Bohrer:

Wenn ich zu diesem Punkt auch etwas sagen dürfte. Wenn ich mir die Frage stelle, wie ich in Orten schrumpfender Bevölkerungsentwicklung agieren soll, dann halte ich integrierte ländliche Entwicklung für die richtige Strategie. Doch es gibt sicherlich keine Patentrezepte. Es gilt, Stärken und Schwächen herauszuarbeiten. Man muss eine Region oder eine Gemeinde kleinräumig betrachten, um die Entwicklungspotentiale herauszuarbeiten. Nur dann gelingt es, eine Zukunftsperspektive zu erarbeiten. Weiterhin ist mir in diesem Zusammenhang sehr wichtig, dass bürgerschaftliche Engagements zu bestärken. Die Kommunen sind zwar für ihre Entwicklung selbst verantwortlich, aber es sind die Bürger, die diese Verantwortung auch tragen müssen.

Weitere Wortmeldung:

Zu dem Thema neuer Technologien verbindet man auch die Ansiedlung neuer Unternehmen. In dieser Region wären das Unternehmen im Bereich Gesundheitswirtschaft sowie Stellen, die Forschung und Entwicklung in diesem Bereich betreiben.

Es spricht Herr Bohrer:

Es wäre schon ein Ziel, Firmen mit neuen Technologien hier in der Region anzusiedeln. Jeder weiß allerdings, wie schwer das ist. Es werden Gespräche geführt, die Bemühungen und Voraussetzungen, vor allem was das Straßennetz betrifft sind mit Sicherheit vorhanden. Ein großer Vorteil dieser Region ist auch die Berufsbildende Schule. Es wäre mit Sicherheit möglich und auch wünschenswert, wenn sich Firmen mit Medizintechnik hier ansiedeln würden.

Zum Thema gesundes Wohnen hat sich bei uns in der Verbandsgemeinde eine Gruppe gebildet, die jetzt seit 5 Jahren einen Tag zum Thema Regenerative Energien veranstaltet.

Es spricht Herr Dr. Wolff:

Ich hatte schon versucht darzulegen, dass sich ein wirtschaftlich intakter Raum nur herstellen lässt, wenn es uns gelingt, eine gestufte Zentralität zu erreichen. Beim Thema Stadt-Land-Beziehungen ist es auch wichtig, die aktuelle Diskussion bezüglich der Metropolregionen zu beleuchten. Wenn man die Entwicklung des Rhein-Neckar-Raumes betrachtet, zu dieser Metropolregion gehören wir ja, wenn die Entwicklung des Hochtechnologiezentrums Karlsruhe beobachtet, ergibt sich dort ein Schwerpunkt technologischer und wissenschaftlicher Konzentration. Wir werden im Wettbewerb nur bestehen können, wenn wir die Chancen dieser Metropolregionen nutzen. Global werden wir nur als Teil der Metropolregion Rhein-Neckar wahrgenommen, im Moment wird es ja versucht, eine Metropolregion Oberrhein zu kreieren. Ich sehe mich da in einem tollen Wettbewerb, z. B. mit der Möglichkeit sehr günstige Gewerbegebiete in den zentralen Orten auszuweisen.

Es spricht ein Vertreter der Agentur für Arbeit Landau:

Zunächst eine kurze Anmerkung zu Herrn Neu. Ich halte das Thema Aus- und Weiterbildung im Gaststättengewerbe für ganz wichtig. Wie auch in der Produktion, so kann auch das Dienstleistungsgewerbe nur überleben, wenn Qualität angeboten wird. Eine wichtige Frage bei diesem Thema ist die Entfernung des Berufsschulstandortes. Im Landkreis Germersheim beispielsweise hat man ortsnahe Berufsschulstandorte. Ein zweites Thema, das mir wichtig erscheint, ist der öffentliche Personennahverkehr. Ich stelle oft fest, dass die Arbeitsplätze nicht dort sind, wo die Menschen wohnen und es den Menschen sehr schwer fällt, zum Arbeitsplatz zu gelangen. Deswegen habe ich das Thema öffentlicher Personennahverkehr hier etwas vermisst, es geht ja auch um die Frage, wie die Menschen zu ihren Arbeitsplätzen gelangen können.

Weiterhin geht es zum Thema ÖPNV auch darum, dass die Gäste aus den Ballungszentren in unsere Region kommen können. Ich finde es sehr schade, dass man von Karlsruhe aus nicht mit dem öffentlichen Personennahverkehr direkt bis nach Bad Bergzabern fahren kann.

Es spricht Dr. Abresch:

Ich stelle fest, ÖPNV ist ein sehr wichtiges Thema. Dieses Thema stand heute nicht im Mittelpunkt, wurde aber in den anderen Regionalkonferenzen ausführlich behandelt.

Es spricht Dr. Ludwig:

Guten Abend, mein Name ist Dr. Ludwig, ich bin Niedergelassener Arzt und Kreistagsmitglied. Ich möchte mich an die Wortmeldungen von Herrn Bohrer und Frau Schäfer anschließen, ich glaube das wir im Bereich Hotel und Kurwesen nicht nur leichte Finanzspritzen benötigen, sondern eine starke Anschubfinanzierung. Hier müssen Tourismus und Gesundheit ineinander greifen. Herr Bohrer, Sie sagten wir stehen am Anfang des Kurwesens in Bad Bergzabern, ich bin der Meinung, wir sind bereits mitten darin. An Herrn Minister Hering möchte ich herantreten und fragen, wir besitzen einen Landeskrankenhausplan, wir besitzen einen Landespflegeplan, aber wir besitzen keinen Landeskurplan. Im Moment ist es so, dass jeder Kurort einen eigenen Kurplan entwirft, guckt welches ist mein Angebot und wie kann ich daraus Kapital erzielen.

Es spricht Herr Bohrer:

Ich sagte, dass es in Bad Bergzabern eine große Tradition im Kurwesen gibt, lediglich bei dem anstehenden Strukturwandel stehen wir erst am Anfang. Wir sind weiterhin auf dem Weg, einen gemeinsamen Arbeits- und Gesprächskreis zu bilden, dabei werden Ärzte, Krankenhäuser, Tourismusverbände und auch die Frau Edda Schäfer als Regionalmanagerin an einem Tisch sitzen. Auch Sie Herr Dr. Ludwig, werden dabei sein.

Es spricht Herr Neu:

Wir haben hier natürlich einige Berufs- und Weiterbildungseinrichtungen, ich selbst bin Vorsitzender des Fördervereins für Berufsbildung in der südlichen Weinstraße. Wir haben bereits überlegt, die Berufsschule für den Bereich Hotel und Gastronomie in die südliche Weinstraße zu verlegen. Wir haben hier bereits eine gute Managementschule im Hotelbereich. Diese Schule hat einen ausgezeichneten Ruf, es handelt sich um eine Ganztagschule. Sie geht über 2 Semester und ist im Moment noch kostenfrei. Ich würde anregen, eine Berufsschule für Gastronomie und Hotel hier in der südlichen Weinstraße einzurichten, dazu fehlt allerdings noch das Geld, um die Lehrkräfte zu finanzieren. Die nächste Hotelfachschule befindet sich beispielsweise erst in Boppard, das ist eine Zumutung.

Es spricht ein Vertreter der Verbandsgemeinde Hagenbach:

Ich habe mit großem Interesse die Beiträge zur Ortskernsanierung verfolgt. Mein Vorschlag wäre die Wiedereinführung der Eigenheimzulage, die Wiedereinführung der Eigenheimzulage für Altbausanierung.

Es spricht Prof. Dennhardt:

Wenn die Möglichkeit eingeräumt werden würde, Investitionskosten bei der Altbausanierung im Ortskern abzuschreiben, dann wäre das besser, als die Wiedereinführung einer solchen Eigenheimzulage.

Es spricht Herr Härtel:

Guten Abend, mein Name ist Härtel, ich bin Ortsbürgermeister der Gemeinde Rinntal. Rinntal ist eine Waldgemeinde, und ich wollte den Blick auch auf den Wald richten. Ein Teil des Landkreises Südliche Weinstraße gehört auch zum Pfälzer Wald. Hierfür würde ich mir auch Unterstützung wünschen, außer den ganzen Auflagen, wie FFH-Gebiete usw. Wir stellen den Naherholungsraum für Karlsruhe und für Mannheim zur Verfügung. Unsere Waldbauern würden sich schon sehr freuen, wenn sie nur einen Bruchteil der Fördermittel bekämen, die in Landwirtschaft und Weinbau fließen.

Es spricht Frau Scheeder

Guten Abend, mein Name ist Bettina Scheeder, vom Museumsverband Rheinland-Pfalz. Ich möchte den Vorschlag von Herrn Neu aufgreifen, der sagte, wir brauchen auch Schlechtwetterangebote. Dabei sind Museen sehr gute Partner. Damit meine ich nicht, dass es in jedem Ort ein Heimatmuseum geben soll, sondern es müssten Entwicklungspläne erstellt werden. Hierbei bitte ich auch um eine bessere Zusammenarbeit bei den Ministerien.

Es spricht Dirk Bliemeister:

Guten Abend, mein Name ist Dirk Bliemeister vom Club „Behinderter und ihre Freunde Südpfalz“ e.V. Meine Forderung wäre es, auch den barrierefreien Ausbau gerade im ländlichen Bereich weiter zu stärken. Ich möchte, dass alle Ortschaften für Behinderte attraktiv werden, in Landau ist das ja schon der Fall.

Es spricht Herr Schenk:

Mein Name ist Schenk, ich bin Erster Beigeordneter des Landkreises Südliche Weinstraße. Mir hat das Thema Jugend und Familie hier gefehlt. Meiner Meinung nach geht es um die Frage, ob wir bestehende Einrichtungen für die Jugend oder Kindertagesstätten in den Ortsgemeinden erhalten wollen oder nicht. Wie viel ist uns das wert? In dem Eckpunktepapier ist auch für Senioren kein spezieller Komplex erarbeitet worden, dabei haben doch auch Senioren das Recht auf eine gute Daseinsvorsorge. Deswegen wäre ich sehr dankbar, wenn dieser Komplex in das Strategiepapier aufgenommen werden würde.



Es spricht Frau Huber:

Guten Abend, meine Name ist Gabriele Huber, ich arbeite für den Landesverband des Deutschen Roten Kreuzes. Ich bin sehr dankbar für die vorletzte Wortmeldung. Die Barrierefreiheit im ländlichen Raum und auch das Thema der Senioren hat hier heute bisher keinen Raum gefunden. Mich interessiert es, wie ich die Seniorenarbeit mit der Touristik verknüpfe. Gerade der Wellnessbereich ist ein wichtiges Thema bei der Seniorenarbeit. Wie mache ich den Wellnessbereich für die Senioren zugänglich? Auch bei der behindertengerechten Ausstattung der Hotels im ländlichen Raum besteht ein großer Bedarf. Ich bin auch dabei, verschiedene Wohnformen für den ländlichen Raum zu entwickeln, bei denen es darum geht, altersgerechtes Wohnen zu ermöglichen. Meiner Meinung nach ist hier eine Vernetzung mit dem Gesundheitsbereich erforderlich. Dort wo altengerechte Wohnformen entstehen, entstehen auch wieder Arbeitsplätze. Deshalb fordere ich Herrn Hering auf, sich mit dem Gesundheitsministerium besser zu vernetzen. Mein letzter Stichpunkt ist das Heimgesetz. Durch das Heimgesetz entsteht vielfach eine Bürokratie, die es erschwert, Projekte auf den Weg zu bringen.

Es spricht ein Mitglied des Stadtrates Annweiler:

Guten Abend, ich bin Mitglied des Stadtrates Annweiler und Abgeordneter im Kreistag Südliche Weinstraße. Wir haben viel über demografischen Wandel und Flächenverbrauch gesprochen. Herr Weiter hat sich als alleiniger Umweltschützer dargestellt, er ist es nicht. Winzer sind insofern Umweltschützer, wie sie den zweispurigen Ausbau der B10 verhindern wollen. Auch hierbei muss der demografische Wandel berücksichtigt werden.

Weitere Wortmeldung:

Ich möchte klar dagegen plädieren, dass Dörfer zugeschlossen werden müssen. Ich möchte mich mit der weiteren Stadtfucht nicht abfinden und bin auch weiterhin für die öffentliche Förderung der ländlichen Räume. Auch die Energiewende führt zu einem weiteren wichtigen Standbein in der Landwirtschaft. Im Bereich der Erneuerbaren Energien hat sich doch schon einiges getan.

Weitere Wortmeldung:

Guten Abend, ich bin von der Verbandsgemeinde Annweiler-Trifels, ich möchte auf die Schwierigkeit hinweisen, für einzelne Vorhaben die richtigen Förderprogramme zu identifizieren. Ich plädiere für eine Vereinheitlichung der Förderrichtlinien.

Es spricht Dr. Abresch:

Meine Damen und Herren, jetzt ist es an der Zeit eine Zäsur zu machen. Ich bedanke mich bei den Teilnehmern der Gesprächsrunde.

Jetzt bleibt nur noch eins zu sagen: Herr Minister Hering, dass Auditorium gehört Ihnen für Ihre zusammenfassende Bewertung.

Zusammenfassung und Bewertung der Ergebnisse

Es spricht Hendrik Hering:

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

zunächst mal vielen Dank Ihnen allen für fast drei Stunden engagierte und wie ich finde sehr zielführende Diskussion, die von den Referenten hier oben und von den Fragestellern geführt wurde. Vielen Dank auch, dass so viele engagierte Bürger aus der Region gekommen sind und auch drei Abgeordnete: Frau Baumann, Herr Schweitzer und Herr Schmitt.



Meine Damen und Herren,

ich bin sehr erfreut, dass sich so viele für die zukünftige Entwicklung ländlicher Räume engagieren, denn das Land Rheinland-Pfalz ist ein ländlich strukturiertes Land. Wir sind auch stolz darauf, ein sehr vielfältiges, ein ländlich strukturiertes Bundesland zu sein. Ich glaube, wir haben einen Vorteil gegenüber anderen Bundesländern, die eher durch Metropolen geprägt sind, und Rheinland-Pfalz hatte auch deswegen eine gute Entwicklung, weil es uns gelungen ist, gerade für ländliche Räume eine gute Entwicklung zu konzipieren. Deswegen haben wir in vielen Rankings, auch bezüglich der Wirtschaftsentwicklung, gut abgeschnitten:

Wegen der guten Entwicklung in ländlichen Räumen!

Wir wollen dazu beitragen, dass diese gute Entwicklung anhält. Das war der Grund, diese fünf Regionalkonferenzen durchzuführen. Die letzte Regionalkonferenz findet heute hier in Bad Bergzabern statt. Wir waren in der Grafschaft, im Norden des Landes, wir waren in Saarburg, wir waren in Boppard, wir waren in Zweibrücken. Wir waren auch deswegen an vielen Orten, weil Rheinland-Pfalz sehr vielfältig ist. Wir können nicht von Mainz aus – am grünen Tisch – ein Strategiepapier entwerfen, mit Aussagen, wie eine Entwicklung ländlicher Räume aussehen kann. Wir sind nicht die Experten in Mainz, sondern Sie sind es, als die Akteure, als Kommunalpolitiker, als Landwirte, als Vertreter der regionalen Wirtschaft. Sie sind die Experten, die Aussagen treffen können, wie eine Zukunftsstrategie formuliert werden muss und was die Zielsetzung sein muss. Deswegen – etwas unüblich – habe ich zunächst mal die Rolle des Zuhörers eingenommen, wie bei den anderen vier Veranstaltungen auch. Insgesamt sind 1300 Menschen gekommen, um mit uns über Zukunftsstrategien zu diskutieren – so wie Sie heute Nachmittag.

Es sind eine Reihe von hochinteressanten Initiativen und Ideen zu Tage gekommen, so wie auch heute. Diese werden wir dann in einem Strategiepapier zusammenfassen. Wir brauchen ein solches Strategiepapier, denn es gibt eine Reihe von großen Herausforderungen, die auch angesprochen worden sind:

- den demografischen Wandel ,
- den Strukturwandel in der Landwirtschaft, der weitergehen wird, aufgrund der Beschlüsse von Europa und
- auch die Globalisierung, mit ihren Auswirkungen bis in die ländlichen Räume.

Ich bin der festen Überzeugung, dass der ländliche Raum auch ganz große Chancen hat, denn mit dem demografischen Wandel sind auch neue Chancen für neue Dienstleistungen verbunden. Der ländliche Raum – ich selbst komme auch aus dem ländlichen Raum - hat einen ganz großen Vorteil: Das sind

Sie! Denn die Menschen im ländlichen Raum sind engagierter als die in den Städten. Sie sind bereit, sich für ihre Region zu engagieren, weil sie mit dem ländlichen Raum auch im positiven Sinnen etwas verbinden, was man unter Heimat versteht. Sie sagen: ‚Das ist der Bereich, wo ich Land und Leute kenne, dort fühle ich mich heimisch und dort bin ich auch bereit, mich für diese Region zu engagieren, weil es meine Region ist.‘

Diesen ganz großen Vorteil, den der ländliche Raum hat, den sollten wir auch nutzen - in einem vernünftigen Miteinander zwischen Stadt und Umland. Wir brauchen das Strategiepapier, denn es gibt einige Stellen in Europa und auf Bundesebene, die auch Strategiepapiere verfasst haben. Nach dem Motto: ‚Man soll Fördermittel verstärkt in Metropolen konzentrieren, weil sie dort mehr Rendite bringen.‘

Diese Einseitigkeit ist nicht akzeptabel!

Wir brauchen beides: Städte und ländliche Räume. Und beides muss entsprechend gefördert werden. Es darf nicht das eine gegen das andere ausgespielt werden und für dieses gute Miteinander steht auch gerade diese Region hier in der Südpfalz

(Applaus)

Und wir dürfen, bezüglich des demografischen Wandels, auch keine falschen Signale setzen. Ich glaube nicht, dass wir das brauchen, was man unter passiver Sanierung versteht - dass wir Ortsgemeinden abschließen müssen. Natürlich werden wir insgesamt weniger werden. Wir werden im Durchschnitt auch älter werden.

Aber, meine Damen und Herren,

als Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre die jetzige Kommunalstruktur konzipiert wurde, hatten wir ungefähr 3,4 bis 3,5 Mio. Menschen in Rheinland-Pfalz. Heute sind wir etwas über 4 Mio. Menschen. Die Demografen sagen uns, in 30 bis 40 Jahren werden wir nach der mittleren Variante wieder 3,5 Mio. Einwohner haben, wie zu dem Zeitpunkt, als die Kommunalstruktur konzipiert wurde. Wir werden stärker kooperieren müssen, wir werden uns auch über die Aufgabenzuweisungen unterhalten müssen. Wir werden uns bei manchen Kreisen und Verbandsgemeinden vielleicht über Zuschnitte unterhalten müssen.

Aber wir müssen keine Gemeinde schließen!

Unser Ziel ist in der Kommunalreform ganz klar: Jede der über 2500 selbstständigen Ortsgemeinden wird auch ihre Selbständigkeit erhalten, weil das ein ganz großer Wert von Rheinland-Pfalz ist. Die kleinen selbstständigen Ortsgemeinden sind auch der Grund für das Engagement von Menschen im ländlichen Raum, die sagen: ‚Zu dieser kleinen Einheit gehöre ich, für diese kleine Einheit bin ich bereit, mich zu engagieren.‘ Das sollten wir als großen Wert und nicht als Problem herausstellen, weil damit ganz große Chancen verbunden sind, auch das ist mit ein Beweggrund, dieses Strategiepapier auf den Weg zu bringen.

(Applaus)

Meine Damen und Herren,

wer eine gute Entwicklung des ländlichen Raumes will, der muss natürlich den ÖPNV fördern. Wir haben trotz der Kürzungen von 147 Mio. an Regionalisierungsmitteln des Bundes den weitaus größten Teil aus eigenen Mitteln ausgeglichen. So konnten z.B. auch Zugverbindungen nach Landau erhalten bleiben, was wir als ganz wichtig erachten. Wer aber die Entwicklung ländlicher Räume will, der braucht auch die großen Verkehrsadern. Denn wenn wir es ernst meinen mit ländlicher Entwicklung und eine Chance, z.B. für die Westpfalz, konzipieren wollen - eine Region, die noch größere Schwierigkeiten hat als diese Region - dann wird das nur mit einer guten Verkehrsanbindung gelingen. Sich für solche Projekte einzusetzen bedeutet Bekenntnis zum ländlichen Raum. Denn nach wie vor ist eine Verkehrserschließung entscheidende Voraussetzung für die Ansiedlung von Betrieben und für demografische Entwicklung im positiven Sinne, dass Menschen dort hinziehen und ihren Arbeits- und Wohnort dort finden.

Deswegen muss der, der für ländliche Entwicklung ist, auch für die großen Verkehrsprojekte eintreten.

Meine Damen und Herren,

wir unterstützen ILE-Prozesse, denn ein ILE-Prozess bedeutet, mit Moderationskosten und Management-Begleitung, durch Regionalmanagement, dass wir ungefähr 270.000 Euro investieren, aus gutem Grund. Diese ILEK-Prozesse sind für mich ganz wichtig, auch wenn es keine klassischen Investitionsmittel sind, denn: Über die Grenzen von Politikbereichen hinaus, über die Grenzen von Verwaltungseinheiten hinaus, setzen Menschen sich zusammen und sagen: ‚Lasst uns Projekte konzipieren und auf den Weg bringen, die sinnvoll sind!‘ Egal wer zuständig ist - welcher Politikbereich, welches Ministerium, ob es die Grenzen von Verbandsgemeinden überschreitet, oder nicht – wenn dieses Projekt der Region förderlich ist, dann wird uns die Möglichkeit gegeben, es auf den Weg zu bringen.

Und diese integrierte Entwicklung ist der Grundgedanke von ILEK, über die Grenzen von Politikbereichen und Verwaltungsgrenzen hinaus zu denken. Das führt dazu, dass Menschen in großem Maße dazu bereit sind, sich hier zu engagieren.

Auch Neubürger sind bereit, sich zu engagieren, weil sie erkennen: ‚Wenn ich dort mitwirke, meine Ideen und mein Engagement einbringe, dann gehöre ich mit zu dieser Gemeinschaft.‘ Sie finden ein hohes Maß an Lebensqualität, weil sie zur Dorfgemeinschaft, zu der Gemeinschaft in der Region, dazugehören. Sie finden das, was Menschen unter Heimat verstehen, einen Ort an dem die Leute sie kennen, an dem sie respektiert und geachtet sind. Über dieses Engagement können die Ressourcen verstärkt werden, auch das ist eine starke Motivation von Menschen die sich engagieren. Hierdurch gelingt auch die Integration.

Meine Damen und Herren,

Diese Veranstaltungen haben ihren Ausgang ja aus der Flurbereinigung gefunden. Aus der Erkenntnis, dass wir keine landwirtschaftlichen Flurbereinigungen machen können, ohne andere Politikbereiche zu beachten. Es musste beachtet werden, was die Verfahren für den Tourismus einbringen, was sie für die Dorfentwicklung einbringen. Auch dadurch wurde eine höhere Akzeptanz für die Landwirtschaft erreicht. Das war der Ursprung von der ILEK-Idee. Das sollten wir auch kommunizieren.

Wir haben ganz stolz kommuniziert: 40 Prozent der Wertschöpfung in der Region stammen aus Weinbau und Tourismus. Aber Tourismus in der Südpfalz wäre ohne die Winzer und ohne die Landwirtschaft viel bescheidener und geringer. Landwirte bringen eine enorme Leistung, indem sie die Kulturlandschaft offen halten, indem sie auch das Gefühl der Identität einer Region vermitteln. Ohne die Kulturlandschaft, in der wir alle aufgewachsen sind, wäre diese Identität nicht möglich. Deswegen leisten Landwirte Enormes. Um das zu respektieren und anzuerkennen - auch dafür brauchen wir Strategiepiere zur ländlichen Entwicklung und ILEK-Prozesse.

(Applaus)

Herr Walter hat es ja angemerkt, wir sollten auch stärker den investiven Bereich von Landwirtschaft und Weinbau fördern. Das haben wir getan. Wir standen vor gut einem Jahr vor der Situation, dass Europa entschieden hat, die Mittel für die Landwirtschaft um 20 Prozent zu kürzen, sowohl im Bereich der zweiten Säule, als auch, perspektivisch bis 2015, im Bereich der ersten Säule. Wir haben die mutige Entscheidung getroffen,

- dort wo es um Investitionsförderung geht (Bodenordnung ist für mich eine Investitionsförderung, weil sie zukunftsfähige Strukturen in der Landwirtschaft aufbaut),
- dort wo es um Nachfolgeregelungen geht (Förderung von Junglandwirte) und
- dort, wo in die Zukunftsfähigkeit der Betriebe investiert wird (Einzelbetrieblichen Förderung)

satteln wir trotz der Kürzungen etwas obendrauf, statt 20.000 Euro zukünftig 30.000 Euro Förderung. Wir haben uns entschieden, diese Beträge nicht zu kürzen – sondern ganz im Gegenteil – zu verstärken. Für diese Bereiche werden wir jährlich 40 Mio. Euro insgesamt investieren, mit Hilfe von Europa haben wir einen klaren Schwerpunkt in die Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft gesetzt.

Dazu gehört auch das, was Herr Schmitt und andere angesprochen haben: Eine Zukunftschance liegt auch im Bereich nachwachsende Rohstoffe. Natürlich hat der Landwirt zukünftig die Möglichkeit, auch als Energiewirt zusätzliche Einkommen zu erzielen. Wir brauchen aber sinnvolle Gesamtprozesse. Wir müssen diese Dinge in regionale Energiekonzepte einbinden. Deswegen haben wir auch seitens des Landwirtschaftsministeriums das Kompetenzzentrum Nachwachsende Rohstoffe geschaffen, um unsere Landwirte noch intensiver zu beraten.

Meine Damen und Herren,

weiterhin ist ein Bereich angesprochen worden, den wir gemeinsam mit anderen Ministerien sinnvoll gestalten können: Der Bereich Innenentwicklung. Wir müssen das Ziel und auch das Selbstvertrauen haben, Konzepte auf den Weg zu bringen, die verdeutlichen, dass es attraktiver ist, in einem Ortskern zu leben als im Außenbereich. Diesen Mut und dieses Engagement müssen wir aufbringen. Es gibt Kommunen, denen ist das gelungen. Diese Kommunen haben durchdachte Dorferneuerungskonzepte auf den Weg gebracht. Dabei haben sie auch die Aussage getroffen: Wir brauchen auch im Ortskern Freiräume, da die Menschen sich raussetzen wollen, wenn die Sonne scheint. Dazu braucht man auch den Mut, um das eine oder andere Gebäude abzureißen, weil es keine wertvolle Bausubstanz ist, um damit den anderen Häusern mehr Fläche zu geben.

In diesen Gemeinden gibt es keinen Leerstand!

Es gibt Gemeinden in Rheinland-Pfalz – kleine Dörfer – die haben Wartelisten von Investoren, die dort investieren wollen. Das ist erreichbar! Wir wollen auch über PPP-Vorhaben nachdenken, um die Gemeinden finanziell zu unterstützen und solche Projekte konkret umzusetzen. Es muss aber erst eine durchdachte Strategie, eine durchdachte Planung auf den Weg gebracht werden, da Investoren wissen wollen, wie es später aussieht. Niemand geht mutig in einen Ortskern mit der Haltung: ‚Ich investiere dort mal, mal gucken, ob etwas um mich herum passiert.‘ Das will er vorher wissen! Mit durchdachten Konzepten ist hier einiges zu bewegen.

Meine Damen und Herren,

sie haben vieles Richtige zum Potential von Weinbau und Tourismus genannt, und auch zu dem ganz wichtigen Bereich der Gesundheitswirtschaft. Gesundheitswirtschaft ist der Wachstumsmarkt der Zukunft. Bereits jetzt haben vierzehn Prozent aller Arbeitnehmer in Rheinland-Pfalz im Bereich der Gesundheitswirtschaft ihren Arbeitsplatz. Dabei sind unter Gesundheitswirtschaft nicht nur Arztpraxen und Krankenhäuser zu verstehen, sondern eben darüber hinaus auch Wellness / Fitness usw.. Herr Bohrer und andere haben es ja mit sehr eloquenten Worten über die Genussregion angedeutet. Ich muss als Westerwälder zugeben, die Lebensqualität ist hier mindestens genauso hoch wie im Westerwald – mehr können Sie von einem Westerwälder wirklich nicht erwarten.

Daraus muss man aber auch eine große Chance ableiten! Es gibt seriöse Studien, mit der Aussage: Diese Branche hat ein Wachstumspotential von 500.000 bis 700.000 zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in den nächsten 25 Jahren. Sie haben die Chance, weil Sie wirklich eine wunderschöne Region sind, mit einer bereits guten Infrastruktur und gutem Wachstum. Es gibt eine gemeinsame Initiative von mir und der Gesundheitsministerin Malu Dreyer. Wir erarbeiten einen Masterplan für den Bereich der Gesundheitswirtschaft. Ich bin mir mit dem Abgeordneten Alexander Schweitzer einig. Ein Schwerpunkt wird unter anderem auch der Bereich der Südpfalz sein. Hier wird es darum gehen, was im Bereich Gesundheitstourismus, auch mit der Infrastruktur, die wir hier in Bad Bergzabern und Umgebung haben, umgesetzt werden kann.

Weiterhin gehört es für uns dazu, dass wir für die Kurorte eine Zukunftsperspektive aufzeigen. Es hat dabei keinen Sinn, vergangenen Tagen nachzutruern. Man muss analysieren, wo Zukunftsmärkte liegen und wie diese Märkte erschlossen werden können. Und man kann sie nur erschließen, wenn ganz konsequent auf Qualität gesetzt wird! Auch die Zukunft im Tourismus bei der Gesundheitswirtschaft wird nur möglich sein, wenn wir die bestmögliche Qualität anbieten. Dies gilt für die Infrastruktur, aber insbesondere auch für die Servicequalität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Deshalb investieren wir als Land Rheinland-Pfalz auch in die Qualitätsoffensive im Tourismus mit dem Drei-Q-Modell. Hierbei werden Servicemanager ausgebildet, damit die Servicequalität noch besser wird. Und es gehört dazu, dass wir zukünftig im Bereich der Aus- und -fortbildung mehr tun müssen, um konkurrenzfähig zu sein. Wir werden als Landesregierung in Mainz zusammen mit den Arbeitsagenturen in die Regionen gehen müssen um dort die Fragen zu stellen:

- Welcher Bedarf an Fachkräften wird zukünftig in der Region auftreten?
- Wie kann die Region die Fachkräfte bereitstellen?

Denn wir werden in einigen Jahren in allen Wirtschaftsbereichen einen Fachkräftemangel erleben, den sich im Moment nur wenige vorstellen können. Deshalb ist das eine ganz wichtige Zukunftspflichtung. Das können wir aber nur gemeinsam mit Ihnen anpacken: Im Dialog mit Wirtschaft, Politik und den Leuten Ort müssen wir versuchen, jeweils den Bedarf abzudecken, den es in der Region gibt. Dafür werden wir entsprechende Angebote machen.

Es ist die provokative Frage gestellt worden: Was bringen ILEK-Prozesse an Wertschöpfung? Sie bringen sehr viel Wertschöpfung im Tourismus und in der Direktvermarktung. Sie bewirken vor allem, dass sich Menschen viel stärker mit ihrer Region identifizieren! Es ist ein ganz großer Wert, in seiner Region das zu finden, was man im positiven Sinne als Heimat betrachtet. Deswegen sind auch mehr Leute bereit, sich ehrenamtlich zu engagieren. Das allein würde schon die ILEK-Prozesse rechtfertigen, vom finanziellen Engagement her. Darüber hinaus gibt es natürlich Wertschöpfung im Tourismus, in der Direktvermarktung und für den Weinbau. Es gibt außerdem eine Wertschöpfung, die ich unter weichen Standortfaktoren betrachte. Ich habe heute – weil ich mich den ganzen Tag schon in der Region befinde – auch eine Reihe innovativer Betriebe besucht, die sie ja auch haben in der Südpfalz. Teilweise sind das Weltmarktführer. Die Verantwortlichen dort haben mir gesagt:

Das beste was Sie tun können für uns, sind nicht die Fördermittel für unseren Betrieb. Das Beste ist es, dafür zu sorgen, dass zukünftig qualifizierte Facharbeiter und Ingenieure in die Region kommen!

Das ist momentan schwierig. Da spielt es eine ganz entscheidende Rolle, dass man publizieren kann, dass wir eine – wie es Herr Bohrer sagt – Genussregion sind, eine Region mit einer ganz großen Lebensqualität, eine Region, die bei der Forderung, Beruf und Familie in Einklang bringen zu können, eine Vorreiterrolle einnimmt.

Das heißt, das Kindergärten und Ganztagsbetreuung angeboten werden. Deswegen wollen wir ja auch in den kleinen Ortsgemeinden die Infrastruktur erhalten. Wir brauchen zentrale Orte mit zentraler Infrastruktur, wir brauchen aber für die „mit den kurzen Beinen“ die „kurzen Wege“. Und deswegen ist es wichtig, dass die Kindergärten in den Ortsgemeinden erhalten werden und um Ganztagsbetreuung ergänzt werden. Deswegen unsere Initiative: Bildung von Anfang an, auch um die Kindergärten in den kleinen Ortsgemeinden zu stärken. Deswegen lehnen wir es ab, die Kinder schon mit fünf Jahren einzuschulen. Das würde bedeuten: Ein Viertel aller Kindergärten im Land müssten geschlossen werden, weil ein Jahrgang fehlt. Auch daran müssen wir denken, wenn es um die Zukunft ländliche Räume geht.

Und meine Damen und Herren,

sie haben eine weitere Frage angesprochen, Frau Schäfer hat sie schon sehr genau auf den Punkt gebracht und sich auch nur auf einen Wunsch konzentriert: Wir sollen noch kreativer sein bei der Bereitstellung von Fördermitteln.

Eine klare Aussage des Strategiepapiers wird sein:

Dort, wo Sie in ILEK-Prozessen oder in AEP'en oder in anderen Konzepten, gemeinsam als engagierte Bürgerinnen und Bürger zum Ausdruck gebracht haben: ‚Das sind Zukunftsprojekte, die unsere Region weiterbringen.‘ und sie die Entscheidung getroffen haben: ‚Das sind die Leitprojekte die wir zeitnah umsetzen wollen‘, dann werden diese Projekte zukünftig mit hoher Priorität als erstes und etwas höher gefördert. Weil es auch ökonomisch sinnvoll ist, dass sind die Projekte, wo sie sagen: ‚Das sind unsere Projekte, an der Konzeption dieses Projektes haben wir mitgewirkt‘ Dann ist die Bereitschaft, sich bei der Umsetzung dieser Projekte zu engagieren, eine viel größere. Und deswegen ist das Geld, dass in diese Projekte investiert wird, vom Land auch ökonomisch sinnvoll angelegt. Deswegen wird es diese klare Priorität für diese Projekte geben.

Und wir werden auch dafür sorgen - da geschieht die Abstimmung schon sehr gut - dass wir uns mit den Nachbarhäusern abstimmen. Wenn sie das eine oder andere Mal vielleicht von dem einen zum anderen Haus verwiesen werden, dann geschieht das häufig aus einer sehr guten Absicht. Sie haben gesagt, Frau Schäfer, dass wir ihnen manchmal die Aussage geben, dass ihr Anliegen nicht in die Förderprogramme, die wir im Wirtschaftsministerium haben, reinpasst. Dabei haben wir, als das Strukturministerium, schon einige Förderprogramme, bereits am Namen sieht man ja, wir sind ein sehr breites Ministerium. Doch bei uns sitzen engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sagen: ‚Vielleicht können die Kolleginnen und Kollegen im Innenministerium eine Förderung ermöglichen.‘ Ich halte es für eine Servicequalität darauf hinzuweisen.

Ich nehme aber ihre Anregung mit, die ich wirklich für bedenkenswert halte, ihre Aussage: ‚Es gibt Kleinstprojekte, für die passt eigentlich kein Förderprogramm.‘

Es wurde mal die Aussage getroffen, das Land befasst sich nicht mit Kleinstförderung, weil der Verwaltungsaufwand zu groß ist. Aber ich will jetzt nicht mit dieser Ausrede hier weggehen, sondern ich nehme diese Anregung mit, ohne eine feste Zusage zu machen. Ich werde analysieren, wie man in Ergänzung zum ILEK-Prozess das Regionalmanagement vielleicht mit einem überschaubaren Betrag ausstatten kann, denn es gibt Projekte, die kosten vielleicht nur 1000 bis 2000 Euro. Dabei kommt es vielleicht nicht so sehr auf die 1000 oder 2000 Euro an - die würde die Region vielleicht auch noch aufbringen. Aber auf die Aussage des Landes kommt es an: Wir haben das Projekt zur Kenntnis genommen, wir unterstützen es, weil es ein tolles Projekt ist, vielleicht mit einem Anerkennungsbetrag. Dieser kann aber viel bewegen, weil er auch motiviert. Wir wollen motiviertes Engagement, deswegen nehme ich diese Anregung mit und werden versuchen, eine Lösung dafür zu finden.

Ich darf mich bei Ihnen, Herr Dr. Abresch, bedanken, für alle fünf Veranstaltungen. Es gab eine Vielzahl von Veranstaltungen, bei denen auch sehr viele Fragen gestellt wurden, bei denen der eine oder andere Referent versucht hat, auch die Zeiten etwas auszudehnen, weil der Tatendrang sehr groß war. Sie haben es immer hinbekommen, dass die Veranstaltungen pünktlich geendet haben und sie haben das immer sehr gekonnt moderiert, wie auch heute Abend wieder.

Vielen Dank, Herr Dr. Abresch!

Meine Damen und Herren, lassen sie mich, da ich als Westerwälder weiß, dass sie in der Tat etwas von Lebensqualität verstehen, berechtigterweise die Aussage machen: Nach drei Stunden reicht es, insbesondere wenn guter Pfälzer Wein und ein kleiner Imbiss warten. Dazu darf ich sie einladen, nochmals vielen Dank, dass Sie hier waren.

Die Vorgehensweise in anderen Bundesländern

Ausgewählte Handlungsansätze der ländlichen Entwicklung

Einleitung

Wie das Land Rheinland-Pfalz besteht auch die Bundesrepublik Deutschland insgesamt überwiegend aus ländlichen Räumen. Auch andere Bundesländer erarbeiten Strategien für die Entwicklung ländlicher Räume. Für die Akteure in Rheinland-Pfalz lohnt es sich, über die Landesgrenzen zu schauen, um von der Arbeit in anderen Bundesländern zu lernen, denn einige Regionen stehen in bestimmten Politikbereichen bereits jetzt vor Herausforderungen, die in Rheinland-Pfalz erst in der Zukunft zu wirken beginnen. So ist z.B. ist die demografische Entwicklung in den neuen Bundesländern bereits weiter vorangeschritten. Deshalb wurden parallel zu den Regionalkonferenzen im Jahre 2007 auch die Vorgehensweisen bei der Entwicklung ländlicher Räume in einigen Bundesländern untersucht. Besonders interessante Projekte und Methoden sollen nachfolgend kurz beschrieben werden.

1. Standortfaktor Schnelles Internet; „Neue Medien im ländlichen Raum“ in Baden-Württemberg

In den ländlichen Räumen des Landes Baden-Württemberg sind leistungsfähige Datenautobahnen wichtige Infrastruktureinrichtungen; dies gilt gleichermaßen für die ländlichen Räume in ganz Deutschland. Schnelle Internetanbindungen sind überall Grundvoraussetzung für die Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit von Regionen. Sie spielen für den Informationsaustausch zwischen Unternehmen, Bürgern und Verwaltungen eine immer wichtigere Rolle.

Das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg hat es sich zum Ziel gesetzt, den ländlichen Raum flächendeckend mit einer modernen, leistungsfähigen und kostengünstigen Kommunikationsinfrastruktur zu versorgen. Dazu wurde die „Clearingstelle Neue Medien“ ins Leben gerufen. Der Clearingstelle gehören neben dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum folgende weitere Partner an:

- Akademie ländlicher Raum Baden-Württemberg
- Arbeitskreis Mediendörfer
- Gemeindetag Baden-Württemberg
- Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg

Hauptaufgabe der Clearingstelle ist es, den Gemeinden des Landes Baden-Württemberg kostenlos eine Orientierungshilfe bei der Verbesserung ihrer Kommunikationsinfrastruktur zu geben. Dabei wird nach einer Überblicksanalyse in einer Gemeinde geprüft, welche Technologie zur Versorgung mit schnellen Internetverbindungen am günstigsten zu realisieren ist. Grundsätzlich kommen folgende Technologien in Frage:

- Die Telefonleitung,
- Das Breitbandkabel,
- Funklösungen (WiMAX u.ä.),
- Die Stromleitung,
- Der Satellit.

Die Clearingstelle verfügt über ein technisches Portfolio, welches alle notwendigen Problemlösungen beinhaltet. Sie ist weiterhin bei Verhandlungen mit einzelnen Anbietern behilflich.

Quelle:

Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg: Flyer Clearingstelle „Neue Medien im Ländlichen Raum“, 2006

Internet:

www.clearingstelle-bw.de

www.zukunft-breitband.de (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit)

www.laendlicher-raum.de (Akademie ländlicher Raum Baden-Württemberg)

2. Innenentwicklung vor Außenentwicklung;

Das Modellprojekt MELAP in Baden-Württemberg

In vielen Ortskernen des Landes Baden-Württemberg finden sich leerstehende und untergenutzte Gebäude, modernisierungsbedürftige Wohnhäuser sowie Baulücken. Die damit einhergehende Verödung und Entvölkerung der Dorfkerne macht es immer schwieriger, ein dörfliches Gemeinschaftsleben aufrechtzuerhalten. Zugleich wachsen Neubaugebiete an den Ortsrändern, wodurch der Landwirtschaft und dem Naturhaushalt wertvolle Flächen verloren gehen. Hinzu kommt, dass die Gemeinden durch die entstehenden Folgekosten oftmals hohe finanzielle Risiken eingehen.

Das Ministerium für Ernährung und ländlichen Raum Baden-Württemberg hat es sich zum Ziel gesetzt, diesen negativen Entwicklungen mit dem „Modellprojekt Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung des innerörtlichen Potentials“ (MELAP) entgegenzuwirken. Durch das Modellprojekt sollen identitätsstiftende Ortsmitten mit Grundversorgungs- und Gemeinschaftseinrichtungen nachhaltig entwickelt, die regionale und lokale Baukultur weiterentwickelt und ökologisch hochwertige Grünflächen in den Ortsmitten erhalten werden.

Für MELAP wurden 13 Gemeinden unter der Voraussetzung ausgewählt, vollständig auf weitere Baulandausweisungen zu verzichten. In diesen Gemeinden werden folgende Maßnahmen durchgeführt und gefördert:

- frühzeitige Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit,
- Beratung der Kommunen und der Eigentümer,
- Bewertung der innerörtlichen Potenziale auf Basis eines informellen Strukturplans,
- Kofinanzierung von Abbruchmaßnahmen, Modernisierungen und Umnutzungen,

Dafür stehen im Rahmen des Baden-Württembergischen „Entwicklungsprogramm für den Ländlichen Raum“ (ELR) pro Gemeinde 600.000 bis 900.000 Euro bereit.

Im Auftrag des Ministeriums für Ernährung und ländlichen Raum Baden-Württemberg wird das Modellprojekt MELAP von der Forschungsgruppe Stadt und Umwelt Ludwigsburg über den gesamten Zeitraum wissenschaftlich begleitet.

In einigen Modellgemeinden sind erste Ergebnisse von MELAP bereits sichtbar. Auch Gemeinden, die nicht zum Modellprojekt zählen, können „Untersuchungen zur Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung des innerörtlichen Potentials“ durchführen und werden dabei durch das Baden-Württembergische Förderprogramm ELR gefördert.

Quelle:

Prof. Günther Schöfl, Forschungsgruppe Stadt+Umwelt Ludwigsburg: Vortrag im 536. Kurs des Institutes für Städtebau Berlin „Forum ländlicher Raum“, 2007

Ministerium für Ernährung und ländlichen Raum Baden-Württemberg: Broschüre „MELAP – Übertragbare Ergebnisse“, 2006

Internet:

www.melap-bw.de

3. Offensive Nahversorgung;

KOMM-IN Dienstleistungszentren in Baden-Württemberg

Im Land Baden-Württemberg, wie auch im gesamten Bundesgebiet leidet der ländliche Raum unter der Schließung von Einrichtungen der Grundversorgung. Jede Schließung eines Dorfladens oder einer anderen Einrichtung mindert die Attraktivität des Ortes. Kommunen ohne Wirtschaftsleben werden zu reinen Schlafstätten.

Das Land Baden-Württemberg verfolgt das Ziel, die ländlichen Räume als eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume erhalten. Die KOMM-IN GmbH hat daher für das Land Baden-Württemberg ein System entwickelt, mit dem verschiedene Dienstleistungen und Produkte der Nahversorgung unter einem Dach direkt vor Ort angeboten und damit langfristig erhalten werden können. Bank, Post, kommunale Dienste, Krankenkasse, Energieversorgung und Tageszeitung können in einem KOMM-IN Dienstleistungs-Zentrum genauso angeboten werden wie Waren und Produkte des täglichen Bedarfs. Das KOMM-IN Dienstleistungszentrum vereinigt an einem Punkt - personell und organisatorisch - kommunale, öffentliche und gewerbliche Leistungen unter Nutzung modernster Informations- und Kommunikationstechnologien.

KOMM-IN Dienstleistungszentren werden in zwei Schritten aufgebaut: Zunächst soll durch die KOMM-IN GmbH eine Standortanalyse durchgeführt werden, um die Tragfähigkeit des Systems zu untersuchen. Im Zuge der Erarbeitung eines individuellen KOMM-IN Modell für eine Gemeinde werden unter Einbindung von Verwaltung und Gemeinderat potentielle Partner identifiziert und für eine Mitarbeit gewonnen. Folgende Partner kommen in Frage:

- Banken
- Energieversorger
- Krankenkassen
- Post

Nach einer positiven Entscheidung begleitet im zweiten Schritt die KOMM-IN GmbH den Betreiber beim Aufbau des Zentrums bis zur Eröffnung. Dazu gehören vor allem Projektmanagement, Abschluss von Partnerverträgen, Personalauswahl und ein Marketingkonzept. Als Betreiber kommen Kommunen, kommunale Eigenbetriebe, Banken, Kooperationen zwischen Kommunen und Banken in Frage. Auch eine Genossenschaft als Betreibermodell kann umgesetzt werden.

Seit der Gründung der KOMM-IN GmbH 1999 wurden zehn KOMM-IN Standorte in Baden-Württemberg eröffnet. Eine folgerichtige Weiterentwicklung des KOMM-IN Dienstleistungszentrums ist der KOMM-IN Markt. Hier vereinigen sich nicht nur die Dienstleistungsangebote der bisher bekannten Partner unter einem Dach, sondern sie werden durch ein kundenorientiertes Lebensmittelangebot sinnvoll erweitert. Das Ziel ist es, die Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen am Ort zu sichern und dabei auch ein attraktives Angebot im Lebensmittelbereich zu schaffen.

Quelle:

Komm-IN GmbH: KOMM-IN Magazin, 2007 (www.komm-in.de)

4. Die Vernetzung der Akteure in der Region Hesselberg;

Beispiel einer gelungenen Netzwerkbildung aus Bayern

In integrierten Entwicklungsprozessen ist die Vernetzung aller Akteure, insbesondere die Einbindung der Vertreter der lokalen Wirtschaft eine besonders große Herausforderung. In der Region Hesselberg in Mittelfranken sind diese Vernetzungsprozesse gelungen, so dass die Region heute von einer starken regionalen Identität profitiert.

Die Organisationsstruktur der Region Hesselberg basiert auf drei Säulen: Die **Entwicklungsgesellschaft** als interkommunale Allianz der 25 beteiligten Kommunen vertritt Politik und Verwaltung. Die **Lokale**

Aktionsgruppe der Leader+-Region bündelt die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Kirchen und regionalen Akteure und steht für den bottom-up-Ansatz. Die **Region Hesselberg AG** ist eine Aktionsgruppe der regionalen Wirtschaft, die einerseits regional herausragende Projekte unterstützt und andererseits durch Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit die regionalen Standortbedingungen und Wirtschaftskreisläufe stärkt. Das Regionalmanagement bündelt die Aktivitäten in der gemeinsamen Geschäftsstelle und unterstützt die Akteure bei regionalbedeutsamen Projekten durch Information, Moderation, Kommunikation, fachliche oder technische Begleitung, Beschaffung von Fördermitteln und Zuschüssen, Projektanbahnung, regionales Marketing.

Der interkommunale Verbund bekommt durch gemeinsame Termine und Projekte mehr und mehr Zusammenhalt. Das Prinzip „Freiwilligkeit“ bei der Beteiligung der Kommunen an regionalen Projekten nimmt unnötigen Druck aus dem System „Region“.

Im Jahr 2001 startete die Region Hesselberg mit ihrem Ansatz einer nachhaltigen und auf das Prinzip „bottom-up“-gestützten regionalen Entwicklung. Zu Beginn fanden sich 45 Akteure. Die Zahl der Beteiligten steigt stetig. Mittlerweile sind mehr als 2000 lokale Akteure - vornehmlich ehrenamtlich - in Arbeitsgruppen, Expertenrunden oder den über 60 Einzelprojekten engagiert. Mehr als 15 Netzwerkknoten wurden neu gebildet. Über eine im Jahr 2003 durchgeführte Zukunftskonferenz Wirtschaft konnte die regionale Wirtschaft für den Prozess der regionalen Entwicklung gewonnen werden. Die Unternehmen der Hesselberg AG engagieren sich vor allem auf den Gebieten Imagemarketing und Information, Kooperation und Ausbildung. Das Wissen um die Wurzeln und das wachsende regionale Bewusstsein lässt Vertrauen und Mut für einen zukunftsfähigen Weg wachsen und Taten folgen.

Quelle:

Ute Vieting, Regionalmanagerin der Region Hesselberg, Kurzfassung des Vortrages: „Von der Idee zur Realität: Regionale Identität und ihre Bedeutung“ bei der Tagung zur Zukunft ländlicher Räume am 26. Juni 2007 in Cham

Internet:

www.region-hesselberg.de

www.bmelv.de (u.a. Informationen zur Konferenzreihe: „Die Zukunft ländlicher Räume“ des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Jahre 2007)

5. Die Schule für Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten; Schulung von Akteuren des ländlichen Raumes in Bayern

Neben der Akademie für den ländlichen Raum, die Forschung, Information und Vernetzung auf höherer Ebene betreibt, werden in Bayern drei Schulen für Dorf- und Landentwicklung betrieben. Das sind die Schule in Klosterlangheim, zuständig vor allem für Kunden aus Ober-, Unter-, und Mittelfranken, die Schule in Plankstätten für die Bezirke Niederbayern und Oberpfalz sowie die SDL Thierhaupten mit dem Einzugsgebiet Oberbayern und Schwaben.

Die Schule für Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten wurde vor 15 Jahren - zunächst als Modellprojekt -- in dem Gebäude eines ehemaligen Klosters gegründet. Seinerzeit war die SDL stark abhängig von der Verwaltung für Ländliche Entwicklung. Die Seminare behandelten zunächst vor allem Themen rund um die Dorferneuerung und wurden von einem Kern von Stammreferenten durchgeführt. Da der Umfang der Dorferneuerung seit ca. 10 Jahren in Bayern stetig zurückgeht, erfolgte seitdem eine Diversifizierung der Seminarangebote. Zurzeit werden vor allem aktuelle fachübergreifende Themen wie interkommunale Zusammenarbeit, Innenentwicklung von Dörfern, Frauen in der Kommunalverwaltung, u.a. angeboten. Derzeit finden jährlich ca. 70 Veranstaltungen statt, wobei die meisten von etwa 20 Teilnehmern besucht werden. Ein Programm mit dem Angebot an Seminaren und Fachexkursionen erscheint alle zwei Jahre. Fachseminare finden Werktags in den Seminarräumen der SDL statt, Klausurtagungen mit Gemeinden meist am Wochenende. Die Schule wird von einem gemeinnützigen Verein mit derzeit rund 70 Mitgliedern betrieben. Wichtige Gremien sind der vierköpfige Vorstand mit sieben Beisitzern und der Fachbeirat, bestehend aus 38 Vertretern aus Politik, Verwaltung, NGO's und Wissenschaft.

Die Erfolgsgeschichte der Schule beruht auf mindestens zwei Faktoren: Das sind zum einen die engagierte und kreative Arbeit der Geschäftsführung und zum anderen das geeignete Ambiente im ehemaligen Kloster. Eine Herausforderung besteht aktuell darin, immer wieder neue interessante Themen und Referenten aufzuspüren und das Netzwerk weiterzuentwickeln. Trotz geringem Personalbestand kann die SDL auf eine breite Kompetenz zurückgreifen (Fachbeirat, Stamm von Fachreferenten).

Momentan befindet sich die Schule in einem Weiterentwicklungsprozess hin zu einem Forum für den ländlichen Raum. Das bedeutet, dass noch mehr unterschiedliche Referenten und Kunden gewonnen werden sollen. Günstig wäre es, Partner anderer Ressorts für fachübergreifende Seminare zu gewinnen, etwa aus dem Geschäftsbereich des Sozial- oder Wirtschaftsministeriums. Denkbar wäre auch eine Zusammenarbeit mit verschiedenen Verbänden.

Weiterhin möchte die SDL Thierhaupten ihr Profil schärfen und ein Wissensmanagement auf verschiedenen Ebenen sowie eine moderne Internetplattform aufbauen.

Quelle:

Interview mit Frau Gerlinde Augustin (Geschäftsführerin), 20.04.2007 in Thierhaupten

Internet:

www.sdl-thierhaupten.de

www.akademie-bayern.de

6. Flexible Bedienformen des ÖPNV: MobiKult; Mobilität in ländlichen Regionen Brandenburgs

Der zunehmende Wegfall von öffentlichen Verkehrsangeboten beeinträchtigt gerade auf dem Land die Lebensqualität der Bewohner, die Touristische Erreichbarkeit der Region sowie die Erreichbarkeit von Unternehmensstandorten. Angesichts von Schrumpfung der Bevölkerung und knappen Kassen ist der öffentliche Verkehr in ländlichen Räume auf neue Mobilitätsdienstleistungen angewiesen, die flexibler und intelligenter sind, mit kleineren Fahrzeugen operieren und ehrenamtliches Engagement integrieren.

Das Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin und das nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung Berlin sind von einem Verbund aus sechs LEADER+ Regionen Brandenburgs beauftragt worden, Konzepte für eine nachhaltige Mobilitätskultur in den ländlichen Regionen Brandenburgs zu entwickeln und deren Umsetzung zu begleiten. Das Projekt unter dem Namen: **MobiKult: Entwicklung einer nachhaltigen Mobilitätskultur in ländlichen Regionen Brandenburgs** hat eine ganz Reihe von konkreten, innovativen Gemeinschaftsverkehren auf den Weg gebracht.

Ziel dieses Verbundprojektes ist es, neue Mobilitätsdienstleistungen durch innovative Kooperations- und Vermarktungsstrategien in den sechs ländlichen Regionen einzuführen und nachhaltig zu sichern. Dabei soll die Erreichbarkeit und Mobilität der Region verbessert werden, indem mit Interessenten und Anbietern vor Ort neue Kooperationen entwickelt und gemeinsam umgesetzt werden. Folgende Akteure werden dabei einbezogen:

- Gastgewerbe, Betreiber von Touristeninformationen und Gästeführer
- Bildungs- und Sozialeinrichtungen, Schülerfreizeiteinrichtungen
- Mobilitätsanbieter wie Fahrradverleiher, Taxi- und Mietwagenunternehmen, touristische Schienenverkehrsbetriebe
- Kultur- und Landschaftspflegevereine, Künstler- und Atelierbetreiber, Betreiber von Kultureinrichtungen,
- Landwirtschaftliche Betriebe und Anbieter regionaler Produkte.

Die Kosten für das Kooperationsvorhaben belaufen sich auf 413.000 Euro, davon 220.000 Euro für die fachliche und kommunikative Begleitung sowie 65.000 Euro für Marketing in Vorbereitung der Pilotphase in den Regionen. Der Kooperationsanteil wurde zu 100 Prozent über Leader+ unterstützt. Darin nicht enthalten sind die Finanzierungsaufwendungen für die Umsetzung der Pilotvorhaben in den beteiligten Regionen. Diese wurden teilweise zu 45 Prozent aus Leader+ finanziert, sind aber zum Teil auch ohne Förderung realisiert oder durch andere Finanzierungsmöglichkeiten unterstützt worden.

Quelle:

Deutsche Leader+ Vernetzungsstelle: Leader+ Projektverzeichnis, 2006

Dr. Hans-Liudger Dienel: Vortrag bei der Tagung „Infrastruktur in ländlichen Räumen“ am 24.05.2007 in Magdeburg (Konferenzreihe des BMELV)

Internet:

www.mobikult.de

7. Die Moderne Gemeindegeschwester;

Modellprojekt zur Entlastung der Hausärzte in Brandenburg

In einigen Regionen des Landes Brandenburg droht, beziehungsweise besteht bereits eine Lücke in der ambulanten hausärztlichen Versorgung. Diese bestehende beziehungsweise drohende hausärztliche Unterversorgung wird sich in den nächsten Jahren weiter zuspitzen. Als eine Lösungsmöglichkeit zur Unterstützung der Hausärztinnen und Hausärzte bei der Sicherstellung der medizinischen Versorgung in unterversorgten Regionen wird die Implementierung von „Gemeindegeschwestern“ modernen Zuschnitts gesehen. Um herauszufinden, ob der Einsatz von „Gemeindegeschwestern“ geeignet ist, in Zukunft die Hausärztinnen und Hausärzte bei der Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung in strukturschwachen Regionen im Land Brandenburg zu unterstützen, startete am 14.07.2006 am Medizinischen Zentrum in Lübbenau das Modellprojekt „Gemeindegeschwester“.

Dieses Forschungsprojekt wird zurzeit aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds sowie des Landes Brandenburg finanziert und durch das Institut für Community Medicine der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald (ICM) wissenschaftlich begleitet.

Im Mittelpunkt des Modellprojektes stehen insbesondere die genaue Definition des Aufgaben- und Tätigkeitsprofils der „Gemeindegeschwester“, die Entwicklung einer passgenauen Weiterbildung für Gesundheits- und KrankenpflegerInnen, die Entwicklung des Berufsbildes einer „Gemeindegeschwester“ modernen Zuschnitts, die Abgrenzung der Aufgaben der „Gemeindegeschwester“ zu den Aufgaben bereits in der ambulanten gesundheitlichen Versorgung tätigen Institutionen sowie die Klärung erforderlicher rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen für die angestrebte regelhafte Implementierung von „Gemeindegeschwestern“ modernen Zuschnitts in strukturschwachen Regionen.

Seit August/September 2006 sind drei „Gemeindegeschwestern“ am Medizinischen Zentrum in Lübbenau tätig. Die am Modellprojekt teilnehmenden Hausärztinnen und Hausärzte des Medizinischen Zentrums Lübbenau sollen durch die enge Zusammenarbeit mit den „Gemeindegeschwestern“, die mit telemedizinischen Funktionalitäten ausgestattet sind, von Hausbesuchen entlastet werden. Die „Gemeindegeschwestern“ übernehmen auf Delegation der Hausärztinnen und Hausärzte Hausbesuche, bei denen das vorbeugende, betreuende, krankheits- und therapieüberwachende Vorgehen im Vordergrund steht. Die Hausärztinnen und Hausärzte haben großes Vertrauen in die Arbeit der „Gemeindegeschwestern“ und empfinden den Einsatz der „Gemeindegeschwestern“ als große Entlastung.

Im Modellprojekt werden insbesondere Schnittstellen zwischen der Tätigkeit der „Gemeindegeschwester“ und den Leistungen insbesondere ambulanter Pflegedienste ermittelt, um ausschließen zu können, dass Parallelstrukturen aufgebaut werden. Durch den Einsatz der „Gemeindegeschwestern“ und die enge Zusammenarbeit mit den Hausärztinnen und Hausärzten, den lokalen Apotheken und den ortsansässigen Pflegediensten wird die gesundheitliche Versorgung insbesondere älterer und chronisch kranker

Patientinnen und Patienten in der Häuslichkeit verbessert. Die Resonanz in der Bevölkerung zum Einsatz der „Gemeindeschwestern“ ist ausnahmslos sehr positiv.

Quelle:

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Brandenburg: Fachsymposium „Ein Jahr Modellprojekt ‚Gemeindeschwester‘ in Brandenburg“: Einleitungstext, 2007

8. Das Bioenergiedorf Jühnde; Erfolgreiches Leader-Projekt in Niedersachsen

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative Leader+ haben sehr viele Lokale Aktionsgruppen in Niedersachsen das Thema Bioenergie in ihrem Projektportfolio. Stellvertretend soll hier das Projekt „Bioenergiedorf Jühnde“ beschrieben werden.

Dieses Beispiel zeigt, wie es möglich ist, ein ganzes Dorf energieautark zu machen. Die Idee für das Bioenergiedorf Jühnde stammt vom Interdisziplinären Zentrum für Nachhaltige Entwicklung der Universität Göttingen, welches das Projekt bis heute intensiv begleitet. Getragen wird es von den Jühnder Bürgern, zu denen neun Vollerwerbslandwirte zählen.

Mittelpunkt ist eine Biogasanlage mit einer Leistung von 700 kWel. Hierfür liefern die Jühnder Landwirte ca. 17.000 Tonnen Biomasse wie Mais, Ganzpflanzensilage und Sonnenblumen sowie rund 9.000 Kubikmeter Gülle. Das erzeugte Biogas wird in einem Blockheizkraftwerk verstromt und liefert im Jahr ca. 4 Millionen KWh, die in das Netz des örtlichen Stromversorgers eingespeist werden. Die bei der Stromproduktion anfallende Wärme wird über ein Nahwärmenetz an 70 Prozent der Jühnder Haushalte verteilt. Für den Winter steht ein Holzhackschnitzelheizwerk als Spitzenlastkessel zur Verfügung, für das im Jahr rund 1.800 Schüttraummeter Holzhackschnitzel aus den umliegenden Wäldern geerntet werden. Den Gärrest aus der Biogasanlage verwenden die Landwirte als Dünger. Die Biogasanlage wird als Genossenschaft betrieben, in der die Landwirte und die angeschlossenen Dorfbewohner gleichermaßen vertreten sind. Das gesamte Projekt kostete rund 5,3 Millionen Euro. Gefördert wurde es von der Fachagentur für nachwachsende Rohstoffe (FNR), dem Land Niedersachsen und dem Landkreis Göttingen sowie durch LEADER+.

Das Projekt stößt auf großes öffentliches Interesse. Um den vielen Besuchern gerecht werden zu können, werden in einem weiteren LEADER+ Projekt die technische Ausstattung zur Betreuung von Gruppen angeschafft, Informationstafeln für das Betriebsgelände erstellt und Gästeführer ausgebildet. Einen großen Ansturm erlebt Jühnde inzwischen auch aus der unmittelbaren Nachbarschaft. Grund dafür ist, dass der Landkreis Göttingen sich vorgenommen hat, dem Pilotvorhaben möglichst fünf weitere Bioenergiedörfer folgen zu lassen. Dazu werden in einem weiteren Leader+Projekt die geeignetsten Dörfer mittels Machbarkeitsstudien ausgewählt.

Quelle:

Deutsche Leader+ Vernetzungsstelle: Leader+ Projektverzeichnis, 2006 (www.leaderplus.de)

Internet:

www.bioenergiedorf.de

www.fnr.de (Fachagentur für nachwachsende Rohstoffe)

9. Das Zentrum für Ländliche Entwicklung (ZeLE); „Wandernde Akademie“ in Nordrhein-Westfalen

Das Zentrum für Ländliche Entwicklung (ZeLE) versteht sich als eine „wandernde Akademie“, die dem Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen angegliedert ist. Das ZeLE wurde im Jahre 2001 mit dem Ziel gegründet, im ländlichen Raum Informationen zu vermitteln, Erfahrungen auszutauschen und neue Ideen zu unterstützen.

Die Veranstaltungen des ZeLE finden dezentral, oft mit Partnern in den ländlichen Räumen statt. Pro Jahr gibt es bis zu 15 Tagungen zu verschiedenen Themen mit Bezug zum ländlichen Raum. Bei der Beitragsauswahl wird bundesweit nach den interessantesten Themen und Referenten recherchiert. Besonders anschaulich sind Veranstaltungen, die Exkursionen zu bestimmten Themen einbeziehen. So werden beim Thema Dorferneuerung am Konferenztag etwa drei Beispieldörfer mit einem Bus angefahren, beim Thema Dorfläden sucht man diese vor Ort auf.

Dem ZeLE liegt eine Adresdatenbank mit 3500 Einträgen zu Grunde. Ein Newsletter informiert regelmäßig über neue Aktivitäten. Eine gezielte Einladung von Tagungsgästen anhand von deren Interessen ist möglich.

Das ZeLE erfreut sich eines großen Zuspruches. Der Grund dafür sind die vielfältigen Themen sowie die geringen Tagungsbeiträge. Die Tagungsgäste setzen sich etwa zur Hälfte aus Stammgästen, zur anderen Hälfte aus neuen Gästen zusammen. Die ZeLE - Veranstaltungen finden in der Regel an Wochentagen statt mit dem Effekt, dass viele Verwaltungsmitarbeiter erreicht werden. Handwerker sind jedoch an Wochentagen schwerer zu einer Teilnahme zu bewegen.

Zur Unterstützung der Arbeit des ZeLE wird vom Ministerium für die Dauer von drei Jahren ein Beirat berufen. Dieser wirkt beratend und nimmt auch Sonderaufgaben, wie z.B. die Funktion als Entscheidungsgremium im LEADER Wettbewerb, wahr.

Das ZeLE arbeitet seit Beginn mit anderen Akademien Ländlicher Raum in einem Netzwerk zusammen, der „Arbeitsgemeinschaft der Akademien Ländlicher Raum in den deutschen Ländern (Arge Ländlicher Raum)“. Mit den Europäischen Schulen für Dorferneuerung arbeitet das ZeLE in dem „Europäischen Bildungsforum für ländliche Entwicklung“ zusammen. Dort haben sich Einrichtungen aus mehreren deutschen Ländern, Österreich, Tschechien und Slowakei zusammengeschlossen.

Quelle:

Gespräch mit Dr. Schaloske (Referatsleiter am Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen und Leiter des ZeLE), am 16.04.2007 in Düsseldorf

Internet:

www.zele.nrw.de

10. Die Brachflächenrevitalisierung; Intelligentes Flächenmanagement in Thüringen und Sachsen

In den neuen Bundesländern haben viele Wirtschaftsbetriebe nach der Wende die Produktion eingestellt. Deswegen steht in den ländlichen Räumen ein großes Potential an ungenutzten Brachflächen zur Verfügung. Dennoch wird durch die Ausweisung von Infrastruktureinrichtungen und Siedlungsflächen wertvolles Land verbraucht.

Ziel der Brachflächenrevitalisierung ist es, die Flächen systematisch in einem Brachflächenkataster zu erfassen und vorzuhalten um sie neuen intelligenten Nutzungen zuzuführen. Dabei ist eine Doppelstrategie zu verfolgen, die einerseits den Flächenverbrauch reduziert und andererseits bereits gebrauchte Flächen, eben Brachflächen, wieder in Wertschöpfungsketten einbaut.

Weiterhin ist es wichtig, die öffentliche Aufmerksamkeit für dieses Thema zu sensibilisieren.

Von 2003 bis 2006 hat im Freistaat Thüringen - bundesweit erstmalig in einem Flächenland - eine flächendeckende Brachflächenerhebung stattgefunden. Unter Einsatz von fachlich qualifizierten Kräften des 2. Arbeitsmarktes wurden unter der Regie der Landkreise und koordiniert durch die Thüringer Landentwicklungsgesellschaft Brachflächen ab 1.000 qm innerörtlich und ab 5.000 qm außerhalb der Siedlungsräume erfasst. Das dadurch entstandene Brachflächenkataster dient dazu, die Siedlungs- und Gewerbeentwicklung auf die Brachflächen zu lenken, ehe die „grüne Wiese“ dafür in Anspruch genommen wird. Zudem sollen die Brachflächen gerade in ländlichen Räumen gezielt als Ausgleichs- und Ersatzflächen nutzbar gemacht werden.

Komplexe Revitalisierungsprojekte setzen in den meisten Fällen auch die zweckmäßige Neuordnung von Liegenschaften nach Lage, Form, Größe, Nutzungsart, Erschließungszustand und Nachbarschaftsverhältnissen voraus. Insofern muss die bisher im Zusammenhang mit dieser Thematik kaum beachtete Komponente des Landmanagements und der Bodenordnung als unverzichtbares Element und methodischer Ansatz eines intelligenten Flächenmanagements mit in die Überlegungen einbezogen werden. Demzufolge ist eine integrierte, nachhaltige Betrachtungsweise des Brachflächenthemas geboten, die ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Aspekte umfasst. Hierfür bieten sich die planerischen, investiven und bodenordnerischen Instrumente der Integrierten Ländlichen Entwicklung an.

Um Brachflächen einer neuen Nutzung zuführen zu können, ist es vielfach erforderlich, zunächst die darauf stehenden Ruinen zu beseitigen. Jedoch stellen die Abrisskosten oftmals eine schwer zu überwindende Hürde für potenzielle Investoren dar. Nach einer Prognose des Regierungspräsidiums Chemnitz und einer anschließenden Hochrechnung auf ganz Sachsen würden im Freistaat Sachsen ca. 200 Mio. Euro für die Nutzbarmachung aller Brachflächen durch Abriss von Ruinen benötigt werden. Deshalb wird in Sachsen derzeit an einem Abrissförderprogramm gearbeitet um die Brachflächenrevitalisierung optimal zu ergänzen.

Quellen:

Dr. Karl-Friedrich Thöne: Vortrag bei der Fachtagung „Forum Ländlicher Raum“ vom 17. bis 19.01.07 beim Institut für Städtebau Berlin

Dr. Karl-Friedrich Thöne: Kurzvorschau des Vortrages „Flächenhaushaltspolitik - Revitalisierung von Brachflächen als neue Aufgabe der Integrierten Ländlichen Entwicklung“ bei der INTERGEO 2007 in Leipzig, (www.intergeo.de)

Dr. Angela Kunz, Sächsische Landesanstalt für Landwirtschaft: Vortrag „Grundlagen für eine Abrissförderung“, 2007

Internet:

www.brachflaeche.de

www.thueringen.de/de/tmlnu

<http://www.landwirtschaft.sachsen.de/lfl> (Sächsische Landesanstalt für Landwirtschaft)

11. Kooperationsmodell im Bereich Nahversorgung; MarktTreff in Schleswig-Holstein

In vielen Dörfern sind Kaufmannsladen, Bäcker und Gasthof in ihrer Existenz bedroht oder längst verschwunden. Dadurch nimmt die Grundversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern bundesweit, ständig ab. In der Folge gehen Lebensqualität, Arbeitsplätze und Treffpunkte verloren. Besonders betroffen ist die nicht mobile Bevölkerung.

Um diesem Trend ein Lösungsmodell entgegen zu setzen, hat die Landesregierung Schleswig-Holstein gemeinsam mit engagierten Akteuren aus den Regionen, aus Wirtschaft, Verbänden und Gesellschaft das Projekt MarktTreff entwickelt: MarktTreff sichert die Grundversorgung, schafft Arbeitsplätze, stärkt die Dorfgemeinschaft und bündelt vielfältige Angebote unter einem Dach. Hier wird eingekauft. Hier begegnen sich Jung und Alt. Hier informieren sich Menschen. Hier gehen sie ihren Freizeitaktivitäten nach. Die Angebotsschwerpunkte in den einzelnen MarktTreffs sind dabei sehr unterschiedlich. Alle MarktTreffs beruhen jedoch auf drei Säulen:

- Kerngeschäft:** Die wirtschaftliche Säule des MarktTreffs besteht in der Regel aus einem Lebensmittel-Einzelhandel. Möglich sind auch ein gastronomisches Angebot und / oder ein regionaler Direktvermarkter.
- Dienstleistungen** (wie zum Beispiel Post, Lotto / Toto, Reinigungsannahmestelle): Sie erhöhen die Kundenfrequenz und stärken damit das Kerngeschäft.
- Treffpunkt:** Ein Ort zum Klönen, für gemeinsame Aktivitäten, für Information und Bildung. Aktivitäten für alle Generationen, Vereine und Gruppen.

Jede Gemeinde entwickelt ihren MarktTreff nach den individuellen Bedürfnissen und Wünschen der Menschen im Dorf - denn jeder MarktTreff braucht Akzeptanz, Frequenz und Engagement der Bürgerinnen und Bürger, der Vereine und Verbände. Mittlerweile gibt es in Schleswig-Holstein landesweit 21 MarktTreffs, weitere werden zurzeit geplant und realisiert.

Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (MLUR) stellt aus EU-, Bundes- und Landesmitteln eine Anschubförderung für MarktTreffs bereit. Grundlage sind die Richtlinien für die Förderung der Dorf- und ländlichen Regionalentwicklung. Die Förderquote beträgt bis zu 50 Prozent. Zuwendungsempfängerin ist die jeweilige Gemeinde.

Vier Betriebsmodelle kommen in Frage:

- Kommunales Eigentum
- Öffentlich-private Zusammenarbeit
- Privates Eigentum
- Bürgerschaftliche Organisation (Verein, GbR oder Genossenschaft)

Quelle:

Handbuch MarktTreff – Lebendige Marktplätze im ländlichen Raum, 2006

Internet:

www.markttreff-sh.de

www.alr-sh.de (Akademie Ländlicher Raum Schleswig-Holstein)

Impressum

- Herausgeber:** Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
des Landes Rheinland-Pfalz
- Schriftleitung des Sonderheftes:** Ministerialrat Prof. A. Lorig
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau,
Kaiser-Friedrich-Straße 5A, 55116 Mainz
E-Mail: Axel.Lorig@mwwlw.rlp.de
- Bearbeitung des Projektberichtes:** Stefan Post, Worms
- Gestaltung:** Kirsten Kaufmann, Kaiserslautern
- Abgabe:**
1. An Teilnehmer des Forums ländlicher Raum
 2. An Akteure in Leader-, ILE- Prozessen
 3. Zur Ausbildung und Fortbildung der Bediensteten
 4. An Teilnehmergeinschaften (VTG)
 5. Im Schriftenaustausch der ArgeLandentwicklung
- Abdruck:** Abdruck ist nach vorheriger Erlaubnis der Schriftleitung mit Quellenangabe erlaubt
- Internetadresse:** www.landentwicklung.rlp.de
www.landschaft.rlp.de
www.mwwlw.rlp.de